



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Sitzung

6. Wahlperiode

Mittwoch, 1. Februar 2012, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	Stefan Köster, NPD 13
	Jeannine Rösler, DIE LINKE 13
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 4	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 15
Änderung der Tagesordnung 4	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung) 15
	Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung) 15
	B e s c h l u s s 15
Erweiterung der Tagesordnung 4	Änderung der Tagesordnung 15
Aktuelle Stunde	
Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern 4	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/29 – 15
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 4	
Minister Dr. Till Backhaus 5	
Heino Schütt, CDU 8	
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10	
Thomas Krüger, SPD 11	

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss) – Drucksache 6/272 –	15	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss) gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten) Antrag auf Genehmigung der Durchführung des Strafverfahrens – Drucksache 6/275 –	25
Detlef Müller, SPD	15	B e s c h l u s s	25
Stefanie Drese, SPD	17		
Michael Andrejewski, NPD	17		
Michael Silkeit, CDU	18		
Barbara Borchardt, DIE LINKE	18		
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19		
B e s c h l u s s	20		
Gesetzentwurf der Fraktion der NPD Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/83 –	20	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Opfer des Nationalsozialismus gedenken – Rechtsextremistisches Gedankengut überwinden – Demokratie stärken – Drucksache 6/283 –	26
David Petereit, NPD	20	Helmut Holter, DIE LINKE	26
Michael Silkeit, CDU	22	Dr. Norbert Nieszery, SPD	28
B e s c h l u s s	22	Torsten Renz, CDU	29
		Michael Andrejewski, NPD	30
		Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	32
		B e s c h l u s s	33
Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds (Erste Lesung) – Drucksache 6/242 –	23	Aussprache zum Thema Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen	34
Ministerpräsident Erwin Sellering	23	Barbara Borchardt, DIE LINKE	34, 38
Regine Lück, DIE LINKE	24	Manfred Dachner, SPD	35
B e s c h l u s s	25	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	36
		Burkhard Lenz, CDU	37
		Michael Andrejewski, NPD	38
		Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürger- beauftragtengesetzes – PetBüG M-V	39
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss) gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten) Antrag auf Genehmigung der weiteren Durchführung eines Strafverfahrens – Drucksache 6/269 –	25	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/244 –	39
B e s c h l u s s	25	Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/267 –	39
		B e s c h l u s s	39, 89
		Matthias Crone	39

Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) für die fünfte Amtszeit

..... 40

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 6/225 – 40

Berichtigung

– Drucksache 6/282 – 40

B e s c h l u s s 40, 90

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

– Drucksache 6/251 – 41

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 6/286 – 41

Jörg Heydorn, SPD41, 53, 55

Helmut Holter, DIE LINKE 42

Maika Friemann-Jennert, CDU 45

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 48

Ministerin Manuela Schwesig 49

Stefan Köster, NPD 51

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 54, 55

Peter Ritter, DIE LINKE 55

B e s c h l u s s 55

Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Udo Pastörs, NPD, gemäß § 96 GO LT

..... 56

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Für einen Mindestlohn von 10 Euro in Bund und Land

– Drucksache 6/261 – 56

Henning Foerster, DIE LINKE56, 59, 68

Minister Harry Glawe 58, 59

Martina Tegtmeier, SPD 59

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 61

Torsten Renz, CDU 62, 70

Udo Pastörs, NPD 66

B e s c h l u s s 72

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Konsequenzen aus dem Asbest-Abenteuer ziehen: Zuständigkeiten klären, Verantwortung wahrnehmen

– Drucksache 6/247 – 72

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 72, 80

Minister Harry Glawe 73, 75

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 74

Jochen Schulte, SPD 75, 81, 82

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 78, 82

Bernd Schubert, CDU 79

Udo Pastörs, NPD 80

B e s c h l u s s 82

Antrag der Fraktion der NPD

Gegen Korruption und Heuchelei – Präsidentenanklage gegen Bundespräsident Christian Wulff erheben

– Drucksache 6/256 – 83

Udo Pastörs, NPD 83, 86

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 84

B e s c h l u s s 88

Nächste Sitzung

Donnerstag, 2. Februar 2012 88

Beginn: 10.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 8. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 8., 9. und 10. Sitzung liegt Ihnen vor.

Im Benehmen mit den Fraktionen ist im Ältestenrat vereinbart worden, die Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/283 anstelle des vom Antragsteller zurückgezogenen Antrages auf Drucksache 6/262 in die vorläufige Tagesordnung aufzunehmen. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 8., 9. und 10. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 6/285 zum Thema „Auftrag des Kernenergiebeirats fortführen“ vorgelegt, der in die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 1 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung
in Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Thema „Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“ wollen wir eine gesellschaftlich wichtige Frage im Landtag erörtern, die sowohl bei Befürwortern als auch Kritikern der Tierhaltung große Emotionen auslöste, die auch auf der Internationalen Grünen Woche spürbar waren.

Unser Land wurde dort hervorragend repräsentiert, zehn Tage lang Besucherrekorde und deutlich gestiegene Umsätze sprechen für sich. Wir sollten von hier aus den Ausstellern und Anbietern aus unserem Lande für ihre großen Leistungen danken. Vor allen Dingen hat sich für meine Fraktion gezeigt, dass regionale Produkte ein großes Potenzial haben und deren Erzeugung und Vertrieb stärker unterstützt werden müssen.

Deutlich wurde auch im Agieren der Befürworter und Kritiker von Stallneubauten und sogenannter Massentierhaltung, dass politische Lösungen für die Perspektive der Tierhaltung in unserem Lande eingefordert werden. Dabei stand der Antibiotikaeinsatz mit im Vordergrund. Unstrittig ist, dass dieser Einsatz in der Tierhaltung redu-

ziert werden muss. Wir haben mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems. Die Datengrundlage muss verbessert, die Haltungsbedingungen müssen überprüft und das zuständige Personal muss besser geschult und bezahlt werden. Ein gutes Bestandsmanagement, eine integrierte tierärztliche Betreuung und betriebliche Programme zur Minimierung sind notwendig. Es geht um eine Verbesserung der Qualität in jeder Tierhaltung. Antibiotische Wirkstoffe sollten auch nur entweder bei Mensch oder Tier eingesetzt werden.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, DIE LINKE hatte aus diesem Anlass eine Sondersitzung des Agrarausschusses und eine Anhörung des Geflügelwirtschaftsverbandes beantragt. Festzustellen ist, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir uns ernähren und womit wir uns ernähren, wächst. Die Kritik trifft aber leider auch in erster Linie die, die uns ernähren, nämlich die einheimischen Bauern.

Die Zeit einer Aktuellen Stunde reicht nicht, um die gesamten komplizierten Wechselverhältnisse, zum Beispiel mit dem Handel, unseren Konsumgewohnheiten und den internationalen Einflüssen zu beleuchten. Bedenklich ist, dass uns Lebensmittel nicht viel wert sind, der Preis zumeist alles entscheidet und 30 bis 50 Prozent der Lebensmittel im Müll landen. Gleichzeitig gibt es Hunger in der Gesellschaft und viele Kinder, die hungrig zur Schule gehen.

Ich habe hier nur wenige der Fragen aufgeworfen, die die Öffentlichkeit derzeit bewegen. Wir brauchen eine sachliche Debatte für einen gesellschaftlichen Konsens und den Blick aufs Ganze. Ich meine solche Entwicklungen in unserem Lande: Zu fast jedem geplanten Stallneubau, ob klein oder groß, entwickelt sich Widerstand von Einwohnern, die sich betroffen fühlen. Scheinbar unversöhnlich, ich wiederhole, scheinbar unversöhnlich

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

stehen sich Investoren, Bauern und Bürgerinitiativen – beide Seiten mit zahlreichen guten Argumenten – gegenüber und haben ganz unterschiedliche Sichten auf die Entwicklung ihrer Dörfer.

Was brauchen unser Land und die ländlichen Räume? Selbstverständlich eine ausgewogene Entwicklung, die die natürlichen Potenziale, die Vorzüge unseres Landes und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung erhält und verbessert. Dafür hat das Land genügend Raum. Es gehört aber auch mehr Tierhaltung zu regional verträglichen Bedingungen, ich wiederhole, zu regional verträglichen Bedingungen dazu. Aus ökologischer Sicht fehlt uns aufgrund des zu geringen Tierbesatzes der organische Dünger zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Nährstoffkreislaufes von „Boden – Pflanze – Tier – Boden“ zur Bewahrung des Schatzes der Bodenfruchtbarkeit, auf den bereits Thünen hinwies.

Zum Zweiten fehlt uns die Wertschöpfung, die sich mit Tierhaltung deutlich erhöhen kann. Es gibt solche Fragen: Was ist heute ein Bauernhof? Wo fängt die Agrarfabrik an? Ab wann haben wir es mit Massentierhaltung zu tun? Meiner Ansicht nach sind diese undefinierten Begriffe keine geeignete Grundlage für eine solide und berechenbare Politik. Klärung und Neuorientierung soll offenbar eine Strategiegruppe im Ministerium bringen. Ich frage: Auf welcher Grundlage wird dieses passieren?

Für mich ist die Forschung ein entscheidender Punkt. Es gibt aber in unserem Lande seit Langem keine begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen dazu, welche positiven oder negativen Wirkungen von großen oder kleinen Hühner- oder Schweineställen beziehungsweise Haltungsformen ausgehen. Vom Minister wird der Handlungsbedarf für wissenschaftliche Begleitung und praxisnahe Forschung betont, andererseits werden die Mittel aber gekürzt. Ich bin gespannt, welche Ansätze die Landesregierung dazu in ihrem Haushaltsentwurf hat und ob der Abbau der agrarwissenschaftlichen Forschung im Lande aufgehalten und wie die länderübergreifende Kooperation gestärkt wird. Das wäre solide und ernst gemeinte Politik. Wenn nicht, schauen wir in die Glaskugel und definieren Massentierhaltung heute so, morgen so, je nach der politischen Stimmungslage.

Ich muss auch daran erinnern, dass unter SPD-Regierungen im Bund die Gesetze gemacht wurden, die es möglich machen, dass solche übergroßen Stallanlagen wie in Alt Tellin gebaut werden können. Zur soliden Politik gehören für mich aber auch Bestandsgrößen, in denen man mit Mindestlöhnen von 10 Euro Einkommen erwirtschaften kann und die einem studierten Landwirt Perspektiven bieten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Solide Politik ist in unseren Augen eine regional bestimmte Größenbegrenzung für Anlagen für alle Nutztierarten. Es ist die Einordnung von Ställen in die Territorien bei früher Einbeziehung und Mitsprache der Einwohner.

Ich will auch auf einen landeseigenen Widerspruch hinweisen: Der 1998 hier vom Landtag gefasste Beschluss, dass landwirtschaftliche Flächen des Landes an solche Pächter gehen sollen, die durch Sonderkulturen oder die Verstärkung der Viehhaltung die Beschäftigung erhöhen und für mehr Wertschöpfung auf der Fläche sorgen, ist noch in Kraft. Ich sehe hier einen Widerspruch zum gegenwärtigen Förderstopp. Der Landtag muss sich also aktiv in diese Auseinandersetzung einbringen.

Ich komme zum Fazit: Die bäuerliche Tierhaltung braucht sichere Perspektiven im ländlichen Raum und die Proteste der Einwohner müssen ernst genommen werden. Ich will, dass Landwirte und Tierschützer aufeinander zugehen. Aus meiner Sicht ist der Agrarausschuss des Landtages ein dafür geeignetes Gremium.

Ich halte folgende Förderkriterien für diskussionswürdig: eine betriebliche Obergrenze für den Tierbesatz von zwei Großvieheinheiten pro Hektar; die feste Bindung der Investition an den eigenen oder gepachteten Boden; die Zahlung eines ausreichenden Mindestlohnes an die Beschäftigten und die Honorierung besonders gesunder und tiergerechter Haltungsverfahren.

Damit haben wir auch definiert, was wir für einen bäuerlichen Betrieb halten. Danach sollten die Förderanträge bewertet werden. Darüber hinaus sollte die Privilegierung von gewerblichen Tierhaltungsanlagen im Außenbereich einer Lösung weichen, die eine deutliche Mitsprache der betroffenen Gemeinden sichert. Die bäuerliche Tierhaltung im kleinen wie im großen Betrieb, in der ökologischen wie in der konventionellen Wirtschaftsweise muss in unserem Lande eine klare Perspektive haben. – Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass wir heute in der Aktuellen Stunde über das Thema „Bäuerliche Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ diskutieren können.

Und wenn wir uns anschauen, jawohl, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern 4.725 landwirtschaftliche Unternehmen, die aus meiner Sicht in einer Struktur der bäuerlichen Entwicklung nach der Wende alles getan haben, um zu dem wichtigen Wirtschaftszweig Land- und Ernährungswirtschaft zu werden.

Und, meine Damen und Herren, eine Zahl besticht: 2,5 – am Ende dieser Förderperiode werden es fast 3 Milliarden Euro an Investitionen gewesen sein, die in die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns geflossen sind und damit im Übrigen auch in eine tierartgerechtere Haltung, aber auch in moderne Maschinen und Haltungssysteme insgesamt.

Ich glaube, das ist ein Erfolg, und nicht umsonst steht die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft wirklich in einem sehr, sehr guten Licht in Mecklenburg-Vorpommern da. Dafür kann ich unseren Landwirten und der Ernährungswirtschaft wirklich nur immer wieder Dank sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig, Herr Dr. Backhaus!)

Und wenn Sie, Herr Professor Tack, auf die Grüne Woche eingehen, dann ist da ja auch vieles darüber geschrieben worden. Am Anfang, die Hallen waren noch gar nicht geöffnet, da hieß es schon aus Mecklenburg-Vorpommern heraus von einem Medium, das ich hier rausgreifen möchte: Mecklenburg-Vorpommern wird wohl einen mäßigen Auftritt hinlegen.

(Vincent Kokert, CDU: Tja, und
nun war es super wie noch nie.)

Ich muss sagen, ich bin dankbar all denjenigen, die dort gewesen sind, und all denjenigen, die sich mit großem Engagement eingesetzt haben, im Übrigen auch hervorragend berichtet haben. Jawohl, wir haben den größten Ansturm seit Bestehen der eigenen Halle gehabt und über 400.000 Menschen sind in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle gewesen. Das ist ein Riesenerfolg für regionale Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern – ein Riesenerfolg!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und im Übrigen kann und sollte hier auch deutlich werden, jawohl, in Mecklenburg-Vorpommern – wenn man mal ein bisschen in die Historie hineinschaut, nicht in die DDR, sondern schon weit davor –, auch vor dem Zweiten Weltkrieg hat es in Mecklenburg-Vorpommern immer eine größer strukturierte Landwirtschaft gegeben. Und zu DDR-Zeiten, ich habe selber viele Jahre in der Landwirt-

schaft gearbeitet – Herr Professor Tack, Sie haben auch Erfahrung –, dann will ich eines mal in Erinnerung rufen: Fast in jedem Stall, in jedem Dorf haben unter welchen Bedingungen, zum Teil unter schrecklichsten Bedingungen zu DDR-Zeiten, Tiere ihr Dasein gefristet und die Arbeitsbedingungen zu der damaligen Zeit waren katastrophal. Auch das will ich ausdrücklich sagen.

Deswegen glaube ich, wir müssen aufpassen, dass wir eine Diskussion so führen, dass wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern sagen, und das muss auch die Botschaft sein: Jawohl, von den Lebensmitteln, die in Mecklenburg-Vorpommern produziert werden, geht keine Gefahr aus. Dafür sorgen die Landwirtschaftsbetriebe, dafür sorgt auch und selbstverständlich die Veterinär- und Lebensmittelkontrolle und dafür sorgen natürlich die Unternehmen, die in ihrer Eigenverantwortung hier ein hohes Maß an Verantwortung tragen. Und ich glaube auch, es kommt darauf an, deutlich zu machen, dass die Lebensmittelproduktion in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessert wird.

Wir haben in einem Segment, und da geben wir uns allen recht, in einem Segment in Mecklenburg-Vorpommern ein Problem, und das ist die Hähnchenmast, und zwar ausschließlich die Hähnchenmast. In allen anderen Bereichen haben wir diese Diskussion, die wir zum Teil auch heute noch hören werden, in dieser extremen Form nicht.

Und ich will auch deutlich machen, jawohl, der Agrarsektor von Mecklenburg-Vorpommern hat seit der Wende einen wirtschaftlichen und damit stabilen Ansatz erreicht und ist damit eine Stütze für die Volkswirtschaft in unserem Bundesland. Wir haben hoch motivierte Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter. Beschäftigte erzielen Spitzenleistungen. Das wäre nicht möglich, wenn es die Tierhaltung und letzten Endes die Leistungsparameter nicht ermöglichen würden, könnten beispielsweise die Tiere eine Verdopplung der Milchleistung nicht erreichen. Oder wir liegen an der Spitze in der Schweinehaltung,

(Udo Pastörs, NPD: Eine fragliche Leistung.)

was die lebend aufgezogenen Ferkel anbetrifft, auch da sind wir wirklich Spitze. Das kann und muss man auch unterstreichen. Und wir haben gute Rahmenbedingungen, um Investitionen in die Zukunft weiter zu tätigen.

Wenn man sich anschaut, jawohl, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Struktur, die ihresgleichen in Europa sucht. Das ist natürlich auch der Wendephase geschuldet. Aber, ich glaube, es ist noch mal dick zu unterstreichen, dass wir Betriebsstrukturen haben, die in Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen auf bäuerlicher Grundlage agieren, und das wollen wir auch ausbauen.

Die Landwirtschaft steht bei der Entwicklung nicht allein da, wenn man sich die Volkswirtschaft insgesamt betrachtet. In allen Bereichen der Volkswirtschaft hat sich der Wettbewerb inzwischen auf den sogenannten globalisierten Märkten – auch das ist mir wichtig, ob wir das wollen oder nicht – mittlerweile natürlich etabliert. Das hat dazu geführt, dass sich die Herstellung, aber auch der Vertrieb von Waren, ob es Lebensmittel oder Industriegüter sind, durch Konzentration an geeigneten Standorten organisieren. Ob man das für richtig hält oder nicht, davon profitieren im Übrigen viele Seiten. Zunächst sind natürlich die Strukturen für die Erzeugerinnen und Er-

zeuger wettbewerbsfähig – und das sind sie in Mecklenburg-Vorpommern –, aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie erhalten nämlich hochwertige und letzten Endes kostengünstige Lebensmittel und Produkte insgesamt. Das sollten wir nie vergessen.

Und der Flächenverbrauch, insbesondere durch die Landwirtschaft selbst, hält sich damit in Grenzen, wenn wir durch diese größeren Strukturen natürlich auch dazu beitragen, Flächenfraß – auch die Initiative, die insgesamt läuft – zu vermindern. Gerade der Flächenverbrauch wird uns in der Zukunft weiter intensiv beschäftigen.

Ich möchte an dieser Stelle auch dafür werben, dass wir uns als Mitteleuropäer ein bisschen zurückhalten in manchen Diskussionen. Denn führen wir es uns einfach mal vor Augen: Heute ist es leider so – das wissen die meisten Menschen leider nicht –, dass wir in Europa etwa das Dreifache der Ackerflächen Deutschlands, das sind nämlich 30 Millionen Hektar, in anderen Regionen dieser Erde bewirtschaften, um damit Eiweißpflanzen nach Europa einzuführen. 30 Millionen Hektar! Insbesondere Soja und Mais werden nach Europa eingeführt, äquivalent in anderen Staaten dieser Erde, die vom Hunger gezeichnet sind oder die deutlich schlechtere klimatische Bedingungen haben. Das heißt, wir müssen und dürfen auch in der Zukunft nicht auf Kosten anderer Regionen dieser Erde uns in Sicherheit wiegen. Nein, es wird hier weiter zum verantwortungsvollen Umgang miteinander und in der Landwirtschaft kommen.

Und genau das, was Sie angedeutet haben, unterstreiche ich damit auch. Es ist für mich eine Sünde, dass wir über 80 Kilogramm Lebensmittel in Deutschland pro Einwohner jährlich in die Mülltonne werfen. Das darf so nicht weitergehen, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Und wenn wir uns anschauen, wie wir tatsächlich auch in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern in der Landwirtschaft wirtschaften, dann ist es so, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Bürgerinnen und Bürger des Landes natürlich ein Recht darauf haben, selber zu entscheiden, welche Produkte sie besonders vorziehen oder welche man insgesamt zur Verfügung stellt. Aber eins ist auch klar: Die Kaufentscheidung eines jeden Verbrauchers, einer jeden Verbraucherin wird in Deutschland wohl auf längere Sicht noch ein Stückchen auch mit dem Geldbeutel zusammenhängen. Auch diese Diskussion müssen wir ehrlich und gerecht führen.

Wir haben in Deutschland ja wohl sehr preiswerte Lebensmittel. Und wenn wir uns überlegen, wir geben in Deutschland im Übrigen ganze elf Prozent, elf Prozent des Einkommens für Lebensmittel aus. In anderen Regionen in Europa sind es über 30 Prozent. Oder wenn Sie sich anschauen, ein Landwirt in Deutschland versorgt heute 140 Familien. Das ist also zweimal, wenn man so will, dieser Landtag. Auch das sollte man nie vergessen, wenn man mit Fingern auf Landwirte zeigt, von denen man meint, sie würden hier eine schädliche Produktion vollziehen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Überlegen Sie sich das immer sehr genau, was Sie damit hier anrichten!

Und zum anderen ist es natürlich auch so, dass es in meiner Verantwortung liegt, und da will ich auch gar nicht ablenken, dass Fehlentwicklungen, die wir erkennen, entgegengesteuert werden muss, überhaupt gar keine Frage. Große Tierhaltungen stehen immer mehr im Fokus der Öffentlichkeit und der Medien, aber auch der gesellschaftlichen Debatte. Und ich bin froh darüber, dass wir diese Diskussion führen. Diese werden wir nicht in der Aktuellen Stunde führen können, sondern ganz bewusst habe ich mir für diese Legislaturperiode vorgenommen, einen Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft zu entwickeln mit dem Ziel, ausdrücklich mehr Tierschutz, mehr Artgerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, aber auch regionale Produktkreisläufe, wenn man so will, zu entwickeln, mit dem Ziel, für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern die Land- und Ernährungswirtschaft im Kontext mit dem Gesundheitsland und dem Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern zu verknüpfen.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich glaube, hier gibt es große Chancen, auch perspektivische Entwicklung, wo wir ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland haben, wirklich zu vertiefen. Und es ist gut so, wenn man auch auf der Grünen Woche war und die Demonstrationen vor dem Kanzleramt hat miterleben können. Ich sage ausdrücklich, ich habe hohes Verständnis für diese über 80 engagierten Verbände und Vereine, dass man sich Gedanken und Sorgen macht. Aber eins akzeptiere ich nicht, wenn man über ideologisch verbrämte Diskussionen meint, man könne einen einzigartigen Berufsstand schlechttreden. Das sollten wir gemeinschaftlich nicht zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, auch das ist mir wichtig, wir dürfen in Deutschland bitte nicht ausblenden, jawohl, wir haben eines der ausgefeiltesten Überwachungskontrollsysteme und damit Sicherheitsnetze, wie wir sie überhaupt in der Lebensmittelproduktion und in der Herstellung dieser Lebensmittel haben.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Dann ist ja alles in Ordnung.)

Und es sollte niemand ausblenden, selbstverständlich auch in größeren Anlagen, wie man diesen Begriff „Massentierhaltung“ definiert. Da bin ich gespannt, ob wir heute hier noch eine Definition bekommen. Ich sage Ihnen, es gibt keine dazu zurzeit. Und diese sogenannte industrielle Massenproduktion, auch dafür gibt es keinen Rechtsbegriff. Für mich gilt eins, auch das will ich hier unterstreichen, in den größeren Tierhaltungsanlagen gilt es, den Tierschutz, den Umweltschutz, die Lebensmittelqualität und die Sicherheit für Tiere und Menschen auf höchstem Niveau zu garantieren. Das gilt in Mecklenburg-Vorpommern so und da werden wir auch keine Abstriche zulassen.

Für mich ist eines klar – und genau das hat die Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit doch gezeigt –, nämlich, dass man nicht jede Entwicklung der freien Märkte einfach so laufen lassen darf. Der starke Staat muss hier auch Grenzen aufzeigen.

(Stefan Köster, NPD: Welche
Möglichkeiten haben Sie denn?)

Und das gilt, darauf werde ich gleich kommen, im Übrigen natürlich für große Tierhaltungsanlagen. Unser Haus ist aktuell dabei, diesen Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft zu erarbeiten, um damit den Prozess, so, wie wir es festgeschrieben haben in der Koalitionsvereinbarung, dann in eine Bundesratsinitiative münden zu lassen. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen dafür Sachlichkeit, wir brauchen wissenschaftliche Fundiertheit und wir brauchen dazu ausdrücklich auch Praxisnähe. Alles andere hilft uns nicht weiter.

Wenn wir Mehrheiten im Bundesrat haben wollen, dann müssen wir uns Zeit nehmen. Mir geht es nicht darum, eine Demonstration hier heute vom Zaun zu brechen, im übertragenen Sinne, oder ich will auch keinen Papiertiger in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, sondern wir wollen alles daransetzen, dass wir dann Mehrheiten im Bundesrat bekommen, um diese übergroßen, betone ich, Tierhaltungsanlagen in der Zukunft zu verbieten.

Und es ist richtig, dieses BImSch-Gesetz und auch das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sind unter Rot-Grün, unter Frau Künast und Herrn Trittin entstanden. So ist es sachlich und fachlich richtig und es waren diese beiden grügeführten Häuser innerhalb der damaligen Bundesregierung verantwortlich. Hier haben wir im Übrigen auch schon mit Korsettstangen, wenn man so will, Begrenzungen vorgenommen. Auch das sollte man nicht vergessen, wir hatten vorher noch ganz andere Tierhaltungsmöglichkeiten.

(Vincent Kokert, CDU: Hört, hört!)

Und ich frage auch ausdrücklich: Was wollen wir denn verändern? Dieser Prozess braucht Energie und Finger-spitzengefühl und das erwarte ich von denjenigen, die hier mit Sach- und Fachverstand und wissenschaftsbasiert sich herstellen und heute Forderungen aufmachen.

Es geht im Masterplan um folgende Punkte:

Erstens. Im Vordergrund steht die Bodengebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion in Mecklenburg-Vorpommern.

Dies habe ich im Übrigen immer vertreten, und das werde ich auch versuchen, mit aller Kraft umzusetzen, nämlich genau nach dem Motto „Boden, Pflanze, Tier im Kreislauf“ zu wirtschaften. Das ist der Grundsatz, der uns im Übrigen von unseren Urahnen mit auf den Weg gegeben worden ist, und der ist nicht neu, sondern es gilt im Nachhaltigkeitsgrundsatz, diesen umzusetzen, also bäuerlich geführte Strukturen. Das heißt, die Erzeugung des benötigten Futters und natürlich auch die Ausbringung der Wirtschaftsdünger gehören in den Kreislauf, in die Region, um damit auch die Umweltverträglichkeit nachzuweisen.

Ich will an dieser Stelle noch mal betonen, Mecklenburg-Vorpommern ist eine der viehärmsten Regionen Europas mit 0,38 Großvieheinheiten. Und eben ist gesagt worden – Frau Dr. Karlowski hat es ja auch schon mal öffentlich oder halböffentlich gesagt –, dass man sich darauf verständigen kann, sich auf zwei Großvieheinheiten in Mecklenburg-Vorpommern perspektivisch auszurichten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist also noch Luft und damit auch Wertschöpfung für unser Bundesland möglich.

Zweitens – und damit bin ich bei der Begrenzung der großen Anlagen –: Jawohl, das wird eine heftige Diskussion auf der Bundesebene, insbesondere auch in den viehstarken Regionen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens auslösen. Aber ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen zum einen natürlich wissenschaftlich fundierte Aussagen und zum anderen wäre es unverantwortlich, wirtschaftliche Potenziale, die sich später vielleicht als sinnvoll erweisen, von vornherein auszusperrten.

Und ich denke in diesem Zusammenhang an eine Stärkung der gemeindlichen Verantwortung. Genau da wollen wir hin. Die Gemeinden sollen entscheiden, ob sie eine Tierhaltungsanlage aufnehmen wollen, ja oder nein. Und da gilt es auch, diese Rechtslagen, die wir heute auf Bundesebene haben, so anzupassen, dass die Gemeinden in der Zukunft frei entscheiden können, ob sie Tierhaltungsanlagen ansiedeln wollen, ja oder nein.

Drittens. Wir werden das Raumordnungsprogramm – da gibt es ja Absprachen mit dem Energieministerium – des Landes Mecklenburg-Vorpommern anpassen, um damit auch den Gemeinden mehr Handlungsspielräume zu geben.

Viertens. Die Verbesserung der Tierartgerechtigkeit ist für mich von allergrößter Bedeutung. Und hier gilt es insbesondere in der Hähnchenmast in Deutschland, diese Situation in den Fokus zu nehmen und dafür zu sorgen, dass wir zu einem massiven Verringern des Medikamenteneinsatzes kommen, und auf der anderen Seite natürlich auch darüber nachzudenken, ob und inwieweit wissenschaftlich fundierte Grundlagen vorliegen, aber auch freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft, um letzten Endes damit zu einer massiven Reduktion des Medikamenteneinsatzes, insbesondere im Antibiotikabereich, zu kommen.

Und fünftens – auch das wird im Rahmen dieses Masterplanes Land- und Ernährungswirtschaft drinstehen –: Jawohl, unter dem Motto „Qualitätsoffensive für tierische Lebensmittel“ soll von unseren wissenschaftlichen Einrichtungen untersucht werden, inwieweit sich die Größenordnung einer Tierhaltungsanlage auf die Qualität des Endproduktes auswirkt oder ob andere Faktoren, wie zum Beispiel die Beweglichkeitsmöglichkeiten oder die Veränderungen im Futtersystem oder insbesondere auch in der Genetik zurück zu alten Haustierrassen, die wesentlich widerstandsfähiger sind, unter anderem einzusetzen sind.

Ich glaube, dass der ökologische Landbau in Mecklenburg-Vorpommern in größeren Tierhaltungsanlagen zeigt, dass es auch ohne Medikamenteneinsatz oder fast ohne Medikamenteneinsatz geht. Und in diesem Sinne wünsche ich uns eine spannende Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schütt für die Fraktion der CDU.

Heino Schütt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, die bäuerliche Tierhaltung ist nirgends definiert. Inwieweit die Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung derzeit ein aktuelles Thema ist, kann ich nicht erkennen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Aus diesem Grunde frage ich mich, was Sie mit diesem vorliegenden Antrag bezwecken wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kommt immer ein bisschen quasi drauf an. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Im Baurecht gibt es lediglich eine Abgrenzung zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Tierhaltung. Hier ist unter anderem im Paragraphen 201 normiert, dass „insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung, der Erwerbsobstbau, der Weinbau, die berufsmäßige Imkerei und die berufsmäßige Binnenfischerei“ im Sinne des Baugesetzbuches Landwirtschaft sind. Mit dieser Vorgabe wird eine klare Abgrenzung zur gewerblichen Tierhaltung vollzogen.

Aktuell gibt es zahlreiche Bestrebungen von Landwirtschaftsunternehmen, die durch den Ausbau der Veredlungswirtschaft die Wertschöpfung ihrer Betriebe verbessern und Arbeitsplätze schaffen wollen. Leider müssen wir landesweit verzeichnen, dass sowohl Umweltverbände als auch Bürgerinitiativen, zum Teil aber auch Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, sich vehement gegen die Ansiedlung beziehungsweise Errichtung von Tierhaltungsanlagen aussprechen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Und das aus gutem Grund.)

Sie gehen davon aus, dass keine Anlagen artgerechter und ökologischer zu betreiben sind. Eine Bestandsgröße für bäuerliche Tierhaltung bleiben Sie jedoch schuldig. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Schweinebestand in unserem Bundesland seit 1991 von 1,276 Millionen auf 765.000 Tiere und der Rinderbestand in demselben Zeitraum von 865.000 auf 544.000 Tiere gesunken ist, ist die Stärkung der Veredlungswirtschaft unseres Erachtens auch durch politische Vorgaben notwendig.

Aktuell wird auf Bundesebene die Novelle des Baugesetzbuches, insbesondere die Privilegierung der Landwirtschaft im Paragraphen 35, diskutiert. Viele sind der Auffassung, dass die Privilegierung von Landwirtschaftsunternehmen gänzlich abgeschafft werden sollte. Dieser Auffassung sind wir, meine Damen und Herren der Linksfraktion, nicht. Die Bestandsdichte von Schweinen, Rindern und Geflügel in unserem Land entspricht bei Weitem nicht der Bestandsdichte anderer vergleichbarer Flächenländer wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen Sie in der Aufnahme von Tierhaltungsanlagen in die Raumordnung. Sie wollen sogenannte Eignungsräume für Tierhaltungsanlagen ausweisen und damit alle anderen Räume von Tierhaltungsanlagen freihalten. Mit einer solchen Regelung

würden Sie große Teile des Landes von der Veredlungswirtschaft ausschließen. Gleichzeitig würden Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen verzögert.

Wir hingegen sind der Auffassung, dass nur zügige Genehmigungsverfahren und eine verlässliche Förderpolitik zu mehr Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum führen. Aus diesem Grunde halten wir das aktuelle Aussetzen der Förderung von Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen im konventionellen Bereich für

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

nicht gerechtfertigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so! Ach so!)

Hier gilt es, wieder zügig Planungs- und Investitionssicherheit für Landwirte zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Tierhaltung gehören auch Flächen zur Schaffung der Futtergrundlage. Gerade beim Kauf und der Pachtung von Flächen stellt sich heraus, dass aufgrund der aktuellen Marktsituation tierhaltende Betriebe oft ins Hintertreffen geraten. Einem reinen Marktfruchtunternehmen gelingt es aufgrund der besseren wirtschaftlichen Situation immer wieder, Flächen zu pachten oder zu kaufen. Aus diesem Grunde haben Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, im Jahre 2000 mit Ihrem Koalitionspartner Kriterien zur Verpachtung der landeseigenen Flächen beschlossen. Wir sind der Auffassung, dass die Vergabekriterien bisher nicht zum beabsichtigten Ziel der Stärkung der Veredlungswirtschaft führten. Aus diesem Grunde wollen wir auch eine Überprüfung der derzeitigen Vergabekriterien erreichen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einiges zur Historie sagen. Vor dem Hintergrund, dass Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, in rechtlicher Nachfolge zur SED

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

in besonderer Weise für die Übergriffe

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber dass Sie die DBD geschluckt haben, dass wissen Sie noch, ne?!)

und Maßnahmen unter der Bezeichnung „Sozialistischer Frühling in der Landwirtschaft“ in den Jahren 1961 und darauf Verantwortung tragen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

ist der vorliegende Antrag besonders fraglich.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut! Sehr gut! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ja ein richtiger Spaßvogel!)

Damals wurden bäuerliche Strukturen zerschlagen und bäuerliches Eigentum kalt enteignet.

(Udo Pastörs, NPD:
Und in den Tod getrieben.)

In den folgenden Jahren wurden die Landschaften ausgeräumt und die industrielle Produktion in der Landwirtschaft eingeführt.

(allgemeine Unruhe)

Auf Gewässerarten und Bodenschutz wurde hierbei keine Rücksicht genommen. Gerade Sie, Professor Tack, als Inhaber des Lehrstuhls für landwirtschaftliche Technologie

(Udo Pastörs, NPD:
Und maßgeblich beteiligt.)

haben die industrielle Tierproduktion befürwortet und mit zu verantworten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Sie jetzt verteidigen. Haben Sie das schon mal gemerkt, dass Sie das verteidigen?!)

Heute nun wollen Sie mit dem vorliegenden Antrag suggerieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist kein Antrag, das ist eine Aktuelle Stunde.)

dass Sie für eine bäuerliche Tierhaltung eintreten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was sind das nur für Experten!)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder für die Stärkung der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Junge, Junge, Junge!)

Insbesondere die 1:1-Umsetzung von europäischen Bundesvorgaben wie im Bereich der Nutztierhaltungsverordnung, aber auch des Umwelt- und Baurechts wurden von uns durchgesetzt. Wir sind der Auffassung, dass die Veredlungswirtschaft notwendig ist, um Arbeitsplätze zu schaffen und somit Wertschöpfung im ländlichen Raum zu generieren. Dies ist vor dem Hintergrund der nicht ausgelasteten Schlachtkapazitäten in den Schlachthöfen Mecklenburg-Vorpommerns notwendig.

Gerade bei der Diskussion zu den Nutztierhaltungsverordnungen oder der Förderung der Veredlungswirtschaft, aber auch bei der Straffung der Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Tierhaltungsanlagen konnten wir die Stimme der Fraktion DIE LINKE nicht vernehmen. Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf, hier im Rahmen der Aktuellen Stunde keine Schaufensterdebatte zu führen, sondern im Interesse der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gezielte Maßnahmen um- und durchzusetzen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schütt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Proteste gegen die Massentierhaltung haben ihren Höhepunkt erreicht, und das nicht nur hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit.

Die Massentierhaltung, ob ich das jetzt Massentierhaltung oder Tierhaltung in Größenordnungen nenne, denke ich, ist hier egal an der Stelle, verträgt sich nicht mit unserem Tourismus und auch nicht mit unserer Gesundheitswirtschaft. Es handelt sich um Tierquälerei und auch für uns Menschen ist das ein nicht zu unterschätzendes Problem.

Wir Bündnisgrünen fordern mehr art-, wirklich artgerechte Tierhaltung und auch in der Praxis hier nicht nur Lippenbekenntnisse.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Hähnchenmastanlagen sehen die Tiere über ihr kurzes Leben von 30 Tagen – 30 Tage, meine Damen und Herren! – kein Tageslicht. Sie werden innerhalb kürzester Zeit zu Turbomasthähnchen herangezüchtet. Es gibt Ställe, wo die Schnäbel gekürzt werden, die Tiere sind gerupft. In den Schweinemastanlagen werden die kleinen Eber ohne Betäubung kastriert. Das ist ein Skandal! Auch die Kirchen haben bereits mehrfach auf diese katastrophalen Haltungsbedingungen hingewiesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und das zu Recht, jawohl.)

In Deutschland werden in den Tierhaltungsanlagen doppelt so viele Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin. Das führt zur Herausbildung von multiresistenten Keimen – das ging mehrfach auch durch die Presse –, an denen jedes Jahr viele Menschen in unseren Kliniken sterben. Das muss nicht sein.

Die Anlagen sind meistens auch nicht mit entsprechenden Filteranlagen, wie wir sie fordern, ausgestattet. Die Feinstäube stellen für Allergiker und speziell auch für Kleinkinder ein großes Problem dar. Viele Mastanlagen werden dem Brandschutz nicht gerecht, wie zum Beispiel die große Ferkelzuchtanlage in Alt Tellin. Die Massentierhaltungsanlagen schaffen keine Arbeitsplätze oder nur wenig Arbeitsplätze, vielleicht zwei, drei. Sie vernichten auf der anderen Seite viel mehr Arbeitsplätze im Bereich des Tourismus und im Bereich der Gesundheitswirtschaft, unsere wichtigen Wirtschaftsstandbeine in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Wir Bündnisgrünen plädieren für kleinere flächengebundene, aber auch wirklich in der Praxis flächengebundene Tierproduktionsbetriebe,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mehr bäuerliche Landwirtschaft und mehr biologische Tierhaltung. Wir brauchen mehr regionale Stoffkreisläufe, mehr Veredlung vor Ort – ich benutze das Wort „Veredlung“ etwas anders, Herr Schütt, als Sie –

(Vincent Kokert, CDU: Aber damit haben Sie übrigens recht, mit der Veredlung.)

und mehr Wertschöpfung hier vor Ort. Das fehlt uns nämlich, verdammt noch mal!

(Vincent Kokert, CDU: Das wollen wir mit der Veredlung ja erreichen.)

Das, nur das, schafft echte Arbeitsplätze und nicht die Massentierhaltungsanlagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Bündnisgrünen lehnen die großen Tierhaltungsanlagen ab,

(Udo Pastörs, NPD: Dann lehnen Sie bitte auch die Biogasanlagen ab, die Sie favorisiert haben!)

in denen die Tiere gentechnisch verändertes Soja aus Übersee bekommen. Zudem weiß keiner, wohin mit der Masse an stinkenden, ätzenden Güllesubstanzen. Deutschland hat bereits jetzt eine Überproduktion an Fleisch. Wir brauchen nicht noch mehr Billigfleisch zu Preisen, für die ein Landwirt nicht mehr arbeiten kann. Wir Bündnisgrünen wollen faire Löhne und gute Nahrungsqualität.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss ja auch nicht jeden Tag von morgens bis abends Fleisch sein. Lieber Klasse statt Masse, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir freuen uns, dass auf politischer Ebene ein Innehalten, Gott sei Dank, stattgefunden hat und ein Nachdenken, speziell festgemacht an der Antibiotikaproblematik für Mecklenburg-Vorpommern. Anfangs noch gelehnt und lediglich als Phänomen für Nordrhein-Westfalen bezeichnet, gibt es zunehmend die Politik des Hinsehens.

Herr Minister Backhaus, Sie sagten kürzlich im NDR-„Nordmagazin“, dass Tiere nur dann behandelt werden dürfen, wenn sie wirklich krank sind. Aber wie lässt sich das denn umsetzen in Massentierhaltungsanlagen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie will man da die Gesunden von den Kranken trennen? Da bekommen alle gleich viel Antibiotika.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein erstes positives Zeichen ist, dass die Genehmigungen für neue große Anlagen vorerst auf Eis gelegt sind. Das Landwirtschaftsministerium will künftig Genehmigungen an Bedingungen knüpfen wie Stallklima, Management und Ähnliches, aber diese Kriterien sind sehr weichgestrickt, sie sind nicht griffig. Ich hoffe, da passiert noch einiges, denn da muss sehr, sehr viel passieren.

Wir fordern ein verbindliches Raumordnungsverfahren für alle Massentierhaltungsanlagen, für alle Neubauten, für alle in Genehmigung befindlichen Anlagen und auch

für alle Anlagen, die nachträglich vergrößert werden. Das ist zurzeit nicht der Fall. Wir fordern verbindliche Luftfilter, ausreichend Brandschutz, artgerechte Tierhaltung. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass die Privilegierung der Massentierhaltung im Außenbereich, das ist nach Paragraph 35 Baugesetz, abgeschafft wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Hierzu läuft gerade eine aktuelle Bundesratsinitiative. Herr Backhaus, wir hoffen, dass Sie hierzu eine klare Position beziehen werden.

Wir lehnen Gentechnik auch im Tierfutter ab. Wir plädieren für eine gute vernetzte Agrarforschung. Beim Fleisch muss es ähnlich wie bei den Eiern eine Kennzeichnungspflicht bezüglich der Haltungsform geben. Nur so hat der Verbraucher eine echte Chance, sich zu entscheiden.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht ist das so problematisch mit der Austauschbarkeit.)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gerkan.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krüger für die Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich zu Beginn meiner Rede zuerst einmal bei allen bedanken, die rund um die Grüne Woche tätig waren.

Meine Damen und Herren, Sie haben 2012 auch eine Erfolgsgeschichte fortgeschrieben und ich sage ganz bewusst, allen geschriebenen Unkenrufen, die vorher zu hören waren, zum Trotz. 400.000 Besucher in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle – unsere Halle ist wieder unter den beliebtesten gewesen –, ich sage ganz klar, 400.000 Besucher können sich nicht täuschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, DIE LINKE greift mit der Aktuellen Stunde heute ein Thema auf, das uns seit Wochen in den Medien bewegt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sieht Ihr Koalitionspartner aber anders. Ich muss Ihnen mal eine Zeitung schenken.)

insbesondere vor dem Hintergrund der Hähnchenmast und des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenmast.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 im Fleisch keine Antibiotika vorhanden sind. Es gibt hier eine Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Ich will das vorweg mal deutlich sagen, weil wir in einer Anhörung gehört haben, dass die Hähnchenhalter hier inzwischen auch Absatzprobleme haben.

(Udo Pastörs, NPD: Zu Recht!)

Vorab will ich klarstellen, dass diese Problematik nicht in einem engen Kontext gesehen werden kann. Wir haben die europäische Agrarpolitik, wir haben die nationale Agrarpolitik, wir haben einen globalisierten Lebensmittelmarkt, wir haben das Verbraucherverhalten und die besonders in Deutschland geführte Debatte um die sogenannte Massentierhaltung, die industrielle Tierproduktion, zu beantworten.

Und beim Stichwort „Massentierhaltung“, sehr geehrte Frau Gerkan, frage ich mich ernsthaft, ob Sie schon mal in solchen großen Ställen gewesen sind. Sie reden hier davon, dass es dort permanente Tierquälerei gibt. Ich rate Ihnen einfach mal, solch einen großen Stall zu besuchen, sich mit den Bäuerinnen und Bauern zu verständigen.

Und noch eines: Sie haben hier über die Gülle gesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können ja mal nach Mirow fahren zusammen.)

Ein Blick in Wikipedia, was Gülle ist, würde vielleicht helfen. Da steht nämlich wörtlich: „Gülle ist ein natürlich anfallender Wirtschaftsdünger.“ Ich bin immer davon ausgegangen, dass natürliche Düngung etwas ist, was die GRÜNEN durchaus wollen.

(Vincent Kokert, CDU:
Davon haben wir viel zu wenig. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, richtig.)

Ich bin mir dessen bewusst, dass es immer auf das Maß ankommt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Thomas.)

Der Minister hat schon die internationalen Aspekte der Problematik angesprochen.

Wie sieht es in der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern aus? Bezogen auf die Flächenausstattung hat Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Tierbestand in Deutschland. Im Vergleich zu Niedersachsen etwa haben wir nur ein Drittel Tiere pro Hektar.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist auch nicht mein Vorbild.)

Bei Rindern und Schweinen hat sich der Bestand in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren stabilisiert. Und wenn Sie sagen, das ist kein Vorbild, dann sage ich Ihnen, dass die bäuerliche Produktion auch Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wertschöpfung, die wir hier haben wollen, ganz klar.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Bei Geflügel hingegen hat sich der Bestand von 2007 auf 2010 von knapp 8 Millionen auf gut 9 Millionen Tiere erhöht. Damit ist laut Statistischem Landesamt mehr als die Hälfte der in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten

Gesamtfleischmenge Geflügelfleisch. Mecklenburg-Vorpommern hat damit einen Anteil von rund 15 Prozent des in Deutschland erzeugten Geflügelfleisches. Der Trend zu mehr Geflügelfleisch ist allerdings keiner, der nur hier in Mecklenburg-Vorpommern zu bemerken ist, sondern es ist ein deutschlandweiter.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Geflügelfleisch ist ja auch gesund.)

Geflügelfleisch ist auch gesund, richtig.

Dies erklärt in gewisser Weise den Fokus, der im Zusammenhang mit der Größenordnung von Ställen, Tierhaltungsformen, Tierhaltungsbedingungen und dem Antibiotikaeinsatz gegenwärtig auf der Geflügelhaltung liegt. Generell gilt aber für alle Nutztierarten: Quo vadis bäuerliche Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern?

Wie steht die SPD in unserem Land zu dieser Frage? Zusammengefasst haben wir dazu folgende grundsätzliche Position: Die bodengebundene Tierhaltung ist für uns eine Grundlage verantwortungsvoller Landbewirtschaftung. Wir wollen aber auch kein Zurück zu Agrarstrukturen von gestern, vielmehr sollen Fortschritt und Innovation, die ökologische Nachhaltigkeit und die ökonomische Sinnhaftigkeit in der gesamten Landwirtschaft gelten. In der Tierhaltung setzen wir auf ökonomische und ökologisch tragfähige Lösungen in artgerechten Tierhaltungssystemen. Das sind am Ende zwei Seiten einer Medaille, die Ökonomie und die Ökologie.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Uralte Floskeln!)

Ja, ja, machen Sie mal weiter!

(Heinz Müller, SPD:
Die sind aber nicht falsch.)

Beim Neubau von Tierställen werden von uns Tierkonzentrationen abgelehnt, deren Unbedenklichkeit für die Umwelt nicht belegt werden kann. Im Koalitionsvertrag findet sich das in ähnlicher Form wieder.

(Udo Pastörs, NPD: Was
halten Sie denn von Ethik? –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, sehr geehrter Herr Professor Tack, es ist richtig, es gibt eine Reihe von Auseinandersetzungen, gerade in den Gemeinden, wenn es um die Errichtung von Tierhaltungsanlagen geht. Deswegen sage ich hier ganz klar, wir wollen, dass es künftig mehr Mitsprache der Einwohner der Gemeinden bei der Errichtung von solchen Anlagen gibt. Ich denke, auf Dauer ist das der Weg, den wir miteinander gehen müssen.

Meine Damen, meine Herren, in der jüngsten nicht öffentlichen Anhörung des Agrarausschusses hieß das Thema „Geflügelhaltung – ein Produktionszweig im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Tier- sowie Umweltschutz“. Ersetzen wir das Wort „Geflügelhaltung“ durch „Viehhaltung“, haben wir eine treffende Beschreibung: Viehhaltung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Tier- und Umweltschutz. Damit eines klar ist, die Spannung kann nicht zulasten der Lebensmittelsicherheit oder des Tier- und Umweltschutzes abgebaut werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Aber auch die bäuerlichen Tierhalter dürfen wir nicht wirtschaftlich im Regen stehen lassen. Im gesellschaftlichen Dialog zur Tierhaltung müssen wir Bedingungen diskutieren, die es den Landwirten ermöglichen, wirtschaftlich zu arbeiten. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Preise. Im Grunde ist es jedem klar, dass der stetige Preisverfall bei Lebensmitteln den wirtschaftlichen Druck auf die landwirtschaftlichen Erzeuger permanent erhöht. Die Landwirte investieren dann in Systeme, wo sie über Preismasse günstig vorankommen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich im Klaren sein, dass sie beispielsweise über den Kauf von Hähnchenschenkeln im Laden mitentscheiden, wie die Haltungssysteme am Ende aussehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist das eigentliche Problem.)

Wer beim Kauf auf Qualität setzt, fördert am Ende auch Qualität im Stall.

Der Landwirtschaftsminister hat die Förderung von neuen Stallanlagen vorerst ausgesetzt,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um die Förderkriterien neu zu justieren. Das begrüße ich und bin mir sicher, dass momentan intensiv daran gearbeitet wird, um baldmöglichst wieder neue Investitionen zu ermöglichen. Denn, meine Damen und Herren, die Erkenntnis der nicht öffentlichen Sitzung war, dass in den größeren modernen Ställen der Antibiotikaeinsatz geringer war als in den kleineren älteren Ställen. Es geht also um die Haltungsbedingungen und es geht um die Definition von Haltungsbedingungen – und das ist unsere Aufgabe.

Es geht auch darum, die Entwicklung der Tiere vom Elterntier über die Geburt, die Bedingungen in den Stunden danach, die bereits beschriebenen optimierten Haltungsbedingungen bis hin zur Schlachtung zu betrachten. In der Anhörung wurde beispielsweise deutlich, dass Krankheitsverläufe bereits in den Küken angelegt waren, die angeliefert wurden. Es geht also um eine ganzheitliche Betrachtung des Tieres.

Um die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft einschließlich der bäuerlichen Tierhaltung in unserem Land zu sichern, hat Minister Dr. Backhaus die Erstellung eines Masterplans für diesen strukturbestimmenden Wirtschaftszweig bis zur Mitte der Legislaturperiode angekündigt. Dieser strukturbestimmende Wirtschaftszweig ist übrigens einer der umsatzstärksten, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben. Er soll Leitfaden für die Ausgestaltung einer nachhaltigen umwelt- und tiergerechten Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern werden. Die Ziele und Schwerpunkte hat der Minister in seiner Rede genannt, ich erspare mir, das jetzt hier noch einmal zu wiederholen. Wichtig dabei ist für mich, dass wir bei der Erarbeitung dieses Masterplans einen breiten gesellschaftlichen Dialog in Form eines mitarbeitenden Gremiums aus Experten und allen beteiligten Akteuren bekommen.

Letztlich, meine Damen und Herren, wird es darauf ankommen, die Rahmenbedingungen für die Tierhaltung deutschland- und europaweit zu gestalten, um der bäuer-

lichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Krüger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider hat die NPD-Fraktion im Rahmen der Aussprache zur Aktuellen Stunde nur vier Minuten Redezeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das reicht aus! Das reicht aus!)

Ich kann leider nicht auf allen Unsinn, der von dieser Stelle hier verbreitet worden ist, eingehen.

(Heinz Müller, SPD: Da sind
schon vier Minuten zu viel! –
Michael Andrejewski, NPD: Dazu
wären vier Stunden nötig.)

Da hast du recht, Michael, vier Stunden reichen nicht aus, um dem ganzen Unsinn, der hier verbreitet worden ist, zu begegnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schon wieder
'ne halbe Minute rum, Herr Köster!)

Die LINKEN machen sich Sorgen um die Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung.

(Heinz Müller, SPD: Sagen Sie,
was Sie zu sagen haben! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dies könnte angesichts der heutigen Aktuellen Stunde des Landtages angenommen werden. Aber vertreten die LINKEN wirklich an dieser Stelle die bäuerliche Tierhaltung im Besonderen und das Bauerntum im Allgemeinen? Hat überhaupt ein Redner Ihrer pseudodemokratischen Parteien über die Kernprobleme, die viele Bauern belasten, gesprochen? Beide Fragen müssen mit Nein beantwortet werden. Natürlich können Sie in großspürigen Gesprächsrunden, wie hier im Landtag, vieles einfordern. Im Zusammenhang mit Ihren Forderungen lassen Sie bewusst allerdings regelmäßig außer Acht, dass die Probleme nur behoben werden können, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Bauern grundlegend, also radikal ändern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

denn heute wurde hier im Landtag lediglich über jene Form der Landwirtschaft gesprochen, die einzig und allein den rücksichtslosen Forderungen der EU-Willkür entspricht.

Ich erinnere Sie gerne daran, dass es die EU-Kommission ist, die zum Beispiel von osteuropäischen Bauern verlangt, sich zu großen Erzeugergenossenschaften zusammenzuschließen oder ihren Betrieb einzustellen. Und Sie, meine Damen und Herren, sind die skrupellosen Verfechter dieser Europäischen Union und

ihrer Politik des totalen Ausverkaufs aller Nationalstaaten und besonders der bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sicherlich, im Jahre 2010 stieg in Mecklenburg-Vorpommern der Produktionswert der Landwirtschaft um fast 9 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro, wobei der Anteil der tierischen Erzeugung mit rund 38 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 46 Prozent liegt. Doch geben diese Zahlen wirklich die Situation in der Landwirtschaft wieder?

In unserem Land beherrschen überwiegend großbetriebliche Strukturen das Bild, denn 2010 bewirtschafteten 7 Prozent der Betriebe mehr als 40 Prozent der Fläche. Hierunter sind Betriebe mit jeweils 1.000 und mehr Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche zu verstehen. Mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 286 Hektar sind die Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern einsamer Spitzenreiter. Mecklenburg-Vorpommern ist also nicht durch bäuerliche Betriebe, sondern durch die Großagrarbetriebe beziehungsweise Agrarindustriebetriebe geprägt.

Dies liegt hauptsächlich daran, dass sich die Politik nach der sogenannten Wende 1989/1990 weitestgehend aus der Verantwortung gezogen und wenig unternommen hat, um die Großagrarbetriebe namens LPG in kleinteilige bäuerliche Strukturen zu überführen. Stattdessen haben Sie alles dem angeblich freien Markt unterworfen, dem soziale Verantwortung und Umwelt- und Heimatschutz vollkommen fremd sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dieses Fehlverhalten der Politik Ihrer Parteien führte zu unglaublichen Verwerfungen im Bereich der Landwirtschaft, deren Auswirkungen heute beinahe alle Bauern spüren. Durch diese Verwerfungen sind die Bauern leider heute wieder mehr oder minder Leibeigene, abhängig von Subventionen, Bürokratie und den Preistreibern der Handelskonzerne. Für eine zukunftsfähige und heimatverbundene Landwirtschaft und ein ebensolches Bauerntum ist aus Sicht der NPD-Fraktion die Sicherstellung der größtmöglichen Unabhängigkeit von der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die problemlos auch hier in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern angebaut werden können, durchzusetzen.

(Der Gong ertönt. –
Michael Andrejewski, NPD:
Ende der Sitzung.)

Hierdurch behält man die eigene und vielseitige Wertschätzungskette im Land. Gleichzeitig verringert die Politik das Risiko von Preisschwankungen zum Beispiel aufgrund von Währungsspekulationen und Nahrungsmittelspekulationen und auch hierfür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Landkreis Vorpommern-Greifswald entsteht die größte Ferkelfabrik Europas auf dem

Acker zwischen Neu Plötz und Siedenbüssow. Sechs Ställe, 10.500 Muttersauen, die eine Viertelmillion Ferkel jährlich werfen. 60.000 Tonnen Gülle fallen jährlich an.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlicher Dünger wurde das genannt.)

Die Anlage mit einer Fläche von 11 Hektar, wovon mindestens 7 Hektar versiegelt werden, befindet sich in Sichtweite, nur 1.000 Meter zum Haus der Familie Pantzenhagen, nur 1.100 Meter zum Bikerhotel in Siedenbüssow. Das Haus der Familie Pantzenhagen wird an Wert verlieren, so wie viele andere Häuser auch. Wie viele Gäste werden wohl künftig noch ins Tollensetal kommen, um Ruhe zu finden, um die frische Luft und Natur zu genießen? Wer will schon dort Urlaub machen, wo es nebenan gewaltig stinkt und die Futter- und Ferkeltransporte unentwegt rollen? Auf Straßen übrigens, deren Schäden durch die Allgemeinheit behoben werden müssen.

(Stefan Köster, NPD: Das hat Ihre Partei doch auch nicht interessiert.)

Meine Damen und Herren, jeden Montag, jeden Montag seit über einem Jahr und bei jedem Wetter

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

treffen sich um Punkt 17.00 Uhr zahlreiche Menschen – Junge und Alte, Alteingesessene und Zugezogene – an dem Baugelände und protestieren gegen solche riesigen Tierhaltungen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wann immer ich kann, bin ich dabei.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Ich wohne seit meinem dritten Lebensjahr in der Gegend zwischen Peene und Tollense, ich bin dort zu Hause.

Der Widerstand kommt keineswegs nur aus den Reihen Zugezogener oder von Leuten aus dem Westen, wie oft behauptet wird. Es sind Menschen, die zum Teil seit Generationen hier leben und hier tief verwurzelt sind. Sie fürchten die Folgen für die Umwelt, sie wollen nicht, dass das schöne Tollensetal zur Kloake wird. Es sind nicht Ökofreaks, die sich dem Fortschritt verweigern. Das ist Unsinn! Zu denen, die diese Anlage nicht wollen, gehören auch Menschen, die mit und in der Landwirtschaft groß geworden sind, eben auch konventionelle Landwirte, wie die Kröcherts aus Daberkow oder Carl Hesse aus Plötz, die ihre Flächen nebenan bewirtschaften.

Für die meisten Kritiker der Riesenanlage steht außer Frage, dass die Landwirtschaft zur Region gehört, auch mit Kuh- und Schweineställen. Sie wollen aber eine nachhaltige Landwirtschaft, die Rücksicht auf Mensch, Umwelt und Natur nimmt. Sie wollen eine Landwirtschaft, die bodengebunden ist, klimafreundlich und die Tiere artgerecht hält. Kleinere Einheiten, die in die Region passen, die sich behutsam einordnen – ja, das wird akzeptiert. Es ist keine Illusion und keine Spinnerei, ein gedeihliches Nebeneinander von Mensch, Tier und Pflanzenwelt einzufordern. Viele Beispiele des bäuerlichen Wirtschaftens haben längst bewiesen, dass es geht, etwa in der Uecker-Randow-Region, wo derzeit

rund 24 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet werden, so viel wie nirgendwo in Ostdeutschland.

Meine Damen und Herren, es geht an der Realität vorbei, pauschal den Gegensatz zwischen Landwirten und Naturschützern zu konstruieren und ihn zu beschwören. Die Größenordnung der Anlage in Alt Tellin überschreitet nach Auffassung von Landwirten und Nichtlandwirten jedes Maß.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist aber rechtsstaatlich genehmigt, denn anders als in den Niederlanden muss der Investor hier weniger strenge Auflagen erfüllen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Anders als in Deutschland dürfen in den Niederlanden wegen der extremen Grundwasserbelastung durch Gülle keine neuen Anlagen mehr gebaut werden.

Wo, bitte schön, soll denn mit einer derart überdimensionierten Anlage der Gewinn für unsere Region herkommen? Das Einzige, was sicher ist, ist der Gewinn des Großinvestors. Machen wir uns doch nichts vor, nur sehr wenige Arbeitskräfte werden gebraucht, um das durch und durch rationalisierte Geschäft zu betreiben.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Mit Landwirtschaft hat das alles nichts mehr zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es mit einer rein ökonomischen Sicht auf das Tier in einer industriellen Anlage zu tun. Wer fragt denn bei aller Effizienz und Optimierung, ob und welche Bedürfnisse das Tier hat?

(Udo Pastörs, NPD: So wie in Ihren SED-Zeiten, da war das auch so. – Peter Ritter, DIE LINKE: Lassen Sie sich mal was Neues einfallen!)

Umwelt, Gesundheit und das Tierwohl bleiben gleichermaßen auf der Strecke.

Meine Damen und Herren, mehr und mehr Menschen haben die industrielle Intensivtierhaltung mit all ihren negativen Folgen auch für die Qualität der Nahrungsmittel satt. Ja, noch ist die Akzeptanz dafür, dass gesunde, hochwertige und gut schmeckende Lebensmittel aus regionaler Vermarktung mehr kosten, nicht hoch genug, aber sie wächst und immer mehr Menschen wollen etwas Gutes für sich und ihre Region tun und kaufen Produkte aus ihrer Region. Und wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins machen, wir wollen, dass viele Urlauber zu uns kommen, weil wir eine unvergleichlich schöne Landschaft haben. Landwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Tourismus haben so viele Möglichkeiten, zum gegenseitigen Vorteil zusammenzuarbeiten und das Beste herauszuholen. Wir haben im Land so viele Potenziale, lassen wir sie uns nicht kaputt machen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bravo!)

(Vincent Kokert, CDU: Und was für einer
großen! Das war schon eher eine Pute. –
Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Regine Lück, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Rösler.

Ich schließe die Aussprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 6/285 ein Antrag zum Thema „Auftrag des Kernenergiebeirats fortführen“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Bitte schön, Frau Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember, also ungefähr vor vier Wochen, hat der Innenminister angekündigt, dass er eben ungefähr diese vier Wochen braucht zur Entscheidung, ob der Kernenergiebeirat fortgeführt wird. Wie gesagt, die vier Wochen sind um und nach Antragsschluss für den laufenden Sitzungszyklus haben wir über die Medien gehört, dass zumindest die CDU darüber nachdenkt, diesen Kernenergiebeirat für verzichtbar zu halten.

(Vincent Kokert, CDU: Ja,
und wo haben Sie das gehört?)

„Wir seien uns ja alle einig und die Aufgaben seien erfüllt, außerdem könne man darüber nachdenken, dass der Kernenergiebeirat auch in einem allgemeinen Energiebeirat aufgehen könnte.“

(Vincent Kokert, CDU: Das haben sie
wahrscheinlich in der Presse erzählt.
Wir haben das hier nicht gesagt!)

Ein Energiebeirat ist sinnvoll, das stellen wir nicht in Abrede, aber er hat überhaupt nichts mit der Arbeit des Kernenergiebeirats zu tun. Und ehe eine Struktur geschaffen wird, die unserer Ansicht nach nicht sinnvoll ist, sollte der Landtag darüber debattieren, deshalb halten wir diesen Antrag für dringlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort zur Gegenrede wird gewünscht. Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, namens der Koalitionsfraktionen darf ich Ihnen sagen, dass wir diesen Antrag nicht für dringlich halten. Ich glaube, dass die Fraktion der LINKEN hier eher einer Zeitungsente aufgesessen ist.

Es gibt eine klare Kompetenzregelung innerhalb der Landesregierung. Ich weiß, und Sie werden es in der Fragestunde morgen durch die entsprechende Antwort des Ministers erfahren, dass der Kernenergiebeirat in Kürze eingeladen wird. Die nächste Sitzung wird Anfang März stattfinden. Wir werden dann über alle weiteren Fragen reden können. Der Antrag ist also in keiner Weise dringlich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir verneinen die Dringlichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ich stelle jetzt die Frage: Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU nicht zugestimmt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Bezug auf die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte der heute zu Beginn der Sitzung festgestellten Tagesordnung ist interfraktionell inzwischen vereinbart worden, die Tagesordnungspunkte 17 und 21 zu tauschen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder, Drucksache 6/29, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/272.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt
zum Staatsvertrag über die Einrichtung
einer Gemeinsamen elektronischen
Überwachungsstelle der Länder**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/29 –

**Beschlussempfehlung und Bericht des
Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss)**
– Drucksache 6/272 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Rechts- und Europaausschusses Herr Müller.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! In der Tat, im Tagesordnungspunkt 2 geht es um die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses

(Heinz Müller, SPD: So heißt es richtig.)

zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder.

Der Gesetzentwurf wurde dem Europa- und Rechtsausschuss in Erster Lesung am 16. November 2011 überwiesen und wir haben in unserer 3. Sitzung am 30. November 2011 und abschließend am 18. Januar 2012, wie ich finde, sehr umfangreich darüber beraten. Im Ergebnis empfehlen wir einvernehmlich die Annahme des Gesetzentwurfes mit einer einstimmig vorgenommenen redaktionellen Änderung, die das Datum des Inkrafttretens des Staatsvertrages betrifft.

Gestatten Sie mir kurz einige Anmerkungen zum Inhalt des Gesetzentwurfes und zum Beratungsverlauf: Es geht also, wie gesagt, um einen Staatsvertrag, der zwischen vier anderen Bundesländern geschlossen worden ist und dem wir als Land Mecklenburg-Vorpommern beitreten wollen. Der Vertrag betrifft die Überwachung von Straftätern mithilfe der sogenannten elektronischen Fußfessel. Die Möglichkeit, diese Fußfessel einzusetzen, beruht auf Bundesrecht. Der Staatsvertrag sieht nun die Zusammenarbeit der Bundesländer bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung vor. Bei unseren Beratungen hat auch die Funktionsweise der Fußfessel eine Rolle gespielt und Frau Ministerin Kuder hat, wie ich fand, sehr umfangreich darüber informiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Da das von allgemeinem Interesse ist, will ich kurz noch einmal darauf eingehen. Die Fußfessel ist mit einem GPS-Sender ausgestattet, ähnlich wie ein Navigationsgerät. Sie sieht aus wie eine Plastikarmbanduhr, wird aber am Fußgelenk unter der Hose getragen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das überrascht jetzt!)

sodass sie von niemandem, Herr Kollege Ritter, von niemandem zu sehen ist. Sie meldet permanent den Aufenthaltsort des Trägers. Wenn der Träger eine bestimmte Verbotzone betritt, wird eine Meldung an die technische Überwachungszentrale gesendet. Diese unterrichtet nach einer fachlichen Bewertung im Verletzungsfall die Polizei und den zuständigen Bewährungshelfer vor Ort. Der Bewährungshelfer kann dann weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Führungsaufsichtsstelle einleiten. Zurzeit wird die inhaltliche Bewertung einer solchen Grenzverletzung noch dezentral für unser Bundesland durch das Landeskriminalamt vorgenommen. Das wird – das sieht dieser Staatsvertrag vor und es ist hier auch so vereinbart – wie die technische Überwachung dann in Zukunft in das Bundesland Hessen gehen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Möglichkeit, eine solche elektronische Fußfessel im Rahmen der Führungsaufsicht bei verurteilten Straftätern anzuwenden, ist auf Bundesebene zum 1. Januar 2011 durch eine entsprechende Ergänzung des Strafgesetzbuches eingeführt worden. Sie muss durch ein Gericht angeordnet werden, da sie für den Betroffenen einen erheblichen Eingriff in die Persönlichkeitssphäre darstellt. Bei dem Staatsvertrag, und das ist für mich auch noch mal sehr wichtig zu sagen, über den wir im Ausschuss beraten haben, geht es aber nur um die Durchführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung, für die wir als Land zuständig sind.

Hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Aspekte der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle hat uns der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Herr Dankert, im Ausschuss grünes Licht gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen der Beratung wurde auch angesprochen, dass der Staatsvertrag, über den wir zu beraten hatten, in seinem Artikel 4 weitere Möglichkeiten des Einsatzes der elektronischen Fußfessel vorsieht. Und dazu muss man sagen, bei uns in Deutschland gilt, für eine solche Ausdehnung des Einzugsgebietes der elektronischen Fußfessel müssen erst die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Nach heutiger Gesetzeslage ist der verbindliche Einsatz der elektronischen Fußfessel nur aufgrund einer Anordnung des Gerichts im Rahmen der Führungsaufsicht unter den gesetzlich vorgesehenen Bedingungen möglich.

Von den Oppositionsfraktionen ist auch während der Beratung kritisch hinterfragt worden, ob mit dem Einsatz der elektronischen Fußfesseln die Gefahr eines sogenannten Sparvollzugs verbunden ist, nämlich, dass im stärkeren Maße auf Resozialisierungsmaßnahmen und weitere begleitende Maßnahmen, etwa durch die Bewährungshilfe, verzichtet werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, und das hat auch die Beratung im Ausschuss gezeigt, die elektronische Fußfessel ist kein Allheilmittel. Wir können uns nicht darauf ausruhen und sagen, diese Person trägt eine elektronische Fußfessel und ist damit versorgt, um deren Resozialisierung brauchen wir uns nicht mehr zu kümmern.

Diesem Eindruck hat auch Frau Justizministerin Kuder in unserem Ausschuss entschieden widersprochen und ist dem entgegengetreten. Sie hat ausdrücklich betont, dass es sich lediglich um ein zusätzliches Instrument handelt, um Rückfallraten soweit wie möglich zu vermeiden und den Schutz der Öffentlichkeit zu verbessern. Für unser Land hat die Justizministerin in unserem Ausschuss ausgeschlossen, dass es aufgrund der elektronischen Überwachung zu einer Reduzierung von Resozialisierungsmaßnahmen irgendeiner Art kommen werde.

Und ich denke, wir als Land brauchen uns auch auf diesem Gebiet nicht zu verstecken. Gerade mit unserem Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit haben wir, wie ich finde, Impulse auch für andere Bundesländer gesetzt.

Doch zurück zum Gesetzentwurf: Mittlerweile haben auch die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland ihren Beitritt zum Staatsvertrag erklärt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im ursprünglichen Gesetzentwurf war noch kein Datum für das Inkrafttreten des Vertrages zwischen den vier ursprünglichen Vertragspartnern enthalten. Zwischenzeitlich hat nun die Landesregierung mitgeteilt, dass der Staatsvertrag zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Dementsprechend hat der Ausschuss daher einstimmig die entsprechende Änderung im Artikel 1 des Gesetzentwurfes empfohlen. Mit dieser Änderung und im Ergebnis einvernehmlich bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE sind die

Artikel 1 und 2 und ist somit die Beschlussempfehlung insgesamt zustande gekommen.

Es bleibt mir nur noch, mich heute bei allen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Mitarbeit und für das gute Miteinander zu bedanken. Ich bitte Sie im Namen des Europa- und Rechtsausschusses um Ihre Zustimmung für die erarbeitete Beschlussempfehlung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Drese für die Fraktion der SPD.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Errichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder steht im Zusammenhang mit der Aufenthaltsüberwachung mithilfe der sogenannten elektronischen Fußfessel. Gerichte können das Tragen einer elektronischen Fußfessel als eine weitere Weisung in der Führungsaufsicht anordnen. Die Fußfessel dient der Kontrolle der Einhaltung von gerichtlichen Auflagen, vor allem solchen Auflagen, die sich auf bestimmte, durch einen Straffälligen nicht zu betretende Zonen beziehen.

Durch die länderübergreifende Zusammenarbeit soll ein flächendeckendes elektronisches Überwachungssystem aufgebaut werden. Eine konzertierte Vorgehensweise der Bundesländer ist diesbezüglich sinnvoll, da die Fußfessel eine freie Bewegung innerhalb Deutschlands erlaubt, wenn auch unter bestimmten Auflagen und unter Beobachtung. Durch eine Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder können bei Gefahrensituationen sofort notwendige Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Auch trägt die Überwachungsstelle dazu bei, die Anzahl unnötiger Einsätze der Polizei zu vermindern. Die elektronische Fußfessel eröffnet zudem die Möglichkeit, rückwirkend den Aufenthaltsort des Betroffenen bestimmen zu können, was eine abschreckende Wirkung haben wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist ein weiteres Element zum Schutz der Bevölkerung vor Straftaten und sie ist ein wichtiges Instrument, um Rückfalltaten zu verhindern. Die Zusammenarbeit der Länder bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung wird ein erfolgreicher Beitrag zum Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten sein. Davon bin ich überzeugt. Die SPD-Fraktion stimmt aus diesem Grund der Beschlussempfehlung zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Drese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder ist dann sinnvoll, wenn man die elektronische Aufenthaltsüberwachung für eine richtige Maßnahme hält. Das ist sie aber nicht in jedem Fall. Straftäter, die nach Verbüßung ihrer Haft keine Gefahr mehr für Leib und Leben der Bürger darstellen, sollen durchaus die Möglichkeit erhalten, sich langsam wieder an die Freiheit zu gewöhnen. Sie einfach so auf die Straße zu setzen, von einem Tag auf den anderen, unkontrolliert und sich selbst überlassen, hieße, sie mutwillig in die Kriminalität zurückzudrängen. Deshalb gibt es für die Zeit nach der Entlassung die Führungsaufsicht und je nach Persönlichkeit des Verurteilten kann es angebracht sein, sich nicht nur auf seinen guten Willen zu verlassen, sondern sich über seinen jeweiligen Aufenthaltsort mit elektronischen Hilfsmitteln zu informieren. Das könnte ihn von dummen Gedanken abhalten und die Aufklärung von Straftaten, die er dann vielleicht dennoch begeht, enorm erleichtern.

Völlig unakzeptabel ist die elektronische Aufenthaltsüberwachung aber als Ersatz für die Fortdauer der Haft bei Schwerverbrechern, wie bei gewohnheitsmäßigen Gewalttätern, Vergewaltigern und ganz besonders bei denen, die sich an Kindern vergangen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja,
das ist ja wieder sein Lieblingsthema.)

Der Gesetzentwurf bezieht sich hier auf die aktuelle Rechtslage bei der Sicherheitsverwahrung. Es ist die Rede davon in der Begründung, dass die Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung der Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor rückfallgefährdeten Straftätern mit ungünstiger Sozialprognose diene. Gleichzeitig gibt man zu, dass durch dieses Kontrollsystem die Begehung von Straftaten nicht ausgeschlossen werden kann. Gemeint damit ist vor allem die Art von Straftaten, wie sie von Kriminellen begangen werden, bei deren Verurteilung die Gerichte leider versäumt haben, zusammen mit der Zeitstrafe die Sicherheitsverwahrung anzuordnen

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

oder sich diese wenigstens vorzubehalten, und die nun nach und nach freigelassen werden müssen, denn die nachträgliche Anordnung der Sicherheitsverwahrung ist dank des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte unzulässig geworden. Das sind keine Eierdiebe, die man da laufen lässt, sondern häufig Triebtäter, vor deren Freisetzung sogar die zuständigen psychiatrischen Gutachter eindringlich warnen. Diesen Tätern ist es egal, ob der Staat ihren Aufenthaltsort kennt, wenn es sie wieder packt, wenn sie eine Gelegenheit sehen, ihre kranken Fantasien wahr zu machen.

(Heinz Müller, SPD: Sie haben
auch kranke Fantasien.)

Das sind wandelnde Zeitbomben. Die elektronische Fußfessel hindert sie nicht am Quälen, Töten und Vergewaltigen. Solche Leute müssen für immer weggesperrt werden, es sei denn, man spielt gerne mit Menschenleben und vertritt die Auffassung, liberale Wahnvorstellungen, wie das Dogma, jeder sei resozialisierbar, seien alljährlich ein paar ermordete Kinder wert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
ja wohl jetzt ein bisschen hart, was?!)

Die NPD glaubt das nicht. Elektronische Überwachung ist nur akzeptabel bei Straftätern minderer Gefährlichkeit, aber nicht bei menschlichen Bestien.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh!)

Außerdem ist zu befürchten, dass wir es hier mit einem Versuch zu tun haben, auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung Einsparungen vornehmen zu wollen.

(Udo Pastörs, NPD: Darum gehts!)

Nicht der gerade erwähnte Sparvöllzug, ein Haftplatz ist teuer. Würde man immer weniger Straftäter zu Freiheitsstrafen verurteilen und sie dafür lediglich mit elektronischer Überwachungstechnik ausstatten, könnte sogar das eine oder andere Gefängnis zugemacht werden, passend zu den Plänen, Amtsgerichte zu schließen. Das ist eine Versuchung für einen Pleitestaat. In den USA wird das schon gemacht: Bankrotte Landkreise können sich den Betrieb von Haftanstalten nicht mehr leisten und die Gefangenen sind sich selbst überlassen. Eine Teilzeitkraft beaufsichtigt dann 100 Gefangene, so geschehen in Jefferson County in Alabama. Noch billiger wäre natürlich flächendeckende elektronische Überwachung bei Einsparung von Haftplätzen. Das kann nicht akzeptiert werden, am Schutz der Bürger kann nicht gespart werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das tut auch keiner!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Silkeit für die Fraktion der CDU.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Justizministerin hat in der 3. Landtagssitzung sehr umfänglich über die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder berichtet. Sie hat die Funktionsweise der elektronischen Fußfessel dargestellt, sie hat uns die rechtlichen Grundlagen präsentiert. Der Kollege Müller hat sehr umfangreich über unsere Arbeit im Rechtsausschuss informiert und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen.

Bad Vilbel arbeitet seit dem 1. Januar. Am 22. Januar hat der hessische Justizminister die Gemeinsame Überwachungsstelle eröffnet. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen dort viel Erfolg und Ihnen empfehle ich, den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Silkeit.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt für die Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Rechts- und Europaausschusses hat in seinem Bericht den Verlauf der Beratung des vorliegenden Staatsvertrages dargestellt.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich bei der Abschlussberatung der Stimme enthalten. Das werden wir auch heute tun. Bereits bei der Ersten Lesung habe ich auf ein paar Probleme, die wir im Verlauf des Verfahrens geklärt haben möchten, hingewiesen. Das ist zum Teil auch geschehen, dennoch bleiben Zweifel an der Richtigkeit des nun eingeschlagenen Weges. Bereits in der ersten Sitzung habe ich für meine Fraktion betont, selbstverständlich wollen die Abgeordneten meiner Fraktion alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger prüfen und, wenn möglich, notwendige Gesetzesinitiativen beziehungsweise Entscheidungen mittragen. Auch begrüßen wir, dass gemeinsam mit den anderen Ländern geprüft wurde, was man gemeinsam auf den Weg bringen kann, um Kosten zu sparen.

In der Ersten Lesung habe ich auf folgende Probleme aufmerksam gemacht:

1. die Kosten für den Landeshaushalt,
2. die Probleme bei der technischen Versorgung,
3. die Aufgaben und Befugnisse der unterschiedlichen staatlichen Behörden und
4. die Fragen der weiteren Anwendung der elektronischen Fußfessel durch die Landesregierung.

Die Fragen 1 und 4 sind aus unserer Sicht ausreichend beantwortet worden. Da haben wir keine Probleme und ich möchte mich bei Frau Kuder recht herzlich bedanken, dass sie diese Fragen so ausführlich auch in der Ausschusssitzung beantwortet hat.

Allerdings bleiben bei den Fragen 2 und 3 nach wie vor Bedenken. Die technische Ausstattung, das wissen wir alle, die Probleme beim GPS sind bekannt. Ob das sozusagen dann dazu beitragen kann, dass aufmerksam verfolgt wird, wann Ausfälle sind und wie das gestaltet werden kann, da bleiben nach wie vor Zweifel. Wir befürchten, dass sich damit auch jemand zurücklehnen könnte und sagen könnte: Na ja, die Fußfesseln sind angebracht, eine weitere Kontrolle ist erst mal nicht nötig.

Was die Befugnisse der unterschiedlichen Behörden betrifft, hatte ich darauf aufmerksam gemacht, da sind unsere Zweifel nicht ausgeräumt worden. Ich bedaure eigentlich sehr, dass Herr Silkeit – auch aus Sicht der Polizeigewerkschaft – nicht auf ein paar Probleme aufmerksam gemacht hat, denn insbesondere sowohl von den Beamten der Justiz als auch von den Polizistinnen und Polizisten wird darauf aufmerksam gemacht, dass so eine klare gesetzliche Trennung nicht enthalten ist und dass es durchaus Vermengungen bei den Befugnissen gibt.

Das alles, glaube ich, muss weiter konkretisiert werden. Wir werden sicherlich in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam die Zeit nutzen, um uns dann von der Justizministerin über den Ablauf beziehungsweise die ersten Erfahrungen unterrichten zu lassen. Für meine Fraktion sage ich, wir werden uns enthalten. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gleichwohl die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Erfordernis sieht, die seit dem 1. Januar 2011 gesetzlich in Kraft getretene Möglichkeit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung landesrechtlich und technisch umzusetzen, hat meine Fraktion erhebliche Zweifel an dem vorliegenden Gesetzentwurf sowie dem damit verbundenen Staatsvertrag.

Viele Fragen, die mit der Einführung der sogenannten elektronischen Fußfessel in Verbindung stehen, werden hier nicht beantwortet. Vielmehr ist zu befürchten, dass nun Betroffene und die Bevölkerung in einen Freilandversuch entlassen werden, ohne dass wenigstens vereinbart wird, dass nach einer gewissen Zeit die Entwicklung und die Auswirkung der elektronischen Fußfessel überprüft werden, von einer regelmäßigen Überprüfung ganz zu schweigen. Und damit bin ich schon mitten in der Mängelanalyse des vorliegenden Gesetzentwurfes angekommen:

Unklar bleibt, wie mit der Fußfessel tatsächlich Straftaten verhindert werden sollen. So gibt es das traurige Beispiel eines Sexualstraftäters, der in der Nachbarwohnung – eine Etage höher – eine Frau angegriffen hat, ohne dass der GPS-Sender überhaupt eine Bewegungsmeldung abgegeben hat. Ungeklärt ist auch, wie zum Beispiel in Städten die Bewegungen Betroffener in der Nähe sensibler Orte kontrolliert und gegebenenfalls sanktioniert werden sollen. Unklar bleibt auch, wie die fachliche Bewertung durch die Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder vorgenommen werden soll. Handelt es sich dabei um Vollzugsbeamte beziehungsweise Kriminalisten oder lediglich um geschulte Angestellte für Datenverarbeitung?

Dies sind alles rechtsstaatliche Bedenken, die es im Vorhinein auszuräumen gilt. Überdies besteht die Befürchtung eines inflationären Einsatzes der elektronischen Fußfessel.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Allein in Großbritannien werden 60.000 Personen mittels Electronic Monitoring überwacht, in den USA liegt die Zahl bei über 100.000. Wer glaubte, auch die Telefonüberwachung wird in Deutschland nur im Einzelfall angewendet, den hat die Realität lange eingeholt. Auch bei der elektronischen Fußfessel ist eine solche Entwicklung zu befürchten. In den meisten Anwenderländern haben sich im Übrigen durch die Maßnahme die Gefängnisse nicht geleert, vielmehr wurde ein neuer Bereich zwischen Haft- und Bewährungsstrafe geschaffen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Diese Gefahr besteht auch hier, was ein Blick auf Artikel 4 des Staatsvertrages, die sogenannte Öffnungsklausel belegt.

Wie wir eben im Bericht vom Ausschussvorsitzenden Detlef Müller gehört haben, hat die Landesregierung die Entwicklung erkannt, dass schwierige Bewährungsfälle

immer stärker zunehmen und damit die Arbeitsintensität für die Bewährungshelfer steigt. Zitat der Landesregierung aus der Beschlussempfehlung: „Dem müsse und solle auch auf der Personalseite Rechnung getragen werden.“ Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die Empfehlung haben wir gemacht,
nicht die Landesregierung.)

Meine Damen und Herren, andersherum wird ein Schuh daraus: Erst müssen Personal- und Ausstattungsfragen geklärt werden, andernfalls begeben wir uns direkt im Blindflug in einen Freilandversuch.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber Sie
haben doch im Ausschuss zugestimmt!)

Insgesamt ist die Darstellung der finanziellen Auswirkungen im Gesetzentwurf als abenteuerlich zu bezeichnen

(Torsten Renz, CDU: Aha, aha!
Das ist ja interessant!)

und entspricht nicht den Prinzipien der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Wer glaubt, dass auf das Land Mecklenburg-Vorpommern nur 16.740 Euro jährlich zukommen, der ignoriert sowohl den zusätzlichen Personalbedarf bei den Bewährungshelfern als auch die Einzelkosten für jeden Überwachten, was ungefähr mit 7 Euro pro Tag veranschlagt werden könnte. Dies ist gerade vor dem Hintergrund des Artikels 4 des Staatsvertrages eine nicht unwichtige finanzielle Hausnummer. Zum Vergleich: Sachsen-Anhalt hat für das Jahr 2012 186.800 Euro und für das Jahr 2013 326.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Das entspricht dem Zehn- bis Zwanzigfachen der hiesigen Summe.

Darüber hinaus hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch grundsätzliche Probleme mit der elektronischen Fußfessel. Aus dem Kreis der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer ist zu vernehmen, dass gerade, wenn es um die Sexualstraftäter geht, der Einsatz der Fußfessel nicht sinnvoll ist. Insofern wäre gerade in diesen Bereich ein feinmaschiges Betreuungsnetz, an dem auch die Polizei mitwirkt, zu setzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das gibts doch nicht!)

So kann viel besser eingeschätzt werden, wie viel Gefahr von der Person aktuell ausgeht. Dass für eine solche Betreuung kein Geld und Personal zur Verfügung stehen und hingegen für die elektronische Fußfessel ausgegeben wird, hilft in diesen Fällen nicht weiter und verstärkt den Eindruck zusätzlich, dass es sich bei der elektronischen Fußfessel schlicht auch um einen Sparvollzug handeln könnte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Tut es aber nicht!)

Wir sehen in der elektronischen Fußfessel gleichwohl auch Chancen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

Die Rehabilitationsquoten liegen in den USA immerhin bei 70 Prozent,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, guck mal an!)

obgleich kritisch hinterfragt werden muss, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ja, Herr Saalfeld.)

ob die vielen Verurteilten ohne die Möglichkeit der elektronischen Fußfessel überhaupt zu einer Auflagenstrafe verurteilt worden wären.

Eine Chance der Fußfessel liegt auch darin, familiär eingebundene, berufstätige Ersttäter vor einem Gefängnisaufenthalt zu bewahren und sie somit vor der Gefahr zu schützen, im Gefängnis kriminogener Sozialisation ausgesetzt zu werden. Diesen Fall sieht die aktuelle Gesetzeslage aber gar nicht vor. Schließlich darf die elektronische Fußfessel nur angewiesen werden, wenn zuvor eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren vollstreckt worden ist.

Die elektronische Aufenthaltsüberwachung bringt also sowohl Vorteile als auch Nachteile mit sich. Da viele Fragen durch den vorliegenden Gesetzentwurf hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht beantwortet werden, wird meine Fraktion diesen mehrheitlich ablehnen. Nun kommt es darauf an, dass der Gesetzgeber in Bund und Land den Prozess kritisch begleitet, sich regelmäßig berichten lässt und Entwicklungen regelmäßig einer grundlegenden Überprüfung unterzieht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder auf Drucksache 6/29. Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/272 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, einigen Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktion der NPD, einigen Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/272 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Europa-

und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/272 bei gleichem Stimmverhalten wie in der vorhergehenden Abstimmung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der NPD – Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes, auf Drucksache 6/83.

**Gesetzentwurf der Fraktion der NPD
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung
des Landesverfassungsschutzgesetzes
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/83 –**

In der dritten Sitzung des Landtages am 16. November 2011 ist die Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die Ausschüsse abgelehnt worden. Gemäß Paragraph 48 Absatz 3 Geschäftsordnung des Landtages wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit für die Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Der fehlt mir noch. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ausgerechnet Petereit!)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits im November hatte ich Ihnen hier dargelegt, warum wir eine Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes anstreben. Ziel der Änderung ist es, dass jede der im Landtag vertretenen Parteien im Kontrollgremium vertreten ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So weit
kommts noch. Das fehlt uns noch.)

Die Änderung, die sich praktisch ergeben würde, ist die, dass auch die NPD einen Vertreter in das Gremium entsenden kann.

Schon im vergangenen Jahr habe ich auf Unzulänglichkeiten bei der Arbeit des landeseigenen Verfassungsschutzes hingewiesen. Mein Gegenredner von der CDU war allerdings der Ansicht, es gebe keine Anhaltspunkte für Kontrolldefizite oder den Missbrauch des Verfassungsschutzes für parteipolitische Ziele.

(Michael Andrejewski, NPD:
Nein! Überhaupt nicht!)

Das ist nicht wahr. Während die linksextremistischen Bestrebungen in den Berichten des Landesverfassungsschutzes nur dann aufgeführt werden, wenn sie einen anderen Staat, eine andere Grundordnung gewaltsam anstreben, steht auf der anderen Seite bereits eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus im Fokus,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie müssen
das doch nicht verharmlosen, was Sie tun,
Herr Petereit! Das ist Ihnen sowieso klar. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

der alles trifft, was nicht in den Einheitstopf von Linkspartei bis CDU trifft. Das ist die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes zur Sicherung des eigenen Machtmonopols.

Diese wird auch in der Inszenierung der Fallzahlen von politisch motivierten Straftaten deutlich. So werden im Verfassungsschutzbericht 2010 für Mecklenburg-Vorpommern 805 rechte Straftaten aufgezählt. Die meisten davon sind Propagandadelikte. Hier hat der Apparat erfasst, wann und wo irgendwo im Land Aufkleber, Plakate oder Flugblätter mit vermeintlich verfassungsfeindlichem Inhalt aufgetaucht sind, oder aber es wurden Filzstiftschmierereien von Hakenkreuzen oder Ähnlichem aufgeführt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verharmlosen Sie das nicht! Verharmlosen Sie das nicht! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wobei Straftaten wie Volksverhetzung oder das Verwenden von verfassungsfeindlichen Kennzeichen ausschließlich auf politische Sondergesetze zurückzuführen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Am Ende bleiben gerade mal 29 Gewalttaten, denen man einen sogenannten rechtsextremen Hintergrund zugeordnet hat.

(Andreas Butzki, SPD: Schlimm genug.)

Aus einem Personenkreis von laut Verfassungsschutzangaben 1.360 Personen entspricht dies nur noch zwei Prozent, die demnach Gewalttaten begangen haben sollen. Die hofierten Linksextremisten und kriminellen Antifastrukturen schafften es, im gleichen Zeitraum aus einem Potenzial von 350 Personen stolze 38 erfasste Gewalttaten zu begehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Prozentrechnung hier, oder? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das sind immerhin elf Prozent. Jeder Zehnte, wenn Sie das nicht verstanden haben – Tendenz steigend. Hier wird das Ungleichgewicht deutlich und dennoch bleibt natürlich der sogenannte Rechtsextremismus der Schwerpunkt des Verfassungsschutzes.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie mal den Leuten, wie viel Wahlkreisscheiben Sie eingeworfen haben! Erzählen Sie das mal!)

Herr Nieszery, in der Pause kann der Pausenc clown sprechen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wollen Sie in die Pause? – Heinz Müller, SPD: Dann warten Sie doch auf die Pause!)

Hier wird das Ungleichgewicht deutlich und dennoch bleibt natürlich der sogenannte Rechtsextremismus der Schwerpunkt des Verfassungsschutzes. Und das Zentrum der rechten Umtriebe soll die NPD-Landtagsfraktion darstellen.

(Heinz Müller, SPD: Da hat er auch recht.)

So steht es geschrieben.

Nun soll uns mal einer weismachen, der Verfassungsschutz würde nicht für parteipolitische Ziele missbraucht werden. Wer das glaubt, Herr Nieszery, wird selig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie waren doch selbst dabei in Lalendorf, als sie den Bürgermeister bedroht haben. Sagen Sie mal was dazu!)

Darüber hinaus ist der Verfassungsschutz ganz offensichtlich in der Lage, schwerste Straftaten selbst zu inszenieren, anzuleiten oder zu begünstigen. Um dies zu belegen, kann das Drama um den nationalsozialistischen Untergrund getrost noch ausgeklammert bleiben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mit dem Wissen von Verfassungsschutzbehörden konnten V-Leute Waffengeschäfte abwickeln, Sprengstoff- und Brandanschläge begehen und sich sonstigen schwersten Gewalttaten hingeben. Ganze Gruppen von Oppositionellen und volkstreuen Bürgerrechtlern wurden so durch den Staat kriminalisiert, auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der SPD – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Der Wismarer V-Mann Michael Grube beteiligte sich im März 1999 an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen. Noch im Januar hatte er mit Wissen oder sogar im Auftrag des Verfassungsschutzes die Sozialistische Volkspartei gegründet, deren Ziel die Spaltung des NPD-Landesverbandes war. Aber ganz offiziell gibt es natürlich keine Anhaltspunkte für den Missbrauch des Verfassungsschutzes zu parteipolitischen Zielen.

Der Stralsunder Matthias Meier war von 1998 bis 2000 V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz und Pressesprecher der NPD. Und dieser drängte laut Medienberichten seine Kameraden regelrecht zu paramilitärischen Wehrsportübungen. Wollte sich das Land womöglich hier seine eigene Terrorzelle ranzüchten?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Seit wann muss man Sie zu Wehrsportübungen drängen?)

Und immer wieder waren es Zufälle, die meist auf die Schlampigkeit der Behörden zurückzuführen sind, die solche Umtriebe erst auffliegen lassen. Niemand kennt die Dunkelziffern. An dieser Stelle erhalten Sie erneut Gelegenheit, aus Ihrem einfach strukturierten Einheitspakt auszurechnen

(Gelächter vonseiten der Fraktion der SPD)

und sich einer sachlichen Argumentation zu stellen, sofern Sie sich das trauen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mit Ihnen sachlich zu reden, Herr Petereit, das ist ein Paradoxon. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, öffnen Sie sich den nüchternen Fakten und Sie werden nicht umhinkommen, unse-rem Antrag zuzustimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, das glauben Sie doch selber nicht! – Jochen Schulte, SPD: Da muss er ja schon selber lachen.)

Auch für die übrigen Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission würde dies von Nutzen sein.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der SPD)

Da hätten sie endlich einmal einen kompetenten Mitarbeiter an ihrer Seite, der nicht alles glaubt, was der politische Inlandsgeheimdienst ihnen auftischt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den Bock zum Gärtner machen. – Stefan Köster, NPD: Sie lassen sich belügen von morgens bis mittags.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Silkeit für die Fraktion der CDU.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Position zum Gesetzentwurf der NPD auf Einbeziehung in die Parlamentarische Kontrollkommission haben Sie bereits bei der Ersten Lesung vernommen. Ich halte diesen Antrag für widersinnig. Die parlamentarische Opposition ist nach meinem Dafürhalten ausreichend in unserem Kontrollgremium vertreten.

(Stefan Köster, NPD: Da ist ein Block drin, der sich belügen lässt.)

Aber den Aussagen der NPD aus der Ersten Lesung, dass es sich bei dem Verfassungsschutz um ein Repressionsorgan handelt, möchte ich zumindest entgegentreten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Damit der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern darauf vertrauen kann, dass der Verfassungsschutz sich an seine Aufgaben hält, wird er wie kaum eine andere Behörde –

(Michael Andrejewski, NPD: Das haben wir in Thüringen gesehen. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und wir sehen es ja in jüngster Zeit besonders deutlich – auf mehreren Ebenen kontrolliert

(Udo Pastörs, NPD: Wo keiner weiß, was der andere macht, nachweislich. Das ist doch so, Herr Minister, oder?)

durch den Innenminister, durch die Parlamentarische Kontrollkommission unseres Landtages und letztendlich auch durch den Landesbeauftragten für Datenschutz. Außerdem können die Maßnahmen des Verfassungsschutzes von jedem Bürger gerichtlich überprüft werden.

Und, Herr Petereit, wenn Sie sich verfolgt fühlen, lassen Sie doch einfach die Gerichte entscheiden.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Zusätzlich sind dazu die Arbeitsergebnisse des Landesverfassungsschutzes jährlich im Verfassungsschutzbericht nachzulesen und auch die Medien nehmen in unserer Gesellschaft eine kontrollierende Stellung ein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Durch die Meinung zur Pressefreiheit geschützt und keiner Zensur unterworfen ist sie ein weiterer Bestandteil der Kontrolle,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

auch des Verfassungsschutzes.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir sind uns darüber einig: Wir brauchen den Schutz der Verfassung,

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben keine Verfassung, wir haben ein Grundgesetz.)

den Schutz unserer Grundrechte, weil damit Menschenrechte, Freiheit und Demokratie gesichert werden. Was wir nicht brauchen, ist die NPD in der PKK.

(Udo Pastörs, NPD: Das wird zu unbequem, glaube ich.)

Deshalb bitte ich, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Silkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt schließe, möchte ich darauf hinweisen, dass ich die Äußerungen der Mitglieder der NPD-Fraktion, die hier mehrfach während der Diskussion getätigt wurden, als Diffamierung der Landesregierung zurückweise. Hier ist mehrfach geäußert worden, dass der Innenminister die Abgeordneten belügen würde. Das weise ich auf das Entschiedenste zurück. Ich bitte Sie, sich zu zügeln und solche diffamierenden Äußerungen hier zu unterlassen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Fraktion der NPD eingebrachten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes auf Drucksache 6/83.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte was war das?!)

Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind

die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktion der NPD bei Zustimmung der Abgeordneten der NPD-Fraktion und Gegenstimmen der Abgeordneten der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Somit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/83 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds, auf Drucksache 6/242.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des
Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und
zur Änderung des Staatsvertrages zwischen
der Freien und Hansestadt Hamburg,
dem Land Niedersachsen und dem Land
Schleswig-Holstein über die Finanzierung
der Zusammenarbeit in der Metropolregion
Hamburg und die Fortführung der Förderfonds
(Erste Lesung)
– Drucksache 6/242 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Metropolregion Hamburg ist ein guter und wichtiger Schritt. Er bedeutet norddeutsche Zusammenarbeit im besten Sinne. Wir in Mecklenburg-Vorpommern setzen dabei auf eine realistische, eine sachliche Kooperation.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir setzen auf gute gemeinsame Projekte und einen regelmäßigen Austausch, wie es ihn übrigens schon in sehr vielen Bereichen gibt; gerade auch auf gesellschaftlicher Ebene, bei den Kirchen, bei den Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Kammern und Vereinen.

Realistische, sachliche Kooperation – das bedeutet, an die Lebenswirklichkeit der Menschen anzuknüpfen und dann zu praxisnahen Lösungen zu kommen. Nehmen Sie zum Beispiel den Schweriner oder die Hagenowerin, die beruflich nach Hamburg pendeln. Denen ist es natürlich egal, wer ihren Park-and-ride-Parkplatz baut. Ihnen ist es nur wichtig, dass es diesen Parkplatz gibt, damit sie sich nicht Tag für Tag mit dem Auto durch den Großstadtverkehr kämpfen müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Wir brauchen Arbeitsplätze in Mecklenburg, dann brauchen wir keinen Parkplatz zu suchen, und zwar zügig.)

Oder nehmen Sie den Hausbesitzer in einer ländlichen Gemeinde nahe Schleswig-Holstein. Ihn interessiert nicht, welches Landeswappen auf dem Müllwagen klebt, sondern ihm ist nur wichtig, dass der Müll zu bezahlbaren Gebühren abgeholt wird.

Und Lebenswirklichkeit bedeutet vor allem eines: Arbeit zu haben, gute Arbeit, von der man leben kann.

(Udo Pastörs, NPD: In Hamburg.)

Und da spielt die Nähe zu Hamburg für den Westen von Mecklenburg-Vorpommern eine sehr wichtige Rolle. Die Metropolregion Hamburg ist im Norden Deutschlands das wichtigste Zentrum von Handel und Wirtschaft mit Bedeutung und Ausstrahlung weit über Deutschland hinaus. Und wenn der Westen von Mecklenburg-Vorpommern darin bestmöglich integriert sein soll, wenn die Arbeitsplätze und auch die Aufträge an die Betriebe für uns in Mecklenburg-Vorpommern erreichbar sein sollen, dann brauchen wir gute Zusammenarbeit, dann brauchen wir zum Beispiel eine gemeinsame Raum- und Verkehrsplanung oder auch ein gutes gemeinsames Standortmarketing.

Uns geht es also um einen pragmatischen, einen sachlichen Zugang zur norddeutschen Kooperation. Und genau diesen Zugang eröffnet die Metropolregion Hamburg. Sie steht für eine ganz praktische konzeptionelle Zusammenarbeit mit konkreten fassbaren Resultaten.

Wenn wir als Land gemeinsam mit den beiden Landkreisen Ludwigslust und Nordwestmecklenburg der Metropolregion beitreten, dann werden wir Teil einer erfolgreichen Interessengemeinschaft. Und deshalb sage ich, der Beitritt zur Metropolregion Hamburg liegt in unserem Interesse, im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern. Er erfolgt in zwei Schritten: zum einen durch ein Verwaltungsabkommen, mit dem dieser Beitritt formal vollzogen wird, und zum anderen durch einen Staatsvertrag, mit dem Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern einen gemeinsamen Förderfonds einrichten.

Dieser Förderfonds wird von beiden Seiten jeweils mit 150.000 Euro, also 300.000 Euro jährlich ausgestattet. Das ist nicht viel. Das ist sicherlich sehr spitz kalkuliert zunächst einmal. Aber wir können auch sagen, oft brauchen wir ja nur einen kleinen finanziellen Anstoß, um gute Ideen zu fördern, gute Ideen, die vor Ort häufig längst vorhanden sind. Und manchmal geht es auch nur um ein gemeinsames Marketing.

Wenn zum Beispiel die Hamburger Hochschulen eine Nacht der Wissenschaften veranstalten, um Jugendliche über Studienmöglichkeiten aufzuklären, dann nehmen wir in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls daran teil und unsere Hochschulen werben für sich. So bekommen sie die Gelegenheit, sich mit ihren attraktiven Angeboten und den guten Studienbedingungen, die wir haben, ebenfalls zu präsentieren.

(Udo Pastörs, NPD: Warum muss das denn nachts gemacht werden?)

Oder ein anderes Kooperationsprojekt zur Entwicklung des Wassertourismus an der Elbe zwischen Hamburg und Wittenberge. Auch da ist unser Interesse, dass wir diese großartige Landschaft gemeinsam touristisch erschließen und vermarkten. Wichtig ist dabei, dass die Zusammenarbeit unserer Landkreise mit der Metropole Hamburg auf Augenhöhe stattfindet. Natürlich ist Hamburg größer, wirtschaftlich stärker, und natürlich profitieren unsere Landkreise von diesem Wachstumsmotor Hamburg, aber sie können auch sehr selbstbewusst darauf verweisen, dass sie ihrerseits viel in diese Zusammenarbeit einbringen.

Ein Beispiel dafür ist der Regionale Planungsverband Westmecklenburg. Dieser wurde im vergangenen November Modellregion im Rahmen des Bundesaktionsprogrammes „Regionale Daseinsvorsorge“ und als solche Modellregion arbeitet er sehr konkret an Fragen, die auch viele Gemeinden in Schleswig-Holstein und Niedersachsen betreffen. Wie können wir Bildung und lebenslanges Lernen zukünftig im ländlichen Raum sicherstellen? Wie organisieren wir dort die Gesundheitsversorgung? Wie ermöglichen wir auch älteren Menschen in den Landgemeinden eine gute Lebensqualität? Das wird dort bearbeitet in der Modellregion und deshalb können wir da mit Blick auf die Metropolregion sehr selbstbewusst sagen: Mecklenburg-Vorpommern hat viel anzubieten.

Viel anzubieten, das bedeutet, neben vielem anderen übrigens auch, dass wir als einziges ostdeutsches Bundesland innerhalb der Metropolregion die besonderen Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen, die die Menschen hier nach der Wende, in der Wende erworben haben. Ich glaube, wir können selbstbewusst nach außen sagen, wir sind in vielem beweglicher, flexibler, schneller. Denn wer außer uns musste einen solchen Strukturwandel bewältigen, wie wir ihn im Land hatten, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder bei den Werften?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich denke, meine Damen und Herren, wir können in dieser Zusammenarbeit sehr selbstbewusst sagen, wir sind modernisierungserprobt. Davon zeugen übrigens auch unsere gute Haushaltspolitik, unsere leistungsfähige Verwaltung.

(Udo Pastörs, NPD: Die Arbeitslosenquote, 14 Prozent.)

Diese Erfahrungen bringen wir ein.

Ich glaube, Sie sind sehr traurig, dass die Quoten immer besser werden, weil Sie ja nur auf Negatives setzen können, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese Erfahrungen bringen wir ein und dabei haben wir anderen manches voraus. Diese Erfahrungen, das muss ich aber auch sagen, bestimmen unsere Erwartungen, die wir an die Metropolregion haben. Wir setzen eben als Mecklenburger und Vorpommern mehr auf Resultate statt auf Hochglanzbroschüren. Und bei den Resultaten ist noch einiges zu tun, vor allem in der Wirtschaft, vor allem dann, wenn wir Schritt halten wollen im globalisierten Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, wenn ein Inder oder ein Chinese mit dem Finger auf dem Globus auf Hamburg tippt, dann bedeckt er mit seinem Finger mit Sicherheit auch Niedersachsen,

(Udo Pastörs, NPD: Parchim auch.)

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Das ist dann abgedeckt. Und ich denke, das zeigt anschaulich, meine Damen und Herren, es ist ein Gebot der Vernunft, dass wir uns wirtschaftlich zusammen aufstellen, denn wir werden nur gemeinschaftlich wahrgenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und nur dann werden wir auch im Wirtschaftswettbewerb mit andern Regionen bestehen können.

In Berlin – ein anderer Punkt – muss man niemandem erzählen, wo Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg liegen, aber über Berlin muss man schon klar sagen: Unsere Stimme wird in Berlin nur dann gehört, wenn wir uns gemeinsam zu Wort melden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn wir uns gemeinsam zu Wort melden, dann geht das eben nur, weil wir auch gemeinsame Interessen haben, zum Beispiel die maritime Wirtschaft, besonders die Werften, aber auch bei solchen Zukunftsthemen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Da muss man eben sehen, hier im Norden verbindet uns mit den anderen Bundesländern die Wirtschaftsstruktur, Tourismus, Logistikwirtschaft, die Landwirtschaft, auch die Gesundheitswirtschaft, die Medizintechnik. Das sind die Bereiche, in denen die norddeutschen Flächenländer stark sind. Daraus erwächst natürlich Wettbewerb untereinander, aber es begründet eben auch gemeinsame Interessen.

Meine Damen und Herren, von der Metropolregion Hamburg profitieren vor allem natürlich unsere westlichen Landkreise. Für das ganze Land hat nach wie vor auch die Zusammenarbeit mit Stettin, mit der Metropolregion Berlin unverändert große Bedeutung, genauso wie unsere Anbindung an den skandinavischen Wirtschaftsraum, die Ostseekooperation. Und ich sage Ihnen zu, wir werden auch diese Zusammenarbeit weiter intensivieren. Wo immer das möglich ist, werden wir auch diese Zusammenarbeit auf eine vertragliche Basis stellen. Der Gesetzentwurf heute mit Hamburg ist ein gutes Beispiel dafür. Ich bitte Sie, unterstützen Sie diesen Gesetzentwurf! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache vorzusehen.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lück für die Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tage des Landes als Land außerhalb der Metropolregion sind gezählt. Die Landesregierung hat vor gut zwei Wochen dem Staatsvertrag und dem Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg zugestimmt, aber der Staatsvertrag bedarf noch der Zustimmung des Landtages.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Weil der Haushaltsplan noch nicht steht, muss der Landtag zustimmen, um die Finanzierung zu sichern. Ein weiterer Förderfonds, so, wie der Ministerpräsident es gesagt hat, nun zwischen Hamburg und Mecklenburg-

Vorpommern, muss gebildet werden und auch eine Geschäftsstelle muss finanziert werden. Das Land muss also insgesamt jährlich 201.000 Euro Hochzeitsgeld aufbringen.

Auch meine Fraktion und ich stehen der Einbeziehung des Landes von Nordwestmecklenburg und dem Altkreis Ludwigslust in die Metropolregion Hamburg positiv gegenüber. Auch wir befürworten die Aufnahme in den Reigen der Verwaltungskooperation der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie von sechs holsteinischen und acht niedersächsischen Kreisen und auch Landkreisen. Dass wir dem Staatsvertrag beitreten wollen, steht außer Frage.

Außer Frage steht wohl auch, dass wir zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht feilschen können über die Bedingungen. Hamburg ist nun mal das wirtschaftliche Zentrum des Nordens. Die Zusammenarbeit bringt gegenseitige Vorteile für alle beteiligten Länder und Kreise. Und auch ich als Rostockerin blicke auf die Regiopole Rostock und natürlich auf das Hinterland mit seinen Hafenanbindungen, mit den Häfen und mit den Hinterlandanbindungen. Das halte ich für ganz wichtig. Wir können auf Augenhöhe beitreten, nicht als Bittsteller. Ziel muss ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein.

Ich sehe die Zugehörigkeit zur Metropolregion Hamburg auch im Hinblick auf die Entscheidung zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen als positiv. Meine Fraktion und ich stimmen der Überweisung zu.

Eine kleine Kritik möchte ich aber doch noch anmerken: Uns wurden ja nur die Änderungen zu dem Staatsvertrag zugeleitet. Wir meinen, dass natürlich dazugehört, wenn wir die Entscheidung hier fällen wollen als Parlament, dass wir auch die Unterlagen, also den Staatsvertrag selbst erhalten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Andrejewski.

(Michael Andrejewski, NPD: Kein Redebedarf.)

Dann hat nun das Wort der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Schulte.

(Der Abgeordnete Jochen Schulte verzichtet.)

Er hat auch keinen Redebedarf.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/242 zur federführenden Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Finanzausschuss sowie an den Energieausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD bei einer Gegenstimme des Herrn Andrejewski angenommen.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 5:** Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahl-

prüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 70 Geschäftsordnung des Landtages – Antrag auf Genehmigung der weiteren Durchführung eines Strafverfahrens, Drucksache 6/269.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss) gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten) Antrag auf Genehmigung der weiteren Durchführung eines Strafverfahrens – Drucksache 6/269 –

Gemäß Paragraf 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/269 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/269 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 6:** Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 70 der Geschäftsordnung des Landtages – Antrag auf Genehmigung der Durchführung des Strafverfahrens, Drucksache 6/275.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss) gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten) Antrag auf Genehmigung der Durchführung des Strafverfahrens – Drucksache 6/275 –

Gemäß Paragraf 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/275 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/275 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.00 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 12.04 Uhr

Wiederbeginn: 13.04 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Opfer des Nationalsozialismus gedenken – Rechtsextremistisches Gedankengut überwinden – Demokratie stärken, Drucksache 6/283.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Opfer des Nationalsozialismus gedenken –
Rechtsextremistisches Gedankengut
überwinden – Demokratie stärken
– Drucksache 6/283 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat unseres Landesrabbiners William Wolff beginnen: „Vergessen ist die letzte Grausamkeit, die wir den Opfern antun können.“

Am 20. Januar 1942 trafen sich ranghohe Partei- und SS-Funktionäre des Naziregimes in Berlin zu einer, wie es in der Einladung hieß, „Besprechung mit anschließendem Frühstück“. Dieses Treffen – inzwischen als Wannseekonferenz in die Geschichte eingegangen – löste unmenschliches Leid für die jüdische Bevölkerung in Europa aus. Auf dieser Tagesordnung der erwähnten Wannseekonferenz stand der Plan zur Vernichtung der europäischen Juden. Was von den Funktionären des NS-Regimes geplant wurde, war nichts anderes als die planmäßige, systematische und koordinierte Ermordung von ethnischen, religiösen und nationalen Minderheiten. Das Protokoll der Konferenz ist heute historisches Zeugnis für das verbrecherische nationalsozialistische Terrorregime.

Bis Januar 1942 wurden bereits eine halbe Million osteuropäischer Juden durch die Nationalsozialisten erschossen oder qualvoll vergast. In den darauffolgenden Jahren wurden Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Angehörige weiterer Nationalitäten sowie ethnischer und religiöser Minderheiten, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle, Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Andersdenkende – Kinder, Frauen und Männer – in den Vernichtungslagern der Nazis gequält, gefoltert und ermordet. Es waren unzählige, es waren Millionen von Menschen.

Das größte Vernichtungslager war das Lager Auschwitz-Birkenau. Allein hier kamen bis zu anderthalb Millionen Menschen ums Leben. Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die noch verbliebenen Gefangenen dieses Konzentrationslagers. Es waren nur noch wenige Tausend Menschen – halb tot vor Hunger, Kälte und Misshandlungen.

Ein Teil der KZ-Häftlinge befand sich seit Herbst 1944 bereits auf den Todesmärschen, auf dem Weg gen Westen. Im Januar 1945, mit der beginnenden Räumung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau folgten Hunderttausende weitere Häftlinge. Die SS-Schergen trieben sie mitten hinein in Gebiete, die noch von den Nazis beherrscht wurden. Sie trieben sie oft von einem Lager zum nächsten, wenn sie denn überhaupt ankamen. Die Nazis wollten verhindern, dass die Alliierten Zugriff auf

die Gefangenen bekommen – ein Vertuschungsmanöver mit grausamen Folgen. Auf den Todesmärschen, in den Todeszügen und den völlig überfüllten Lagern wie Bergen-Belsen, Ravensbrück oder Ebensee kamen weitere Hunderttausende Menschen ums Leben.

Anfang des Jahres 1945 lebten noch circa 714.000 Auschwitzhäftlinge, vier Monate später, am Tag der Befreiung am 8. Mai 1945, wurden nur noch etwa 60.000 Überlebende dieses Konzentrationslagers gezählt. Auf den Himmler-Befehl vom 14. April 1945 hin, die Häftlinge dürften keinesfalls lebend in die Hände des Feindes fallen, wurden nochmals massenhaft Menschen ermordet. Sie wurden erschossen, bis zur völligen Erschöpfung drangsaliert oder starben vor Hunger und Auszehrung, so, wie man das hier auch in dem Lager Wöbbelin nachvollziehen kann.

Am Freitag vergangener Woche, am 27. Januar, fand zum 67. Mal der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Im Jahre 2005 wurde der 27. Januar durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum internationalen Gedenktag erklärt. Die Gräueltaten der Nazis dürfen in ihrer Brutalität und ihrem ganzen Ausmaß nicht vergessen, verdrängt, verharmlost, verdreht oder gar verleugnet werden.

Ja, es gibt nicht mehr viele Zeitzeugen unter uns, die berichten können, welche Grausamkeiten der Faschismus hervorbrachte. In der vergangenen Woche konnten wir einen Zeitzeugen auf der Gedenkveranstaltung hier im Schloss begrüßen. Der Ehrengast der Veranstaltung, der heute 87-jährige Erich Kary, überlebte die Lager Auschwitz, Mittelbau-Dora, Ravensbrück und Wöbbelin. Er berichtet seit den 70er-Jahren über die Schrecken, die er als Kind und als Jugendlicher unter dem NS-Regime erlebt und erlitten hat. Wir, die anwesend waren, konnten sehr eindrucksvoll erleben, wie Erich Kary seinen Lebensbericht vorgetragen hat. Erich Kary weinte und immer wieder zog er sein Taschentuch, um sich die Tränen abzuwischen, weil – wir saßen vorne und konnten es hören, Herr Nieszery, Herr Kokert und Herr Suhr – er sagte, es sind die Bilder. Er hatte immer die Bilder vor Augen.

Angesichts der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund wird uns allen erneut klar, wie präsent die Gefahr des Rechtsextremismus in der Gegenwart ist, zeigt doch das Aufdecken der Terrorzelle, wie gefährlich der braune Schoß nach wie vor ist. Unentdeckt wurden jahrelang Menschen ermordet, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Wie wir heute über die Medien erfahren konnten, ist ein weiterer Unterstützer verhaftet worden.

(Michael Andrejewski, NPD: Mutmaßlich.)

Im Jahre 2010 wurden nach Auskunft der Opferberatungsstelle LOBBI e. V. 96 rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Mecklenburg-Vorpommern begangen. Im Jahre zuvor waren es 79 Straftaten. Die Taten richteten sich vor allem gegen Andersdenkende, Zuwanderer und Zuwanderinnen und sozial Benachteiligte.

Auch, dass die NPD mit ihrem demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Gedankengut hier im Landtag vertreten ist, muss allen Demokratinnen und Demokraten Ansporn sein,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

sich noch stärker für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Es ist Aufgabe der jetzigen Generationen, unserer Generation, dafür zu sorgen, dass wir nie vergessen, was uns die Zeitzeugen zu sagen hatten und noch zu sagen haben. Wir müssen es unseren Kindern und Enkelkindern weitersagen, denn sie werden diese Zeitzeugen nicht mehr befragen können.

Notwendig ist eine kontinuierliche politische und geschichtliche Bildungsarbeit. Bereits die Elternhäuser und die Kindertagesstätten müssen Orte der Demokratie sein.

(Udo Pastörs, NPD:
Entbindungsstationen auch schon.)

Die Schulen funktionieren nur mit Demokratinnen und Demokraten als Vorbilder für Toleranz und Menschlichkeit. Mütter und Väter, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, wir alle müssen für die Demokratie begeistern, um sie zu leben, damit diese Begeisterung fest in der Gesellschaft verankert wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt auf die Qualität der Demokratie an.)

Sie sollten angesichts dieses Tagesordnungspunktes nun wirklich mal schweigen.

(Udo Pastörs, NPD: Den Gefallen tue ich Ihnen nicht.)

Demokratie, Herr Pastörs, beginnt im Kopf,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist richtig. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

richtig, und ist zuerst eine Überzeugung. Und diese Überzeugung ist Ihnen fremd.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Das ist wie der Sozialismus.)

Die Geschehnisse,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wie beim Stalinismus. Da kennen Sie sich ja aus.)

die Geschehnisse rund um den Zweiten Weltkrieg, die Ursachen, Ausmaße und Folgen der Barbarei des Nationalsozialismus müssen fester Bestandteil des Lehrplanes in allen Schulen sein, unabhängig vom Schultyp. Auschwitz, meine Damen und Herren, darf sich nicht wiederholen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Deswegen ist meine Fraktion davon überzeugt, dass bestehende Strukturen im Land für Demokratie und Toleranz weiter gestärkt werden müssen, und wir sind ferner davon überzeugt, dass die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt, personell und finanziell gestärkt werden muss.

Auch mit Blick auf die Ergebnisse einer in der vergangenen Woche erschienenen Studie wird deutlich, dass wir in der politischen Bildungsarbeit nicht nachlassen dürfen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Denn heute weiß jeder fünfte junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren nicht mehr, was der Begriff „Auschwitz“ bedeutet.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja ein Skandal. Das ist ja Gotteslästerung.)

43 Prozent der Deutschen haben noch nie eine Gedenkstätte besucht und 40 Prozent wollen sich überhaupt nicht mehr mit der deutschen Vergangenheit beschäftigen.

(Udo Pastörs, NPD: Denken Sie mal an die Gedenkstätten der roten Gulags von Stalin!)

Der Auschwitzüberlebende Erich Kary hat seine Rede auf der Gedenkveranstaltung am vergangenen Freitag

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja einseitig, was Sie da abspuhlen.)

mit einem Zitat des österreichischen Schriftstellers Jean Améry beendet. Ich will das Zitat kurz vortragen: „Niemand kann aus der Geschichte seines Volkes austreten. Man soll und darf die Vergangenheit nicht ‚auf sich beruhen lassen‘, weil sie sonst aufstehen und zu neuer Gegenwart werden könnte.“

Ich möchte im Namen meiner Fraktion – ich denke, die anderen demokratischen Fraktionen schließen sich dem an – all denen meinen Dank aussprechen und den Respekt zollen, die sich dafür engagieren, dass die Verbrechen des Naziregimes nicht vergessen werden, und die sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sich all das, worüber ich jetzt kurz gesprochen habe, nicht wiederholt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretend möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regionalzentren für demokratische Kultur und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern danken. Ich möchte auch danken den Vereinen und Organisationen im Land, die sich aufopferungsvoll der Gedenkstätten-, Präventions- und Demokratiearbeit widmen, und nicht zuletzt all den couragierten Einzelpersonen, die sich öffentlich und teilweise nicht öffentlich dafür einsetzen und dafür sorgen, dass Toleranz, Weltoffenheit, Menschlichkeit und Solidarität keine Worthülsen bleiben. Wahre Demokratinnen und Demokraten leben ihre Überzeugung – in der Privatsphäre genauso wie in der Öffentlichkeit. Und ich möchte diesen und allen anderen versichern, dass meine Fraktion, und ich darf das auch für meine Partei sagen, ihnen die volle Unterstützung zuspricht, und das nicht nur heute, sondern auch in Zukunft. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In diesen Tagen vor 70 Jahren kamen am Berliner Wannsee 15 Männer zusammen, die allesamt zu den Eliten des Naziregimes zählten. Sinn und Zweck ihrer Zusammenkunft war nichts weniger als die Organisation der „Endlösung der Judenfrage“, also die koordinierte Deportation der gesamten europäischen Juden in den Osten, um sie dort zu vernichten.

Was damals vor rund 70 Jahren auf der sogenannten Wannseekonferenz beschlossen wurde, gehört zu den erschreckendsten historischen Fakten der deutschen Geschichte. Wer das Protokoll dieses Treffens liest, erfährt im nüchternen Verwaltungsdeutsch, wie die Vertreter des Naziregimes „Kompetenzgerangel“ und „administrative Reibungsverluste“ bei der Durchführung des Völkermordes zu minimieren suchten. Der entsetzliche moralische Frevel der Wannseekonferenz besteht in der perversen bürokratischen Perfektion, mit der das millionenfache Morden an den Juden akribisch, effektiv und nach allen Regeln der Verwaltungskunst vorbereitet wurde.

Als ich dieses Protokoll nun erneut gelesen habe, stellte sich mir die Frage: Was genau ist es eigentlich, dass mir einen solchen Schauer über den Rücken jagt? Warum bin ich heute, fast 70 Jahre nach dem Ereignis, immer noch so entsetzt und warum erschüttern mich andere Völkermorde nicht in gleicher Weise wie die systematische Judenvernichtung durch die Nazis?

(Udo Pastörs, NPD: Hat es denn andere noch gegeben überhaupt? – Helmut Holter, DIE LINKE: Gucken Sie mal nach Frankreich!)

Auch anderen Völkermorden lag der Gedanke der totalen Vernichtung einer bestimmten Gruppe zugrunde. Auch hier gab es eine Planung, eine Vorbereitung, eine Logistik des Mordens. Ganz sicher waren diese Mörder nicht so perfekt organisiert wie die Deutschen. Oft waren es am Ende weniger Opfer als beim Holocaust. Aber das allein, meine Damen und Herren, kann ja nicht wirklich den Unterschied in meiner emotionalen Betroffenheit ausmachen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Für mich persönlich gibt es keine Hierarchie unter den Völkermorden der Geschichte. Der Genozid, jeder Genozid ist ein einzigartiger Kulturbruch. Gäbe es eine Hierarchie, dann bedeutete dies letztendlich, dass es sehr schwere, schwere und weniger schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt. Das ist paradox. Nach welchen Kriterien sollte denn diese makabere Hierarchie gebildet werden? Welches Leid wiegt schwerer? Wenn ein kleiner armenischer Junge von türkischen Soldaten auf den Todesmärschen erschlagen wird? Wenn eine jüdische Frau in der Gaskammer eines KZs ermordet wird? Wenn eine Kulakenfamilie staatlich verordnet verhungern muss? Wenn ein Tutsi von einem Hutumilizionär mit der Machete zerhackt wird? Welcher mit diesen unvorstellbaren Leiden verbundene Völkermord wiegt schwerer?

Kann, ja darf es überhaupt eine Antwort auf diese Frage geben? Ich meine Nein. Denn damit gewichtet man die Würde der einen Opfer höher als die der anderen. Das aber, meine Damen und Herren, darf niemals geschehen, denn die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar und damit gleich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch werde ich immer fassungslos sein über das kalte, planvolle deutsche Morden, weil es in meinem Heimatland geschah und weil meine Vorfahren daran beteiligt gewesen sein könnten. Zusammen mit den unvorstellbaren Leiden der Opfer steigert besonders das Wissen um die mögliche und auch tatsächliche Schuld in der eigenen Familie das Entsetzen der Nachgeborenen. Es ist die persönliche Unmittelbarkeit des Genozids, die dieses besondere Entsetzen hervorruft.

Meine Damen und Herren, es wird niemals möglich sein, die Vernichtung von Millionen Menschen zu sühnen, und es wird niemals möglich sein, den erlebten Terror zu vergessen. Der Holocaustüberlebende Erich Kary hat vor wenigen Tagen erst eine bewegende Rede hier im Schloss zu Schwerin gehalten und zusammenfassend festgestellt, ich darf zitieren: „Am 3. Mai 1945 wurde ich gerettet, aber nicht befreit von dem, was ich erlebt habe, bis heute nicht.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, die Verantwortlichen für das Leid von Erich Kary sind nicht diejenigen, die hier und heute politische Verantwortung tragen. Es gibt keine Erbschuld der Nachgeborenen. Dass wir heutigen Deutschen noch Schuld hätten, behauptet eigentlich auch niemand wirklich ernsthaft.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Verantwortung.)

Die Worte Max Horkheimers, die er schon 1963 formulierte, bringen es auf den Punkt: „Schuld“,

(Udo Pastörs, NPD: Der fehlt uns noch.)

Herr Pastörs, „Schuld betrifft den Einzelnen und seien es auch noch so viele; alles andere ist verhängnisvoller Mythos.“

Gleichwohl gibt es immer noch Vorbehalte und Ressentiments gegenüber uns Deutschen im Ausland und es gibt oft ein unbestimmtes schlechtes Gewissen,

(Udo Pastörs, NPD: In Griechenland zum Beispiel.)

ein Unbehagen bei uns selbst.

(Michael Andrejewski, NPD: Unsere Euros nimmt jeder.)

Das wird zum Beispiel deutlich in dem, was Helmut Schmidt in seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag am 4. Dezember 2011 in Berlin ausgeführt hat, ich darf zitieren: „Als inzwischen sehr alter Mann denkt man naturgemäß in langen Zeiträumen – sowohl nach rückwärts in die Geschichte als ebenso nach vorwärts in die erhoffte und erstrebte Zukunft. Gleichwohl habe ich vor einigen Tagen auf eine sehr einfache Frage keine eindeutige Antwort geben können. Wolfgang Thierse hatte mich gefragt: ‚Wann wird Deutschland endlich ein normales Land?‘“

(Stefan Köster, NPD: Das fragen wir uns auch.)

„Und ich habe geantwortet: In absehbarer Zeit wird Deutschland kein ‚normales‘ Land sein. Denn dagegen steht unsere ungeheure, aber einmalige historische Be-

lastung. Und außerdem steht dagegen unsere demografisch und ökonomisch übergewichtige Zentralposition inmitten unseres sehr kleinen aber vielfältig nationalstaatlich gegliederten Kontinents.“ Zitatende.

(Vincent Kokert, CDU: Ein sehr kluger Mann.)

In dieser Aussage, meine Damen und Herren, schwingt ein Schuldgefühl mit, das sich vielleicht daraus erklären lässt und dadurch erklären lässt, dass Helmut Schmidt den Zweiten Weltkrieg selbst erlebt hat und wie alle Wehrmachtangehörigen einen Eid auf Adolf Hitler geleistet hat. Dieses Schuldgefühl ist nicht nur nachvollziehbar, sondern in hohem Maße ehrenwert, zeugt es doch davon, dass Helmut Schmidt die Lehren aus seiner Vergangenheit gezogen und daraus in vorbildlicher Weise seine Folgerungen für die Gestaltung eines demokratischen Deutschlands abgeleitet hat.

Anders als viele Zeitgenossen Helmut Schmidts sind die Nachkriegsgenerationen zwar frei von Schuld oder gar einer Erbschuld,

(Udo Pastörs, NPD: Aber nicht frei von Verantwortung.)

aber eben nicht frei von Verantwortung, Herr Pastörs. Genau richtig.

(Udo Pastörs, NPD: Darauf habe ich schon lange gewartet.)

Sie haben sogar eine ausgesprochen hohe Verantwortung. Sie erwächst aus der unsterblichen Würde vieler Millionen Opfer und damit aus dem Bekenntnis zur Menschlichkeit. Wir haben alles dafür zu tun, jeder Einzelne, jeden Tag, dass niemals wieder in irgendeinem Gemeinwesen die immer gleiche und grausame Spirale von Vorurteilen, Hass, Entmenschlichung, Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung entsteht. Das ist, meine Damen und Herren, unser historischer Auftrag.

(Udo Pastörs, NPD: Darum hassen Sie uns so, ja?)

Und diesen historischen Auftrag, meine Damen und Herren, haben wir angenommen.

Wenn ich mir die 67 Jahre seit Ende der nationalsozialistischen Diktatur ansehe, in denen wir Demokratie und Rechtsstaat entwickelt und gelebt haben, dann bin ich stolz auf das, was wir daraus gemacht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Um nicht missverstanden zu werden: Ich rede jetzt keineswegs einem, wie Thomas Mann ihn nennen würde, „höhlenbärartigen Nationalismus“ das Wort. Das ist eher Ihre peinliche Domäne, meine Herren von der NPD. Ich plädiere für ein selbstbewusstes, ja vielleicht sogar liebevolleres Verhältnis zu unserem freiheitlich-demokratischen Land, das Deutschland mittlerweile geworden ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben inzwischen eine gefestigte Demokratie, die auch die neuen Nazis von der NPD nicht erschüttern

können. Sie, Herr Pastörs, und Ihre dumpfen Kameraden bleiben in unserer wehrhaften Demokratie allenfalls ein makaberer Treppenwitz der Geschichte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Erinnern an die Wannseekonferenz und die Folgen, das Erinnern an den von Deutschen begangenen Genozid ist und bleibt ein wichtiger Aspekt der deutschen Identität. Die millionenfachen grauenvollen Schicksale sind stete Mahnung, uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sie im Bewusstsein der Menschen zu halten. Dazu gehört es, die Lehren aus der Vergangenheit zur Quelle des Wissens für die Gestaltung der Gegenwart zu machen. Nur so erreichen wir, dass diejenigen Menschen, die das Grauen nicht selbst miterlebt haben, immun werden gegen die Rattenfänger, insbesondere des braunen Lagers.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer sind eigentlich die Ratten?)

Nur so, meine Damen und Herren, können die Nachgeborenen die dumpfen Auswüchse des Antisemitismus und des Fremdenhasses erkennen und lernen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

den Wert unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu schätzen. Lassen Sie uns gemeinsam wachsam sein! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erich Kary und seine Mutter wurden am 19. April 1943 nach Auschwitz-Birkenau transportiert. Erich Kary verliert seine Mutter in der Gaskammer von Auschwitz. Er selber wird von der SS mit einer Nummer tätowiert und als Arbeitsmaterial eingestuft.

Mit diesen Ausführungen hat der Zeitzeuge Erich Kary uns am 27.01.2012 auf der Gedenkveranstaltung des Landtages anlässlich des Gedenktages zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus an die Gräueltaten des Naziregimes erinnert. Durch Proklamation hat der Bundespräsident Roman Herzog diesen Gedenktag 1996 eingeführt. Seitdem erinnern wir jährlich am 27. Januar auf nationaler sowie internationaler Ebene der Opfer des Nationalsozialismus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unzähligen Toten sind Mahnung an diese grausame Zeit und sind gleichzeitig Verpflichtung für unsere Gesellschaft, aber auch für jeden Einzelnen, immer wieder aufzuzeigen, wozu Menschen fähig sind, wenn sie durch ein menschenverachtendes System fehlgeleitet werden. Deshalb brauchen wir eine Kultur des Hinschauens und vor allem des Aufklärens.

Dazu muss jeder seinen Beitrag leisten. Herr Kary hat für sich entschieden, dass er seit den 70er-Jahren über

seine Schreckenserlebnisse in den Schulklassen berichtet. Ich kann mir sehr gut vorstellen, welche Überwindung es gekostet haben muss, eigene Erlebnisse wie einen Transport nach Gleiwitz im Januar 1945 zu schildern.

In der Gedenkveranstaltung berichtete er, wie die Häftlinge sieben Tage ohne Verpflegung unterwegs waren. Gut zwei Drittel der Häftlinge haben diese Strapazen nicht überlebt. In seinem Waggon waren es am Ende zwölf Häftlinge. Einer von ihnen sagte: „Wer dies wirklich übersteht, soll die Pflicht haben, der Nachwelt zu berichten, was wir erlebt haben.“ Herr Kary führte aus, dass sie die meiste Zeit vor Schwäche geschlafen haben. Sie lagen zwischen den Toten, denn stehen konnten sie nicht mehr.

Diese Bilder wird man nicht mehr los. Immer wieder unterbrach Herr Kary seinen Vortrag mit den Worten: „Man sieht immer wieder diese Bilder.“ Weiter sagte er: „Die Menschen müssen wissen, was damals geschehen ist, und mir ist auch die Aufklärung der heutigen Jugend wichtig.“ Diese Aufforderung ist Verpflichtung an uns alle, dafür zu sorgen, dass auch den kommenden Generationen diese schrecklichen Taten des NS-Regimes in ihrem Ausmaß im Bewusstsein bleiben, damit sich solche Verbrechen nicht wiederholen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die aktuelle Mordserie von Ausländern durch rechtsextremen Terrorismus ist eine Schande für Deutschland und macht deutlich, dass wir im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nachlassen dürfen. Wie schnell geht vielen der Begriff „Döner-Morde“ über die Lippen. Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat diesen Begriff zu Recht zum Unwort des Jahres 2011 erklärt, mit der Begründung, dass die sachlich unangemessene, folkloristisch stereotype Etikettierung einer rechtsterroristischen Mordserie ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzt und die Opfer selbst in höchstem Maße diskriminiert, indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nichts ist anschaulicher als der Bericht von Zeitzeugen, doch es ist absehbar, dass in 10 bis 20 Jahren diese Möglichkeit nicht mehr gegeben sein wird. In unserem Landtag gibt es zwei Abgeordnete, die vor Beendigung des Krieges geboren wurden. Mit dem Geburtsjahr 1942 beziehungsweise 1944 wird eine Darstellung – für die Betroffenen glücklicherweise – der Kriegereignisse nicht mehr möglich sein. Das zeigt aber auch, dass wir vor einer neuen Situation und damit vor einer noch größeren Herausforderung bei diesem Thema stehen, nämlich: Wie können wir ohne Zeitzeugen garantieren, dass das Erbe und die Verpflichtung von Herrn Kary weiterleben?

Diese Frage muss jetzt beantwortet werden und darf nicht auf ein Morgen verschoben werden. Die Feinde unserer friedlichen, demokratischen Grundordnung mit ihren menschenverachtenden Ideologien dürfen nie wieder eine Chance haben. Aus meiner Sicht kann die Antwort nur lauten: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese Aussage nicht pathetisch gemeint ist, sondern ich bin fest davon überzeugt, dass nur die Vermittlung von Wissen die Antwort gegen Vergessen und Unwissenheit sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die politische Bildung bezieht sich nicht nur auf die demokratische

Wissensvermittlung durch Pädagogen an schulischen Einrichtungen. Nein! Alle Bürgerinnen und Bürger werden aufgerufen, sich im Sinne dieses demokratischen Selbstverständnisses zu engagieren. Insofern bin ich froh, dass sich in unterschiedlichen Lebensbereichen Menschen einbringen.

Exemplarisch möchte ich den Film-Ideen-Wettbewerb für Vielfalt, Demokratie und Zivilcourage in Mecklenburg-Vorpommern „Klappe gegen rechts“ nennen. Aber auch Verbände wie der Deutsche Caritasverband starten Projekte wie zum Beispiel für Respekt und Demokratie gegen Rechtsextremismus. Aktuell in diesen Tagen verstärken die beiden großen Kirchen in unserem Land ihr Engagement gegen Rechtsextremismus. Mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums startet die AG TEO, „Tage Ethischer Orientierung“, das Programm „Kirche stärkt Demokratie“ mit dem Ziel, die Verbindung von Kirche als Partner von Schule und Gemeinden zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bewusstsein für Demokratie und Toleranz ergibt sich als notwendige Konsequenz aus den Erfahrungen der Geschichte. Demokratie stärken heißt, junge Menschen zur Zivilcourage gegenüber gewalttätigen, diskriminierenden und rassistischen Tendenzen zu motivieren, ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie sich auch in kritischen Situationen für Werte wie Freiheit, Menschenwürde und Toleranz einsetzen können. Diese Aufgabe ist Verpflichtung. Dazu benötigen wir jeden Einzelnen, damit sich Geschichte, wie sie uns Erich Kary anhand seiner Erlebnisse berichtet hat, niemals wiederholt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat der Abgeordnete der Fraktion der NPD Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihre immer gleiche ritualisierte sogenannte Vergangenheitsbewältigung zerschellt im Volke und insbesondere bei der Jugend an einer Mauer aus Gleichgültigkeit – zu Recht. Das könnten Sie ändern, wenn Sie die ausgetretenen Pfade einmal verlassen würden. Eine einzige kleine Korrektur in dem vorliegenden Antrag würde dazu reichen, nur ein Wort im dritten Abschnitt müsste man austauschen. Der würde dann lauten: „Die Gräueltaten des stalinistischen Regimes im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands dürfen in ihrer Brutalität und in ihren Ausmaßen nicht vergessen oder verharmlost werden. Sie müssen im täglichen Denken und Handeln verankert bleiben, um zu verhindern, dass sich solche Verbrechen jemals wiederholen.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Das wäre mal was ganz Neues. Zwei Millionen von der stalinistischen Roten Armee ermordete deutsche Vertriebene, Hundertausende von stalinistischen Verbrechern vergewaltigte Frauen, auch in Polen und Jugoslawien, nicht nur in Deutschland,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dazu die Opfer in den fröhlich von den Stalinisten weiter genutzten Konzentrationslagern Buchenwald und Sach-

senhausen und sogar Auschwitz, wo das NKWD, Stalins Geheimdienst, sofort nach dem 27. Januar 1945 Regimegegner internierte, Deutsche und Polen! Wie viele Opfer es unter sowjetischer Herrschaft im Konzentrationslager Auschwitz gab, wissen wir nicht. Das wird vielleicht die polnische Geschichtsschreibung rauskriegen, die deutsche garantiert nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Die deutsche will es gar nicht wissen.)

Wer eine Wiederholung solcher Gräueltaten verhindern wollte, müsste die Erinnerung daran am Leben halten. Aber dazu hat das herrschende Parteiensystem wenig Lust. Man begnügt sich mit einem Minimalgedenken, gar nicht zu vergleichen mit dem Aufwand, den man mit dem Nationalsozialismus treibt, weil man Rücksicht nimmt auf die geistigen Nachfahren der stalinistischen Massenmörder, die hier im Landtag sitzen und sich DIE LINKE nennen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die dürfen sich hier hinter Hitler verstecken, damit sich bloß keiner ihre kriminelle SED- und KPD-Vergangenheit genauer ansieht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Aus dieser Vergangenheit als Träger der kommunistischen Diktatur in der DDR müsste DIE LINKE ja wenigstens eines gelernt haben:

(Regine Lück, DIE LINKE: Fassen Sie sich an die eigene Nase und geben Sie nicht immer anderen Empfehlungen!)

wie man eine Gedenkkultur nicht gestalten sollte, wenn man nicht will, dass sich die Leute angeödet abwenden. 40 Jahre lang wurden die Schüler mit antifaschistischen Lehrinhalten geradezu bombardiert. Niemand entkam dem Erziehungssystem, ohne permanent von einer Gedenkstätte zur anderen geschleift zu werden. Maßlosigkeit und Dauerbearbeitung erzeugen aber nur eines: Überdross. Es geht bei den Schülern zum einen Ohr rein und zum anderen wieder raus,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So wie bei Ihnen, nicht wahr?)

ohne dass die Lehrer das unbedingt merken würden. Ich kenne das selber noch aus dem Vorläufer des heutigen NS-Gedenkkults, dem klassischen Religionsunterricht. Man sitzt da gezwungenermaßen, zusätzlich auch noch im Konfirmandenunterricht und in der Christenlehre, und wird pausenlos mit dem Herrn Jesus vollgequatscht, bis man es nicht mehr hören kann. So erzeugt man Atheisten. „Sehe ich Sie regelmäßig in der Kirche?“, hat der Pfarrer gefragt – natürlich nicht. Sobald die Konfirmation vorbei war, ist man da nie wieder reingegangen.

Und welche der Jugendlichen, die Sie in der Schule mit der Dauerbewältigung des Dritten Reiches traktieren, sehen Sie denn wieder anlässlich der offiziellen Gedenkfeiern, etwa am 27. Januar? Es müsste Ihnen doch langsam aufgefallen sein, dass Sie da unter sich sind, immer dieselben, wie eine Sekte, trotz des ganzen Propagandagetöses, das Sie veranstalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielleicht sind Sie auch nicht die Richtigen, um die Sache der NS-Verfolgten zu vertreten. Deren Gedenken hat es überhaupt nicht gutgetan, dass sich so verlogene Figuren wie Ulbricht oder Honecker auf sie berufen haben. – Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen. In Sachsenhausen und Buchenwald gab es nie Gefangene des Stalinismus und in Demmin ist 1945 nichts Schlimmes passiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber wir reden jetzt über die Wannseekonferenz, Herr Andrejewski. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Wer wie DIE LINKE in ihrer Zeit als SED solche Märchen erzählt, dem glaubt man gar nichts mehr. Und wenn derjenige, der solche Märchen erzählt, NS-Verbrechen thematisiert, erzeugt er mehr Zweifel und Unglauben als die wildesten Auschwitzleugner, die von der Justiz verfolgt werden. Wenn Karl-Eduard von Schnitzler auf dem „Schwarzen Kanal“ etwas erzählt hat, glaubten die meisten DDR-Bürger instinktiv das Gegenteil.

So weit ist es mittlerweile auch mit der politischen Klasse der BRD gekommen. Bei dem Herrn, der augenblicklich versucht, einen Bundespräsidenten darzustellen – er heißt, glaube ich, Wulff –,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist doch mit Händen zu greifen, dass seine Aufrufe gegen rechts und zu mehr Aufklärung über NS-Untaten reine Taktik sind.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Er kalkuliert ganz richtig, dass man sich jeder Kritik entzieht, wenn man den großen antifaschistischen Mahner und Warner gibt. Also mahnt und warnt er permanent vor Rassismus und Nazismus und hofft dabei, dass keiner auf seine kleinkarierten Skandale schaut. Pure Berechnung ist das, weiter nichts, und zwar schlechte Berechnung,

(Udo Pastörs, NPD: Show!)

denn Wulff müsste ja wissen, dass das nicht einmal bei Michel Friedman, alias Paolo Kokschnase Pinkel, geklappt hat. Wieso sollte es also bei ihm funktionieren?

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der NPD)

Er ist ein unglaubwürdiger Sachwalter der NS-Verfolgten. Jedes Mal, wenn er zu diesem Thema den Mund aufmacht, sagen mehr Leute, davon wollen wir nichts mehr hören und wir glauben daran gar nicht mehr. Wenn man kein glaubwürdiges Personal hat, nützt es einem gar nichts, mit staatlicher Macht Gedenktage durchzusetzen. Das hat Gaddafi auch versucht. Was hat es ihm genützt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie gedenken Sie denn der Opfer, Herr Andrejewski?)

Man bewirkt dadurch nur,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie gedenken Sie der Opfer? – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Tausende von Flaggen auf Halbmast gesetzt werden, aber man erreicht die Menschen nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Geschichtsverfälschung.)

Das gilt ganz besonders heute für die vielen Wendehäule aus DDR-Zeiten, die ihre Karrieren ebenso naht- wie skrupellos in der BRD fortgesetzt haben und sich nun als Hohepriester Sophie Scholls aufspielen, mit der sie rein gar nichts gemein haben. Sie sind das genaue Gegenteil, insbesondere diejenigen DDR-Lehrer, die 1990 in atemberaubender Geschwindigkeit von „Rotlichtbestrahlung“ auf „Grundgesetzjubiläum“ umschalteten – das hat die Glaubwürdigkeit des pädagogischen Sektors auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tief greifend und nachhaltig beschädigt, nicht nur bei der damaligen Schülergeneration, die Zeuge dieses atemberaubenden Manövers wurde – ohne Netz und doppelten Boden und ohne Karriere- lücke zwischen den Systemen.

Es entgeht den Menschen auch nicht, was beim NS-Gedenken an Posten und Geldern abzustauben ist. Gerade eben – Herr Holter hat es erwähnt – fanden Antisemitismusforscher heraus, dass der latente Antisemitismus in Deutschland immer noch in alarmierendem Ausmaß vorhanden sei. Das war keine Überraschung. Wer auf einem weichen Bürostuhl in einem Institut zur Erforschung des Antisemitismus sitzt, in einem schicken Büro, mit einem schönen Gehalt

(Udo Pastörs, NPD: 14.000 Euro.)

und einem Dienstwagen, einer Sekretärin und einem großzügig bemessenen Spesenkonto, der wird wohl kaum herausfinden, dass der Antisemitismus zurückgegangen sei oder gar verschwunden wäre. Der geht nie zurück, denn dann würde ja das Budget gekürzt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Selbstverständlich wird es immer schlimmer mit dem Antisemitismus. Noch mehr politische Bildung ist nötig und noch mehr Mittel und noch mehr Posten und Planstellen und Tagungen und Dienstreisen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unerträglich, was Sie hier abgeben.)

Eine ganze Branche lebt mittlerweile vom Kampf gegen rechts auf dem moralischen Niveau der alten Katholischen Kirche, über deren Priester man damals gesagt hat, sie tragen ihr Kreuz, indem sie Wildbret und Wurst kreuzweise auf das dickbeschmierte Butterbrot legen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mein Gott, jetzt reicht's hier aber!)

Die Quittung war die Reformation. Machen Sie ruhig so weiter wie jetzt! Machen Sie so weiter, wie Herr Dr. Nieszery es dargestellt hat! Dann werden Sie auch das letzte Fünkchen Interesse an diesem Gedenkkult noch gekillt haben. Wir brauchen nur zuzusehen und mehr Mühe ist die ganze Sache auch nicht wert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sechs Millionen
Opfer, was haben Sie dazu zu sagen?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Andrejewski, Ihre Bezeichnung von Herrn Friedman weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Stefan Köster, NPD:
Das ist aber die Wahrheit.)

Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Stefan Köster, NPD:
Liebe Brüder, vereinigt euch!)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Andrejewski, Sie verleugnen, Sie lenken ab, Sie denunzieren und Sie entziehen sich der Verantwortung vor der Geschichte. Dieser Landtag wird Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Auschwitz gilt als Symbol für die unfassbare Vernichtung von Millionen von Menschen durch das NS-Regime. Wir Demokraten haben vor ein paar Tagen zum 67. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz der weit mehr als einhundert Millionen gedacht,

(Stefan Köster, NPD: Einhundert Millionen? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der weit mehr als eine Million Menschen gedacht,

(Udo Pastörs, NPD:
Zweihundert Millionen!)

die dort durch die Nazis ermordet wurden. Und es ist richtig und bedeutend,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist das witzig?!)

es ist richtig und bedeutend, dass der Landtag ebenfalls mit einem gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen daran erinnert. Wir Deutschen haben tiefe Schuld auf uns geladen.

(Stefan Köster, NPD: Für immer und ewig. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dies bedeutet auch, dass wir über viele Generationen hinweg, Herr Pastörs, Verantwortung tragen. Denn derartige Verbrechen und das damit verbundene unmenschliche Handeln dürfen sich niemals wiederholen. Wir müssen uns immer wieder dabei aktiv erinnern und uns der Lehren aus dieser schmerzlichen Historie immer wieder bewusst werden.

(Udo Pastörs, NPD: Und auch
was kosten lassen vor allen Dingen. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn es sein muss.)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich möchte an die Rede Erich Karys erinnern. Und die Tatsache, dass

die Kollegen aus den demokratischen Fraktionen dies in all ihren Redebeiträgen vorher getan haben, zeigt ja, glaube ich, wie bewegend und beeindruckend diese Rede war. Erich Kary hat uns am vergangenen Freitag erinnert

(Udo Pastörs, NPD:
Nehmen Sie Reich-Ranicki,
den haben Sie noch nicht zitiert.)

und er hat erneut die Kraft aufgebracht, von den abscheulichen Handlungen zu erzählen, die Deutsche ihm antaten – ein Mann, der sich in bewundernswerter Weise verpflichtet fühlt, seine Erlebnisse vor allem an junge Menschen, an Schülerinnen und Schüler weiterzugeben.

(Udo Pastörs, NPD:
Dies hörten wir schon.)

Er tut dies, obwohl er damit immer wieder an seine Grenzen gerät, bei jeder Erzählung mit seinen schrecklichen Erinnerungen konfrontiert wird und sich dennoch der Verantwortung stellt, jungen Menschen von den schrecklichen Geschehnissen zu berichten und dazu beizutragen, dass nicht vergessen wird.

Ich bin kürzlich auf ein Interview gestoßen, das Erich Kary vor Kurzem gegeben hat, und ich möchte eine kurze Passage verlesen aus einem längeren Interview, weil dies ausdrückt, welche Verantwortung wir auf uns geladen haben. In diesem Interview gibt es eine kurze Passage, in der Erich Kary zu seiner erstmaligen Ankunft in Auschwitz befragt wird. Er ist am Freitag auch darauf eingegangen. Die Frage lautet: „War Ihnen bei der Ankunft in Auschwitz bewusst, was Sie erwartete?“ Und er antwortete darauf, ich zitiere: „Bei der Abfahrt wussten wir noch nicht, wohin unsere ‚Reise‘ führt. Vielleicht nach Osten, um dort irgendwo zu arbeiten. Als wir aber in Auschwitz ankamen, wurde uns klar: Das ist das Ende! Man trieb uns mit Knüppeln aus dem Waggon. Mutter und ich haben uns angeschaut, schweigend. Diese letzten Blicke werde ich nicht los. Von diesen Erinnerungen gibt es keine Befreiung.“ Auch als er in diesem Moment am Freitag hier im Landtag im Festsaal, als er diesen Moment beschrieb, den Moment, in dem er an der sogenannten Rampe in Auschwitz zum letzten Mal seine Mutter sah, kamen ihm, meine Vorredner sind schon darauf eingegangen, die Tränen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, nicht nur mich hat dies sehr berührt. Ich habe tiefe Achtung vor Menschen wie Erich Kary, weil sie uns nicht vergessen lassen und weil sie uns an unsere Verantwortung erinnern. Wir dürfen nicht aufhören, ohne Kompromisse für die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen und für die Menschenrechte einzutreten und uns dafür zu engagieren. Wir dürfen nicht aufhören zu mahnen, denn heute sitzen in deutschen Parlamenten – auch hier – wieder Rechtsextreme, die den Holocaust relativieren. Es ist die Pflicht aller Demokraten ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Oder davon versuchen abzulenken, wie das in der Rede von Herrn Andrejewski gerade der Fall war.

(Stefan Köster, NPD:
Das ist absoluter Unfug.)

Es ist die Pflicht aller Demokraten, dagegen Widerstand zu leisten, es nicht hinzunehmen, dass in Deutschland Jüdinnen, Migrantinnen, Behinderte, Obdachlose oder Homosexuelle wieder Angst vor Übergriffen haben müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stefan Köster, NPD: Oder Deutsche.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wer dies beschwichtigt oder glaubt, das Problem durch Stillhalten lösen zu können, hat aus der deutschen Geschichte nichts gelernt. Da, wo es notwendig ist, muss den Neonazis und den Rechtsextremen mit allen demokratischen Mitteln entgegengetreten werden. Rechte Straftaten, dazu gehört auch die Leugnung und Relativierung der Naziverbrechen, müssen konsequent aufgeklärt und geahndet werden.

(Stefan Köster, NPD:
Und das bis zum Lebensende.)

Doch die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten kann nicht alleine mit rechtlichen Mitteln gewonnen werden. Wichtig ist das gesamtgesellschaftliche Engagement, mit dem deutlich wird,

(Udo Pastörs, NPD:
Posten und Geld sind wichtig.)

dass es für Rechtsextreme und ihre Ideologie keine Unterstützung gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade an diesem Gedenktag wird vor dem Hintergrund der Mordserie der nationalsozialistischen Terrorgruppe in den vergangenen Jahren deutlich, wie notwendig es ist, sich immer wieder mit aller Entschiedenheit gegen Intoleranz und Unmenschlichkeit zu stellen. Dabei sind alle Menschen, die sich zur Demokratie bekennen, gefragt, Zivilcourage zu leben und zu vermitteln. Dies, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir Erich Kary schuldig und den vielen Millionen Menschen, denen die Nazis unendliches Leid zugefügt haben.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das war „Das Wort zum Sonntag“.)

Unsere Verantwortung ist dabei zeitlos. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/283. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/283 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Aussprache zum Thema „Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen“.

Aussprache zum Thema Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion DIE LINKE Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aussprache zum Thema „Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen“ beantragt. Anlass ist das aus unserer Sicht unwürdige Gezerre um die Neubesetzung des Amtes des Bürgerbeauftragten in unserem Land.

Erinnern wir uns: Im Juli 2011 verkündete der damalige Bürgerbeauftragte Herr Schubert, dass er sich entschlossen hat, wieder für den Landtag zu kandidieren. Im September stand fest, er wird wieder in den Landtag einzziehen. Damit war das Amt des Bürgerbeauftragten unbesetzt. Was nun unter den Augen der Öffentlichkeit ablief, hat aus unserer Sicht dem Amt des Bürgerbeauftragten mehr als geschadet.

Nun, es ist ein offenes Geheimnis, dass die Koalitionsfraktionen und insbesondere die CDU-Fraktion an der Daseinsberechtigung dieses Amtes zweifeln.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Das wurde bereits in der Debatte um die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern deutlich. Ungeachtet dessen hat der Landtag in unserer Verfassung die Wahl eines Bürgerbeauftragten beschlossen. Die Verfassung wurde von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich im Rahmen einer Volksabstimmung angenommen.

Und das, meine Damen und Herren, ist etwas Besonderes. Bürgerbeauftragte gibt es in Deutschland auch in anderen Ländern, aber in keinem anderen Land ist dieses Amt in der Verfassung verankert. Und ich zitiere:

„(1) Zur Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern der öffentlichen Verwaltung im Lande sowie zur Beratung und Unterstützung in sozialen Angelegenheiten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren den Bürgerbeauftragten; einmalige Wiederwahl ist zulässig. Er kann ihn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages vorzeitig abberufen. Auf eigenen Antrag ist er von seinem Amt zu entbinden.

(2) Der Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er wird auf Antrag von Bürgern, auf Anforderung des Landtages, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder von Amts wegen tätig.

(3) Das Nähere regelt das Gesetz.“

Artikel 36 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern.

Diese Festschreibung in der Verfassung verpflichtet uns als Landtag nicht nur, einen Bürgerbeauftragten zu wählen, sondern auch, diese Funktion, seine Arbeit ernst zu nehmen. Dieser Verpflichtung sind insbesondere die Koalitionsfraktionen in den letzten Monaten nicht nachgekommen. Man könnte fast behaupten, sie nehmen unsere Landesverfassung nicht so ernst.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na!)

Was nach den Wahlen stattfand, war parteipolitisches Taktieren.

(Torsten Renz, CDU: Was denn zum Beispiel?)

Die Koalition hat sich entschieden, der CDU das Vorschlagsrecht zu übertragen.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

Krampfhaft hat dann die CDU-Fraktion versucht, einen gewählten Abgeordneten aus ihren Reihen zu überreden, dieses Amt zu übernehmen und sich der Wahl zu stellen. Aber nicht, weil sie der Auffassung war, der eine oder andere sei dafür geeignet, nein, um nicht gewählte Parteikollegen über das Freiwerden eines Mandates in den Landtag nachrücken zu lassen.

(Udo Pastörs, NPD: Herr Wulff kann das demnächst übernehmen.)

Dass sich niemand bereit erklärt hat, zeigt aus unserer Sicht auch, wie der Einzelne zu diesem Amt steht.

(Torsten Renz, CDU: Alles Unterstellungen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber das soll jeder für sich bewerten.

(Torsten Renz, CDU: Was Sie hier jetzt machen, ist dem Amt nicht würdig.)

Uns ist auch klar, dass Sie in der Aussprache mit dem Argument kommen werden, was wir wohl wollen, die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es ja weiterhin, auch wenn das Amt selbst nicht besetzt ist. Das ist wohl richtig. Und an dieser Stelle möchte ich im Namen meiner Fraktion den Mitarbeitern beim Bürgerbeauftragten und insbesondere Herrn Schloh für seine Arbeit recht herzlich danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie waren auch weiterhin als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger da, haben ihnen zugehört, ihre Probleme versucht zu klären. Ich sage aber auch, das ist eben nicht dasselbe. Nicht umsonst haben wir in der Verfassung die Wahl des Bürgerbeauftragten verankert, ihm im Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz Rechte und Pflichten festgeschrieben.

Mit der Festschreibung in der Landesverfassung haben wir den Bürgerinnen und Bürgern ein niederschwelliges Angebot gemacht, sich mit ihren Anliegen direkt an eine Person zu wenden. Bewusst wurden die Hürden für den Bürger sehr niedrig gesetzt. Der Betroffene muss eben nichts aufschreiben, kann sein Anliegen mündlich vortragen. Damit haben wir auch die Möglichkeit geschaffen, dass sich beim Bürgerbeauftragten andere Sachverhalte

darstellen könnten als im Petitionsausschuss oder dass er sich auch an ein anderes Klientel wendet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die jährlichen Berichte des Bürgerbeauftragten zeigten eindrucksvoll, dass der Bürgerbeauftragte neben dem Petitionsausschuss des Landtages seine Daseinsberechtigung hat. Und damit möchte ich auf ein weiteres Argument der Vergangenheit eingehen:

Oft wird in der Öffentlichkeit vermittelt, dass diese Doppelstrukturen unsinnig sind und dem Land nur Geld kosten. Nun habe ich mir mal die Mühe gemacht, dieser Behauptung nachzugehen. Bei etwa 1.000 Petitionen beim Bürgerbeauftragten beziehungsweise beim Petitionsausschuss haben sich lediglich unter zehn Prozent der Petenten sowohl an den Petitionsausschuss als auch an den Bürgerbeauftragten gewandt. Selbst für diese Petitionen gab es aufgrund der guten Zusammenarbeit eine Verständigung darüber, wer diese Petitionen weiter bearbeitet beziehungsweise über welche Informationen man verfügt, um Widersprüche in der Beantwortung durch die zuständigen Behörden aufzuklären. Und sollten wir nicht alle gemeinsam ein großes Interesse daran haben, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, an wen sie sich wenden können und wer ihnen am schnellsten bei der Lösung ihres Problems helfen kann?

Ja, auch das ist richtig: In irgendeiner Weise sind alle Mitglieder des Landtages auch Beauftragte des Bürgers. Oft werden wir in unseren Wahlkreisen mit Problemen konfrontiert, aber die gleichen Rechte wie der Bürgerbeauftragte haben wir eben nicht. Und es ist eben auch eine Tatsache, dass sowohl der Petitionsausschuss als auch der Bürgerbeauftragte von Mitgliedern des Landtages Petitionen aus ihrem Wahlkreis zur weiteren Bearbeitung übergeben bekommen. Das machen Sie doch nicht, weil Sie nicht bereit sind, sich weiter intensiv zu kümmern, oder? Und dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Anliegen auch an andere Stellen, wie zum Beispiel den Ministerpräsidenten oder einzelne Fachministerien, wenden können, ist doch gut und sollte uns alle erfreuen.

Denn eins steht fest: Bei aller Diskussion um Politikverdrossenheit ist doch das Zeichen, dass die Bürgerinnen und Bürger zu den Politikerinnen und Politikern, zum Ministerpräsidenten, zum Petitionsausschuss oder Bürgerbeauftragten gehen, auch ein Zeichen des Vertrauens, das Vertrauen, das diejenigen, die Gesetze auf den Weg bringen beziehungsweise eine Kontrollfunktion haben, auch bereit sein sollten, über ihre eigenen Entscheidungen noch mal nachzudenken, um im Interesse des Petenten vielleicht ihre Entscheidung zu revidieren. Das spricht auch nicht gerade für eine Stärkung, wenn wir das insgesamt ablehnen. Es ist ein positives Signal, wenn bei aller Diskussion der Politikverdrossenheit die Bürgerinnen und Bürger sich dieses Recht nehmen, und wir sollten dieses Recht auch weiter stärken.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun steht heute die Wahl eines Bürgerbeauftragten auf der Tagesordnung. Einige werden sagen: Was lange währt, wird gut. Ja, die Entscheidung der CDU-Fraktion für die Wahl des Bürgerbeauftragten war eine gute Entscheidung. Das will ich an dieser Stelle sagen, auch im Namen meiner Fraktion. Wir hoffen – und in der Anhörung in unserer

Fraktion ist es deutlich geworden –, dass er erst mal einen Vertrauensvorschuss erfahren wird. Und wir hoffen, dass dieses Vertrauen, wenn er dann gewählt wird, auch nicht enttäuscht wird.

Wir hoffen aber auch, und das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir gemeinsam die Chance nutzen, um eventuell über das Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern nachzudenken. Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, ob wir den Bürgerbeauftragten in seinen Rechten, aber auch den Petitionsausschuss in seinen Rechten weiter stärken könnten, damit die vermeintlichen Vorbehalte vielleicht ausgeräumt werden könnten.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Leider wurde dieser durch die Koalitionsfraktionen ohne Diskussion abgelehnt. Ich hoffe, dass in dieser neuen Legislaturperiode wir gemeinsam ins Gespräch kommen, immer mit dem Ziel, die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und ihnen Möglichkeiten an die Hand zu geben, hier im Land Mecklenburg-Vorpommern an der Veränderung aktiv teilzuhaben. – Ich danke für die Aussprache.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Dachner von der Fraktion der SPD.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wie antastbar und zerbrechlich diese Würde ist, erleben wir leider oftmals in unserem Alltag. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit, aber auch die Gleichheit aller Menschen, um nur einige Grund- und Bürgerrechte sowie Menschenrechte hier zu nennen, gilt es auch zukünftig durch uns und durch den Bürgerbeauftragten zu gewährleisten.

Insofern ist der Kampf um die Menschenrechte immer auch eine Auseinandersetzung um die inhaltliche Auslegung bestehender Rechte und die Kritik an Unzulänglichkeiten des bestehenden Menschenrechtsschutzes. Auch deshalb wird entsprechend des Artikels 36 unserer Verfassung seit 15 Jahren der Bürgerbeauftragte gewählt.

Und wenn Sie heute, meine Damen und Herren oder Frau Borchardt, sagen wollen hier im Parlament, dass die CDU diesen Bürgerbeauftragten nicht ganz ernst nimmt, dann muss ich Ihnen leider sagen – das hätte ich mir jetzt erspart –, dass in den Protokollen 1994/95 steht, dass Sie tatsächlich ein eigenes Gesetz eingebracht haben, aber als Herr Dr. Schoenburg dann dieses Gesetz hier einbringen sollte, war er gar nicht anwesend,

(Zuruf aus dem Plenum: Oh!)

und Frau Muth hat ihn gesucht und konnte ihn nicht finden. Insofern brachte niemand dieses Gesetz aus Ihrer Partei ein. Ich frage mich, ob das wirklich große Verantwortung gegenüber dem Bürgerbeauftragten war.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Bürgerbeauftragte hat den Auftrag, wie Sie richtig sagen, zur Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern der öffentlichen Verwaltung in unserem Land sowie zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in sozialen Angelegenheiten kontrollierend tätig zu werden. Bei Notwendigkeit sind diese Rechte und Grundrechte auch zukünftig einzufordern.

Ein besonders zusätzliches Gewicht erhielt er durch das Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz und natürlich durch den Status einer obersten Dienstbehörde in Anlehnung an Paragraf 96 der Strafprozessordnung. In den zurückliegenden 15 Jahren hat sich dieses Gesetz, die Stellung des Bürgerbeauftragten bewährt, sodass kaum jemand ernsthaft dieses Gesetz wohl in Gänze hier infrage stellen würde.

Das Gesetz, so meine ich, ist auch nicht aus Stein gemeißelt, sodass in den nächsten Jahren wahrscheinlich dieses Gesetz auch den gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden könnte. So wäre es aus meiner Sicht durchaus möglich, den Bürgerbeauftragten in den nächsten Jahren direkt durch die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes wählen zu lassen. Das wird seine Stellung wahrscheinlich wesentlich erhärten und der Restzweifel an einer „Regierungsnähe“ könnte damit beseitigt werden. Bisher gab es diese Befürchtungen der „Regierungsnähe“ allerdings nicht.

Der Bürgerbeauftragte ist eine feste Institution sowie Bestandteil unserer demokratischen Strukturen in unserem Land geworden. Er ist oft als Vermittler zwischen der Politik und den Wählern unentbehrlich. Von seiner vertrauensvollen Stellung zu unseren Wählern und zu den Bürgern zeugt auch, dass er über 22.000 Eingaben in den letzten 15 Jahren bearbeitet hat.

Die Annahme eines Kodex für gute Verwaltungspraxis durch das Europäische Parlament zeigt eigentlich, dass die Bürgerrechte nicht überall und durchgängig gleichermaßen gewahrt werden. Der Bürgerbeauftragte steht somit natürlich auch im Spannungsfeld zwischen den Interessen des Staates und den Interessen und Rechten der Bürger und manchmal für ganz simple Dinge, zum Beispiel Höflichkeit, Fairness, Objektivität des Handelns, Entscheidungen in einer angemessenen Frist, um nur einige Dinge aus diesem Kodex zu nennen.

Bei mancher Kritik über unzulängliches Verhalten der Verwaltung hat dennoch der Bürgerbeauftragte dafür zu sorgen und Einfluss zu nehmen, dass nicht ein Generalverdacht auf alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung zugelassen wird. Eine besondere Hauptaufgabe für den Bürgerbeauftragten sehe ich gerade aufgrund seines mit hohem Verfassungsrang ausgestatteten Amtes darin, dass er politisch unverdächtig ist, Bürgerinnen und Bürger, die sich leider in links- und rechtsextremen Randgebieten unseres Landes oder unserer Gesellschaft befinden, zurückzuholen in die Mitte unserer Gesellschaft.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Insbesondere gilt es gerade auch, junge Menschen vertrauensvoll an die Mitgestaltung und Partizipation unserer Gesellschaft heranzuführen und teilnehmen zu lassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger, die von der Politik enttäuscht sind. Das Gleiche, denke ich, gilt auch besonders dafür, sich vertrauensvoll an die Menschen zu wenden, die durch unsere Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, benachteiligt wurden und mit ihren Sorgen und Existenzängsten allein gelassen wurden.

Wir alle, meine Damen und Herren, sind aufgefordert, mit dem Bürgerbeauftragten gemeinsam eine kluge Politik zu machen und über Parteigrenzen hinweg ihn zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Aussprachetagesordnungspunkt ist überschrieben mit „Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen“. Die Benennung dieses Tagesordnungspunktes ist in der Tat bemerkenswert, erweckt jedoch den Eindruck, dass eben jenes Amt des Bürgerbeauftragten, von wem auch immer, nicht ernst genommen werden könnte. Dabei ist dieses Amt hoch angesiedelt. Der Vorredner hat schon auf die Verankerung in der Verfassung hingewiesen.

Ich möchte auf eine andere Verfassungspassage eingehen, weil sie im direkten Zusammenhang mit dem Bürgerbeauftragten steht. Ich zitiere: „Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Der Bürgerbeauftragte hat hier eine Dienstleistungsfunktion. Er ist Vermittler und er hat zu gewährleisten, dass Bürgerinnen und Bürger ihr gerade zitiertes in der Verfassung verbrieftes Recht auch wahrnehmen können. Das kann er auf Antrag von Bürgern und Bürgerinnen, auf Anforderung dieses Hauses, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder, was ich auch bemerkenswert finde, von Amts wegen tun. Kurzum: Er kann sich einmischen, wenn er das für angebracht oder erforderlich hält.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein hier wird deutlich, dass dies eine überaus bedeutende und eine überaus ernst zu nehmende Aufgabe ist. Gleichwohl oder vielleicht gerade, weil wir dieses Amt für so bedeutend halten, lohnt es sich jedoch einmal, unseren Erwartungen an den neu zu wählenden Bürgerbeauftragten Ausdruck zu geben. Ich glaube, dass wir dies gemeinsam vor dem Hintergrund der neuen Lust vieler Bürgerinnen und Bürger auf Einmischung und Mitbestimmung tun sollten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wo man hinsieht auf unseren Straßen und Plätzen, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Internet, die Bürgerinnen und Bürger haben mehr denn je das Bedürfnis, bei politischen Diskussionen mitzureden und sich zu engagieren. Sie wollen Entscheidungen eben nicht allein der Politik überlassen. Und das, meine Damen und Herren, ist auch gut so, denn die Beteiligung vieler stärkt die Demokratie, sie ergänzt unser repräsentativ demokratisches System. Denn wie hat es Max Frisch einmal sehr

zutreffend ausgedrückt: „Demokratie ist die Einmischung in die eigenen Angelegenheiten.“

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, muss der Bürgerbeauftragte die Gabe des Zuhörens mitbringen, denn die Menschen in unserem Land erwarten zu Recht, dass ihnen zugehört wird, dass sie ihre Ängste und ihre Sorgen, aber auch ihre Anliegen und ihre Bedenken vortragen und zunächst einfach einmal loswerden können.

Dabei muss der Bürgerbeauftragte ein hohes Maß an Akzeptanz und Neutralität aufbringen können, denn wie heißt es in der Verfassung: „Der Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“ Dabei interessiert es nicht, ob der Bürgerbeauftragte die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger teilt, er hat sie aufzunehmen und ebenso zu behandeln wie die Anliegen, für die er Sympathie hegt.

Ich persönlich glaube übrigens, dass Unabhängigkeit und umfassende Akzeptanz Schlüsselfähigkeiten für dieses Amt sind. Aber ich finde, dass die Aufgaben des Bürgerbeauftragten noch deutlich über diese Punkte hinausgehen, denn ein Bürgerbeauftragter sollte Bürgerinnen und Bürger nicht nur anhören und ihre Anliegen an die richtigen Stellen weiterleiten, er sollte die Menschen in unserem Land auch dazu ermuntern, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, unbequem zu sein, im besten demokratischen Sinne zu streiten und für die eigenen Anliegen offensiv einzustehen.

Das mag so manchem von uns nicht immer passen und es mag auch nicht immer leicht sein, sich genau dieser Auseinandersetzung zu stellen, doch ich möchte eines hier festhalten: Bei aller Neutralität, der Bürgerbeauftragte hat im Rahmen unserer demokratischen und humanistischen Grundwerte Partei zu ergreifen, und zwar ohne Wenn und Aber für die Anliegen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die sich an ihn wenden.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

So muss der Bürgerbeauftragte Begleiter bei der Entwicklung politischer Mündigkeit durch Aufklärung und durch Mitwirkung sein. Ein Bürgerbeauftragter, der sein Amt auf diese Art und Weise interpretiert, der den Mut aufbringt, mitunter auch unbequem zu sein, der sich als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger versteht, ein solcher Bürgerbeauftragter kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sich in stärkerem Maße einbringen und dass sie, wie Max Frisch es beschrieb, dies als „Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“ verstehen. Ich bin sicher, dass dann niemand mehr, so, wie bei der Nennung des Tagesordnungspunktes unterstellt, hinterfragen wird, ob das Amt des Bürgerbeauftragten wirklich ernst genommen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lenz von der Fraktion der CDU.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war 1995, als der erste parlamentarisch gewählte Bürgerbeauftragte Mecklenburg-Vorpommerns seine Tätigkeit aufnahm. Mit Artikel 36 der Landesverfassung und der Verabschie-

dung des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes im April 1995 waren dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden. In dem Zeitraum von 1995 bis 2010 wurden – und ich denke, das ist eine beachtliche Zahl – über 22.000 Petitionen bearbeitet.

Alle bisherigen Bürgerbeauftragten, ob es Frieder Jelen war, Heike Lorenz aus der PDS, die erst 1998 in den Landtag gewählt wurde und 2000 als Bürgerbeauftragte gewählt worden ist, dafür übrigens rückte dann ja Herr Karsten Neumann nach, der auch aus seinem Amt als Datenschutzbeauftragter heraus für das Amt des Oberbürgermeisters in Stralsund kandidierte – ich denke, das ist jedem freien Menschen in unserem freien Staat möglich –, und auch unseren Bernd Schubert haben wir als Bürgerbeauftragten sehr, sehr ernst genommen. Das hat auch Herr Suhr noch einmal bestätigt, alle haben sich sehr engagiert für die Anliegen der Bürger. Für die geleistete Arbeit danke ich im Namen meiner Fraktion allen bisherigen Bürgerbeauftragten und natürlich erst recht deren Mitarbeitern.

Ich denke, dass ein kurzer Einblick in die Arbeit des Bürgerbeauftragten sehr hilfreich ist, um zu verstehen, dass dieses Amt auch für die Mitarbeiter sowie natürlich erst recht für den Bürgerbeauftragten kein Zuckerschlecken ist. Schauen wir deshalb nur ganz kurz auf die Bilanz des Jahres 2010:

Im Jahr 2010 wurden dem Bürgerbeauftragten 1.567 Biten, Beschwerden und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen, von denen bis zum Jahresende bereits 1.304, das sind immerhin 83 Prozent, abschließend bearbeitet werden konnten. Jeder Petition, das muss man wissen, muss gewissenhaft nachgegangen werden. Die Bürger erwarten, glaube ich, zu Recht, dass sich der Bürgerbeauftragte als Anwalt der Bürger versteht und versucht zu helfen. Nicht selten fungiert er auch als Ratgeber, Vermittler und Lotse für die Bürger, die sich der immer komplexer werdenden Verwaltungsstruktur oft hilflos gegenübersehen.

Der Bürgerbeauftragte ist auch vor Ort tätig. Allein im Jahr 2010 wurden insgesamt 49 Sprechtage in allen Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt, 16 davon gezielt in kleinen Städten und Gemeinden als Sprechtage im ländlichen Raum. Ich finde, dieses bürgernahe Handeln verdient Respekt. Nur wer die Probleme vor Ort kennt und direkt mit dem Bürger ins Gespräch kommt, weiß auch, wovon er redet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ich anfangs gesagt habe, haben alle Bürgerbeauftragten ihr Amt sehr ernst genommen, und ich bin mir sicher, für den neu zu wählenden Bürgerbeauftragten – und ich weiß nicht, woher Sie das Wissen nehmen, dass es bei uns in der Fraktion Streit und Gezerre um diesen Posten gegeben hat, ich weiß nicht, wer Ihr Ohr war, Frau Borchardt –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kann ich Ihnen sagen. Wollen Sie es wissen?)

haben wir, denke ich, mit Matthias Crone einen Menschen gefunden aus unseren Reihen, der durch seine christliche Überzeugung und menschlichen Qualitäten ein sehr guter Anwalt für die Bürger sein wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt.)

Persönlich schätze ich Matthias Crone auch sehr. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD-Fraktion.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Doppelstruktur aus Petitionsausschuss und daneben den Bürgerbeauftragten ist eine reine Parteibuchpostenschacherei. Es wird eine zusätzliche Position geschaffen, damit noch einer versorgt ist. Die einen haben dann einen Vorsitzenden des Petitionsausschusses, die anderen den Bürgerbeauftragten, womit die Beute zur Zufriedenheit der Parteicliquen verteilt wäre. Für den Bürger wäre es allerdings besser, wenn auf Landesebene die Betreuung ihrer Beschwerden und Anregungen in einer Hand wäre, entweder Bürgerbeauftragter oder Petitionsausschuss. Einer von beiden muss weg und die frei werdenden Ressourcen könnten dann zur Stärkung der übriggebliebenen Institutionen verwandt werden.

Respekt gebührt dabei nicht irgendeinem Amt, wie DIE LINKE meint, sondern dem Bürger, der sich mit seinem Anliegen an den Staat wendet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ämter und Mandate sind in diesem System ohnehin nur Spielmaterial der Parteien. Der ehemalige Bürgerbeauftragte warf sein Amt hin, weil das Parteiinteressen erforderten, dass er für Ostvorpommern stattdessen für den Landtag kandidierte. Sein Parteifreund, der auf Usedom das Direktmandat gewann, schmeißt dasselbe seinen Wählern vor die Füße und blieb lieber Staatssekretär. Das ist nicht schön, aber so ist das Parteiensystem.

Und DIE LINKE ist auch nicht besser. Ich erinnere nur an den Auftritt von Gregor Gysi als Kurzeitwirtschaftssenator in Berlin. Vor diesem Amt hatte er auch keinen Funken Respekt gehabt. Kaum wurde ihm klar, dass es mit Arbeit verbunden ist, schon war er weg und wieder in den Talkshows, wo er mit Labern durchkommt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch Schwachsinn, was Sie da erzählen! –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was hat das damit zu tun?)

Und Lafontaine desertierte von seinem Amt als Bundesfinanzminister 1998, weil er ein bisschen Stress nicht abkonnte, kein Respekt vor Ämtern.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

DIE LINKE ist wirklich der letzte Verein, der das anderen vorwerfen sollte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz gut, dass wir selbst

entscheiden können, was wir hier thematisieren, und uns nicht von Herrn Andrejewski das vorschreiben lassen müssen. Ich denke, Herr Andrejewski, Sie haben überhaupt nichts verstanden.

Genau das war vom Prinzip her unser Anliegen. Der Bürgerbeauftragte ist nicht wegen seines Amtes da, sondern weil die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern den Bürgerbeauftragten brauchen, weil sie Vertrauen zu ihm haben, weil sie sich an ihn wenden können in jeder Lebenssituation, insbesondere in sozialen Situationen oder bei sozialen Problemen und bei vielem anderen mehr.

Ich sage ganz offen, ich bin froh, dass wir das Thema „Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen“ hier auf die Tagesordnung in Form einer Aussprache setzen lassen haben. Egal mit welchem Antrag, verstanden werden sollte das so, dass wir als Landtag, wir als Abgeordnete des Landtages das Amt des Bürgerbeauftragten ernst nehmen. Wenn wir uns mal ganz ehrlich und offen in die Augen schauen: Haben wir das wirklich immer so getan?

Ich kann mich an die Berichte des Bürgerbeauftragten hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern erinnern, wo kaum eine Aussprache stattfand, wo kaum in den Ausschüssen, in den Fachausschüssen zu einzelnen Problemen Stellung genommen wurde, wo kaum hier Anträge an den Landtag gestellt wurden, die sich aus dem Bericht des Bürgerbeauftragten ergeben haben, die Legislativfragen zum Beispiel.

Und wenn man sich das mal anguckt, dass das Amt des Bürgerbeauftragten mehr als ein halbes Jahr vakant war, das war doch allen bekannt, inwieweit wir dann oder Sie vor allen Dingen gemeinsam auf der Suche waren, so schnell wie möglich das Amt auch zu besetzen, denn es ist etwas anderes, ob der Bürgerbeauftragte hier gewählt wird oder ob die Institution weiter arbeitet wie bisher. Das wird auch vom Bürger anders gesehen.

Selbstverständlich haben – und ich denke, das habe ich auch immer zum Ausdruck gebracht – die Bürgerbeauftragten, die durch das Land, den Landtag Mecklenburg-Vorpommern hier gewählt worden sind, ihr Amt sehr ernst genommen und haben das Amt entsprechend unseren Anforderungen dann auch wahrgenommen. Und es liegt auch alles letztendlich an uns, wie die gegenseitige Zusammenarbeit gemeinsam hier vonstattengeht.

Auch ich habe vorhin gesagt, ich bin froh darüber, dass die Entscheidung, die jetzt die CDU-Fraktion getroffen hat, Herrn Crone heute hier wählen zu lassen, so gefallen ist. Auch ich denke, dass es eine gute Wahl ist wegen seiner sozialen Kompetenz. Den Vorschussbonus wird er sicherlich nachher bekommen. Wir werden sehen, wie es weitergeht, wie wir dann gemeinsam weiter hier in Bezug auf die Stärkung des Amtes des Bürgerbeauftragten arbeiten werden.

Da habe ich schon sehr erfreut, Herr Dachner, gehört, dass Sie sich das eine oder andere vorstellen könnten. Wir sind gespannt, wie sich das entwickeln wird, auch in Zusammenarbeit mit der Koalition. Auch wir haben schon darüber nachgedacht, den Bürgerbeauftragten direkt zu wählen. Da sollte man noch einmal das Pro und Kontra abwägen. Ich denke schon, dass man über solche Fragen hier ernsthaft nachdenken sollte.

Wichtig ist aus meiner Sicht, dass wir gemeinsam zum Ausdruck bringen, dass wir zum Amt des Bürgerbeauftragten, zur Arbeit des Bürgerbeauftragten und seiner Institution stehen hier im Land Mecklenburg-Vorpommern. Ob wir nun zwei Stellen, vier Stellen oder zehn Stellen haben, die Petitionen beweisen immer wieder, es gibt genug Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die sollten wir ernst nehmen. Und so lange das so ist, denke ich, ist keine Stelle zu viel und das Amt des Bürgerbeauftragten insbesondere. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes. Hierzu liegen Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der CDU auf Drucksache 6/244 und ein Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/267 vor.

Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/244 –

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/267 –

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 5 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie Artikel 36 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wählt der Landtag den Bürgerbeauftragten mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer von sechs Jahren. Gemäß Paragraf 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von der Schriftführerin zu meiner Linken vor Betreten der Wahlkabine von der Schriftführerin am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt.

Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Ka-

bine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Der Schriftführer überzeugt sich davon,
dass die Abstimmurne leer ist.)

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und ich bitte die Schriftführer, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen, und die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 14.39 Uhr

Wiederbeginn: 14.43 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, wieder Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 67 Stimmen abgegeben, davon waren 66 Stimmen gültig. Es stimmten für Herrn Matthias Crone 62 Abgeordnete.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stimmten für den Abgeordneten Michael Andrejewski 4 Abgeordnete.

(Heinz Müller, SPD: Wer war das? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich stelle fest, dass Herr Matthias Crone die nach Artikel 36 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 5 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Herr Crone: Nehmen Sie die Wahl an?

Matthias Crone: Ich nehme die Wahl an, ja.

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich darf Ihnen, Herr Crone, im Namen des Hauses für Ihre künftige anspruchsvolle Aufgabe alles Gute wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Wahl von Mitgliedern in den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern für die fünfte Amtszeit, hierzu Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 6/225, sowie die Berichtigung, Drucksache 6/282.

Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern für die fünfte Amtszeit

Unterrichtung durch die Landesregierung – Drucksache 6/225 –

Berichtigung – Drucksache 6/282 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Paragraph 52 Absatz 3 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist für den Fall, dass sich die in Paragraph 52 Absatz 1 in den Ziffern 1 bis 11 aufgeführten zusammengefassten Organisationen nicht auf einen gemeinsamen Vertreter verständigen konnten, vorgesehen, dass aus den vorliegenden Vorschlägen der Landtag nach Paragraph 52 Absatz 3 ein Mitglied für die entsprechende Gruppe der zusammengefassten Organisationen wählt.

Die Landesregierung hatte auf Drucksache 6/225 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 6/282 mitgeteilt, dass von den elf vorschlagsberechtigten Organisationen nach Paragraph 52 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich sieben Organisationen auf einen gemeinsamen Vertreter im Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern geeinigt hatten. Da vier Organisationen sich nicht auf einen gemeinsamen Vertreter verständigen konnten, wählt der Landtag gemäß Paragraph 52 Absatz 3 Landesrundfunkgesetz einen Kandidaten für die entsprechenden Gruppen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Linken vor Betreten der Wahlkabine von der Schriftführerin am Tisch zu meiner Rechten. Der Stimmzettel enthält für die vier Gruppen jeweils zwei Wahlvorschläge entsprechend der Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 6/225. Sie haben für jede Gruppe jeweils eine Stimme. Sollten Sie innerhalb der Gruppe mehrere Namen ankreuzen, ist Ihre Stimme für diese Gruppe ungültig.

Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, der Schriftführerin Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz

oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon, dass die Abstimmurne leer ist.)

Ich eröffne die geheime Abstimmung zur Wahl der Mitglieder des Medienausschusses der Medienanstalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte die Schriftführer, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen, und die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15.12 Uhr

Wiederbeginn: 15.24 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe nun das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Mitglieder in den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 64 Stimmen abgegeben, davon waren gültig für die Gruppe 4 60 Stimmen, für die Gruppe 5 60 Stimmen, für die Gruppe 8 60 Stimmen, für die Gruppe 11 59 Stimmen.

Nach Paragraph 90 unserer Geschäftsordnung in Verbindung mit Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

In der Gruppe 4 entfielen auf Frau Marleen Janew 41 Stimmen, auf Herrn Andreas Gruczek 19 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 4 die Kandidatin Marleen Janew die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 4 gewählt ist.

In der Gruppe 5 entfielen auf Herrn Jörg Velten 38 Stimmen, auf Frau Christine Kellermann 22 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 5 der Kandidat Herr Velten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 5 gewählt ist.

In der Gruppe 8 entfielen auf Frau Katrin Kauer 37 Stimmen, auf Frau Corinna Cwielag 23 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 8 die Kandidatin Frau Kauer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 8 gewählt ist.

In der Gruppe 11 entfielen auf Herrn Torsten Haverland 42 Stimmen, auf Herrn Andreas Beck 17 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 11 der Kandidat Herr Haverland die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich

vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 11 gewählt ist.

Damit sind die Wahlen abgeschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 6/251. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/286 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Einsetzung einer Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 6/251 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/286 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate, ich denke, so kann man den demografischen Wandel kurz zusammenfassen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Der demografische Wandel betrifft die gesamte Bundesrepublik Deutschland, nur im Bereich der neuen Länder verläuft er wesentlich dramatischer.

1991 bin ich nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen und 1991 war Mecklenburg-Vorpommern das jüngste Bundesland. Wir sind heute eins der doch schon älteren Bundesländer.

(Udo Pastörs, NPD: Sie meinen, die Menschen in den Bundesländern.)

War 1989 das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern 36 Jahre, steigerte sich das 2006 auf 43,8 Jahre und 2020 wird das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern auf 49 Jahre prognostiziert.

Meine Herren von der Fensterfront, gehen Sie doch einfach raus! Sie braucht hier doch keiner. Nehmen Sie Ihr Gepäck,

(Udo Pastörs, NPD: Haben Sie wieder Kopfschmerzen, Herr Heydorn?)

gehen Sie einfach raus! Sie sind hier so überflüssig, das ist unglaublich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das haben wir heute wieder erlebt, dass Sie kein Thema ernst nehmen können. Sie sind doch der Prototyp einer alten Witzfigur, Herr Pastörs.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Also gehen Sie einfach raus, trinken Sie eine Kleinigkeit – da sollen Sie stark drin sein – und dann passt das Ganze.

(Udo Pastörs, NPD: Wie schön Sie darauf anspringen, Herr Heydorn.)

Unterbrechen Sie mich nicht ständig und lassen Sie mich meine Ausführungen machen.

(Stefan Köster, NPD: Bejammern Sie weiter Ihren politischen Missstand!)

Besonders interessant ist natürlich die Frage: Wie wird der Anteil der älteren Bevölkerung zunehmen?

(Udo Pastörs, NPD:
Ich bin schon ganz nervös.)

1991 waren 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern 65 Jahre alt und älter, 2010 waren es 22,1 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD:
Herr Heydorn, das ist doch alles längst bekannt, was Sie von sich geben.)

Für 2020 liegt die Prognose bei 25 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die dann älter sein werden als 65.

Besonders spannend ist die Entwicklung bei den Hochaltrigen. Als Hochaltrige bezeichnet man die Alterskohorten, die 80 Jahre alt sind und älter.

(Stefan Köster, NPD: Aber Sie nehmen das Thema nicht ernst. –
Udo Pastörs, NPD: Hochaltrige!)

Wir haben im Jahr 2008 in Mecklenburg-Vorpommern 70.000 Menschen gehabt, die 80 Jahre alt waren und älter, 2025 werden 140.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern 80 Jahre alt und älter sein.

(Michael Andrejewski, NPD:
Jetzt reden Sie das mal schön! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf der anderen Seite haben wir gleichzeitig zu verzeichnen, dass wir in der Bevölkerungsdichte zurückgehen. Die Bevölkerungsdichte lässt nach, es werden weniger Menschen, die Infrastruktur geht zurück, bestimmte Versorgungseinrichtungen gehen zurück. Das ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das Älterwerden, was die Menschen auf allen Ebenen beschäftigt – bis auf die NPD, die beschäftigt sich mit anderen Dingen, das haben wir heute wieder reichlich geboten bekommen –,

(Stefan Köster, NPD: Warten Sie mal gleich ab, Herr Heydorn!)

was bedeutet, dass letztendlich in Mecklenburg-Vorpommern Bevölkerung älter wird, dass die Strukturen zurückgehen

(Udo Pastörs, NPD: Dass sie länger leben zum Beispiel.)

und dass wir Menschen nicht mehr in dem Umfang in der Fläche haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Uns beschäftigt das, solange ich im Landtag bin. Das sind jetzt zehn Jahre. Solange haben wir immer wieder Initiativen ergriffen, die in diese Richtung gehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedliche Zuständigkeiten haben. Wir als Landesebene können bestimmte Dinge im Rahmen unserer Kompetenz regeln. Es gibt die kommunale Ebene, die auch letztendlich für die Menschen in ihren Städten und Gemeinden verantwortlich ist und die die Dinge häufig sehr unterschiedlich angeht.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Es gibt die Kassenärztlichen Vereinigungen, es gibt die Wohnungswirtschaft, es gibt die Verkehrsbetriebe. Alle sind letztendlich in irgendeiner Form mit dem demografischen Wandel beschäftigt und damit, wie man letztendlich darauf reagiert und welche Maßnahmen man ergreift, um hier das Land zukunftsfähig zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Danke für die Aufklärung.)

Aber was unseres Erachtens ein Stück weit verbessert werden kann, ist die Zusammenarbeit der Akteure. Die Zusammenarbeit der Akteure muss unseres Erachtens in den Fokus genommen werden

(Udo Pastörs, NPD: Netzwerke.)

und deswegen schlagen wir Ihnen die Bildung einer Enquetekommission vor. Enquetekommissionen im Landtag – diejenigen, die sich damit beschäftigt haben, wissen das – bestehen auf der einen Seite aus Landtagsabgeordneten und auf der anderen Seite aus externen Experten, die dann quasi zusammenkommen, sich des Themas annehmen und Empfehlungen erarbeiten, die dann letztendlich auch zur Umsetzung gebracht werden können.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Heydorn, ich erteile Ihnen für die Begriffsbezeichnung „Witzfigur“ einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD:
Er hat doch sich selber gemeint. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Herr Holter.

(Stefan Köster, NPD: Es spricht der Vertreter der ältesten Partei. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD –
Der Abgeordnete Helmut Holter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Mikro!)

Helmut Holter, DIE LINKE: Meine Fraktion stimmt der Einsetzung einer Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ zu. Aber: Wie im Vorfeld der Landtagsitzung und auch in der Rede eben von Herrn Heydorn schon deutlich wurde, gibt es da unterschiedliche Erwartungen an diese Kommission. Und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht genau diesen Anspruch deutlich, den auch wir haben. Geht es denn nun um die Alten und die Hochaltrigen in unserer Gesellschaft oder geht es um ein gesamtgesellschaftliches Problem, wo wir alle Bevölkerungsgruppen im Blick haben? Geht es darum, die Bevölkerung im Ganzen zu betrachten und dazu auch entsprechende Strategien zu entwickeln?

Ich meine, wir sollten hier einen umfassenden Auftrag für diese Enquetekommission verabschieden. Wir wollen deswegen dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen, bitten aber, Frau Präsidentin, den Punkt 5 einzeln abzustimmen, also die Punkte 1 bis 4 gemeinsam und Punkt 5 einzeln, weil wir in dieser Terminsetzung eine andere Auffassung haben.

Zurück zum Thema: Wir halten also eine solche Kommission für notwendig. Die Diskussion, die im Vorfeld geführt wurde, zeigt das Dilemma der bisherigen Politik auf. Die Kommission ist mehr als überfällig. Der Handlungsdruck ist jetzt schon da. Und das haben diejenigen, die in der letzten Legislaturperiode hier mitgemacht und mitdiskutiert haben, auch immer wieder unterstrichen. Es gab immer wieder auch unterschiedliche Ansätze und unterschiedliche Ideen, wie man den demografischen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern angehen kann.

Es wundert mich schon, dass die Große Koalition jetzt einen Doppelhaushalt auf den Weg bringt, über Schwerpunkte in der neuen EU-Förderperiode spricht und diese auch vereinbart mit den Sozialpartnern, ohne dass die Koalition eine Gesamtstrategie für die Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, selbst hat.

Und es ist nicht neu – Herr Heydorn, Sie haben das gerade beschrieben –, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern, in Ostdeutschland sowieso, aber in Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen der demografische Wandel besonders schnell und intensiv vollzieht. Wenn weniger Kinder geboren werden, als Menschen sterben, dann ist ganz klar, dass in 20 oder mehr Jahren weniger junge Menschen hier im Lande leben, die dann eine Familie gründen können und wieder selbst Kinder bekommen. Und wenn in einem Land wie dem unseren seit Jahrzehnten niedrigere Löhne gezahlt werden und wir als Land Mecklenburg-Vorpommern bei dem Armutsrisiko an der Spitze in Deutschland stehen, dann darf man sich nicht wundern, dass junge und mobile Menschen sich auf den Weg in eine Region der Bundesrepublik machen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist der Punkt.)

um dort zu arbeiten, dort den Wohlstand zu entwickeln. Und das betrifft insbesondere junge Frauen, die unser Land verlassen.

(Stefan Köster, NPD: Waren Sie nicht mal Arbeitsminister?)

Selbstverständlich.

(Stefan Köster, NPD: Sind da nicht die meisten Menschen abgehauen? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Weniger Kinder und mehr Seniorinnen und Senioren heißt aber auch nichts anderes, als dass die Erwerbsbevölkerung absolut und relativ abnimmt. Das ist nicht nur eine Frage nach Fachkräften, sondern das ist auch eine Frage, wie viel Geld in Mecklenburg-Vorpommern selbst erwirtschaftet wird.

Ich sage bloß, was über Ihrem Koalitionsvertrag steht: „Zukunft aus eigener Kraft“. Wie viel Kraft haben wir denn noch selbst, um unsere Mittel, die wir für ein eigenständiges Mecklenburg-Vorpommern benötigen, zu erwirtschaften? Dieser Prozess und andere sind bereits mehrfach beschrieben. Ich will das auch gar nicht kritisieren, sondern ich will nur noch mal feststellen, in welcher Situation, in welcher Ausgangssituation wir uns für diese Enquetekommission befinden. Das hat sowohl der Landtag getan, das haben auch die jeweiligen Landesregierungen getan.

In Rostock gibt es das Max-Planck-Institut. Dort arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ausschließlich mit der Bevölkerungsentwicklung weltweit, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Wir wissen auch, dass der Bund, das zuständige Ministerium, die sogenannte MORO-Studie angeschoben hat. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, konkret an der Mecklenburger Seenplatte, gibt es Ergebnisse, die in einem Katalog zusammengestellt sind, wo sich die Wissenschaftler und die Praktiker, die sich damit beschäftigen haben, sehr dezidiert zum öffentlichen Personennahverkehr, zur medizinischen Versorgung, zu Bildungsfragen und vielen anderen Dingen, die eben unter der Daseinsvorsorge zu verstehen sind, äußern. Ideen, Vorschläge gibt es für den jetzigen Landkreis – damals und heute Planungsregion –, aber eben auch für den alten Landkreis Ostvorpommern. Wir müssen also das Fahrrad als solches nicht neu erfinden.

Was ich feststellen möchte, ist, dass in der Vergangenheit vieles parallel gelaufen ist. Der Wettbewerb, die Idee ist sehr gesund, und es soll uns auch immer auszeichnen, dass wir darüber diskutieren und progressiv streiten, aber so richtig zusammengeführt wurden die verschiedenen Analysen und Vorschläge in der Vergangenheit eben nicht. Ich will exemplarisch bewusst ein Beispiel herausnehmen, welches aus der Zeit der 4. Legislaturperiode stammt:

Im November 2001 gab es einen Antrag der SPD und PDS, der da hieß: „Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land“. Das war die Drucksache 3/2396, also 3. Legislaturperiode, Entschuldigung. Die CDU-Fraktion konterte

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

dann 2002 mit einem Diskussionspapier „Abwandern oder Anpacken?“.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Darum geht es mir gar nicht. Das will ich gerne tun, noch mal nachlesen. Ich will bloß deutlich machen, dass wir damals und auch in den folgenden Legislaturperioden bis heute es nicht geschafft haben, einen fraktionsübergrei-

fenden – die Fensterfraktion lasse ich außen vor – Konsens zu finden, wie wir denn gemeinsam die verschiedenen Ideen in eine Landesstrategie einbringen.

Ich will daran erinnern, dass die Agentur „mv4you“, weil Herr Köster hier auch meine Zeit als Arbeitsminister ansprach,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der hat doch keine Ahnung.)

damals belächelt und verschmäht wurde. Heute wird sie gern als Beispiel herausgestellt. Ja, wir haben zahlreiche Papiere beschrieben: Landtag, Landesregierung, Wissenschaftler,

(Stefan Köster, NPD: Gucken Sie sich mal meine Kleinen Anfragen an!)

Institute, Büros et cetera. Die Analysen waren in der Regel zutreffend, von den konzeptionellen Ideen war es eher dürftig.

Wir haben darüber debattiert, ob Wohnungen altengerecht oder barrierefrei sein sollen. Ich gebe zu, auch ich habe hier einen Lernprozess durchgemacht. Getroffene oder ausgebliebene Entscheidungen zu Schulstandorten oder zur Berufsschullandschaft haben unsere Gesellschaft regelrecht zerrissen. Das waren, Herr Ringguth, heiße Debatten, die wir querbeet durch die Parteien und die Fraktionen im Übrigen hier geführt haben. Das erste Projekt für einen Bürgerbus gab es wo? In Molzow, im Müritz-Kreis, Mitte der 90er-Jahre.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Damals gab es große Broschüren, Zeitungsberichte, das ist das Tolle. Es gab auch ein paar Probleme, aber es war der erste Ansatz, wo auch in der Praxis mal so etwas realisiert wurde. Heute, nach 20 Jahren, kommen wir nun mal alle langsam zu der Erkenntnis, dass das Allgemein- gut ist.

Ich kann mich auch, Herr Ritter, daran erinnern, als wir mal die Demminer Verkehrsbetriebe besucht haben, welche Schwierigkeiten dieses Unternehmen hatte, dass die Förderung umgestellt wird von den großen Bussen auf kleinere Busse, weil einfach die Anzahl der Fahrgäste nicht mehr da ist. Also, meine Damen und Herren, das Brett „Die alternde Gesellschaft“ ist wahrlich sehr, sehr dick.

Es wurden Ideenwettbewerbe gefördert, Lokale Bündnisse für Familien initiiert, Seniorentainerinnen und -trainer im Programm „Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement“ ausgebildet. Alles richtig, alles unterstützenswert, ich stelle das nicht infrage, sondern ich sage nur, es ist ein Großteil Vorarbeit geleistet worden.

Auch das Bündnis für Arbeit, welches sowohl unter Rot-Rot existierte als auch jetzt in der Großen Koalition existiert, sowohl in der vorhergehenden Wahlperiode wie auch jetzt weiterarbeiten wird, hat seine Ausrichtung geändert. Na ganz klar, weil die Probleme sich anders darstellen. Vor zehn Jahren ging es noch darum, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Jetzt geht es insbesondere darum, den Fachkräftebedarf zu sichern. Das habe ich nie kritisiert, sondern ich habe gesagt, diese Ausrichtung ist richtig.

Die „Denkwerkstatt Mecklenburg-Vorpommern 2020“, Herr Köster, die ich im Jahre 2000 ins Leben gerufen habe, hat genau den Ansatz gehabt, um Antworten für die demografische Entwicklung zu finden. Ich will daran erinnern, dass die Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und regionaler Strukturentwicklung, die damalige Existenzgründerkampagne und der Aufbau eines Regionalmanagements auf die Ergebnisse meiner Denkwerkstatt zurückgehen. Es gibt also eine Menge an Daten und Vorarbeiten. Dieser Fundus müsste die Arbeit der neuen Kommission eigentlich erleichtern.

(Udo Pastörs, NPD: „Einfach anfangen“.)

Genau, „Einfach anfangen“.

Deshalb erwarten wir,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die Kommission recht schnell eine fraktionsübergreifende Strategie mit konkreten Handlungsempfehlungen vorlegt.

Was ich nicht möchte, das will ich ausdrücklich betonen, weil ich zu Beginn der Enquetekommission der vergangenen Legislaturperiode dort mitgearbeitet habe, ist, dass in dieser Enquetekommission sozusagen das Kräftespiel der politischen Lage – Koalition gegen Opposition – gespielt wird, sondern hier geht es um eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Wir, die Fraktion DIE LINKE, erwarten ein Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern, das Antworten gibt, Antworten auf solche Fragen wie beispielsweise: Wollen wir an der Leitvorstellung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes festhalten, wie sie im Grundgesetz und der Landesverfassung verankert ist? Wenn das bejaht wird, was ich erwarte, dann müssen wir definieren in der Enquetekommission: Was verstehen wir denn unter den gleichwertigen Lebensbedingungen und wie wollen wir diese herstellen?

Der Koalitionsvertrag der jetzigen Koalition ist in diesem Punkt nicht eindeutig. In Ihrem Punkt 397 heißt es kryptisch, ich darf zitieren: „Die öffentliche Infrastruktur sowie der Personalbestand des Landes und der Kommunen werden an eine geringer werdende Bevölkerungszahl und eine älter werdende Gesellschaft angepasst.“ Was heißt denn das konkret? Bedeutet das einen Rückbau von Einrichtungen und Personal, eine Verlagerung der Schwerpunkte oder einen Ausbau? Wie wird das zentralöffentliche System der Zukunft aussehen? Das sind alles Fragen, die wir so oder so, Herr Heydorn, in der Kommission dann debattieren müssen. Nun weiß ich, dass der Koalitionsvertrag für diese fünf Jahre gilt und die Enquetekommission noch ein Stück weiter in die Zukunft arbeitet, aber es korrespondiert miteinander.

Und genauso, wie Herr Heydorn das angesprochen hat, will ich das auch ansprechen: Wer kümmert sich um die jungen Alten und die Alten jenseits der 80, die Hochaltrigen? Sicherlich die Familie, sicherlich die Nachbarn und die vielen ehrenamtlichen Helfer vom Verein nebenan. Aber wir müssen auch darüber diskutieren, welche professionellen Strukturen wollen und müssen wir als Gesellschaft vorhalten, damit die Seniorinnen und Senioren in Würde leben können.

(Udo Pastörs, NPD: Welche können wir noch bezahlen?)

Auch hier stellt sich die Frage: Wie viel Geld wollen wir als Gesellschaft aufwenden? Ich will hier gerne den Begriff des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in die Waagschale werfen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

In Punkt 400 des Koalitionsvertrages heißt es, dass „Pilotprojekte“ in wirtschaftlich leistungsfähigen Kommunen erprobt werden sollen, um die bestehenden Strukturen der wohnortnahen Grundversorgung zu stabilisieren. Pilotprojekte kann man immer machen und Pilotprojekte verschiedener Art hat es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben.

Das alleine kann aber nicht die Antwort sein, denn so schön die Einrichtung einer „Neuen Dorfmitte“ ist, für ausgewählte Gemeinden stellt sich die Frage: Was wird aus den Menschen, die in diesen Gemeinden eben nicht leben, also in Gemeinden, die nicht so leistungsfähig sind wie die, die diese Pilotprojekte dann realisieren sollen? Und was wird übrigens aus den Bürgerinnen und Bürgern, die in abgelegenen Gemeinden wohnen, die nur über, na ja, nicht so gute Straßen, um nicht zu sagen, Holperpisten erreichbar sind, wo auch kein Bus mehr fährt? Was wird aus jenen Bürgerinnen und Bürgern, die überwiegend betagt und einkommensschwach sind? Heißt das – das könnte ich jetzt an einem ganz persönlichen familiären Beispiel erläutern –, dass die Älteren und die Hochaltrigen aus ihrer angestammten Wohngegend, aus dem Dorf auf dem Lande dann nach 50, 60 Jahren umziehen?

(Udo Pastörs, NPD: So ist es geplant.)

Das wird schwer, das wird wirklich schwer.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es geht also um mehr, als nur zu analysieren, sondern es geht um Antworten. Und dann geht es auch um die Frage der gleichwertigen Lebensverhältnisse genau für diese Personengruppe. Deswegen müssen wir, nach meiner Auffassung, das ganze Land im Blick haben und nicht nur Städte und größere Dörfer, die wir jetzt mal als Zentralfeld bezeichnen würden.

Wir haben uns als Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode mit Wissenschaftlern und anderen Spezialisten aus Wirtschaft und Politik, mit Praktikerinnen und Praktikern genau mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben unser Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern für die Zeit nach 2020 entwickelt. Das Leitbild trägt den Namen Leitbild „Mecklenburg-Vorpommern 2020 +“. Hier geht es um ein Diskussionsangebot, um gar keinen Pragmatismus, den wir hier formuliert haben. Es geht hier um kreative Lösungsansätze. Es geht auch um neues Denken. Es geht darum, wie Lebensqualität in den nahen Lebensräumen für die Menschen gestärkt werden kann und wie auch die regionale Wertschöpfung ausgebaut werden kann. Wir wollen dieses Dokument gerne auch in die Enquetekommission einbringen und stellen es damit zur Verfügung.

Wir werden auch nicht an der Frage vorbeikommen, wie wir es denn erreichen wollen, dass junge und gut ausge-

bildete Männer und Frauen im Lande bleiben, wie wir erreichen können, dass sie sich hier wohlfühlen und eine Familie gründen. Selbstverständlich hat das was mit anständigem Lohn – gute Arbeit, gute Löhne, wie die Gewerkschafter sagen – zu tun. Wir müssen weg von dem Niedriglohnimage, und nicht nur von dem Image, sondern tatsächlich von dem niedrigen Lohnniveau, welches in Mecklenburg-Vorpommern gezahlt wird, denn von der schönen Landschaft, von der sauberen Luft und nur von der Liebe kann man sicherlich nicht leben.

(Heinz Müller, SPD: Ist aber ganz gesund.)

Und es geht auch ...

Natürlich ist das gesund, aber ...

(Heinz Müller, SPD: Und wichtig.)

Wichtig auch, natürlich, Herr Müller, aber, na gut, den Rest, glaube ich, können Sie sich denken.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Wir brauchen aber nicht nur bessere Löhne, sondern wir brauchen auch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Das hat was mit den Kindereinrichtungen zu tun, mit flexiblen Öffnungszeiten. Es hat etwas damit zu tun, ob es barrierefreie Mobilität, Kommunikation und den Zugang zu Kunst und Kultur für alle gibt. Und das ist nämlich genau der Punkt: Haben wir den Anspruch für alle oder für Ausgewählte? Meine Fraktion sagt, wir müssen alle im Blick haben und können nicht Bedingungen für ausgewählte Gruppen der Bevölkerung schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und in dem Sinne erwarten wir, dass die Arbeit der Enquetekommission auch eine Einladung ist, eine Einladung an die Menschen im Land, aber sicherlich auch an diejenigen, die überlegen oder mit uns liebäugeln, hier ihren Wohnsitz zu nehmen, vielleicht auch hier arbeiten wollen. Entscheidend ist doch, dass wir das Land für die Menschen attraktiver machen. Deswegen brauchen wir die von mir erwähnte gesamtgesellschaftliche Strategie. Wir brauchen eine Strategie, die sachgerecht ist und nicht parteipolitisch. Das ist unser Anspruch an die Enquetekommission.

Und das Ergebnis der Arbeit dieser Enquetekommission, also dieser Strategie, die da entstehen soll, sollte nach unserer Auffassung auch Wahlen und damit Wechsel von Koalitionen, von Regierungen, auch der Zusammensetzung des Parlamentes überstehen und überdauern. Sie muss schließlich von den Einwohnerinnen und Einwohnern getragen werden. Eine Enquetekommission, die sich nur mit den Fragen selbst beschäftigt und nicht transparent nach außen arbeitet, wird nicht den Erfolg erzielen können. Deswegen brauchen wir dauerhafte und verlässliche Entscheidungen aus dieser Enquetekommission, die wir sicherlich dann auch im Landtag in geeigneter Weise hier debattieren werden.

Ich plädiere am Ende einer solchen Arbeit für einen neuen Vertrag zwischen den Generationen, in dem Jung für Alt und – umgekehrt – Alt für Jung steht. Eine solche Strategie erwarten wir von dieser Enquetekommission. Wir wollen ein parteiübergreifendes Konzept. Wir er-

warten, dass dann die Entscheidungsträger nach den Empfehlungen der Enquetekommission die Kraft und die Ausdauer haben, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Das ist das Entscheidende, umzusetzen. Und ich sage ganz deutlich: Eine Enquetekommission, deren Anspruch geringer ist, brauchen wir nicht. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, stimmen wir für die Einsetzung der Enquetekommission mit der Ergänzung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier eingebracht hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der CDU-Fraktion.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mal in die Parlamentsrunde: Möchten Sie alt werden?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Die Alternative ist schrecklich.)

Die Antwort mag unterschiedlich ausfallen, doch, liebe Kollegen, da das Elixier ewiger Jugend noch nicht erfunden worden ist, werden wir nicht darum herumkommen, uns früher oder später, jeder für sich, damit zu befassen.

Doch damit wird es sich nicht haben, schauen wir auf unsere Altvorderen und auf die, die uns nachfolgen. Der lange unter dem Begriff „Jugendwahn“ kursierende Begriff für die Ausrichtung des Marktes auf junge Leute, Schnee von gestern. Schlagzeilen wie „Die Alten sind auf dem Vormarsch“, „Die Zukunft sieht alt aus“ oder „Altersmedizin statt Kreißsaalbetten“ zeigen uns deutlich, was uns in allernächster Zeit erwartet, in Mecklenburg-Vorpommern sogar viel eher als anderswo. Deshalb muss die Frage anders gestellt werden, nämlich: Wie wollen wir alt werden? Gesund altern, klar. Wenn dies aber nicht eintrifft: Kann ich mich ohne Ängste in Pflege begeben? Was geht zu Hause? Kann ich mir das leisten?

Wir wissen alle, dass diese Systeme, die wir kennen oder wie wir sie kennen, überarbeitungswürdig sind. Die Zahlen sind bekannt und nachlesbar in schon gut strukturierten Papieren wie den Dokumenten der Altenparlamente, aus denen auch Forderungen, wie altersgerechtes Wohnen beispielsweise, in den Enqueteeinsatzantrag übernommen wurden. Auf den Punkt bringt es eine konzeptionelle Vorarbeit des inzwischen verstorbenen Dr. Trommer: „Ressourcen und Potenziale des Alters nutzen und stärken“. Ich bin gespannt, ob es ein Stück weit deckungsgleich mit dem für das Frühjahr angekündigte Demografiestrategiepapier der Bundesregierung ist.

Gestern wurde uns an der Schweriner Hochschule der Bundesagentur für Arbeit ein Arbeitsmarktmonitor vorgestellt. Wie in der Broschüre „Perspektive 2025“ sind darin Fakten aufbereitet, die auch unser Thema beleuchten. Wir alle wissen, ich wiederhole es, dass diese Systeme, die wir kennen, überarbeitungswürdig sind. Teilhabe und Versorgungsansprüche sind die eine Seite, die Umsetzung die andere. Genau das soll die Enquetekommission untersuchen, Anpassungsmaßnahmen und Zeitkorridore vorschlagen.

Ich stelle mir das Altern gerne so vor: Geborgenheit, Fürsorge, fachliche Pflege und nette Menschen, die einem

helfend zur Seite stehen, mit denen man reden und lachen kann, die einen auch mal ohne Worte verstehen. Aber ich weiß auch, dass die Realität bisweilen völlig anders aussieht. Es sollte nicht zu beschwerlich sein im Alter, Einkäufe zu erledigen. Ich meine damit gewiss nicht den Weg zum mobilen Brot- oder Fleischerwagen einmal in der Woche. Das ist etwas zu wenig. Der Weg zum Arzt möge kurz sein, wenigstens der zum Hausarzt.

Ich rede also von Servicenetzwerken, die wiederum Arbeitsplätze mit sich bringen. Ich sage das im Hinblick auf eine nicht zu unterschätzende Gruppe der Bevölkerung: die arbeitenden Alten. Was kann man den 50- bis 67-Jährigen dauerhaft zumuten? Ich rede auch von seniorenrechtlichen Produkten und von Dienstleistungen. Selbst Banken und Sparkassen stellen sich inzwischen diesbezüglich Fragen. Denken Sie mal an das Onlinebanking.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Aber das mit den 50-Jährigen
hättest du dir klemmen können! –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
Jochen Schulte, SPD, und
Peter Ritter, DIE LINKE)

Gut, okay. Vielleicht kann ich noch zehn Jahre drauflegen, okay.

Ein Teil der Menschen zwischen 50 und 67 hat ein Problem, meine Damen und Herren. Nach der Wende lange arbeitslos finden sie sich in der nächsten Zeit vielleicht noch mal in einer Beschäftigung wieder. Aber das, was der Markt heute von ihnen verlangt, muss ihnen häufig erst wieder beigebracht werden.

In meinem Wahlkreis gibt es ein Regionalprojekt mit dem Namen TRANSIT 50.

Da hast du wieder deine 50!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Geht das schon wieder los?!)

In Neustadt-Glewe vermittelte es beispielsweise bis 2011 1.432 ältere Arbeitnehmer über 50 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in den Regionen Ludwigslust, Parchim, Doberan und Prignitz. Herr Holter hat sich das auch schon vorstellen lassen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Dieses Arbeitsmarktinstrument wurde als innovatives Projekt zum Thema „Zukunft der Arbeit“ ausgezeichnet, ohne die bekanntlich keine Wertschöpfung stattfindet. Dies ist für mich ein echt guter Ansatz, unternehmerisch denken und gleichzeitig Kümmerer für, wohlgermerkt, die älteren Arbeitnehmer zu sein. Ich hoffe, dass sich künftig mehr solcher Programme umsetzen lassen, wobei zu berücksichtigen sein wird, dass das allgemeine Arbeitstempo langsamer wird, eventuelle Ruhephasen, Urlaubsplanungen und Abwesenheit durch Krankheit mehr eine Rolle spielen.

Soll die Politik Risiken für Arbeitnehmer abfedern? Wir werden uns dieser Frage stellen müssen. Ich weiß auch, das alles kostet. Ich bin Mitglied im Deutschen Roten Kreuz. Wir haben einen wunderbaren Slogan „Aus Liebe zum Menschen“, der für jedermann gilt. Bei der letzten Jahresversammlung sagte ich zu meinen Leuten diesbe-

züglich, dass es dazu leider aber auch knallharter Kalkulationen bedarf, nicht nur beim Träger selbst, sondern auch beim Bund, beim Land, bei den Kassen, wer immer daran beteiligt ist. Es soll von der Kommission betrachtet werden, wie individuelle Verantwortung und Hilfe vom Staat kombiniert werden können.

Irgendwann, meine Damen und Herren, flattert jedem von uns ein Bescheid ins Haus, der Rentenbescheid. Es dauert noch ein bisschen. Wohl dem, der genügend Vorsorge getroffen hat oder treffen konnte. Auch dies wird unser Thema sein, denn das staatliche Altersversicherungssystem wird deutlich höher belastet aufgrund der unterbrochenen Erwerbsbiografien, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Wir wollen die Teilhabe nicht nur einfordern, sondern transparent machen, woran die Einbindung der Akteure noch hapert. Anschubprojekte mögen helfen, das Bewusstsein aus ausgetretenen Pfaden zu neuen Wegen überzuleiten. Wir wollen uns ganz bewusst auch einzelnen Bausteinen widmen. Es gilt, die Wechselwirkungen zwischen diesen Bausteinen oder den Zusammenhang zwischen diesen zu erfassen, aufzudecken, ich kann auch einfach sagen bloßzustellen, dann tun sich erfahrungsgemäß auch Wege auf.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte gar nicht so theoretisch daherkommen. Ich habe mir über längere Zeit viel Mühe gemacht und nach Beispielen für unser Thema gesucht. Es gibt unendlich viel Material und unendlich viele Projekte, nur beim Thema Nachhaltigkeit, da fehlt mir noch der Glaube daran, bisher wirklich auf einem sicheren Weg zu sein. Zum Beispiel gab es mal ein EU-Projekt namens INCLUSage und eine Veranstaltung dazu in Schwerin. In der Öffentlichkeit habe ich davon nichts mehr wahrgenommen. Das Hauptthema waren Probleme, mit denen ältere Menschen in allen Bereichen des Lebens konfrontiert werden, die Bekämpfung der Armut im Alter sowie der soziale Schutz.

Noch mal also: „Nachhaltig“ darf keine Worthülse sein, die Ansätze fände ich im niedrigschwelligem Bereich praktischer. Wir brauchen schlüssige Konzepte und/oder auch langfristig finanzierte Großprojekte. Schlicht gesagt: Wir haben weder das eine noch das andere, deshalb wollen wir die Enquetekommission einsetzen.

Was mir bei meinen Recherchen gut gefiel, war ein Projekt der Wohnungsgenossenschaft in Waren, die sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“ befasst, sich dem bereits angenähert hat. Für viele Rentempfänger ist Wohnen sehr kostspielig geworden. Oder ist es bezahlbar, so fehlt der altersgerechte Aspekt. Beides zu kombinieren, ist eine Aufgabe von Politik und Wohnungsbau. Altersgerechte Wohnmodelle mit Pflegeoption zu überschaubaren Preisen zu schaffen, wird eine Aufgabe der nächsten Jahre sein. Senioren, mit denen ich über Wohnprojekte sprach, sprühten fast vor tollen Ideen.

Auch in der Raumordnung werden Modelle erprobt. MORO wurde schon genannt, aber es kann nicht nur um leistungsstarke Kommunen gehen, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig, habe ich ja auch drauf aufmerksam gemacht.)

Zur Mobilität im Alter fand ich ein Projekt der Ostseeland Verkehr GmbH, wo es um die Kombination aus Wandern

und Zufahren geht. Sie wissen, die Beine im Alter machen gelegentlich nicht mehr so mit wie gewünscht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ab 50!)

Ab 50, manchmal auch ab 51.

Also wir brauchen auch das Kleinteilige.

Aber auch im Bundestag wird debattiert über die Gesellschaft des langen Lebens. Sie finden im Internet und in den Printmedien Tausende Ideen, die mehr oder weniger Geld kosten, allerdings nur punktuell greifen. Schauen Sie gern mal nach in der „www.senioreninfothek.de“. Es ist schon eine imposante Datensammlung da, möglicherweise kann man das auch ein Stück weit auf Mecklenburg-Vorpommern herunterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Blick auch noch auf einige weitere Aspekte des Älterwerdens richten. Ältere und alte Menschen sind heute geistig, körperlich und seelisch im Durchschnitt deutlich bessergestellt als noch vielleicht vor 50 Jahren. Um die 50 wieder zu nennen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da siehste mal!)

Viele von ihnen können oder müssen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Sie wollen mit zunehmendem Alter auch nicht abgeschoben werden. Dazu sind viele aufgrund ihrer Fähigkeiten, ihrer Fertigkeiten, ihrer Motivation und ihrer Erfahrungen auch nicht bereit, und das zu Recht.

Beim Thema Schule reden wir von Inklusion, von der Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft sind wir Lichtjahre entfernt. Ich hatte dem Antrag entnommen, Herr Suhr, dass Sie da eine Änderung vornehmen wollen. Wenn wir Migration und Integration schaffen, dann sind wir schon sehr gut, egal wie hochkarätig wir das formulieren.

Das Thema „Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen“ gehört gewiss mit in die Untersuchungen zum Älterwerden. Das Recht, in Würde zu altern, stellt uns tatsächlich vor einige Herausforderungen. Das Bild von älteren Menschen ist überarbeitungswürdig. Beim Hin zu einem Miteinander der Generationen muss das Stichwort „Pflege“ fallen. Es geht aber nicht mehr nur um den zu Pflegenden, sondern auch um die Pflegenden. Die Debatte ist im vollen Gange. Ich weiß nicht, ob zum Beispiel der Ruf nach einer Pflegekammer der richtige Weg ist, aber darüber laut nachzudenken, ist nicht verboten.

Es ist über Mitwirkungsmöglichkeiten zu reden. Ehrenamtliches Engagement bei den jungen Alten ist breit gefächert. Es geht nicht nur um das Hüten der Enkelkinder, eine sehr schöne Aufgabe, aber zunehmend findet diese weniger statt, weil die Enkel und die Kinder ganz woanders wohnen. Aber es ist auch denkbar, sich in der Nachbarschaft zu helfen. Und neuerdings kann man sogar den Bundesfreiwilligendienst nutzen. Ein Ehrenamt ist in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen möglich. Oft funktionieren kleine Einheiten auf dem Land ausschließlich über das Ehrenamt. Hier müssen wir darauf achten, dass das Engagement der Älteren nicht überstrapaziert, sondern vielmehr ausreichend gewürdigt wird.

(Minister Harry Glawe: Sehr richtig.)

Ich nehme die abnehmende Belastbarkeit der Ehrenamtler sehr häufig wahr, auch wenn von ihnen ganz bewusst versucht wird, diese zu überspielen.

Frei nach Udo Jürgens „Mit 66 Jahren“

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Aber bitte mit Sahne“!)

möchte ich auf eine Fachtagung zum Thema „Wer rastet, der rostet“ am 25. Januar 2012 in Güstrow zu sprechen kommen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Was ich als seniorenbezogene Veranstaltung zur Gesundheitsförderung und -prävention gesehen hatte, entpuppte sich recht schnell zu einem Seminar darüber, wie ältere Menschen sich selber sehen und manchmal mit ihnen umgegangen wird.

Sich auf ältere Menschen einzulassen – die Werbeindustrie hat es längst begriffen –, wird uns beschäftigen. Menschen bitten manchmal nicht so sehr gern um Hilfe. Wenn sie sich selbst helfen sollen, müssen sie gegebenenfalls geschult werden. Es gibt viele Berührungsängste, beispielsweise in eine Gruppe zu gehen oder auch einfach nur zu einem Arzt. Manchmal sind auch Männer ganz schön hilflos,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Immer.)

wenn die Partnerin stirbt, die ihren Mann vielleicht ihr ganzes Leben bekocht hat.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Meistens sind Männer auch so hilflos.)

Wussten Sie, dass 66 Prozent der ab 70-jährigen Bundesbürger eine Tageszeitung lesen? Unter den 20- bis 30-Jährigen sind es nur 11 Prozent. Ich bin sehr gespannt, ob sich da medial was tun wird. Ich meine nicht nur die Schriftgrößen in Zeitschriften, sondern ein Mehr an Seniorenausgaben jenseits der „Apotheken Umschau“.

Ich möchte auch noch ein ganz simples Beispiel nennen, um zu verdeutlichen, worum es geht, Herr Ringguth. Tanzveranstaltungen für Senioren gibt es kaum noch. Auf dem Land bereiten die Gemeinden in Ehrenarbeit hin und wieder einen Tanznachmittag mit Kaffee und Kuchen vor. Ich stelle mir häufig die Frage: Reicht das aus

(Jochen Schulte, SPD: Wollen wir das?)

oder ist es eine Überlegung wert, mehr anzubieten? In der Hansestadt Wismar wächst beispielsweise der Wunsch nach einem Kino für Senioren.

(Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, Wismar wäre froh, wenn es überhaupt ein Kino hätte. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir sind uns selbstverständlich bewusst darüber, dass nicht alle Blümenträume reifen werden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

aber wir, die Generation, auf der einmal viel mehr lastet, als ein Generationsvertrag normalerweise verlangen

kann, werden mit Sicherheit nicht nur uns selbst im Blick haben. Wir müssen mit Weitblick handeln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bereits viele gute und Erfolg versprechende Ansätze gibt. Stärken wir diese Vorhaben, auch finanziell. Es dürfen nicht nur gute Vorsätze bleiben. Hilfe zur Umsetzung bieten und diese Umsetzung auch kontrollieren, das ist unsere Aufgabe. „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, was kann dieses Land bieten? Um das herauszufinden, wollen wir die Enquetekommission einsetzen. Lassen Sie uns diskutieren und gemeinsam den besten Weg finden, denn gegangen werden muss dieser Weg jetzt. Und wenn da vielleicht so etwas wie ein Masterplan herauskommt, umso besser. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, brauche ich auch schon eine Brille. Das scheint wohl auch mit dem Alter zu kommen.

(Burkhard Lenz, CDU: Was?!)

Ja, es ist so viel von dem Alter gesprochen worden, 50 plus. Ich werde jetzt auch bald in den Klub aufgenommen, dann können wir uns mal unterhalten, wie das weitergeht.

(Torsten Renz, CDU: Nein, nein, das glaube ich nicht, das glaube ich im Leben nicht. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Och! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Also jetzt wird sie eingesetzt, die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die die Koalitionspartner, Herr Ringguth, in ihrer Vereinbarung bereits mehrfach angekündigt hatten. Da sind zu nennen die Ziffer 283 mit „Senioren und Rente“, die Ziffer 397 „Demografischer Wandel“.

Die Koalitionäre haben die volle Unterstützung der Bündnisgrünen-Landtagsfraktion, wenn sie, wie dort vereinbart, ich zitiere jetzt die Ziffer 397, „ihre Kraft darauf konzentrieren, im Land attraktive Bedingungen zu schaffen, damit alle – jung und alt – gerne hier leben, eine gute Arbeit finden und sich junge Menschen für eine Zukunft mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden.“ Zitatende.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt ausdrücklich auch die im Antrag für die Enquetekommission geforderte „Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure, Gruppen und Organisationen auf kommunaler und Landesebene“. Als Schwerpunkte der Kommissionsarbeit benennt der Antrag jedoch „Soziale Sicherheit“, „Gesundheit“, „Pflege“, „Wohnen“, immer im Zusammenhang mit Alter, „altersgerechtes Wohnen“ sowie „Pflege“ und „Mobilität im Alter“ noch einmal extra. Und wo bleiben die übrigen Generationen, die arbeitende Generation, die heranwachsende Generation oder auch die zuwandernde Generation? Generationengerechtigkeit sieht anders aus. Ihre soziale Sicherung, ihre Bildungschancen, ihre Ge-

sundheit, Wohnverhältnisse, auch Energieversorgung, Pflege und Teilhabe hier auszuklammern, wäre fatal. An einem so generationenübergreifenden Phänomen wie dem demografischen Wandel muss eine altersspezifische Klientelpolitik scheitern. Der Generationengerechtigkeit entsprechen auch eine regionale Ausgewogenheit und eine neue Verteilung, denn besonders in der dünn besiedelten Fläche weist der demografische Wandel schon heute dramatische Lücken auf.

Was aber die Koalitionsvereinbarung vom vergangenen Herbst noch versprochen hatte, war die „Berücksichtigung regionaler Unterschiede und spezifischer Gegebenheiten“ in der Förderpolitik des Landes, Ziffer 399, und – wie heute Herr Holter schon sagte – „Pilotprojekte“ wie beispielsweise die „Neue Dorfmitte“ für „zukunftsfähige ländliche Nahversorgung“, die Kennziffer 400, also ein Ausgleich zwischen den Zentren und der Fläche. Das lässt der Antragstext bislang deutlich vermissen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Doch ohne die Einbettung in ein Gesamtkonzept zur Bevölkerungs- und Regionalentwicklung laufen die Ergebnisse einer so einseitig beauftragten Enquetekommission absehbar darauf hinaus, bestenfalls ein deutsches Florida zu schaffen, ein Seniorenwohnheim für die Republik, schlimmstenfalls aber die Abwicklung unseres Bundeslandes zum Hospiz vorzubereiten.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Welche Attraktivität aber hätte ein solches Mecklenburg-Vorpommern selbst für Seniorinnen und Senioren? Eine gebremste Zuwanderung und eine beschleunigte Abwanderung in allen Altersgruppen und zumal in der Fläche

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

würden irreversible Schäden hinterlassen in der Bevölkerungsstruktur, dem sozialen Gefüge, der Wirtschaft, Bildung und Kultur, nicht zuletzt auch in den öffentlichen Haushalten des Landes. Und wozu aufwändig Strukturen schaffen, die den bisherigen Trend nur noch verstärken und sich schließlich von selbst erübrigen? Weder politisch noch ökonomisch wäre das sinnvoll. Warum also nicht die Gestaltungsmöglichkeiten ergreifen, die sich durch den demografischen Wandel überhaupt erst ergeben?

Dabei herrscht außerhalb ja großes Interesse an unserem Land und es richten sich viele Hoffnungen darauf, wie wir die demografische Krise meistern. Herr Heydorn hat das vorhin gesagt, vor 20 Jahren jüngstes Bundesland, ich glaube, heute sind wir das älteste oder zweitälteste Bundesland.

(Torsten Renz, CDU: Da kann sich ja jeder fragen, welchen Beitrag er geleistet hat.)

Und, wie gesagt, dieses sollten wir als Chance nutzen. Welch eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern, sich überregional wie auch international als Einwanderungsland mit nahezu unbegrenzten Möglichkeiten zu positionieren,

(Michael Andrejewski, NPD:
Unbegrenzte Möglichkeiten! –
Udo Pastörs, NPD: Ja!)

mit Möglichkeiten jedenfalls, von denen andere Länder nur träumen könnten! Wir begrüßen daher die Einberufung einer Enquetekommission, um die Grundlagen dafür zu schaffen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir stellen fest, dass zum vorliegenden Antrag noch ein anderer Blick erforderlich sein wird, um den demografischen Wandel handlungsfähig zu gestalten. Deshalb schlägt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt, vor, den Auftragsrahmen der Enquetekommission zu erweitern,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um die Integration aller Alters- und Bevölkerungsgruppen umzusetzen sowie der Verteilung zwischen den Zentren und der Fläche gerecht zu werden. Die so erweiterte Enquetekommission muss statt wie bisher „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ konsequent unter dem Titel „Demografischer Wandel“ geführt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Berichtsfrist der Enquetekommission haben wir auf den 31.05.2013 vorverlegt, um gegebenenfalls noch mal andere, neue Schwerpunkte zu erarbeiten, um dann die Enquetekommission erfolgreich zum Ende zu bringen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um die Unterstützung unseres Änderungsantrages.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße es außerordentlich, dass eine Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt werden soll, denn es ist ein Zeichen des Landtags, dass uns das Leben der alt werdenden Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wichtig ist und wir uns gemeinsam um ihre Lebensbedingungen, aber vor allem auch um ihre Teilhabebedingungen kümmern wollen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land der Generationen, in dem jeder und jede seinen und ihren Platz haben soll.

Wir müssen dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Und ich will hier ausdrücklich sagen, ich spreche nicht von einer demografischen Krise, es ist ein demografischer Wandel,

(Stefan Köster, NPD:
Das ist eine Chance.)

der nach meinem Verständnis auch nicht wirklich aufzuhalten ist. Das Positive an diesem demografischen Wandel ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die Menschen ja immer älter werden. Das ist etwas Gutes.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht wirklich.)

Die Lebenserwartung von Menschen ist heute stark gestiegen.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber zu wenig Junge kommen nach, das ist das Problem.)

Die medizinische Versorgung, der medizinische Fortschritt tragen dazu bei, dass Menschen eben nicht frühzeitig an Krankheiten sterben,

(Stefan Köster, NPD: Mein Gott!)

sondern sogar wieder geheilt werden können und ein höheres Lebensalter erreichen. Das ist etwas Positives. Das wirkt sich darin aus, dass natürlich Menschen dann auch wesentlich älter werden und älter bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Bleiben die dann auch länger älter, ja?)

Und was dabei natürlich eine schlechte Entwicklung ist, ist, dass nicht mehr so viele Kinder nachkommen, obwohl gerade in Mecklenburg-Vorpommern zum Glück wieder mehr Kinder geboren werden als in den vergangenen Jahren.

Und in Mecklenburg-Vorpommern verschärft sich natürlich die demografische Entwicklung in Bezug auf die jüngere Bevölkerung dadurch, dass wir seit der Wende 200.000 Menschen verloren haben und davon alleine 70.000 junge Frauen aus meiner Generation und jünger, die heute fehlen und die auch mit ihren Kindern fehlen. Man kann es sich leicht machen im politischen Diskurs, dass man dann gegenseitig sich die Verantwortung in die Schuhe schiebt. Ich glaube fest daran, dass jeder Demokrat in unserem Land in den vergangenen Jahren versucht hat, seinen Beitrag dafür zu leisten, dass die Abwanderung nicht so stark ist. Aber wir wissen, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR dazu geführt hat, dass gerade viele junge Leute, junge Frauen mit guter Ausbildung zunächst nach der Wende sich Ausbildungsplätze und vor allem Arbeitsplätze in anderen Ländern gesucht haben.

Es war gut, dass man versucht hat, zum Beispiel mit „mv4you“, da gegenzusteuern. Aber deshalb, Herr Holter, braucht man heute nicht zu sagen, uns vorzuwerfen, Ihnen fehlen die jungen Leute, Sie haben eine hohe Altersarmut,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich habe Ihnen das nicht vorgeworfen.)

weil ich glaube, dass es einfach so ist, dass man diese Entwicklung hätte vielleicht mindern, aber nicht wirklich aufhalten können. Das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu. Und ich glaube, es ist wichtig, heute mit diesen demografischen Rahmenbedingungen umzugehen. Ich werbe dafür, dass man es nicht als Krise sieht, sondern als gute Entwicklung, dass Menschen immer älter werden.

Es wurde angesprochen, wir hatten 1992 noch 1,9 Millionen, wir werden 2030 1,5 Millionen Menschen sein in unserem Land und der Anteil der älteren Menschen wird

wesentlich größer sein. Das wird Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben, auf die Frage der Versorgung von Menschen und auf die Frage der Teilhabemöglichkeiten. Dazu gehört in erster Linie natürlich die soziale Sicherung. Kann jeder ältere Mensch existieren? Hier stehen wir vor großen Herausforderungen aufgrund der wachsenden Altersarmut, vor den Herausforderungen der Sicherung der sozialen Sicherungssysteme.

Und, Herr Holter, da bin ich bei Ihnen, Ziel muss sein, dass alle einen Platz in der Mitte der Gesellschaft haben. Deshalb ist eine Wertediskussion in dieser Enquete-kommission richtig und wichtig.

Die zweite große Herausforderung besteht bei dem Thema „Alter und Gesundheit“. Ich will Ihnen eine Zahl nennen. Wir hatten 2005 noch 118.000 Diabetiker, wir werden 2020 voraussichtlich 143.000 haben, also 25.000 Menschen mehr, die an Diabetes erkrankt sind. Ich könnte Ihnen jetzt die gleichen steigenden Zahlen auch für andere Krankheiten sagen, die vor allem mit hohem Alter zu tun haben.

Genauso sieht es bei den steigenden Pflegefällen aus, denn wenn Menschen älter werden, dann entsteht einfach erhöhter Pflegebedarf. Wir haben heute über 35.000 Menschen, die pflegebedürftig sind. Die Hälfte davon lebt in Pflegeeinrichtungen stationärer Art und die andere Hälfte zu Hause. Auch das ist ein großes Thema. Die Zahl wird erheblich steigen. Deshalb geht es um die Frage von Pflegeangeboten, es geht um die Frage von medizinischer wohnortnaher Versorgung.

Deshalb ist es gut, dass gerade in der aktuellen Diskussion mit den Krankenhäusern um den Krankenhausplan es uns gelungen ist, alle regionalen Krankenhäuser zu erhalten, weil es gerade bei älter werdender Bevölkerung wichtig ist, dass man eine wohnortnahe Versorgung hat. Es ist gut, dass es uns gelungen ist, mehr Praxisassistenten im Einsatz zu haben im Land, die insbesondere die älteren Menschen in den Dörfern aufsuchen.

Auch das Thema „Altersgerechtes Wohnen“ ist angesprochen worden. Menschen, die älter werden, wollen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben, ihren eigenen Wohnraum haben. Deswegen ist es eine Frage, wie sich unsere Städte und Dörfer mit Wohnangeboten entwickeln. Ich stelle mir vor, dass es eben nicht sein soll, dass Ältere in isolierten Wohnräumen unterkommen, sondern dass die Generationen möglichst gemeinsam in Stadtteilen leben, gemeinsam Wohnangebote bekommen. Und dazu gehört auch, dass wir Gemeinschaftseinrichtungen bereits fördern als Land mit 800.000 Euro im Jahr, um das längere Leben der Menschen in den eigenen vier Wänden zu erhalten.

Wir stehen vor der Frage der Mobilität. Es ist ganz klar, ältere Menschen sind nicht so mobil wie jüngere. Oftmals fehlen der Oma oder dem Opa mittlerweile die Kinder oder die Enkel in den Dörfern, weil sie in den Städten arbeiten – wenn es gut geht, noch in unserem eigenen Land, wenn sie Pech haben, weit weg. Die fehlen dann, um mal zum Arzt zu fahren oder um bestimmte Einkäufe zu erledigen. Vor diesen Herausforderungen stehen wir gemeinsam mit den Menschen im Land.

Stichwort „Teilhabe“: Ich finde es gut, richtig und wichtig, dass Frau Friemann-Jennert angesprochen hat, dass wir ältere Menschen aber nicht nur sehen dürfen als Menschen, die älter werden, die medizinischen und pflegeri-

schen Versorgungsbedarf haben, sondern es vor allem Menschen mit Lebenserfahrung und Wissen sind. Die älteren Menschen sind heute fitter denn je und wollen und sollen sich einbringen in unsere Gesellschaft. Deswegen brauchen sie ganz konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten. Es geht nicht, dass wir politisch über die älteren Menschen im Leben bestimmen, sondern die älteren Menschen, die Seniorinnen und Senioren unseres Landes wollen selbst politisch mitbestimmen und politische Teilhabe haben.

Das haben wir auf den Weg gebracht mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz im August 2010. Die Seniorinnen und Senioren haben die Möglichkeit, über den Landesseniorenbeirat an allen Gesetzen im Land mitzuwirken, eigene Initiativen zu erbringen. Neben Berlin sind wir das einzige Land, das diese Partizipationsmöglichkeit älteren Menschen bietet und das hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Der Landesseniorenbeirat macht Regionalkonferenzen mit regionalen Seniorenvertretungen. Seine Herbsttagungen, wo es um Weiterbildungen geht und um Erfahrungsaustausch, auch das sind wichtige Initiativen für konkrete Teilhabe.

Auch die Kommunen spielen natürlich bei der Frage „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eine wichtige Rolle, denn das Leben der Seniorinnen und Senioren findet vor Ort statt. Die rege Teilnahme am Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ zeigt, dass das Thema auch längst vor Ort angekommen ist.

Liebe Abgeordnete, es geht auch darum, dass Senioren als Teil unserer Familien gesehen werden, dass es um Begegnungen zwischen Generationen geht. Und so wird in Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, Familienbildungseinrichtungen und in verschiedenen Familienprojekten den Anliegen, Fragen und Bedürfnissen älterer Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen. Spezielle Themen und Kurse in der Familienbildung, wie Sport im Alter, Ernährung in der Alten- und Krankenpflege, Ernährungskurse bei Diabetes, ganzzweites Gedächtnistraining, Umgang mit Sterben und Tod für pflegende Angehörige, sind Angebote. Aber auch generationsübergreifende Angebote, wie „Die Oma liest vor“ oder Computerlehrgänge von Schülern für Rentner, sind Bestandteil der Arbeit dieser Einrichtungen. Außerdem werden in Projekten, wie zum Beispiel Babysitter-Börsen oder Beratung von Senioren für junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Kompetenz und die Erfahrungen der älteren Bürger genutzt. Besonders zu erwähnen sind auch die aus Landesmitteln begleiteten integrierten Familienberatungsstellen. Hier erfahren auch alte Menschen und Familienmitglieder, die alte Menschen pflegen und betreuen, qualifizierte Beratung und Unterstützung.

Abschließend möchte ich einen Punkt ansprechen, der mich bewegt und bei dem ich glaube, dass es darauf nicht eine einfache Antwort gibt. Der Punkt zeigt auch, dass nicht alleine Landesregierung, Landesparlament, Politik in Kommunen, Land oder Bund das Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland“ lösen können. Es geht um die Frage der Einsamkeit von älteren Menschen. Mir begegnet immer wieder, wenn man Informationsstände macht vor Kaufhallen, wenn wir, wie jetzt gerade in Rostock, unterwegs waren bei einem Seniorentreff, dass die Älteren sagen, neben der Sorge um die Rente: Ich bin einsam. Ich bin froh, dass es vielleicht hier noch das Seniorenbegegnungszentrum gibt in meinem Stadtteil, aber nicht mehr jeder hat das. Und es

geht darum, wie können wir auch wieder eine Nachbarschaft entwickeln – da scheinen mir die Dörfer besser aufgestellt zu sein als die Städte –, wo einer auf den anderen achtet, Alt auf Alt, Jung auf Jung, aber natürlich auch Jung auf Alt, Alt auf Jung. Es kann nicht sein, dass Menschen vier Tage lang oder länger tot in der Wohnung liegen und niemandem fällt es auf.

Das sind Fragen, zu denen ich mir auch eine Wertediskussion in der Enquetekommission wünsche, denn ich glaube, Politik alleine kann nicht das Leben der Menschen bestimmen, sondern wir müssen die Menschen mitnehmen und die Bereitschaft, füreinander da zu sein, wecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, viel ist bereits auf den Weg gebracht und sicherlich auch erreicht. Ich bin sicher, dass der Demografiebericht der Landesregierung eine wertvolle Grundlage für die Arbeit der Enquetekommission sein wird und auch die Beispiele, die ich aufgezählt habe, die von Abgeordneten hier aufgezählt worden sind, aus Kommunen, aus dem Land, die schon zeigen, dass wir uns dem Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ widmen, dass diese Beispiele eine gute Grundlage sind. Aber es soll in dieser Enquetekommission vor allem auch darum gehen, die Partner, wie Wohnungswirtschaft, Pflegeeinrichtungen und andere, mitzunehmen und mit ihnen darüber zu diskutieren, was können ganz konkrete Lösungen sein.

Und ich bin bei Herrn Holter, wenn er sagt, dass es vor allem auch darum geht, dass wir Werte diskutieren müssen. Glauben wir daran und wollen wir uns weiter dafür einsetzen, dass wirklich jeder eine Chance hat teilzuhaben? Wie sollen die Sozialsicherungssysteme weiterentwickelt werden in die Richtung, dass Pflege, Gesundheit vom Geldbeutel abhängt, oder in die Richtung zu mehr Solidarität? All das wird ein Thema sein.

Ich will auf einen Punkt eingehen, der von den GRÜNEN eingebracht worden ist, die Frage: Muss man nicht eigentlich diese Kommission auf alle Generationen ausweiten? Geht es, dass man eine Enquetekommission einsetzt, die sich speziell mit den älter werdenden Menschen in M-V beschäftigt? Ich finde die Frage durchaus berechtigt. Und ich sage ganz klar aus den Erfahrungen der politischen Diskussionen, weil es nicht alles neue Themen sind: Es ist richtig, dass eine Enquetekommission Schwerpunkte setzt.

Frau Gajek hat gefragt: Wo bleiben die anderen Generationen? Hier im Landtag, unsere Aufgabe im Parlament und Aufgabe der Landesregierung ist es natürlich, sich um alle Lebenssituationen aller Generationen zu kümmern und hier die politische Diskussion zu führen. Die Enquetekommission ersetzt nicht die politische Diskussion im Landtag. Die Enquetekommission soll ein Thema herausragend bearbeiten. Ich werbe sehr dafür, sich auf dieses Thema zu konzentrieren. Wir werden, wenn wir uns um das Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern kümmern, sowieso über die anderen Generationen sprechen.

Beim Thema Pflege: Wie sieht es aus mit Fachkräftemangel? Wie sieht es aus mit der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, was immer noch leider auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird? Wir werden uns mit diesem Thema beschäftigen, wenn es um Generationspro-

jekte geht. Ich habe einige aufgezählt. Es ist nicht so, dass die anderen Generationen außen vor bleiben. Aber zu meinen, man könnte in der Enquetekommission den kompletten demografischen Wandel und all seine Auswirkungen und alle Strategien beraten, das ist eine unrealistische Erwartungshaltung, wenn es bei Berichten bleibt, aber nicht konkret genug werden kann. Allein das Feld „Älter werdende Menschen“ ist so breit, wir haben es heute an verschiedenen Punkten gehört, dass das schon eine große Herausforderung ist. Ich rate, dass man sich wirklich darauf konzentriert und keinen Generationenkonflikt daraus macht.

Ich freue mich sehr, dass an der Stelle hier im Landtag nicht mehr die FDP sitzt, sondern die GRÜNEN. Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich mit der FDP große Diskussionen hatte beim Seniorenmitwirkungsgesetz: Warum ein Gesetz für die Senioren, wo bleiben die Jüngeren? Dann können Sie jetzt in der Haushaltsdebatte sagen: Warum so viele Millionen für die Kinder und nicht für die Älteren? Ich denke, dass wir auch für Kinder und Jugendliche einen Schwerpunkt als Landesregierung setzen und mit Sicherheit auch als Landtag.

Es ist klar, die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ darf nicht zum Generationenkonflikt werden. Jetzt vergessen wir die jüngeren Generationen, das ist Quatsch. Aber wenn man in der Politik konkret was erreichen will, dann muss man sich auch mal einem konkreten Schwerpunktthema widmen. Das wird die Enquetekommission tun. Das halte ich für richtig. Und die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ als altersspezifische Klientelpolitik abzustempeln, halte ich dann doch für leicht übertrieben, und das bringt uns nicht auf den Weg einer Gemeinsamkeit zwischen den Generationen, sondern stellt die Generationen gegeneinander.

Ich wünsche mir ausdrücklich, dass wir ein Land der Generationen bleiben, Jung und Alt im Blick haben und dass die Enquetekommission, so, wie hier angekündigt worden ist, auch von der Opposition als parteiübergreifende Möglichkeit gesehen wird, gute Lebensbedingungen und Teilhabebedingungen für die älter werdenden Menschen in M-V zu entwickeln. Sie haben es verdient. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Friemann-Jennert sagte sinngemäß, dem Landtag und der Landesregierung fehlen die Konzepte, die kommenden Probleme zu lösen. Und das wurde bei allen bisher eingebrachten Redebeiträgen sehr deutlich.

Einige von Ihnen, ehrenwerte Herrschaften, werden sich sicherlich noch daran erinnern, dass wir, die NPD-Fraktion, im Januar 2010, also genau vor zwei Jahren, bereits die Einsetzung einer Enquetekommission unter dem Titel „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“ einforderten. Mit diesem Antrag damals sollte der Landtag unter anderem beschließen:

- „1. Der Landtag erkennt, dass die drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern das drängendste Problem der Gegenwart ist und der Zukunft sein wird.
2. Der Landtag setzt daher eine Enquete-Kommission ‚Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien‘ ein. Ihre Aufgabe besteht darin, nachhaltige Gegenstrategien zu entwickeln, um der drohenden Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wirkungsvoll zu begegnen.“

Alt und ausgeblutet, Deutschland leidet europaweit am stärksten unter dem Bevölkerungswandel – so beschrieben Zeitungen schon vor Jahren

(Heinz Müller, SPD: Welche Zeitung?)

das schwerwiegende Problem unseres Volkes. Noch 1989 lebten in Mecklenburg-Vorpommern rund 2 Millionen Einwohner. Bis Ende 2011 verlor Mecklenburg-Vorpommern mehr als 330.000 Bewohner. Selbst unter Berücksichtigung der politischen Umwälzung von 1989 und 1990 als Ausnahmefaktor hat unser Land zwischen Elbe, Ostsee, Peene und Stettiner Haff einen Einwohnerrückgang von mehr als 250.000 Bürgern zu verkraften. Von der einst jüngsten Region der Bundesrepublik Deutschland gilt Mecklenburg-Vorpommern als das Altenheim der Republik.

Und die veröffentlichten Zahlen sprechen eine mehr als eindeutige Sprache: Innerhalb von weniger als 20 Jahren wird sich die Zahl der Rentner in Mecklenburg-Vorpommern auf dann fast 35 Prozent beinahe mehr als verdoppeln. Dann werden statistisch etwa 100 Arbeitnehmer bis zu 70 Rentnern gegenüberstehen. Was dieses alleine schon für die Rentenkassen, sowohl der gesetzlichen als auch der privaten, bedeuten wird, müsste jedem hier bekannt sein. Offenbar fehlt aber trotzdem die Einsicht. Bis 2050 wird Mecklenburg-Vorpommern weitere 400.000 Einwohner verlieren. Das ist eine ungesunde Entwicklung. Natürlich ist es schön, wenn die Lebenserwartung steigt. Wenn die Bevölkerungspyramide aber ihr Gleichgewicht verliert, dann droht ein Volkstod,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Das ist der Punkt.)

dann droht letztendlich der Untergang der gesamten Gesellschaft, und das wollen Sie nicht verstehen.

Und die Reaktion der Regierenden und der angeblichen Opposition, der sogenannten demokratischen Kapitulation? Weder gibt es Bestrebungen dergestalt, die deutschen Familien endlich in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen und ein familien- sowie kinderfreundliches Umfeld zu schaffen. Auch sind keine Ansätze erkennbar, die Ursachen des Niedergangs in Erfahrung zu bringen, um daraus wiederum Handlungsanleitungen zu erarbeiten.

Von Ihnen, angebliche Volksvertreter, wird immer und überall als Heilsbringer einzig und allein die Zuwanderung Fremder genannt. Der fatalen Entwicklung der Bevölkerungspyramide mit einer Zuwanderung von Fremden begegnen zu wollen, bedeutet letztendlich aber die totale Selbstaufgabe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?)

Zweifelsfrei stellt die Umkehrung der Bevölkerungspyramide mit der Vergreisung weiter Landstriche in Mecklenburg-Vorpommern einen bedeutsamen Sachverhalt dar. Es droht der Volkstod.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, der Volkstod!)

Und Sie, Vertreter der Regierungskoalition, wollen diesen Entwicklungen nun mit einer Enquetekommission Herr werden, die den Namen „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ tragen soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was ist denn der Volkstod?)

Sie wollen allerdings diese Entwicklungen nicht umkehren, indem unter anderem familienfreundliche Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate ergriffen werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nein, Sie wollen die überalternde Gesellschaft lediglich gestalten. Sie wollen lediglich den Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen. Dies ist wichtig, aber im Kern viel zu wenig. Mehr trauen Sie sich offensichtlich nicht mehr zu beziehungsweise liegt Ihnen nicht am Herzen. Und die einzusetzende Enquetekommission soll Ihnen hierfür die Handlungsstrategien erarbeiten. Wir haben ja schon gehört, die Konzepte fehlen Ihnen. Insofern ist zu befürchten, dass diese Kommission lediglich Steuergelder verbraucht und nur Papier erzeugt, das in irgendwelchen Regalen verstaubt.

(Udo Pastörs, NPD: Wie die letzte.)

Dabei ist die Lage in unserem Land bereits jetzt so dramatisch, dass eine Änderung in der Politik dringend notwendig ist. Heutzutage werden Kinder- und Entbindungskliniken geschlossen, weil diese nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sein sollen. In was für einem Staat leben wir eigentlich, der so familien- und kinderfeindlich ist? Sie müssten, wenn Sie wirklich etwas für die Bürger, für unser Volk empfinden würden, eine komplette Umwälzung der politischen Verhältnisse anstreben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Sind diese aber in einem Land zu erwarten, in dem Politiker beispielsweise folgende Äußerungen zum Besten gaben?

Erstes Zitat: „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“ Zitatende. So der ehemalige Bundesumweltminister Trittin am 2. Januar 2005 in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Oder, Zitat: „Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“ Zitatende. So die GRÜNEN-Ikone Daniel Cohn-Bendit.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, der ist toll.)

Nicht zu vergessen der ehemalige Außenminister Joscha Fischer, dem folgende Äußerung zugeschrieben wird, Zitat: „Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu ‚Ungleichgewichten‘ führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“ Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Können Sie das belegen?)

Und Sie kennen sicherlich die Aussage der LINKEN-Politikerin Christin Löchner aus Leipzig,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer?)

Zitat: „... ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod ...“ Zitatende.

Ein Volk, das sich von diesen Politikern regieren lässt, braucht keine Feinde. Uns fehlt der Glaube,

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube,
euch fehlt noch mehr.)

uns, der NPD-Fraktion, dass die von Ihnen eingerichtete Enquetekommission wirklich etwas Positives bewirkt. Aber auch diese Kommission braucht eine kritische Begleitung in Form der NPD-Fraktion. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Was soll man dazu sagen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nichts, gar nichts.)

Das ist doch die krude Ideologie, die einem entgegenkriecht. Und ich will an eins erinnern ...

(Stefan Köster, NPD:
Das waren Zitate!)

Die krude Ideologie.

Aber ich will an eins erinnern, und zwar bin ich da dabei gewesen: In der letzten Legislaturperiode hat der Fraktionsvorsitzende, der damalige und jetzige Fraktionsvorsitzende der NPD, sinngemäß – ich glaube, es ging um Kinder oder Schüler – gesagt: Man muss sich auf die Gesunden konzentrieren. Auf die Gesunden muss man sich konzentrieren.

(Stefan Köster, NPD: Man muss
die Starken fördern, damit man
die Schwachen unterstützen kann.)

Es gibt in diesem Landtag noch eine ganze Reihe von Leuten, die damals hier mit im Saal saßen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

und die alle im Grunde bezeugen können, dass es in diese Richtung geht. Das ist alles dokumentiert. Da wissen wir genau, was wir von Ihnen zu halten haben. Und wir möchten gerne mal wissen, was das letztendlich für vertrauensbildende Geschichten sind, die man mit solchen Äußerungen in der Bevölkerung implementiert.

(Stefan Köster, NPD: Das sind
Aussagen Ihrer Genossen!)

Aber nur so viel dazu.

(Stefan Köster, NPD: Dafür
sollten Sie sich schämen.)

Vielleicht sollten Sie dann, Herr Köster,

(Stefan Köster, NPD: Dafür
sollten Sie sich schämen.)

vielleicht sollten Sie dann, Herr Köster, auch die Dinge noch mal zitieren,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die von Ihrer Fakultät hier im Landtag öffentlich von sich gegeben worden sind.

(Udo Pastörs, NPD:
Machen Sie das doch!)

Das mache ich doch, das habe ich doch gerade getan.

(Stefan Köster, NPD:
Sie sind doch peinlich!)

Es gerät nichts in Vergessenheit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nee, nee, ich habe auch nicht gesagt, Zitat, weil ich das nicht vorliegen habe. Das ist aus der Erinnerung wiedergegeben und sinnentstellt ist es nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Die
Lügen können Sie weglassen.)

Das ist genauso hier gesagt worden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist richtig.)

Aber jetzt wollen wir uns wieder dem Antrag zuwenden.

Ich finde, Herr Holter, Sie haben eine gute Rede gehalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine sehr gute.)

Ich will noch mal ein paar Dinge herausarbeiten. Wir haben, was den demografischen Wandel betrifft, kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit. Ich habe das schon gesagt, ich bin seit zehn Jahren hier dabei. Die Ministerin hat gerade noch mal aufgezählt ansatzweise, was wir auf der Landesebene gemacht haben. Aber wir sind nur für bestimmte Bereiche zuständig. Wir tragen nur für bestimmte Bereiche Verantwortung. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen.

Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode dazu entschieden, Pflegestützpunkte flächendeckend zu fördern. Durchgreifend ist das nicht zur Umsetzung gekommen, sondern nur in einigen Kommunen sagen die Kommunen, jawohl, wir nehmen das Geld des Landes mit, wir machen das mit den Krankenkassen zusammen und wir realisieren diese Pflegestützpunkte. Wenn man sich den Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum demografischen Wandel ansieht, dann werden die Pflegestützpunkte als ein sehr zielführendes Instrument genannt. Und die Frage steht ja im Raum: Warum passiert das dann nicht flächendeckend im gesamten Land? Das haben wir nicht in der Hand. Da brauchen wir andere Akteure.

Und was den Antrag der GRÜNEN angeht, den Sie ja unterstützen wollen, der quasi auf Ausweitung ausgerichtet ist, so werden wir dem Antrag nicht zustimmen können.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das wundert auch nicht.)

Wir möchten auf der einen Seite den Titel nicht verändern, denn Untersuchungen zum demografischen Wandel gibt es in diesem Land zuhauf. Die gibt es auch sehr kleinteilig.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht ja um eine Enquete.)

Ja, es ist schon klar.

Wir wollen keine Enquetekommission zum demografischen Wandel, sondern wir wollen eine Enquetekommission zum Älterwerden. Und bei der Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist es schon schwierig genug, die Sache zu handeln. Machen Sie mal Folgendes, Herr Suhr, schauen Sie mal in Richtung Nordrhein-Westfalen! Die haben vor mehreren Jahren eine Enquetekommission gemacht zum Thema „Zukunft der Pflege“. Die ist publiziert worden. Das ist so ein Schinken. Damit haben die sich mehrere Jahre beschäftigt, nur mit dem Thema Pflege.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Den Anspruch haben wir nicht. Wir wollen das nicht auf Pflege reduzieren. Aber das so auszudehnen, wie Sie das vorschlagen, das wäre quasi eine Kommission, die sich mit allen Lebenslagen beschäftigen muss. Und das ist nicht der Ansatz.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Frau Gajek hat ja hier argumentiert, man müsste das weiter ausweiten. Ich will das mal an einem Beispiel verdeutlichen: Frau Gajek kommt aus Schwerin. In Schwerin sind ungefähr 34 Prozent der Leute heute 60 Jahre alt und älter. Vor einigen Jahren hat es eine Untersuchung gegeben zum Thema „Altersgerechter Wohnraum“, mit dem Ergebnis, dass uns in der Bundesrepublik Deutschland mehrere 100.000 Wohnungen fehlen, die altersgerecht zugänglich sind.

Jetzt hat diese Landeshauptstadt Schwerin auch ein Wohnungsunternehmen und eine Wohnungsgenossenschaft und mehrere andere Anbieter. Und die Frage ist ja: Was passiert an der Stelle? Also hier fehlen in Größenordnungen altersgerechte Wohnungen. Wenn man sich hier mal so umtut, werden Sie feststellen, das Thema Fahrstühle und dergleichen, das finden Sie nur in

einigen Wohnungen sehr, sehr gering durchsetzt. Und die Frage ist: Wie kommen wir zu Verbesserungen? Jetzt kann man sagen, okay, reguliert der Markt. Wenn es eine hohe Nachfrage gibt, dann werden die Wohnungsunternehmen das irgendwann machen, und die, die nachfragen, müssen bezahlen. Da ist die Frage: Haben die Leute letztendlich die Mittel, um das finanzieren zu können?

(Torsten Renz, CDU: Nein.)

Es gibt die Möglichkeit der öffentlichen Förderung. Herr Holter sprach an die Verantwortung durch das Land. Dann ist die Frage: Wird das Land das finanzieren können? Wo ist der kommunale Beitrag an der Stelle? Das heißt also, wenn Sie sich nur dieses Thema Wohnen unter dem Gesichtspunkt älter werdende Bevölkerung ansehen, haben Sie eine Vielzahl von Fragen zu beantworten.

Das Gleiche gilt für alle anderen Bereiche. Es gilt für den Bereich Verkehr, es gilt für den Bereich Gesundheit, es gilt für den Bereich der Pflege und so weiter und so fort. Und wenn man sich die Aufgabe stellt, hier etwas erreichen zu wollen und zu Ergebnissen zu kommen, kann man das nicht unendlich ausdehnen. Deswegen ist unser Ziel, unter dem Gesichtspunkt der älter werdenden Bevölkerung das zu betrachten und auch zu untersuchen.

Und dann noch mal so ein bisschen zum Arbeitsansatz dieser Kommission. Meines Erachtens geht es nur konsensorientiert. Also man muss die Frage beantworten: Wer macht was wie in welchen Zeiträumen und wie wird die Sache letztendlich finanziert? Und da ist es nicht hilfreich, wenn einer auf den anderen guckt und sagt, das ist ja eigentlich deine Aufgabe oder du musst es machen und du musst es bezahlen. Das wird uns nicht weiterhelfen. Und man muss sich auch lösen von parteipolitischen Gesichtspunkten an der Stelle. Also wenn man sich über Zeiträume unterhält und letztendlich langfristig bestimmte Dinge festlegt, dann muss das durchgetragen werden, egal wer letztendlich gerade die Regierung stellt. Ansonsten macht das keinen Sinn.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Meine Rede.)

Aber dieses Thema hat für uns eine derartig große Bedeutung, dass wir, glaube ich, uns auf diesen Weg machen sollten und versuchen sollten, im Rahmen dieser Enquetekommission nicht nur zwischen den Parteien des Landtags, sondern auch zwischen den Akteuren auf den anderen Ebenen, die involviert sind – ob das die Kommunen sind, die Wohnungsunternehmen, die Pflegeverbände und dergleichen mehr –, Konsens zu erzielen und zu sagen, so, darauf können wir uns verständigen und das wollen wir empfehlen, innerhalb bestimmter Zeiträume letztendlich zur Umsetzung zu bringen. Das ist von unserer Vorstellung her das, was diese Enquetekommission leisten sollte. Und deswegen haben wir auch den Wunsch, dass es dabei bleibt, und werden dem Antrag nicht zustimmen.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Heydorn, ich sehe, Herr Suhr möchte eine Frage stellen. Kann er dies tun? (Zustimmung)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Kollege Heydorn.

Ich habe eine Frage. Meine Frage orientiert darauf: Teilen Sie die Auffassung, dass es sich bei der demografi-

schen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern um eine ganze Reihe von Problemen handelt, die generationsübergreifenden Charakter haben, und wie wollen Sie dem möglichen Eindruck begegnen, dass sich andere Generationen, also nicht die älteren, sondern die jüngeren Generationen, ungleich behandelt fühlen, wenn der Landtag diese Schwerpunktsetzung vornimmt?

Jörg Heydorn, SPD: Also der demografische Wandel betrifft nicht nur die Älteren. Aber unserem Erachten nach sollte die älter werdende Gesellschaft die besondere Herausforderung im demografischen Wandel sein. Wenn Sie sich gerade in der Fläche die Entwicklung ansehen, tauchen schon sehr die Fragen auf: Wie will ich ärztliche Versorgung sicherstellen für Menschen, die in der Fläche immer älter werden? Wie will ich das Thema „Pflegerische Versorgung“ sicherstellen? Wo sollen letztendlich die Leute wohnen? Welche Verkehrsverbindungen sind zu realisieren? Also ich will diese Wertigkeit gar nicht herstellen. Meines Erachtens ist das Thema „Älter werdende Gesellschaft“ eine herausragende Aufgabe in diesem Land.

Ich möchte damit die Jüngeren nicht abkoppeln und ich bin auch nicht der Meinung, dass das Thema „Jüngere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern“ politisch kein Thema ist. Ich finde nur, das kann letztendlich in dieser Enquetekommission nicht bearbeitet werden, weil der Arbeitsauftrag dieser Enquetekommission dann nicht mehr zu leisten ist. Man muss ja auch immer die Frage stellen: Wie lassen sich solche Dinge operationalisieren?

Um das mal zu versuchen zu verdeutlichen: Stellen Sie sich mal vor, es werden jetzt bestimmte Experten in die Enquetekommission berufen. Da sitzen dann Leute, die kommen gegebenenfalls aus dem Wohnbereich. Die hören sich dann das Thema Pflege an und so weiter und so fort. Das sind ja alles Dinge, die muss man unter einen Hut bringen, und das kann man beliebig ausweiten. Deswegen sagen wir: Älter werdende Gesellschaft ist eine wirklich herausragende Situation in Mecklenburg-Vorpommern, die es verdient, dass man sich ihr gesondert und mit hoher Aufmerksamkeit zuwendet. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Renz, CDU: Sehr richtig, Herr Heydorn.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich noch mal zu Wort gemeldet, weil Herr Köster hier das Mitglied der Linkspartei Christin Löchner zitiert hat, Mitglied der Linksjugend Sachsen. Und anhand des Umgangs mit diesem Zitat wurde ganz deutlich, wie selektiv die NPD versucht, Stimmung zu machen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich will Ihnen mal vorlesen, was Frau Löchner im Zusammenhang mit diesem von Herrn Köster gebrachten Zitat geäußert hat. Da heißt es: „Ich tanze am 8. Mai mit

Konfetti durch die Straßen der Städte und danke den Alliierten dafür, dass sie mir den Hintern vor den Nazis gerettet haben.“

(Stefan Köster, NPD:
Das ist ja ekelhaft.)

„Mit Gleichgesinnten, der USA und Juden treffe ich mich darüber hinaus regelmäßig, um mich mit ihnen über Leute wie sie zu amüsieren – für jeden guten Witz gelangen sogar 50 Dollar in eine Spendenbox für den Neubau/Renovierungen von Synagogen und jüdische Zentren in der Republik. Nein, ich bin wahrlich nicht hilfreich für den Ausbau ihres Wohnzimmerreiches – und ich habe noch nicht mal ein schlechtes Gewissen dabei.“ Zitatende. Sie sind einfach hilflos und falsch am Platz hier. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/286 abstimmen. Hierzu ist beantragt worden, die Ziffern 1 bis 4 insgesamt sowie über die Ziffer 5 einzeln abzustimmen.

Wer den Ziffern 1 bis 4 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 bis 4 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/286 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD.

Wer der Ziffer 5 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 5 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/286 abgelehnt mit Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einigen Stimmen der Fraktion DIE LINKE, mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD und einer Mehrzahl der Fraktion DIE LINKE. Genau.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/251 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/251 angenommen mit den Stimmen der Fraktion der SPD, mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der NPD.

Der Abgeordnete Udo Pastörs, Fraktion der NPD, hat an der Abstimmung nicht teilgenommen. Ich erteile daher dem Abgeordneten Udo Pastörs das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß Paragraph 96 der Geschäftsordnung.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Heydorn, dass Sie es mit der Wahrheit nicht immer so genau nehmen

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Abstimmungsverhalten!)

und jetzt auch die Flucht nach hinten antreten, Gott sei Dank. Hier noch mal ganz kurz das Originalzitat, was ich gesagt habe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird auch nicht besser dadurch.)

Es ging damals um Hilfe für Kranke und Schwache und ich persönlich habe dann in meiner Rede Folgendes vertreten, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, Sie sollen zum Abstimmungsverhalten sprechen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Udo Pastörs, NPD: Ja, dazu komme ich

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nein, da kommen Sie nicht dazu.)

und ich erkläre das, gnädige Frau.

(Heinz Müller, SPD: Nein,
das geht nicht, Herr Pastörs.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Nicht auf Umwegen, sondern direkt.

Udo Pastörs, NPD: ... habe ich Folgendes vertreten und

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sprechen Sie zum Abstimmungsverhalten, warum Sie der Abstimmung ferngeblieben sind!)

weise da die Falschdarstellung von Herrn Heydorn zurück, weil ich gesagt habe: Unser erstes Augenmerk muss aber auf dem Gesunden und Starken liegen, damit wir auch morgen noch den Kranken und Schwachen Hilfe angeeignet lassen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Insofern werfe ich hier vor, dass der Vorredner bewusst durch Weglassen gelogen hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heinz Müller, SPD:
Und deswegen nehmen Sie nicht an der Abstimmung teil? Das können Sie doch einem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange zumacht!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Für einen Mindestlohn von 10 Euro in Bund und Land, das ist die Drucksache 6/261.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Für einen Mindestlohn von
10 Euro in Bund und Land
– Drucksache 6/261 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa drei Wochen hat der DGB Nord mitgeteilt, wie es nach Auswertung relevanter Daten um das Lohnniveau in den drei norddeutschen Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 20 Jahre nach der Wiedervereinigung bestellt ist. Zudem wurde analysiert, wie viel Steuergeld pro Jahr im Vergleich von 2007 bis 2010 darauf verwendet werden muss, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Vollzeit, Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung oder in Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit ihr Entgelt so aufzustocken, dass es überhaupt zum Leben reicht.

Die Ergebnisse sind mehr als ernüchternd und werfen ein etwas anderes Licht auf das auch in diesem Haus schon oft bejubelte Jobwunder, denn erneut wird der Nachweis erbracht, dass die sinkenden Arbeitslosenzahlen auch etwas mit der Umwandlung von Vollzeitbeschäftigung in prekäre Arbeitsverhältnisse zu tun haben. Zudem geht die Subventionierung eben dieser Arbeitsverhältnisse auch zulasten des Steuerzahlers im Land. Allein 2010 mussten nach Angaben des DGB mehr als 346 Millionen Euro aufgebracht werden, um die Entlohnung aus Billigjobs so aufzustocken, dass die Betroffenen über die Runden kommen. Damit wird einmal mehr deutlich, dass der einstmalig so gern vorgetragene Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sich inzwischen überlebt hat.

Ich darf Ihnen einmal ein paar Zahlen für unser Land zur Kenntnis geben: 15.374 Vollzeitbeschäftigte benötigten im Jahr 2010 ganze 95 Millionen Euro unterstützende Hartz-IV-Leistungen. 8.000 Teilzeitbeschäftigte bekamen 48 Millionen Euro, 16.500 geringfügig Beschäftigte benötigten Hilfe im Umfang von 163,9 Millionen Euro und auch mehr als 4.000 Selbstständige – eine Gruppe, die sonst eher selten Erwähnung findet – erhielten noch einmal ganze 39,3 Millionen Euro Unterstützung durch ergänzende Hartz-IV-Leistungen.

Die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse hat ganz sicher die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefördert, sie hat aber nachweislich auch die Binnenkaufkraft geschwächt. Dazu kommt, und das ist auch problematisch für unser Land, dass solche Beschäftigungsverhältnisse tendenziell weniger Steuereinnahmen und weniger Einnahmen für die Sozialversicherungen bedeuten. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass Mecklenburg-Vorpommern 2011 dem bundesdeutschen Durchschnittsbruttolohn um 22,9 Prozent hinterherhinkte. Noch schlechter sieht es im Vergleich zum Nachbarn Hamburg aus, da waren es gar 30 Prozent. Damit wird deutlich, warum wir es nach wie vor mit der Abwanderung insbesondere junger Menschen zu tun haben und genauso, woher der Fachkräftemangel rührt.

Meine Damen und Herren, die Zahlen sind alarmierend und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Gewerkschaften für 2012 angekündigt haben, kräftige Lohnzuwächse in den Tarifrunden zu fordern und den Kampf um die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen

Mindestlohnes noch einmal zu verstärken. Und dies ist auch der Grund für meine Fraktion, das Thema hier heute erneut aufzuwerfen.

(Torsten Renz, CDU: Ich glaube,
das hat andere Gründe. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ganz offensichtlich gehört zudem in zahlreichen Unternehmen die Kalkulation mit Niedriglöhnen, die später durch staatliche Transferleistungen aufgestockt werden müssen, zum Geschäftsmodell. Aufrufe und freiwillige Selbstverpflichtungen haben, so gut sie auch immer gemeint waren, in der Vergangenheit wenig bis gar keine Wirkung entfaltet. Aus unserer Sicht ist dies daher kein Modell für die Zukunft, denn analysiert und geredet wurde nun genug, jetzt muss gehandelt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dies sieht übrigens auch eine überwältigende Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik so. Die letzte repräsentative Emnid-Umfrage zum Thema „Mindestlohn – ja oder nein?“ aus dem November 2011 ergab, dass sich ganze 86 Prozent aller Befragten für die Einführung eines solchen aussprachen. Und während DIE LINKE, ver.di und die NGG 2005 mit diesem Ansinnen noch allein auf weiter Flur standen, forderten Gewerkschafter und Kirchenvertreter bereits 2006 im Frankfurter Appell die Einführung von Mindestlöhnen. Sechs Jahre später hat sich in der Bevölkerung und auch im politischen Raum die Erkenntnis durchgesetzt, dass es eines solchen Regulativs dringend bedarf.

Deshalb fordern wir im Unterpunkt a) unseres Antrages, dass die Landesregierung ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lässt und auch tatsächlich Initiativen auf Bundesebene unterstützt, die einen solchen Mindestlohn zum Ziel haben. Denn, meine Damen und Herren, besonders kreativ waren Sie bisher da ja nicht. Da sind Ihnen andere Landesregierungen, wie die aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hamburg, um einiges voraus,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wie deren Bundesratsantrag vom 09.12. auf Drucksache 816/11 zeigt.

Und um das auch noch einmal zu betonen, uns geht es nicht um einen Überbietungswettkampf, wie zuweilen aus SPD-Kreisen zu hören ist. Natürlich, und da sind wir uns einig, muss zunächst der sprichwörtliche Bock umgestoßen werden, um zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu kommen. Dabei ist Ihnen DIE LINKE auch gern behilflich, wie der Beitritt der rot-roten Landesregierung in Brandenburg zu eben jener Bundesratsinitiative zeigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Aber die Höhe des Mindestlohnes muss so gewählt werden, dass dieser auch die gewünschte Wirkung entfaltet. Vor allem geht es nämlich darum, neben der Absicherung der Existenz im Hier und Jetzt auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Altersarmut in Zukunft vermieden wird. Und diesbezüglich gibt es eben mittlerweile genügend seriöse Studien, wie zum Beispiel des

WSI oder der Arbeitnehmerkammer Bremen, die mit Blick auf die gesetzliche Rente deutlich machen, dass bei 45 Arbeitsjahren mit 8,50 Euro am Ende eben keine Rente rauskommt, bei der man ohne staatliche Unterstützung auskommt. Und zu dieser Erkenntnis kommen wir übrigens nicht exklusiv.

Ministerpräsident Erwin Sellering kam bereits 2008 mit seinem anhaltinischen Kollegen in einem Strategiepapier mit dem Titel „Auskömmliche Alterseinkünfte in Ostdeutschland?“ zu folgender Erkenntnis, ich zitiere: „Mit ... zeitlichem Abstand zur DDR“ wirkt sich „die in den Neuen Ländern typische Kombination von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlichem Lohnniveau ... auf die Höhe der Alterseinkünfte“ negativ aus. Im Ergebnis seiner Analysen schlägt er unter anderem vor, flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne mit einem Anteil an Zahlungen einzuführen, die oberhalb des Niveaus der Grundsicherung liegen. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, außer der Feststellung, dass eben für dieses Anliegen ein Mindestlohn von 10 Euro erforderlich ist. Erfreulich ist, dass DIE LINKE mit dieser Auffassung nicht mehr allein steht. Auch die Kollegen von ver.di wollen ihre Mindestlohnforderung auf 10 Euro anheben, freilich nachdem die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes Realität geworden ist.

Punkt b) des Antrages verweist auf die Einflüsse in unserem Bundesland. Ja, die Koalition hat eine Novelle des Landesvergabegesetzes angekündigt und die Vorgabe eines Mindestlohns von 8,50 Euro diesbezüglich zum zentralen Vorhaben erklärt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, schauen wir mal!)

Dass Sie sich hier gegenüber dem Frühjahr 2011 bewegt haben, ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Meine Fraktion fordert jedoch zwei Elemente im neuen Vergabegesetz:

1. Aussagen zur Tariftreue und
2. für die Branchen, in denen diese mangels Tariffindung nicht einzufordern ist, einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro zur Grundlage der Auftragsvergabe zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Denn insbesondere in unserem Land ist mit Blick auf die drohende Altersarmut vieler Einwohner eine Mindestlohnhöhe erforderlich, die dabei hilft, dieses Risiko zu begrenzen.

Das Pestel Institut aus Hannover hat im Herbst vergangenen Jahres eine dramatische Zunahme von Altersarmut prognostiziert. Bei aktuell 5.400 armen Rentnerinnen und Rentnern, also Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen, werden wir bis 2020 eine Vervierfachung dieser Zahl erleben müssen.

Kommen wir zu Punkt c) des Antrages: Wir wollen, dass möglichst viele Branchen vom Geltungsbereich des Vergabegesetzes erfasst werden. Im aktuell gültigen Gesetzestext wird Tariftreue bislang nur für Aufträge des Verkehrssektors eingefordert. Dies war auch einer der zentralen Kritikpunkte im Rahmen der Diskussion im vergangenen Jahr. Mit der nun von der Koalition für Juni

angekündigten Novelle sollen nach unserem Dafürhalten so viele Bereiche wie möglich erfasst werden, also beispielsweise alle Liefer-, Bau- und Dienstleistungen, die durch das Land vergeben werden.

Punkt d) verweist auf ein nach unserem Dafürhalten ebenfalls sehr wichtiges Thema: Ein novelliertes Vergabegesetz muss von potenziellen Bietern um Landesaufträge die Einhaltung der jeweiligen Tarifverträge einfordern, vor allem natürlich im sachlichen Geltungsbereich des Entsendegesetzes. Ist der für allgemein verbindlich erklärte Branchenmindestlohn geringer als 10 Euro, so soll nach unserer Auffassung der vergabespezifische Mindestlohn greifen. Zudem muss ein novelliertes Gesetz auch eine Regelung umfassen, die den Entgeltsatz regelmäßigen Überprüfungen zuführt, so, wie es beispielsweise im brandenburgischen Vergabegesetz nach spätestens zwei Jahren vorgesehen ist.

Damit zum letzten Punkt des Antrages: Unser Land ist auch in Sachen Tarifbindung Schlusslicht in der Bundesrepublik. Nur knapp die Hälfte aller Unternehmen fällt überhaupt noch unter den Geltungsbereich von Tarifverträgen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, die Tarifbindung im Land zu erhöhen, denn dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Im Kontakt mit den Unternehmen muss stärker als in der Vergangenheit darauf verwiesen werden, welche Bedeutung Tarifverträge und die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden haben. Dies muss auch bei der Ausreichung von Fördermitteln künftig eine Rolle spielen. Unternehmen, die sich dem Prinzip „guter Lohn für gute Arbeit“ verpflichtet sehen, sollten im Zusammenhang mit dem Wettbewerb um Fachkräfte und geeignete Auszubildende wirkungsvoller präsentiert werden.

Die gemeinsame Erkenntnis bei Arbeitgebern, Gewerkschaften und Landespolitik mündete Anfang 2011 in den Abschluss des Fachkräftebündnisses für Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden demnächst konkrete Ergebnisse aus dem Bündnis, das wir ausdrücklich für richtig und wichtig halten, hinterfragen. Fest steht jedoch, angesichts der eingangs dargestellten Situation müssen die Bemühungen auch in diesem Rahmen verstärkt werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Herr Renz, sagen Sie doch mal in der CDU-Fraktion Bescheid, der Minister redet gerade. – Torsten Renz, CDU:
Das Protokoll geht erst los ab jetzt!)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass den Men-

schen in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltige Arbeitsplätze mit attraktiven Löhnen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Attraktive Entgelt- und Arbeitsbedingungen sind zudem entscheidende Faktoren im zunehmenden Wettbewerb um Auszubildende und qualifizierte Arbeitskräfte. Wir benötigen mehr und höherwertige Wertschöpfung, um die Einkommenssituation im Land zu verbessern. Wir setzen mit unserer Wirtschaftspolitik darauf, die industrielle Wertschöpfung im Land zu erhöhen, die Innovationsfähigkeit zu stärken und wissensbasierte Arbeitsplätze zu schaffen, das heißt konkret, den Mittelstand zu fördern, das Handwerk zu fördern, aber eben auch in besonderer Weise die Gesundheitswirtschaft. Zudem werden wir die Rahmenbedingungen für Arbeit deutlich verbessern, um höhere Einkommen zu ermöglichen. Dafür haben wir im Koalitionsvertrag konkrete Maßnahmen festgelegt, die wir jetzt umsetzen werden.

Meine Damen und Herren, die Schaffung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt auf Bundesebene Initiativen, die für einen gleichen – das heißt, ohne West-Ost-Unterschied – gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn eintreten.

Herr Foerster, Sie sehen, es wird daran gearbeitet,

(Torsten Renz, CDU: Genau!)

und die Frage ist auch im Koalitionsvertrag geregelt und wird umgesetzt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aktuell befasst sich der Bundesrat mit einem Entschließungsantrag für faire und sichere Arbeitsbedingungen durch Implementierung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Die Landesregierung,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und, stimmen Sie dem zu?)

die Landesregierung unterstützt diese Initiative.

Ja, hören Sie zu!

(Torsten Renz, CDU: Wir sind am Ball. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Da können
Sie unserem Antrag zustimmen!
Deswegen kann man ja zustimmen.)

Die Landesregierung setzt ferner darauf,

(Torsten Renz, CDU: Das ist
doch schon alles abgearbeitet.)

dass die Sozialpartner im Rahmen der Tarifautonomie Abschlüsse über dem Mindestlohn vereinbaren, meine Damen und Herren, denn den Tarifparteien kommt eine besondere Rolle zu: Sie können im Rahmen der verfassungsrechtlichen, geschützten Tarifautonomie Arbeits- und Entgeltbedingungen selbstständig regeln, ohne staatlichen Einfluss, und das soll auch so bleiben.

Die Landesregierung und die Partner des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes sprechen

sich im Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern für eine Erhöhung der Tarifbindung und eine höhere Akzeptanz tariflicher Entlohnungen aus. Wir werben mit den Tarifpartnern dafür, die vereinbarte gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartner in Mecklenburg-Vorpommern auf weitere Branchen auszudehnen.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

Herr Foerster, also auch daran wird gearbeitet.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sieht im gesetzlichen Mindestlohn ein wirksames Instrument, sittenwidrige und nicht auskömmliche Löhne zu verhindern.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Zugleich muss den legitimen Interessen der Unternehmen natürlich auch Rechnung getragen werden. Mindestlöhne dürfen nicht so hoch sein, dass sie zu schweren Belastungen für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Unternehmen werden. Daran liegt uns auch, meine Damen und Herren, und es ist ebenfalls im Interesse der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung ein Mindestarbeitsentgelt in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde zur Grundlage gemacht. Die Beschäftigten sollen ein Einkommen erhalten, das ungefähr im Mittelfeld der tariflichen Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendegesetz und dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz liegt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mittelfeld ist schlecht, wir wollen spitze sein, Herr Glawe.)

Meine Damen und Herren, bis es auf Bundesebene zu einer Einigung kommt, handelt das Land im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Rahmen der Selbstverpflichtung wird das Land bei allen öffentlichen Auftragsvergaben, die in Landeshoheit stattfinden, die Zahlung von mindestens 8,50 Euro zur Bedingung machen.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Minister, würden Sie eine Frage von Herrn Henning Foerster zulassen?

Minister Harry Glawe: Bitte.

Henning Foerster, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Minister! Ich habe nur eine kurze Frage: Bedeutet die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Unterstützung für die Bundesratsinitiative der drei Länder aus dem Dezember, dass Mecklenburg-Vorpommern dieser Initiative beitreten wird?

Minister Harry Glawe: Sie können davon ausgehen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung empfiehlt auch den Kommunen, bei der örtlichen Auftragsvergabe ebenfalls einen Mindestlohn von 8,50 Euro einzufordern. Die Koalitionspartner werden zudem bei der Förderung kommunaler Vorhaben durch Landes-, Bundes- und EU-Mittel gegenüber den Kommunen darauf Einfluss nehmen, dass bei der entsprechenden Auftragsvergabe auch dort ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird.

Eine Novellierung des Vergabegesetzes auf Landesebene soll die genannten Ziele im Rahmen der rechtlichen Voraussetzungen umsetzen. Dazu gehören auch Regelungen zur Tariftreue, Herr Foerster. Die Landesregierung wird dazu bis Mai 2012 einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen. Mit dem Vergabegesetz ist eine umfassende Regelung getroffen worden, deshalb besteht keine Notwendigkeit für eine Ausdehnung auf weitere Branchen.

Meine Damen und Herren, Ziel der Wirtschaftsförderung des Landes ist es, nachhaltig Arbeit zu sichern und zu schaffen. Die Förderpolitik sieht dabei weiterhin ganz klar die Arbeit im Vordergrund und als einen wichtigen Schwerpunkt, ebenso die Ansiedlung von produktivem Gewerbe und natürlich qualifiziertes Fachpersonal mit der klaren Zielsetzung, die Anzahl wissensbasierter Arbeitsplätze im Land deutlich zu erhöhen.

Vollzeitarbeitsplätze mit einem Lohnniveau, welches durch Aufstockung mit Leistungen nach dem SGB II ergänzt wird, sind unattraktiv und nicht Ziel unserer Investitionsförderung im Wirtschaftsministerium. Deshalb soll eine Bezahlung der geförderten Arbeit im Regelfall nicht unterhalb eines Mindestlohnes von 8,50 Euro erfolgen. Dazu werden zurzeit konkrete Regelungen für die Förderpraxis erarbeitet und in den nächsten Wochen mit den Sozialpartnern besprochen.

Meine Damen und Herren, wir verbessern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wertschöpfung und höhere Einkommen im Land.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sehr gut.)

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Arbeit, dies haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, und, meine Damen und Herren, wir unterstützen auf Bundesebene Initiativen für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn oder, wie man auch sagt, eine Lohnuntergrenze.

Von daher, meine Damen und Herren, sehen Sie, dass die Regierung handelt,

(Udo Pastörs, NPD:
Alles in Ordnung.)

die Dinge in den Landtag einbringen wird, das Gesetz vorlegen wird, die Richtlinien dann danach verabschieden wird. Von daher ist aus meiner Sicht der Antrag der LINKEN entbehrlich. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sehe, mit großem Erstaunen hat die Fraktion DIE LINKE hier den Redebeitrag unseres Wirtschaftsministers verfolgt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, wir nehmen das auch ernst.
Das kann man von den anderen
Fraktionen nicht sagen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Er hat hier schön ausführlich die Ziele und die Vorhaben der Landesregierung insgesamt in diese Richtung aufgezeigt. Trotz alledem möchte ich die Sicht der SPD-Fraktion hier auch noch einmal separat ausführen.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns natürlich zur Tarifautonomie in einer sozialen Marktwirtschaft und fordern einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro. Das ist allgemein bekannt. Unsere Mutterpartei hat entsprechend im Bund agiert,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Mutterpartei! –
Marc Reinhardt, CDU:
Die Mutter aller Parteien.)

einen Antrag eingereicht,

(Marc Reinhardt, CDU:
War auch Mutter von Hartz IV.)

und in der Vergangenheit haben wir auch immer klar und deutlich Position zu flächendeckenden Mindestlöhnen bezogen.

Zur Tarifautonomie nach dem Grundgesetz hat der Wirtschaftsminister eigentlich schon alles klar und deutlich ausgeführt. Allerdings ist es natürlich immer die Aufgabe des Staates, für die Tarifvertragsparteien die entsprechenden Rahmenbedingungen festzulegen. Im luftleeren Raum und ganz ohne rechtlichen Rahmen können auch die Tarifparteien nicht agieren. Es ist ja so, dass Grundsatzzscheidungen des Bundesarbeitsgerichts beispielsweise hier mitunter einige Grenzen setzen, und der Staat hat, wie gesagt, auch bei Tarifautonomie die Pflicht, rechtliche Rahmenbedingungen vernünftiger Art zu setzen.

In Mecklenburg-Vorpommern, das hat Herr Foerster schon ausgeführt, haben wir in vielen Bereichen leider zu verzeichnen, dass wir hier im Niedriglohnsektor arbeiten. Das leidige Thema haben wir in der vergangenen Legislaturperiode auch schon öfter hier im Haus behandelt. Gleichwohl müssen wir natürlich sagen, dass es nicht immer die Gier unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen ist, die dazu führt, dass mitunter niedrige und nicht zumutbare Löhne hier im Land gezahlt werden, denn oftmals sind diese kleinen Unternehmen sehr unter Druck und ziemlich am Rande ihrer Möglichkeiten.

Trotz alledem sind viel zu viele Menschen bei uns im Land davon betroffen, Aufstockungsbeiträge einfordern zu müssen. Wir haben das ganz große Problem hier im Land, dass wir zum einen nur 50 Prozent der Unternehmen in tariflicher Bindung haben und zum anderen in der Gesamtbetrachtung sehr, sehr niedrige Löhne haben, auch bei den tariflich gebundenen Unternehmen teilweise stark ausgeprägt. Das ist eine Entwicklung, der man natürlich energisch entgegenwirken muss, weil sittenwidrige Löhne, moralisch stark angreifbare Löhne politisch einfach nicht akzeptabel sind.

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn als rechtliche Barriere, um den Missbrauch von Schlupflöchern für unmoralische Dumpinglöhne, wie sie derzeit beispielsweise auch in Logistikzentren großer Lebensmitteldiscounter aufgedeckt wurden, zu verhindern. Wer voll arbeitet, der muss von seiner Arbeit auch ohne staatliche Unterstützung leben können. Alles andere ist staatliche

Alimentierung von Unternehmensgewinn auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir stehen hier in der Bundesrepublik allen Anzeichen nach vor einem Systemwechsel

(Udo Pastörs, NPD:
Hoffentlich! Wäre schön.)

und brauchen dazu eine breite gesellschaftliche Akzeptanz.

(Udo Pastörs, NPD: Wir helfen Ihnen.)

Eine Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro, wie das über meine Mutterpartei erfolgt, ist eine akzeptable Größe.

Übrigens, Herr Foerster sagte vorhin, dass die SPD

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

der Fraktion DIE LINKE einen Überbietungswettbewerb an die Backe heftet. Aber wenn man sich anhört, dass vom „Klotzen statt kleckern“ beim Mindestlohn gesprochen wird, wenn ich mal den Vorsitzenden Herrn Ernst Klaus zitieren darf, dann ist das doch schon wieder ein bisschen denkwürdig.

(Torsten Renz, CDU: Ernst Klaus?
Klaus Ernst, ne, oder?)

Ich meine, klotzen mit dem Geld anderer Leute, das kann man ja machen, aber ob man sich das dann hinterher nicht ankreiden lassen muss, das ist die andere Frage.

Auf Bundesebene sind verschiedene Forderungen laut geworden. Die Bündnisgrünen haben die Forderung nach 7,50 Euro Mindestlohn aufgestellt,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 8,50 Euro.)

DIE LINKE, haben wir ja gehört, nach 10 Euro, die SPD nach 8,50 Euro.

(Udo Pastörs, NPD: Wir
8,80 Euro, vor Jahren schon.)

Da kann man sich fragen: Woher ist das abgeleitet worden, warum gerade diese Beträge?

(allgemeine Unruhe)

Erst einmal stelle ich fest, mit einem Satz von 8,50 Euro können wir uns auch auf der europäischen Ebene sehen lassen. Wir haben da ein breites Spektrum von Mindestlöhnen, aber ich orientiere mich jetzt nur mal an dem oberen Viertel oder Drittel. Nun kann man natürlich sagen, die Luxemburger haben einen viel besseren Mindestlohn und auch die Franzosen. Aber wenn man einmal dahinterguckt, ist es bei den Luxemburgern so, dass die Sozialabgaben, die die Unternehmen abführen müssen, wesentlich niedriger sind als bei uns.

(Torsten Renz, CDU:
Deswegen können wir das auch
nicht so eins zu eins vergleichen.)

Wenn man sich den Mindestlohnsatz von Frankreich, der auch etwas über unserer Forderung liegt, anschaut, dann muss man natürlich realisieren, dass die Franzosen die 35-Stunden-Woche haben, also mit weniger Arbeitsstunden wahrscheinlich dann zum relativ gleichen Ergebnis kommen.

Von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro würden nach einer Studie der Prognos AG im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung deutschlandweit rund fünf Millionen Menschen profitieren. Zudem würden die öffentlichen Kassen Deutschlands um voraussichtlich 7,1 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden.

Die Mindestlohnforderung von 8,50 Euro leitet sich aus der bundesweiten Definition eines existenzsichernden Einkommens ab. Dies liegt bei monatlich mindestens 1.054 Euro netto, was bei einer 40-Stunden-Woche einem Bruttostundenlohn von 8,50 Euro entspricht. Aufgrund des gesetzlichen Schutzes der Tarifautonomie ist ein Wert darüber hinaus, ohne wirklich konkret belegt zu sein, meiner Meinung nach rechtlich etwas fragwürdig. Mir fallen zwar auch alle guten Gründe ein, warum ein höherer Satz wünschenswert wäre, ein gesetzlich verankertes Rundum-sorglos-Paket wird es aber nicht geben können. Das würde einen Mindestlohn bedeuten, der bei voller Arbeitszeit oberhalb der Armutgefährdungsgrenze der Europäischen Sozialcharta liegt und der müsste dann sogar 12,40 Euro brutto betragen.

Werte Abgeordnete von der Fraktion DIE LINKE, in der letzten Legislaturperiode haben wir zähneknirschend Ihre Anträge zu flächendeckenden Mindestlöhnen abgelehnt, aus Koalitionsdisziplin.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

Ja, das haben wir auch immer klar und deutlich gesagt, Sie erinnern sich sicherlich deutlich, Herr Koplín. Heute tun wir das aus anderen Gründen.

Wir haben mit unserem Koalitionspartner in unserer Koalitionsvereinbarung Regelungen zur Einführung von Mindestlöhnen verankert. Das war ein sehr großer Erfolg. Der Minister hat eben ausgeführt, was alles für ihn mit dazugehört.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ihm da zugemutet wird, wollten Sie sagen.)

Dass Sie uns das natürlich missgönnen und wir das als Erfolg für uns verbuchen, das kann ich voll verstehen.

(Torsten Renz, CDU: Bei uns gilt noch: Ein Mann, ein Wort!)

Übrigens sehe auch ich diesen Kompromiss seinerzeit in der Koalitionsvereinbarung so als letzten Sargnagel zu einer Neuauflage von Rot-Rot, wenn ich das einmal so sagen darf.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber, wie man sieht, Sie fühlen sich in der Opposition recht wohl und sorgen für solche Anträge und für unserer Meinung nach etwas überzogene Forderungen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Endlich hat sie es erkannt, die SPD!)

auch dass Ihnen der Oppositionsmantel immer besser passt.

(Torsten Renz, CDU: Ja, ja, das stelle ich auch fest.)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßen natürlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Torsten Renz, CDU: Warum haben Sie das nicht gemacht, als Sie in der Bundesregierung in der Verantwortung waren? Das hätten Sie doch beschließen können!)

In der Tat ist zu beklagen, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse zunehmen und mehr als ein Viertel aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnssektor arbeiten. Die Tendenz ist steigend. Vor allem in Deutschland, in Ostdeutschland und insbesondere auch in unserem Bundesland nimmt der Niedriglohnssektorbereich zu. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Torsten Renz, CDU: Auf wie viel Prozent sind sind wir denn jetzt? Das kann ja nicht sein.)

Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrem Lohn auch ohne Aufstockung leben können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es kann nicht sein, dass mit Steuergeldern, mit unseren Steuergeldern Dumpinglöhne von einigen Firmen subventioniert werden. Das ist Wettbewerbsverzerrung und menschenunwürdig.

(Udo Pastörs, NPD: Eben nicht wettbewerbsverzerrend.)

Kaum ein anderes Land hat in den letzten Jahren eine so starke Zunahme von Niedriglöhnen zu verzeichnen wie Deutschland.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt doch gar nicht. Wir liegen bei 22 Prozent.)

Ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wird sich der Niedriglohnssektor weiter ausweiten. Ein allgemeiner Mindestlohn ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Und der Produktivität.)

Die Einkommensverteilung wird sich weiter verschieben und eine steigende Zahl von Menschen wird auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein. Schließlich

wird auch eine ausreichende soziale Absicherung im Alter nicht mehr ausreichen. Die Tendenz der Altersarmut ist steigend. Es kommt zur Armut trotz Arbeit. Dies können wir uns auch angesichts des demografischen Wandels in unserem Bundesland nicht erlauben. Wir müssen uns daher nicht nur auf Bundesebene weiter aktiv für einen Mindestlohn einsetzen, sondern auch auf Landesebene mit entsprechenden Vergabegesetzen beziehungsweise deren Überarbeitung aktiv werden.

Unter der Federführung von Baden-Württemberg zum Beispiel ist ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro auf den Weg gebracht worden. In anderen Bundesländern haben wir mit Vergabegesetzen bereits Standards gesetzt: Brandenburg mit 8 Euro pro Stunde, Rheinland-Pfalz mit 8,50 Euro und Nordrhein-Westfalen mit 8,62 Euro – warum auch immer diese komische Zahl. Berlin will aktuell den Satz auf 8,50 Euro erhöhen.

Unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro für angemessen. Damit stehen wir im Konsens mit den Forderungen des DGB. So greifen wir nicht in die Tarifautonomie ein. Übrigens empfiehlt auch das von den LINKEN zitierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut, das WSI, der Hans-Böckler-Stiftung mitnichten einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. Vielmehr sprechen sich die Autoren dieser und anderer aktueller wissenschaftlicher Studien für eine Orientierung an einer Vielzahl von Indikatoren aus, an denen sich auch die Lohnuntergrenze festmachen ließe. Diese sind im Einzelnen einmal die Höhe der Pfändungsuntergrenze der Grundsicherung aus Regelsatz, Kosten der Unterkunft und Freibeträgen, Regelungen in unseren europäischen Nachbarländern und so weiter und so fort. Unterm Strich heißt das, in den meisten Fällen sind es mindestens 8,50 Euro pro Stunde.

Wichtig sollte sein, dass die Einführung eines Mindestlohns auf einem größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens beruht und vor allem auch zielführend ist.

(Jochen Schulte, SPD: Auch noch!)

Wir sollten daher die Höhe eines Mindestlohns nicht politisch instrumentalisieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich daher für die Einrichtung einer unabhängigen Kommission aus, die mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wissenschaft besetzt ist und die Mindestlohnhöhe ermittelt und jährlich überprüft. Unabhängig davon sprechen wir uns derzeit aufgrund der bereits bekannten und gängigen Berechnung für eine Untergrenze in Höhe von 8,50 Euro brutto pro Stunde aus, die in einem Vergabegesetz für Mecklenburg-Vorpommern entsprechend berücksichtigt werden sollte.

Eine Selbstverpflichtung, wie sie momentan im Koalitionsvertrag zu lesen ist, greift hier sicherlich nicht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Heydorn

hat vorhin gesagt „Lob für Holter“, ich sage jetzt „Enttäuschung für Foerster“.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Was?!)

Ich meine, es kam nicht so überraschend, Herr Foerster, aber vielleicht werden Sie das alles nachher in der eigentlichen Diskussion noch steigern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, mal sehen, was Sie vorlegen, Herr Renz.)

Das ist doch nicht unser Antrag, Herr Ritter.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Besonders erstaunt waren Sie sicherlich über die Antwort des Wirtschaftsministers. Da waren Sie sehr enttäuscht, diesen Eindruck hatte ich, obwohl das ganz klar aus unserer Koalitionsvereinbarung Ziffer 25 hervorgeht: „Auf Bundesebene wird das Land Initiativen unterstützen, die für einen gleichen (Ost-West), gesetzlichen und flächen-deckenden Mindestlohn eintreten.“ Klare Aussage,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist aber ein Unterschied,
ob man unterstützt oder beitrifft.)

ich weiß gar nicht, warum Sie das infrage stellen. Der Minister hatte vorher ausgeführt, dass wir da am Thema dran sind. Insofern, wenn Sie sich die Koalitionsvereinbarung weiter anschauen, unter 26. ist alles geregelt zum Vergabegesetz. Ich könnte es jetzt kurz machen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Gut so!)

indem ich sage, der Minister hat Ihr Thema hier ausreichend abgehandelt. Es ist auch so, und insofern hat er qualitativ und inhaltlich für mich und für unsere Fraktion ausreichend begründet, dass dieser Antrag überflüssig ist beziehungsweise dass die Landesregierung mehr als an der Erfüllung arbeitet. Aber nichtsdestotrotz will ich mir dann doch ein paar Ausführungen gestatten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich wäre nicht Herr Renz, wenn
ich nicht noch was sagen würde.)

vielleicht ein bisschen versuchen herauszuarbeiten, was überhaupt Sinn und Zweck Ihres Antrages ist, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann los! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Für mich ist das relativ offensichtlich: Ihr Lieblingsspielzeug kommt Ihnen abhanden, und was tun Sie? Ganz verzweifelt versuchen Sie, Themen aufzugreifen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oooh!)

weil Sie nicht mehr stattfinden in der Öffentlichkeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist jetzt aber nicht neu. Das haben Sie schon dreimal im Landtag erzählt. Das ist nicht neu.)

Das muss man öfter mal wiederholen, damit sich das auch bei Ihnen festsetzt, Herr Ritter.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie haben doch keine Themen mehr, das ist Ihr Problem!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wollen doch eine überzeugende Rede halten und nicht alte Leiern.)

Sie werden von der SPD an die linke Seite gedrückt, keine Themen sind mehr da und jetzt versuchen Sie es zwanghaft mit dem Mindestlohn – regelmäßig in jeder Sitzung sind Sie aktuell dabei –, versuchen hier einen Bieterwettbewerb zu initiieren unter dem Motto „Schneller, höher, weiter“.

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE)

Die Frage ist, ob sich das Parlament daran beteiligen soll. Die Antwort haben Sie im Prinzip schon vom Wirtschaftsminister bekommen, nämlich Nein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Renz, wir sind doch froh, dass die CDU jetzt auch für den Mindestlohn ist. Dann hat sich doch unser Kampf gelohnt.)

Nichtsdestotrotz, Herr Ritter, habe ich mir dann mal die Mühe gemacht, zu schauen, wie denn Ihr eigener Wettbewerb so aussieht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Sie verbrauchen ja immer einen Haufen Papier, was Sie hier so abarbeiten, das ist auch gut so.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das stimmt.)

Es ging dann los am 17.01.2007, Ihr erster Antrag „Tariflicher Mindestlohn ist unverzichtbares Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nee, das ging schon 2002 los. 2002 ging das schon los, Herr Renz. Sie hätten eher recherchieren müssen.)

Da waren Sie noch sehr zurückhaltend, sehr zurückhaltend, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, da haben Sie nämlich noch gar keinen Betrag genannt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir wollten Sie nicht gleich überfordern, Herr Renz, sondern wir wollten Sie Schritt für Schritt an das Thema heranzuführen.)

Da war die Höhe des Betrages noch nicht so entscheidend, da ging es nur darum, ob Ja oder Nein.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Jetzt sind wir ja bei dem Punkt angekommen, dass Ihre politischen Mitwettbewerber sich schon längst positioniert haben, auf dem Weg sind und Sie müssen das Thema dann neu erfinden. Es reicht nicht mehr Ja oder Nein, sondern Sie müssen sagen, noch mehr, noch mehr. Das ist ja jetzt Ihr Wettbewerb.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Höher, schneller, weiter.)

Insofern am 27.06.2007, auch hier „Bundesratsinitiative ... Einführung ... gesetzlichen Mindestlohnes“, keine Angaben über die Höhe. Dann wurden Sie schon, Sie als Partei, im Jahre 2008 etwas offensiver, da haben Sie sich schon ausgesprochen für 8 Euro Mindestlohn. Jeder Euro eine Investition in die Zukunft, Sie werden das kennen.

(Regine Lück, DIE LINKE: 2002 hatten wir schon 7,50 Euro, Herr Renz.)

2008, dann wurden Sie auch in Berlin beim Vergabegesetz aktiv, nicht Sie persönlich, aber Ihre parteilichen Mitstreiter, da haben Sie sich nur auf 8,50 Euro verständigt. 8,50 Euro wollten Sie in dieses Vergabegesetz schreiben in Berlin.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

Da frage ich mich, warum damals noch nicht 10 Euro, so lange ist es noch nicht her.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, genau. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Jetzt waren Sie dann am 12.01.2011 in diesem Landtag aktiv, haben endlich die 10 Euro hier auch bei dem Gesetzentwurf mit eingebracht. Insofern kann ich nur sagen, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn wir nicht bald hinmachen, wirds noch mehr, was wir fordern. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Die Zeit nehmen wir uns, die Zeit nehmen wir uns, Herr Ritter.

... diesem Wettbewerb werden wir uns nicht stellen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau damit habe ich gerechnet. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Diesem Wettbewerb werden wir uns nicht stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht? Das ist schlecht. Dann gibts nächsten Monat wieder einen Antrag.)

sondern ich möchte versuchen, auch Sie mal inhaltlich zu überzeugen, falls Sie sich bei diesem Thema noch nicht politisch verrannt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach jetzt?)

Und insofern: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach! – Heinz Müller, SPD: Aha!)

„Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“

(Heiterkeit, Beifall und Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

„..., den es in Europa gibt.“

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also für das Protokoll: Offener Beifall für die LINKEN.)

„Ich rate allen, die sich damit beschäftigen, sich mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Setzen Sie sich mal lieber wieder hin! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Da war der Minister
wirklich besser, das muss ich sagen.)

„und nicht nur mit den Berichten über die Gegebenheiten.“

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

„Deutschland neigt dazu, sein Licht unter den Scheffel zu stellen.“

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Regine Lück, DIE LINKE)

„obwohl es das Falscheste ist, was man eigentlich tun kann. Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Man, noch mal!)

„und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das Beste wäre, Sie arbeiten mal im Niedriglohnsektor.)

Wenn Sie den Puls nachher wieder langsam runterfahren und mich weiter ausreden lassen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dann will ich Ihnen sagen, dass ich hier ein Zitat vorgebracht habe

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wissen wir doch.)

vom 28. Januar 2005 in Davos, und zwar vom Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder. Damals war er noch in der Verantwortung.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war uns geläufig, Herr Renz. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das macht es nicht besser.)

Warum habe ich das getan? Warum wollen wir uns hier mit inhaltlich auseinandersetzen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Weil wir aus meiner Sicht doch mal die Situation betrachten müssen. Wenn Sie sich zum Beispiel Ihre Begründung anschauen: „In 20 von 27 EU-Staaten gibt es Mindestlöhne“, das zählen Sie alles auf. Da stellt sich für mich die Frage, wenn ich die aktuelle politische Situation betrachte: Warum ist eigentlich Deutschland in Europa und in der Welt Vorbild?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Weil wir solche Politiker wie
Herrn Renz haben. Das ist doch klar.)

Warum werden wir mit unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von allen wieder genannt? Warum wollen die Leute hierher zu uns kommen, obwohl wir keinen Mindestlohn haben? Ich will das jetzt nicht debattieren, Mindestlohn – ja, nein, gut, richtig, schlecht und so weiter, sondern ich will einfach mal den Fakt ganz ruhig, realistisch hier in die Runde stellen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Weil
Deutschland mit seiner Lohnpolitik
die anderen Länder kaputtmacht.)

Und ich möchte mir auch erlauben, die Arbeitsmarktzahlen in Deutschland von 1991 bis 2011 zu betrachten. Im Jahre 1991 hatten wir 2,6 Millionen Arbeitslose. Dieser Wert stieg bis 2005 auf 4,86 Millionen an, das war der Höchststand, den wir in Deutschland jemals im Bereich der Arbeitslosenstatistik hatten. Dann kamen Arbeitsmarktreformen von zwei Parteien, unterstützt auch von der CDU, die Deutschland fit gemacht haben für die Zukunft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, oh, oh!
Die die Leute in die Armut getrieben haben.)

Und die Frage ist: Mit welchem Ergebnis? Das Ergebnis ist, dass wir kontinuierlich von 4,8 Millionen auf 2,98 Millionen im Jahre 2011 – mit der kurzen Unterbrechung in 2009,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

als die Wirtschaftskrise durchgeschlagen hat, wo es andere Länder viel härter getroffen hat –, dass wir diesen Erfolg in Deutschland verzeichnen. Jeder Arbeitslose ist zu viel, das sage ich deutlich an dieser Stelle, aber am Ende ist es die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik, die unter Rot-Grün in Begleitung von der CDU auf den Weg gebracht wurde.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, mit Hartz IV. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das sind Fakten und da sollte man aus meiner Sicht jetzt nicht, nur weil es uns so gut geht,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, uns ja.)

diese Maßnahme vielleicht in der Gesamtheit sofort über den Haufen werfen und sagen, jetzt geht es uns gut, wir sind vielleicht auf Wolke sieben, wir werfen jetzt alles über den Haufen. Nein, wir müssen die Arbeitsmarktinstrumente, so, wie wir es neulich in der Diskussion hatten, prüfen, zielgenauer einsetzen,

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

und zwar da, wo wir unsere Schwächen haben, bei Älteren, bei Unqualifizierten, da müssen wir unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente einsetzen und nicht alles von heute auf morgen über den Haufen werfen.

Wenn wir uns dann mal die Statistik noch etwas genauer anschauen, und die Kollegin von den GRÜNEN hat das hier mit Ausführungen getätigt – ich weiß nicht, wo

Sie Ihre Quellen herhaben, ich lasse mich gerne nachher widerlegen, ich sage Ihnen, was Sie hier gesagt haben, war mehr als falsch, was den Niedriglohnsektor betrifft –, wenn wir uns nämlich parallel neben der Arbeitslosigkeit den Niedriglohnsektor anschauen, dann ist es eben so gewesen, dass wir von 1994 bis 2004/2005 tatsächlich einen anwachsenden Niedriglohnsektor hatten, nämlich von 16 auf 22 Prozent. Und anschließend, nach den Arbeitsmarktreformen kam es gar nicht mehr zum Anstieg, sondern wir liegen weiterhin konstant bei 22 Prozent und alles andere – ich lasse mich da gerne revidieren – ist aus meiner Sicht unredlich, wenn Sie das so verkaufen. Wir haben in Deutschland diese Situation, so, wie Sie sie dargestellt haben, nicht. Das Ganze haben wir bei konstanten Beschäftigungszahlen von circa 40, 41 Millionen Beschäftigten.

Das sind die Fakten und ich glaube, die sollte man nicht schlechtreden, sondern wir sollten stolz sein auf das, was wir hier in Deutschland vorfinden.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Was natürlich richtig ist – und mit solchen Themen müssen wir uns befassen –, wenn wir uns die Statistik anschauen, wie sieht das Arbeitskräfteverhältnis bezüglich der Arbeitsgruppen aus, dass es eben klar zu Verschiebungen gekommen ist, dass wir jetzt viele ältere Arbeitnehmer haben und gerade die Erwerbstätigen bis 30 Jahre im Jahr 2020 nur noch einen Anteil von 8,6 Millionen ausmachen werden, das sind Themen, wenn wir diese 8,6 Millionen auf 40 Millionen beziehen, mit denen wir uns befassen müssen, und da müssen Maßnahmen eingeleitet werden.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Ich will auch noch mal, und ich will es vorweg sagen, es soll hier keine Werbung für den Niedriglohnsektor sein, aber mir geht es hier ...

(Heinz Müller, SPD:
Danke für die Klarstellung.
Vielen Dank für die Klarstellung. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das haben Sie gerade gemacht.)

Jetzt hat die SPD endlich das Zitat verdaut.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Mir geht es hier um eine sachliche Auseinandersetzung, wo nicht die Fakten einfach weggeschoben werden.

Insofern möchte ich die Thematik Niedriglohn noch etwas genauer untersuchen und hier anhand von drei Punkten vorstellen. Arbeitsgrundlage ist ein Gutachten: „Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe“, Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

(Rudolf Borchert, SPD: Na klar, die kennen die Ergebnisse schon vorher. Ist doch klar.)

Was hat so ein Gutachten herausgestellt?

Als Erstes die These: Mindestlöhne verhindern nicht nur den Einstieg in den Arbeitsmarkt, sondern auch den finanziellen wie sozialen Aufstieg. Die Untersuchungen, die uns hier zugrunde liegen, besagen eindeutig, dass bei dem Einstieg über den Niedriglohnsektor im darauffolgenden Jahr 24 Prozent in den Bereich der Normalverdiener gehen. Das heißt, jeder Vierte wird in den ersten Arbeitsmarkt mit vernünftigen Verdienstverhältnissen – das, was uns hier eint, davon gehe ich aus –, in diesen ersten Arbeitsmarkt, in diesen Bereich der Normalverdiener überführt. Im Gegensatz dazu gehen bei dem bestehenden Arbeitsmarktlage nur unter 5 Prozent den umgekehrten Weg. Also ich will sagen, auch das ist ein Vorteil, den man sicherlich zur Kenntnis nehmen sollte und diskutieren sollte.

Ein zweiter Punkt befasst sich mit der Armut, mit der Armutsgefährdung der Beschäftigten. Auch hier wird klar herausgearbeitet, dass die Armutsgefährdung bei denen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, nur bei 16 Prozent liegt und die, die arbeitslos sind, eine Rate von 60 Prozent haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, das ist doch logisch bei dem
Arbeitslosengeld. Ich fass es nicht!)

Auch da, muss man sagen, sind nicht nur Nachteile zu erkennen.

Eine interessante weitere Statistik, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, ist der Sektor der Normalverdiener. Der Sektor der Normalverdiener, wenn Sie sich die Statistik anschauen, ist seit 1994 bis im Jahre 2009, das ist die letzte Zahl, die mir hier jetzt vorliegt, konstant zwischen oder um die 45 Prozent, in den letzten beiden Jahren sogar bei 48 Prozent ansteigend. Ich glaube, auch hier ist nicht der Fakt angebracht, alles nur schlechtzureden.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ansonsten bringt uns das nämlich auch in einer inhaltlichen Diskussion, wenn es um die Suche nach neuen Lösungen geht, nicht weiter. Daran war mir gelegen, Ihnen das hier noch einmal darzustellen.

Ich will auch noch eine Analyse der Adenauer-Stiftung empfehlen: „Der Mindestlohn – Zwischen Teufelszeug und Heilsbringer“. Ich sehe das übrigens ähnlich, wie bei der Podiumsdiskussion herausgearbeitet wurde, bei der AOK. Wenn wir uns nur zwei Systeme anschauen, dort auf der einen Seite das Prämienmodell,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie meinen die Kopfpauschale, ne?)

wenn es um die soziale Krankenversicherung geht, und auf der anderen Seite dann die Bürgerversicherung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die Kopfpauschale war das.)

Das Prämienmodell, Herr Nieszery, und die Bürgerversicherung auf der anderen Seite. Ich glaube, da sind sich alle, die sich die Situation einigermaßen korrekt anschauen, jetzt schon der Auffassung, wir brauchen sicherlich Teile aus beidem.

(Rudolf Borchert, SPD: Aha! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Überwiegend Bürgerversicherung.
Na doch, Herr Renz!)

Na ja, Herr Nieszery, das wird der politische Diskussionsprozess dann zeigen, in welche Richtung es geht.

Ich will Ihnen nur sagen, Mindesteinkommen, Mindestlohn und Ähnliches, auch hier, glaube ich, haben wir eine ähnliche Gefechtslage. Und wenn Sie sehen, wie eine Volkspartei CDU sich dieses Themas annimmt und nach Lösungen sucht, dann werden Sie sicherlich bestätigen können,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber nur durch gesellschaftlichen Druck. –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

dass wir hier auch auf einem guten Weg sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na klar, na klar, Harry! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich möchte vielleicht als Letztes anmerken, auch in der Hoffnung, dass Herr Foerster vielleicht nachher darauf eingeht, weil mir das auffiel, auch bei der Kollegin der GRÜNEN ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da können Sie aber Gift drauf nehmen!)

Ich ergänze dann, dass Herr Foerster sachlich auf die Situation eingehen wird, Frau Borchardt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Nur anders als Sie.)

Also mich würde doch mal in dieser Diskussion interessieren, dass wir das inhaltlich auf eine gewisse Ebene heben.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das wäre mal gut, ja. – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Inwieweit, wenn Sie jetzt den Mindestlohn einführen – vorher sind Sie im Niedriglohnsektor, jetzt erhöhen Sie aus Ihrer Sicht den Mindestlohn –, inwieweit sich dann die Einkommenssituation des Betroffenen verändert,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mann, Mann, Mann oh Mann!)

wenn er nicht mehr Aufstocker ist, sondern den entsprechenden Teil über den Mindestlohn, so, wie Sie ihn hier propagieren, über das Unternehmen ausgezahlt bekommt, da würde mich doch mal Ihre Analyse interessieren, inwieweit das dann auf die persönliche Situation eines Einzelnen, also die persönliche Einkommenssituation Auswirkungen hat oder ob die sich vielleicht gar nicht ändert und konstant bleibt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jeder Mensch möchte ja unbedingt
zum Amt gehen und betteln. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich glaube, das ist schon mal ein spannender Fakt, den wir hier ansprechen sollten.

Ansonsten möchte ich Sie zum Schluss, je nachdem, wie Sie sich äußern – kann sein, ich habe noch ein paar Minuten Redezeit, wird mir signalisiert –, aber ansonsten würde ich jetzt gern zum Schluss kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Klasse!)

Danke, dass Sie meine Ausführungen inhaltlich so begeistern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kann mich kaum zurückhalten.)

Ich will nur noch einmal appellieren, lösen Sie sich von der Tatsache, diese Thematik nur politisch zu diskutieren!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wie denn sonst?)

Ich will ein Thema besetzen und will Polemik machen. Sie müssen bei diesem komplexen Thema auch andere Dinge betrachten, wie die Arbeitsmarktfraße, die ich versucht habe, kurz anzureißen, die Haushaltssituation, das sind viele Punkte, die ineinandergreifen.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Ich kann Ihnen sagen – und ich glaube, da spreche ich für die GRÜNEN und für die SPD mit –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, na, na! Vorsicht, Vorsicht!)

meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, wenn Sie dann auf Bundesebene in Regierungsverantwortung sind, dann sieht die Welt plötzlich ganz anders aus, wenn Sie sich anhand von Fakten orientieren müssen. Dann werden Sie plötzlich in der Regierungsverantwortung sein

(Rudolf Borchert, SPD: Dann kommen die Sachzwänge, ne?)

und dann werden plötzlich keine gesetzlichen Mindestlöhne eingeführt. Also insofern ruhig und sachlich diskutieren, am Ziel orientiert. – Ich danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das war auch schwer zu ertragen.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat der Abgeordnete Pastörs von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Auch das noch!)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist alles erklärt und keiner weiß Bescheid, wie das immer so ist, wenn hier stundenlang über ein Thema referiert wird und man sich ständig im Kreise dreht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Moment fliegt Ihnen die EU um die Ohren und der Mindestlohn oder die Forderung nach Mindestlohn ist das unmittelbare Ergebnis einer Deregulierung, nicht nur des Bankensektors und nicht nur der Einführung des Euros, sondern auch einer Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Wir haben im Moment in Europa die unterschiedlichsten Höhen von Mindestlohn. Das geht bis zu 1 Euro Mindestlohn, 1 Euro Mindestlohn ist die Untergrenze in Europa. Nur mal um ein, zwei andere Mindestlohnbestimmungen noch anzuführen, will ich Ihnen sagen, in Griechenland liegt er bei 4,28 Euro und in Luxemburg bei 10,16 Euro.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das sind ja Vergleiche, oder?)

Die Iren sahen sich gezwungen, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie auch bekommen haben, weil sie dereguliert haben, ihren Mindestlohn abzusenken, weil nämlich Folgendes eingetreten war: In England bezahlte man 6,91 Euro Mindestlohn. In England arbeiten und arbeiteten sehr viele Polen und nach der Bestimmung der EU zur Arbeitnehmerfreizügigkeit ist diese Zahl noch angewachsen. Nun stellten die Polen natürlich in England fest, dass in Irland besser bezahlt wird, dass also für sogenannte niedrigere Tätigkeiten höhere Löhne gezahlt werden. Da gab es eine interessante Entwicklung, dass sehr, sehr viele Polen – das würde ich dann auch tun – natürlich versuchten, in Irland Arbeit zu finden. Dann merkten natürlich die Iren,

(Heinz Müller, SPD: Sie suchen Arbeit.)

dass die Polen in Konkurrenz zu ihren eigenen Arbeitnehmern in Irland doch die Arbeitsplätze besetzten und beanspruchten, und da sind wir beim Thema.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau.)

Die Öffnung der Grenzen

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

für Kapital und für Menschen innerhalb Europas mit den unterschiedlichsten Standards, mit der unterschiedlichsten Produktivität in ihrer Volkswirtschaft sorgt dafür, dass Sie jetzt die Notbremse ziehen wollen. Die CDU, nach langem Ablehnen, sagt, wir wollen jetzt auch einen flächendeckenden Mindestlohn. Auf der einen Seite machen Sie EU-Anarchismus,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was fürn Ding? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

indem Sie sagen, wir schaffen den Diplomingenieur ab, und auf einem anderen Feld versuchen Sie dann, irgendwo die Schotten wieder dicht zu machen, damit man nicht nass wird. Das wird Ihnen nicht gelingen. Das wird Ihnen beim Euro nicht gelingen und diese Reparatur des Arbeitsmarktes wird Ihnen auch nicht gelingen, wenn Sie hier einen Mindestlohn einführen. Denn dieser Mindestlohn von 10 Euro, nur mal um eine Zahl in den Raum zu werfen, wird die deutschen Arbeitnehmer in diesem Sektor ganz massiv zusätzlich unter Druck bringen, weil Arbeitnehmer aus den anderen EU-Ländern, wo Mindestlöhne von 4,50 Euro gezahlt werden, 1 Euro hatte ich schon genannt, es natürlich attraktiv finden, für einen Mindestlohn von 10 Euro in Deutschland ins Schlaraffen-

land einzuwandern. Und diese Bewegung ist schon im Gange.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh ja,
ganz gefährlich, ganz gefährlich. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Lesen Sie die Wirtschaftspress,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die bösen Fremden, oh ja! –
Heinz Müller, SPD: Früher kamen
die aus Frankreich und hießen Pastörs.)

wo schon ganz klar darauf aufmerksam gemacht wird,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.
Droht dann der Volkstod, oder was?)

dass mit einem flächendeckenden Mindestlohn nicht nur in Deutschland die Probleme nicht gelöst werden, weil selbstverständlich ein Nettolohn von 1.050 Euro in München eine ganz andere Bedeutung hat als ein Nettolohn von 1.050 Euro in Stralsund oder in Köln

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach echt?)

oder in Mainz oder sonst wo in dieser Republik.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind ja ganz
dolle Sachen. Der Wirtschaftsweise
aus Lüththeen, guck mal an!)

Also Sie werden mit diesen Notlösungen, die Sie vornehmen wollen, damit der soziale Frieden möglichst noch ein bisschen länger hält,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, Mann,
Mann, das sind aber Binsenweisheiten hier.)

das Grundproblem nicht lösen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie mit Ihren Binsenweisheiten
aber auch nicht, Herr Pastörs.)

Fragen Sie von den LINKEN doch mal, Sie haben doch einen guten Draht zu den Gewerkschaften, wie kommt es eigentlich, dass die Gewerkschaften im freien Aushandeln von Lohn sich tariflich binden mit Löhnen deutlich unter 6,10 Euro. Hunderttausende Arbeitsstellen in der Bundesrepublik Deutschland mit Tarifbindung zu diesem Lohn!

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Und erklären Sie den Leuten auch, wie ihr Mindestlohn dann – wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, mit Ihren 10 Euro pro Stunde – eine existenzsichernde, auskömmliche Einnahme darstellt. Was Sie Ihrer Klientel verordnen wollen, ist Billiglohnsektor, ist Armut im Alter, weil aus diesen sozialversicherungspflichtigen Einkommen später überhaupt gar kein vernünftiges, auskömmliches Rentendasein gefristet werden kann.

Sie sind Heuchler, nichts mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren! Und die Stunde der Wahrheit wird dann kommen, wenn Ihnen Ihr ganzer internationalistischer EU-Wahn hoffentlich bald um die Ohren fliegen wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Zahlen Sie in der nationalen
Buchsbaumschule eigentlich
auch Mindestlohn?)

Wir lehnen Ihren Antrag, weil er heuchlerisch vorgetragen wurde

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und weil er in der Substanz an sich überhaupt gar nicht durchführbar ist, natürlich ab.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Pastörs, Sie hatten auch im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai getitelt, dass es zu einer Poleninvasion kommen könnte, und haben das auch entsprechend plakatiert.

(Udo Pastörs, NPD: Sind
doch schon lange im Lande.)

Wie viele sind denn nun tatsächlich in Mecklenburg-Vorpommern gelandet?

(Heinz Müller, SPD: Der Herr Andrejewski. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Andrejewski.)

Das ist doch genauso ein Unsinn, den Sie hier erzählen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

um Ihre Klientel zu befriedigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorsicht,
er ist Wirtschaftsweiser!)

Wie nicht anders zu erwarten, haben wir von den Rednern der Koalition

(Udo Pastörs, NPD: Die Polen stellen
die größte Einwanderungsgruppe
der letzten zehn Jahre. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na und?
Wo ist denn das Problem?)

die inzwischen sattsam bekannte Litanei zu hören bekommen. Dass Sie, Herr Renz, allerdings zu einem Werbefeldzug für den Niedriglohnsektor ausholen, hatte selbst ich nicht erwartet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir auch nicht. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und, Herr Renz, wie glaubwürdig Sie sind, das muss man auch mal infrage stellen,

(Heinz Müller, SPD:
1. Februar, Herr Renz ist da.)

denn Sie forderten hier im Parlament bereits und auch in Pressemitteilungen, dass keine unterschiedlichen Tarifabschlüsse mehr in Ost und West

(Marc Reinhardt, CDU:
Sie sollten für Ihre Ohren eine
Spülung beantragen, vielleicht zahlt
das die Kasse in diesem schweren Fall.)

durch die Gewerkschaften ausgehandelt werden sollen. Und derzeit liest man in der Presse, dass Ihr Arbeitnehmerflügel eine Kommission fordert, die eben genau das wieder dürfen soll,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

nämlich regional unterschiedliche Mindestlöhne festzulegen.

(Torsten Renz, CDU: Was
lassen Sie denn andauernd
zu als Gewerkschafter? –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
Torsten Renz, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Zu Ihrer Frage,

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

was ist nun besser, Aufstocken oder tatsächlich dann erst Arbeitnehmer in Mindestlohn zu bekommen,

(Torsten Renz, CDU:
Das habe ich nicht gefragt.)

dazu haben wir eine ganz klare Auffassung, denn ein Mindestlohn hat auch etwas mit der Würde von Menschen zu tun.

(Torsten Renz, CDU: Das war nicht
meine Frage, Herr Foerster.)

Es ist was anderes, ob ich als Bittsteller zum Amt gehen muss oder ob ich von meiner eigenen Hände Arbeit leben kann.

(Marc Reinhardt, CDU: Es ändert sich
an der finanziellen Situation etwas. –
Udo Pastörs, NPD: Ach, die
Schallplatte ist schon abgelaufen,
die kennen wir schon.)

Wenn nun Herr Glawe ankündigt, der Bundesratsinitiative der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hamburg beizutreten, dann ist dies tatsächlich das erste Mal, dass Sie initiativ werden. Ich will hier auch noch einmal deutlich sagen, uns geht es trotz unterschiedlicher Auffassung zur richtigen Einstiegshöhe eines Mindestlohnes darum, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich zu wirksamen Verbesserungen zu kommen. Daher sind wir natürlich daran interessiert, dass diese Bundesratsinitiative Erfolg hat.

(Marc Reinhardt, CDU: Was haben Sie denn zehn Jahre als Gewerkschafter gemacht? Waren Sie da noch nicht dabei?)

Ich hatte bereits bei der Einbringung des Antrages angekündigt, in der Debatte mehr zu erläutern, warum DIE LINKE denn nun tatsächlich 10 Euro statt der 8,50 Euro fordert, wie sie beispielsweise DIE GRÜNEN, mehrheitlich auch der DGB und die SPD im Moment vertreten.

Im September 2011 hat die Arbeitnehmerkammer Bremen das Ergebnis einer Untersuchung zum Thema „Mindestlohn für Arbeit und Alter“ – hören Sie zu – in einer Information zur Sozialpolitik veröffentlicht. Im Mittelpunkt stand dabei eben die Frage, welche Höhe ein gesetzlicher Mindestlohn haben muss, damit er nicht nur in der Erwerbsphase, sondern auch darüber hinaus eine existenzsichernde Wirkung entfalten kann.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Aktuell Hartz-IV-Abhängigkeit vermeiden und zukünftig einen gesetzlichen Rentenanspruch begründen, der den Fürsorgebedarf deckt, das war der Anspruch dieser Untersuchung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dabei wurde natürlich, wie bei wissenschaftlichen Untersuchungen üblich, eine bestimmte Entwicklung unterstellt. Drei wesentliche Annahmen spielten dabei eine Rolle, nämlich die Höhe des monatlichen Existenzminimums, die Haushaltsgröße und die Wochen- beziehungsweise Lebensarbeitszeit. Bezogen auf Lohn und Rente wurde die Berechnung beispielhaft für kinderlose Alleinstehende in Vollzeitbeschäftigung mit einer 38-Stunden-Woche und einer Lebensarbeitszeit von 45 Beitragsjahren vorgenommen.

(Udo Pastörs, NPD: So was gibt es ja schon gar nicht mehr.)

Als Fürsorgeniveau wurden 670 Euro definiert, was einem Zwölftel des steuerlichen Grundfreibetrages im Jahr 2010 entsprach. Das bedeutete beim damals gültigen Hartz-IV-Regelsatz von 364 Euro, dass 306 Euro auf die Kosten für Unterkunft und Heizung entfielen. Nach damaliger Berechnung wären demnach ein Stundenlohn von etwa 7,93 Euro oder ein Monatslohn von 1.303 Euro brutto notwendig gewesen, um aufstockende Leistungen nach SGB II auszuschließen. Zieht man davon dann Steuern und Sozialabgaben ab, landet man bei 970 Euro netto, wovon 300 Euro als sogenannter Erwerbstätigenfreibetrag von der Anrechnung auf den Hartz-IV-Bedarf freigestellt sind. Damit verbleibt dann ein anrechenbares Einkommen von exakt 670 Euro monatlich, sodass rechnerisch kein Anspruch mehr auf aufstockende SGB-II-Leistungen bestünde.

Und jetzt mal die entscheidende Frage: Reicht das, um nach 45 Beitragsjahren – und das ist ja auch nicht so leicht zu erreichen, will ich bei der Gelegenheit mal sagen –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

eine Altersrente zu bekommen, die auf Fürsorgeniveau, also in etwa auf der Höhe von 670 Euro festgeschrieben werden kann? Da lautet eben die eindeutige Antwort, dass das nicht möglich ist.

(Udo Pastörs, NPD: Genau.)

Wie hoch die individuelle Altersrente nämlich tatsächlich ausfällt, hängt von den Entgeltpunkten und dem jeweils aktuellen Rentenwert ab. Ganz grob kann man sagen, ein Jahr Beitragszahlung auf Basis des Durchschnittsentgeltes macht einen Entgeltpunkt aus.

(Heinz Müller, SPD: Das stimmt.)

2011 hat dieses Durchschnittsentgelt in der Bundesrepublik 2.522 Euro brutto monatlich betragen und der aktuelle Rentenwert lag nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung bei 24,61 Euro. Da das eine Studie aus Bremen ist, ist das der Westwert. Um eine Nettorente von 670 Euro zu erreichen, müsste ein Arbeitnehmer genau 27,22 Entgeltpunkte erarbeiten. Wenn man von einer Erwerbsbiografie in der Bundesrepublik ausgeht, also von 45 Beitragsjahren, dann ergibt sich rechnerisch, dass sie etwa 60 Prozent des Durchschnittsentgeltes verdienen müssen, was einem monatlichen Bruttoentgelt von dann bereits 1.513 Euro entspricht. Damit wären wir dann bereits bei einem Mindestlohn von 9,28 Euro bei Vollzeitbeschäftigung und 45 Beitragsjahren, der erforderlich ist, um eine Altersrente auf Fürsorgeniveau zu erreichen.

Und wenn man jetzt noch die Prognosen der Bundesregierung, also nicht unsere, zur Entwicklung der Durchschnittsentgelte und des aktuellen Rentenwertes bis zum Jahre 2025 heranzieht, stellt man fest, wenn man Hartz-IV-Berechtigung während der Arbeitsphase vermeiden will, müsste der Mindestlohn steigen und dann reichen die 9,28 Euro eben auch nicht mehr aus. Zur Deckung des Grundsicherungsbedarfes ist nach der Prognose des Institutes dann nämlich eine durchschnittliche Lohnhöhe von 65 Prozent des Durchschnittsentgeltes nötig und wir landen bei 9,98 Euro, also ziemlich dicht an dem Wert, den wir Ihnen heute mit diesem Antrag vorschlagen.

Und diese Berechnungen sind eben kein Hexenwerk, sie sind auch frei zugänglich und jederzeit überprüfbar. Hier finden Sie die nüchterne Erklärung dafür, dass DIE LINKE im Landtag und mit der Volksinitiative auf den Straßen des Landes einen Mindestlohn von 10 Euro fordert. Beschäftigen Sie sich also lieber mit den vorliegenden Daten, anstatt uns in einem reflexartigen Anflug immer von Neuem Populismus zu unterstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Noch einige Sätze zur geplanten Novelle des Vergabegesetzes: Die Lohnhöhe spielt natürlich auch für den vergabespezifischen Mindestlohn im Land eine entscheidende Rolle. Die zunehmende Gefahr von Altersarmut hatte ich bereits bei der Einbringung erwähnt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Die letzte Studie geht von einem dramatischen Anstieg der Altersarmut bis 2020 aus. Die Zahl der auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern wird sich nach den Prognosen der Wissenschaftler vervierfachen. Unser Land wird dann nahezu flächendeckend die höchste Armutsstufe 5 erreicht haben. Ursächlich für eben diese Entwicklung sind vor allen Dingen zwei Dinge: gebroche-

ne Erwerbsbiografien durch Lebensphasen mit langer Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung und damit einhergehend die oftmals viel zu niedrige Entlohnung. Aus diesem Grund muss eben ein Mindestlohn immer auch darauf abzielen, die Entwicklung einzudämmen und perspektivisch zu beenden.

Ich darf nochmals den Ministerpräsidenten Erwin Sellering zitieren, der bereits 2008 zutreffend festgestellt hat, als er ausführte, Zitat: dass „die Gefahr droht, Menschen, die ihr ganzes Berufsleben gearbeitet und Kinder erzogen haben, im Alter in eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu entlassen. Der Osten sei davon überproportional stark betroffen, mit weitreichenden Folgen für die regionale Entwicklung. Daher muss Politik die Pflicht übernehmen, das Thema Altersarmut aufzugreifen und ein Bündel von Maßnahmen einzuleiten, um zu Verbesserungen für diese Problemgruppen zu kommen.“ Zitatende. Ich kann nur sagen, vollkommen richtig, und die zentrale Maßnahme dabei ist eben ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Dieser kann nur die untere Haltelinie im System darstellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Deswegen heißt er ja Mindestlohn.)

Daher geht es auch darum, in ein novelliertes Vergabegesetz Tariftreuregelungen aufzunehmen.

Einige Branchenmindestlöhne nach dem Entsendegesetz liegen heute auch schon auf dem oder über dem von der Koalition vorgesehenen Wert von 8,50 Euro, manche sogar auf beziehungsweise über dem von meiner Fraktion geforderten Niveau von 10 Euro. Beispiele sind: Maler- und Lackiergewerbe 9,75 Euro, Baugewerbe 10 Euro oder Dachdeckerhandwerk 11 Euro. Wir wollen, dass Unternehmen, die Landesaufträge erhalten, sich dazu verpflichten, ihren Angestellten tatsächlich die Branchenmindestlöhne zu zahlen, und zwar immer dann, wenn sie über dem Niveau des vergabespezifischen Mindestlohnes liegen. Denn Mindestlöhne sollen Tarifverträge eben nicht, wie häufig unterstellt, per se aushebeln, sondern sie sollen lediglich die untere Haltelinie im System sein.

Und, meine Damen und Herren, um dem Fachkräfteproblem, das ist auch angerissen worden, Herr zu werden, muss es auch das Bestreben der Tarifparteien sein, das Niveau in ihrem jeweiligen Einflussbereich anzuheben. Das wird allerdings schwierig, das ist auch schon ausgeführt worden, wenn lediglich 50 Prozent aller Unternehmen im Land überhaupt noch tarifgebunden sind. Also muss die Landesregierung ihre Bemühungen fortsetzen, um einen Sinneswandel auch bei den Unternehmen herbeizuführen. Denn die Zeiten, da man mit dem Image eines Niedriglohlandes punkten konnte, das ist ja nun allgemeine Erkenntnis,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Außer bei
Herrn Renz, außer bei Herrn Renz.)

sind ein für alle Mal vorbei, außer beim Kollegen Renz, der das ja hier etwas anders formuliert hat.

DIE LINKE will auch aufgrund der von der Bundesregierung unterstellten Durchschnittslohnentwicklung in den kommenden Jahren eine Kommission auf Landesebene, die sich aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Wissenschaftlern zusammensetzt und den Entgeltsatz regelmä-

ßig überprüft. Dieser soll an die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst werden. Das ist eine wesentliche Geschichte.

Abschließend noch ein Wort zum Fachkräftebündnis. Herr Ministerpräsident Sellering hat im Rahmen seines Neujahrsempfanges vollkommen richtig darauf verwiesen, dass die gemeinsame Verpflichtung von Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern und Politik zu einer Stärkung der Tarifbindung und zu Flächentarifverträgen ein wesentlicher Beitrag im Wettbewerb um junge, gut ausgebildete Fachkräfte, erfahrene Rückkehrer und Zuwanderer aus anderen Bundesländern ist. Wenn man sich mal vergegenwärtigt, dass derzeit in ganz Deutschland nur noch 1,5 Prozent aller Tarifverträge überhaupt nach Tarifvertragsgesetz für allgemein verbindlich erklärt worden sind, vor allem bedingt durch die restriktive Haltung der Arbeitgeber, die regelmäßig von ihrem Vetorecht im entsprechenden Ausschuss Rückkehr machen, dann wird noch mal deutlich, wie wichtig das ist. Hier braucht es natürlich, das ist uns auch bewusst, Initiativen im Bund, die auf eine Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen oder auf die Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen zielen. Die konkreten Ergebnisse des Fachkräftebündnisses, das habe ich angekündigt, werden wir demnächst hinterfragen, und zwar auch, um gegebenenfalls Vorschläge für alternative Handlungsansätze zu unterbreiten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Foerster.

Ums Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU gebeten.

(Heinz Müller, SPD: Warum? –
Marc Reinhardt, CDU: Weil er das so möchte.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum melde ich mich noch mal zu Wort? Die Frage ist relativ einfach zu beantworten: Weil ich nicht möchte, dass hier Unwahrheiten im Raum stehen bleiben.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

So einfach ist die Welt.

Wenn mir hier, ich gehe jetzt mal davon aus, unbewusst eine falsche Fragestellung unterstellt wird und dann darauf geantwortet wird, weil das einfach die Fragestellung ist, die Ihnen politisch vielleicht besser passt, dann mag das ja ein Verfahren sein, was Sie hier an den Tag legen, für mich ist es aber nicht akzeptabel und deswegen will ich noch mal meinen Beitrag zur Aufklärung hier leisten.

Es ist doch wohl, denke ich mal, außerhalb jeglicher Diskussion, dass es ein erstrebenswertes Ziel ist, jemandem durch Aufstockung hier darzulegen, dass das ein guter Zustand ist. Jeder von uns wird doch wohl unterschreiben, dass es besser ist, wenn er so viel verdient, dass er diese Aufstockung nicht in Anspruch nehmen muss.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Genauso ist das.)

Mir so was hier zu unterstellen, das ist einfach nur schwach!

Und ich habe eindeutig gefragt, ob sich das Einkommen, das zur Verfügung stehende Einkommen für jemanden ändert,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kein Auskommen mit dem Einkommen.)

wenn wir dieses System hier verändern, wenn wir also einen Mindestlohn einführen und der Teil, der dann vorher durch Aufstockung erfolgte, der dann also ausgeglichen wird durch Ihren Mindestlohn, den Sie anstreben, ob das mehr Einkommen von der Sache her bringt. Das war meine Frage, die ich hier zur Diskussion gestellt habe, und nicht einfach: Was ist besser, schwarz oder weiß? Das bringt uns in dem Sinne nicht weiter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er hats immer noch nicht kapiert!)

Was ich jetzt noch feststellen musste, jetzt haben Sie die Debatte genutzt, hier eine Rentenpolitik- oder Rentendebatte aufzumachen. Auch da will ich Ihnen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben doch nur über die Krankenversicherung gesprochen. Was wollen Sie überhaupt?)

Das war ein bildhafter Vergleich, Herr Ritter.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das müssten Sie doch wohl verstehen und wenn Sie gut zugehört haben, hat Ihr Kollege hier minutenlang zur Rentenproblematik gesprochen. Da habe ich mich gefragt, ob wir noch beim richtigen Antrag sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber natürlich, Erwerbsarbeit steht in diesem Zusammenhang. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Also dazu will ich nur sagen, stellen Sie beim nächsten Mal einen Antrag dazu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie reden minutenlang dran vorbei!)

dass wir uns inhaltlich dann auch ausreichend damit auseinandersetzen können.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schuster, bleib bei deinen Leisten! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich will Ihnen sagen, an diesem Thema arbeitet Frau Ursula von der Leyen.

Es ist doch allgemein bekannt, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung eine Riesenherausforderung ist für alle, egal wer in politischer Verantwortung ist, weil keiner losmarschieren will, der politische Verantwortung hat, und einer Rentnergeneration schlechte Botschaften mitteilen will,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Rente ist sicher! Die Rente ist sicher, Herr Renz!)

dass es eine Riesenherausforderung ist aufgrund der demografischen Entwicklung. Ich weiß nicht, wenn Sie nur noch auf dieses Niveau runterfahren wollen, dann gute Nacht, Marie! So will ich das mal sagen.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Insofern will ich Ihnen sagen, an dieser Herausforderung, an Lösungen wird gearbeitet durch Ursula von der Leyen, und ob wir da parteiübergreifend dann was hinbekommen, das wird sich zeigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und dann will ich zum Schluss auch noch mal ein Thema, weil Sie das Land hier schlechtreden ohne Ende, aufgreifen. Diese Thematik Fachkräftebedarf, ich hatte ja zu Beginn gesagt, Sie thematisieren hier etwas, um ein Thema zu haben, weil Ihnen die ja langsam knapp werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, sonst hätten Sie ja nichts zu reden, Herr Renz.)

Vor Jahren haben Sie ja die fehlenden Lehrstellen thematisiert. Dieses Thema ist jetzt weg. Jetzt kann ich natürlich sagen, das ist logischerweise weg, weil wir so einen guten Wirtschaftsminister über Jahre hinweg hatten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, richtig.
Das streitet auch keiner ab. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

So, an dieser Stelle stand bei mir hier „Widerspruch vonseiten der Opposition“, aber ist leider nicht gekommen, Entschuldigung.

Also, so einfach will ich es mir nicht machen. Die demografische Entwicklung leistet doch ihren Beitrag neben der guten Wirtschaftspolitik, die wir in diesem Lande gemacht haben, ganz klar, aber allein ist die Politik dafür in dem Falle auch nicht zuständig.

Und wenn ich jetzt zum Fachkräftebedarf komme, auch hier haben wir eine demografische Entwicklung, das Lehrstellenproblem ist gelöst. Ich will jetzt nicht sagen, dass die demografische Entwicklung dann den Fachkräftebedarf und damit den Mindestlohn erübrigt, aber ich will sagen, dass ein wesentlicher Beitrag dadurch geleistet wird, sodass wir zu Lohnerhöhungen kommen werden. Wir können dann immer noch politische Scharmützel hier machen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

aber die Lohnfindung wird durch den Fachkräftebedarf aufgrund der demografischen Entwicklung dazu führen, dass wir steigende Löhne haben werden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Jawohl, das ist richtig.)

Und ich nehme an, Sie werden dann nicht mehr 10 Euro, wenn dieser Zustand eintritt – Sie brauchen ja dann wieder ein neues Thema –, sondern 12 Euro fordern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gestern haben Sie ja Ihr Gesetz endlich verabschiedet, Herr Renz.)

Das geht am Thema vorbei, insofern sage ich Ihnen, wir lehnen abschließend Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Das macht die Sache nicht besser, diese Erklärung. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/261. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/261 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Konsequenzen aus dem Asbest-Abenteuer ziehen: Zuständigkeiten klären, Verantwortung wahrnehmen, auf Drucksache 6/247.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Konsequenzen aus dem Asbest-Abenteuer
ziehen: Zuständigkeiten klären,
Verantwortung wahrnehmen
– Drucksache 6/247 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr. Bitte schön.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal freuen wir uns über das Ergebnis, dass es nicht zu den Asbesttransporten aus Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern und nicht zu einer Einlagerung auf der Deponie Ihlenberg kommt. Wir finden, das ist ein richtiges Ergebnis. Und es ist ein Ergebnis, was aus unserer Sicht auch richtigerweise den Einsatz und das Engagement der Bürgerinitiativen würdigt, die intensiv auf die Problematik hingewiesen haben. Und es ist ein Ergebnis, an dem aus unserer Sicht deutlich wird, wenn sich Menschen vor Ort für ihre Belange und für ihre Anliegen einsetzen, dann kann das erfolgreich sein, auch wenn es zu Beginn so scheint, als wenn alle Messen schon gesungen seien. Das, finde ich, ist auch ein richtiges Ergebnis.

Ich will an dieser Stelle, bevor ich zu einer ganzen Reihe von Kritikpunkten im Laufe des Verfahrens komme, ausdrücklich auch noch mal positiv würdigen, dass wir – der Ministerpräsident ist ja wieder hier – sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen haben, dass man eine Position, die man ursprünglich eingenommen hat, im Rahmen eines Verfahrens auch verändern kann.

(Zuruf von Ministerpräsident Erwin Sellering)

Dann ist das aber nach außen hin, Herr Sellering, nicht immer so in dieser Deutlichkeit klar geworden.

(Zuruf von Ministerpräsident Erwin Sellering)

Ich glaube allerdings, dass nach einer Debatte, die relativ intensiv geführt worden ist in diesem Haus, es wichtig ist, noch mal zu einer Wertung zu kommen und – das ist das Hauptanliegen unseres Antrages – auch noch mal zu einer Interpretation und zu einem Schluss zu kommen, wie denn in zukünftigen vergleichbaren Fällen damit umzugehen ist. Und ich möchte bezogen auf unseren Antrag drei Punkte noch einmal besonders herausgreifen.

Der erste Punkt: Wir begehren als Antragsteller, dass der Landtag feststellt, dass sich die Landesregierung zu sehr auf die Genehmigungslage der niedersächsischen Behörden verlassen hat. Und ich will an dieser Stelle sowohl den Wirtschaftsminister Herrn Glawe wie auch Herrn Schulte, der für die SPD-Fraktion gesprochen hat, zitieren. Ich zitiere aus der Sitzung des Landtages vom 17. November. Herr Glawe führte aus, Zitat: „Ich will darauf verweisen, dass im Rahmen der Untersuchungen und Prüfungen in Niedersachsen durch das Gewerbeaufsichtsamt all diese Dinge, die Sie hier vorgetragen haben“, er bezog sich seinerzeit auf den Antrag meiner Fraktion, „Gegenstand der Prüfung sind und die Ergebnisse dann verkündet werden. Von daher ist Ihr Antrag hier heute entbehrlich, übrigens der Antrag insgesamt. Ich kann nicht empfehlen, ihn anzunehmen.“

Das war der Antrag, mit dem wir beehrten, dass es zu einer eigenen gutachterlichen Einschätzung der Landesregierung kommt. In dieser Sitzung ist mit keinem Wort gesagt worden, dass die Landesregierung dieses vorhat. Vermutlich hatte sie es zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. An einer weiteren Stelle im Protokoll führt Herr Glawe aus, ich beginne mit dem Zitat: „Wir sind im Kontakt, von uns sind immer Leute mit dabei, wenn Testfahrten laufen, wenn Besprechungen geführt werden, um auch Mecklenburg-Vorpommern zumindest bei der Entscheidungsfindung hier zu beteiligen. Am Ende wird in Niedersachsen entschieden werden, ob Transporte genehmigt werden und zu genehmigen sind oder ob keine zu genehmigen sind.“ Ich glaube, das muss ich nicht kommentieren. Die Ereignisse haben diese Aussage deutlich überholt.

Herr Schulte sagte in seinem Beitrag für die SPD-Fraktion unter anderem, er wolle deutlich sagen, dass die Genehmigungsbehörde für den Transport – und der Minister hat eben darauf schon hingewiesen – von Wunstorf-Luthe in Niedersachsen zum Ihlenberg hier bei uns im Land eben nicht hier im Land ansässig ist.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist auch so.)

„Die sitzen nicht in Schwerin, in Grevesmühlen“ und so weiter. Daraus, Herr Schulte, darf man durchaus den Schluss ableiten, dass Sie seinerzeit nicht davon ausgingen, dass wir hier zu einer eigenen rechtlichen Einschätzung kommen sollten. Und Sie sagten kurze Zeit später: „... selbstverständlich können wir von den dortigen Behörden die gleiche Umsicht und die gleiche Verantwortung im Umgang mit solchen Stoffen erwarten wie von unseren eigenen Landesbehörden. Aber zuständig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bleiben trotzdem die Landesbehörden in Niedersachsen.“

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

Ich schließe daraus, und das ist der Schluss meiner Fraktion, wir könnten eben nicht davon ausgehen, weil sonst wären wir nicht zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Und ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal betonen, ohne den engagierten Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, der Bürgerinitiativen, wäre es überhaupt nicht zu dieser Überprüfung gekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stillschweigend wären in Größenordnungen Asbestschlämme ohne ausreichende Vorkehrungen dort abgekippt worden.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen will, orientiert auf den Antrag, der da heißt: „Der Landtag stellt fest, dass sich die Landesregierung zu leichtfertig auf Schwellenwerte für die gesundheitliche Ungefährlichkeit von Asbestexpositionen verlassen hat, die es jedoch aus fachlicher Sicht offenkundig nie gab.“

Und ich möchte an dieser Stelle einmal gegenüberstellen, was der zuständige Landesminister Herr Glawe hier ausgeführt hat in der gleichen Sitzung und zu welchem Ergebnis das Gutachten kommt. Herr Glawe führte seinerzeit aus, wieder die Sitzung vom 17. November: „Es gab Probetransporte und bei den vorgestellten ersten Messdaten hat man verkündet, dass keine Asbestfasern nachgewiesen werden konnten, die sozusagen über die Normen hinaus nachweisbar waren.“ Er ging also offensichtlich von bestimmten Normen aus.

In der Zusammenfassung des Gutachtens, welches Sie als Landesregierung zur Grundlage Ihrer Entscheidung genommen haben, heißt es unter Punkt 3, ich zitiere: „Der Begriff der ‚gefährlichen Menge‘ lungengängiger Asbestfasern in der Sondervorschrift 168 zum ADR ... kann entgegen der Auffassung der Projektbeteiligten“, also auch der Landesregierung beziehungsweise der Gesellschaft, „nicht unter Heranziehung des Expositionswertes ... konkretisiert werden. Nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, der EU-Asbest-Richtlinie ...“ – und so weiter, mehrere Grundlagen sind dann aufgeführt – „gibt es keinen Schwellenwert für die Ungefährlichkeit von Asbestfaserkonzentrationen.“ Ich stelle schlicht und ergreifend fest, hier ist die Landesregierung in ihrer ursprünglichen Betrachtung zu einer falschen Einschätzung gelangt.

Und der dritte Punkt, auf den ich gern eingehen möchte, das Rechtsgutachten, legt Versäumnisse sowohl der niedersächsischen als auch der mecklenburg-vorpommerschen Behörden offen. Daraus sind die richtigen Konsequenzen und die Schlüsse zu ziehen. Die Verfahrensfehler dürfen sich nicht wiederholen. Hier ist das Vorsorgeprinzip stärker zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist der zentrale Punkt unseres Antrages. Es darf nicht immer erst zu Bürgerprotesten kommen, um die Landesregierung zu richtigem Handeln zu treiben, sondern das Vorsorgeprinzip muss Grundlage sein. Und deshalb fordern wir die Landesregierung dazu auf, zukünftig das sogenannte Vorsorgeprinzip als wesentlichen Bestandteil der Umwelt- und Gesundheitspolitik im Land zu achten und hierzu zeitnah ein entsprechendes Landeskonzept zur konkreten Ausgestaltung der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 2. Februar 2000 zur Anwendbarkeit des Vorsorgeprinzips darzulegen. Denn, sehr geehrte Damen und Herren, wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger in diesem Land davon ausgehen können müssen, dass ihre Gesundheit absolu-

te Priorität hat und dass sie nicht in die Lage versetzt werden, dieses sich erst erkämpfen zu müssen.

Es ist richtig, dass sich der Landtag am heutigen Tage mit dieser Frage noch mal beschäftigt, wohlwissend, dass das Ergebnis positiv herausgekommen ist, einfach um sich zu positionieren, und es ist notwendig, dass wir hier auch Festlegungen treffen, damit sich etwas Derartiges nicht wiederholt.

Und lassen Sie mich zum Abschluss noch mal eine Anmerkung machen zur Frage des Selbstverständnisses. Wir haben uns ja in den Sitzungen hier einiges anhören müssen. Ich will auch hier Herrn Glawe zitieren, der sagte: „Deswegen will ich davor warnen.“ – wieder die Sitzung im November – „dass man weiter Ängste schürt, dass man weiter daran zweifelt, dass die Behörden in Mecklenburg-Vorpommern nicht genau hinsehen, und ich will auch darauf hinweisen, dass heute schon 500.000 Tonnen Asbest ...“ und so weiter. Es geht mir ums Hinsehen und es geht mir ums Ängsteschüren. Es war mitnichten Absicht meiner Fraktion und es war mitnichten Absicht der Bürgerinitiativen, in diesem Feld Ängste zu schüren. Wir erwarten einen sorgsamen, einen verantwortlichen Umgang. Deshalb werden wir auch in Zukunft derartige Dinge hier immer wieder thematisieren und wir hoffen, dass Sie diese Vorsorge, die wir an dieser Stelle einfordern, dadurch tragen, dass Sie unseren Antrag unterstützen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Suhr.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es wird keine Asbesttransporte von der Fulgurithalde in Wunstorf-Luthe in Niedersachsen zur Deponie Ihlenberg geben. Diese klare und abschließende Entscheidung der Landesregierung steht seit Anfang Januar fest. Sie beruht auf der Grundlage des durch das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens.

Im Dezember, Mitte Dezember wurde die Berliner Rechtsanwaltskanzlei Gaßner, Groth und Siederer mit der Prüfung der Fragestellung betraut, ob der vorgesehene Transport des asbesthaltigen Schlammes mit loser Schüttung auf abgedeckten Lkw-Aufliegern mit dem geltenden Recht zu vereinbaren ist. Das Ergebnis des Rechtsgutachtens ist klar. Die Kanzlei gelangt in einem veröffentlichten und freigegebenen Rechtsgutachten zu dem Ergebnis, dass sich die vorgesehene unverpackte Beförderung des asbesthaltigen Schlammes ohne behördliche Ausnahmegenehmigung nach Gefahrgut- und Gefahrstoffrecht als rechtswidrig erwiesen hat.

Zum Gefahrgutrecht: In gefahrgutrechtlicher Hinsicht ist die Verpackung für das Asbestmaterial dann erforderlich, wenn nicht die Sondervorschrift 168 ADR greift. Die Ein-

haltung der Anforderungen der Sondervorschrift 168 ADR ist nach Ansicht der Rechtsgutachter aber nicht nachgewiesen, sodass es bei der Verpackungspflicht bleibt, also Big Bags.

Da es nach Ausführung der Gutachter keinen anerkannten Schwellenwert für die gesundheitliche Gefährdung von Asbesttransporten und -positionen gibt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sichergestellt ist, dass bei der Beförderung nur eine ungefährliche Menge lungengängiger Asbestfasern freigesetzt werden kann. Das Freisetzen gefährlicher Mengen muss zudem vor Beginn eines jeweiligen Transportes sicher ausgeschlossen sein. Das im Rahmen der Probetransporte beförderte Asbestmaterial war aber nicht repräsentativ für die gesamte Fulgurithalde. Daher ist nicht sicher, dass bei der Beförderung von Material mit höherem Asbestgehalt es zu keiner Freisetzung einer gefährlichen Menge kommen kann.

Meine Damen und Herren, zum Deponierecht: Deponierechtlich ist die unverpackte Ablagerung von Asbest möglich. Das befreit die Beteiligten insgesamt aber nicht von der Einhaltung der gefahrgut- und gefahrstoffrechtlichen Verpackungsanforderungen.

Zu den Ausnahmegenehmigungen und Zuständigkeiten: Sowohl für die gefahrgutrechtlichen als auch für die gefahrstoffrechtlichen Verpackungspflichten können Ausnahmegenehmigungen durch die jeweilige zuständige Behörde erteilt werden. Derartige Ausnahmegenehmigungen liegen nach Kenntnis der Landesregierung jedoch nicht vor. Für die Erteilung der gefahrgut- und gefahrstoffrechtlichen Ausnahmegenehmigungen in Bezug auf die Beförderung sind die niedersächsischen Behörden zuständig. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung im Hinblick auf die Einhaltung arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften des Gefahrgutrechtes durch die Betreiberin der Deponie Ihlenberg, also der IAG, fällt dagegen in die Zuständigkeitsbereiche des Landesamtes für Gesundheit und Soziales. Ohne die Erteilung der erforderlichen Ausnahmegenehmigungen kann eine Untersagung rechtswidriger Transporte für das Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern in gefahrgutrechtlicher Sicht durch die zuständigen Kreisorgane erfolgen. In gefahrstoffrechtlicher Hinsicht kann das Landesamt für Gesundheit und Soziales eine unzulässig unverpackte Anlieferung auf der Deponie Ihlenberg untersagen.

Zur Transparenz, meine Damen und Herren: Das Rechtsgutachten wurde unmittelbar nach der Fertigstellung auf der Internetseite des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus veröffentlicht und ist dort für jedermann einsehbar. So kann das geschilderte Ergebnis nun auch ohne Weiteres nachvollzogen werden. Damit ist die Transparenz auch für Sie von den GRÜNEN, denke ich, gegeben.

Konsequenzen aus dem Rechtsgutachten: Vor dem Hintergrund des Rechtsgutachtens hat die Landesregierung beschlossen, dass die Deponie Ihlenberg für die Annahme von Asbestabfällen von der Fulgurithalde in Niedersachsen nicht mehr, grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung steht. Die IAG wurde daraufhin angewiesen, sämtliche Aktivitäten, die auf einen erfolgreichen Abschluss eines Vertrages zur Anlieferung von Asbest beziehungsweise von asbesthaltigem Schlamm aus Wunstorf-Luthe hinauslaufen könnten, einzustellen und alle diesbezüglichen Geschäftsbeziehungen zu beenden. Hieran

wird deutlich, dass die Landesregierung in Wahrnehmung ihrer Verantwortung ohne weiteres Warten die erforderlichen Schlussfolgerungen aus dem erstellten Rechtsgutachten gezogen hat.

Meine Damen und Herren, zu den Auseinandersetzungen mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Landesregierung hat sich – und das möchte ich hier klar herausstellen – zu keinem Zeitpunkt blind auf die Beurteilungen der niedersächsischen Behörden verlassen. Diesbezügliche Feststellungen des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen fehl.

Ich möchte hier in Erinnerung rufen, dass die niedersächsischen Behörden auf der Grundlage ihrer fachlichen Bewertung und nach Auswertung der Probetransporte durch den TÜV Nord die Sondervorschriften 168 ADR für verantwortlich hielten und den Transport des asbesthaltigen Schlammes in loser Schüttung damit für rechtlich zulässig erachteten. Trotz dieser aus niedersächsischer Sicht eindeutigen Bewertung verblieben in der Landesregierung nach der Durchführung und Auswertung der Probetransporte rechtliche Zweifel.

Meine Damen und Herren, diese Zweifel hat die Landesregierung nicht leichtfertig abgetan. Vielmehr ist sie ihren Bedenken in verantwortungsbewusster Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachgegangen. Vor dem Hintergrund der durch das niedersächsische Oberverwaltungsgericht

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ist doch alles in Ordnung.)

im Jahre 2009 aufgeworfenen Rechtsfragen hat die Landesregierung ein eigenes Rechtsgutachten auf den Weg gebracht. Ich darf auch auf die Aufgabenstellung auf der Seite 7 – Sachverhalte und Aufgabenstellung – insgesamt verweisen, in besonderer Weise an die Adresse der GRÜNEN. Die Annahme der Entscheidung des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes wurde durch die niedersächsische Landesregierung eher ignoriert. Von uns aber wurde sie wahrgenommen und ich denke, damit haben wir verantwortungsvoll gehandelt. Die Behauptung, dass sich die Landesregierung zu leichtfertig auf Schwellenwerte für die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Asbesttransporten verlassen hat, trifft ebenfalls nicht zu. Diese Annahme lässt außer Acht, dass die Landesregierung bereits umgehend nach der Auswertung der Probetransporte durch den TÜV Nord das Vorhaben gestoppt hat, meine Damen und Herren.

Die IAG wurde angewiesen, bis zur Fertigstellung des Gutachtens keine Asbesttransporte von der Fulgurithalde in Niedersachsen anzunehmen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Berger? (Zustimmung)

Bitte, Frau Berger.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Minister Glawe, Sie sagten eben, dass die Zweifel der Landesregierung bezüglich der rechtlichen Sicherheit der Asbesttransporte so groß gewesen sind, dass Sie ein eigenes Rechtsgutachten in Auftrag gegeben haben. Trotzdem haben Sie, bevor das Ergebnis dieses Rechtsgutachtens vorlag, nämlich zum Zeitpunkt, als wir den Antrag auf ein Moratorium des Asbesttransportes stell-

ten, so vehement gegen dieses Moratorium gesprochen. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?

Minister Harry Glawe: Also, Frau Kollegin, auch Sie werden nicht verhindern, dass ich jeden Tag schlauer werde und damit auch Bedenken, die vorgetragen werden, im Nachgang auswerte. Und ich sage, die Landesregierung hat in dieser Frage sehr verantwortungsvoll gehandelt, denn am Ende zählt das Ergebnis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat nach Durchführung und Auswertung der Probetransporte entgegen der Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr wohl vorsorglich gehandelt. Obwohl die Behörden in Niedersachsen unverpackte Transporte für rechtmäßig hielten, hat die Landesregierung die Annahme der Asbestabfälle für die Deponie Ihlenberg unverzüglich unterbunden und ein ausführliches und unabhängiges Gutachten eingeholt. Die Landesregierung hat damit die zu diesem Zeitpunkt erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt in unserem Land erfüllt.

Ich wiederhole mich an dieser Stelle gern: Oberstes Ziel der Landesregierung war und ist es weiterhin, Gefährdungen für Menschen und Umwelt besonders im Voraus sicherzustellen. Die im Hinblick auf die Asbesttransporte vorhandenen Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger wurden vonseiten der Regierung ernst genommen. Wir haben stets betont, dass die geplanten Asbesttransporte nur stattfinden können, soweit sie mit dem geltenden Recht vereinbar sind. Mit der Absage des Asbesttransportes wird diese Maßnahme konsequent umgesetzt.

Meine Damen und Herren, alle Dinge, die sich aus dem Rechtsgutachten ergeben, sind selbstverständlich für die zukünftigen Handlungen in unserem Land Maßstab. Daher glaube ich, dass wir insgesamt die Dinge auf der Landesebene mit den Behörden zusammen auswerten und damit auch sicherstellen, dass zukünftig verantwortlich mit Asbesttransporten umgegangen wird. Deshalb empfehle ich dem Hohen Haus

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie müssen jetzt Zustimmung empfehlen.)

die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Übersichtlichkeit der derzeitigen Plenardebatte möchte ich die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt auch nicht über die Maßen beanspruchen. Ich denke, der Antrag und die Äußerung, die der Kollege Suhr hier heute im Haus gemacht hat, aber auch die Pressemitteilungen, die in der Vergangenheit und in den letzten Tagen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch vom Kollegen Suhr zu

diesem Thema gemacht wurden, bedürfen doch der einen oder anderen Klarstellung.

Dann lassen Sie mich gleich mit dem anfangen, Herr Kollege, was Sie hier gesagt haben. Um noch mal darauf zurückzukommen, Sie haben mich und den Minister zitiert und die Äußerungen, die ich damals sinngemäß gemacht habe, ich habe es nicht genau im Kopf, was gesagt wurde. Ich habe das Zitat ungefähr auch so im Kopf, also das kommt wohl mit den Genehmigungen für die niedersächsischen Behörden. Wir haben heute über alte Eltern gesprochen, aber so alt bin ich dann auch noch nicht, dass ich mir das nicht merken kann, was ich gesagt habe.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gut, dann sage ich Ihnen auch, welche Schlüsse ich daraus ziehe.

Herr Kollege Suhr, wenn Sie das Gutachten, das von der Landesregierung beauftragt worden ist, gelesen haben,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aufmerksam.)

aufmerksam gelesen haben, dann werden Sie gelesen haben, wenn Sie es nicht überlesen haben, dass auch die Kollegen Gaßner, Groth, Siederer davon ausgehen, dass die zuständigen Genehmigungsbehörden in Niedersachsen sitzen. Und was anderes habe ich hier nicht gesagt. Das ist auch heute noch so. Die Frage, die sich hier stellt ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Frage ist doch, ob Sie sich blind
darauf verlassen haben.)

Herr Kollege, dazu kommen wir jetzt gleich.

Die Frage ist doch gar nicht, ob wir hier im Land Genehmigungsbehörde sind, sondern – und das ist der Einwand, den Sie eben gebracht haben – wie gehen wir damit um, wenn denn möglicherweise eine Genehmigung von einer anderen Behörde außerhalb dieses Landes erteilt wird.

Dann komme ich zu der zweiten Bemerkung, die Sie gemacht haben, von der Wandlungsfähigkeit – ich habe jetzt Ihre Wortwahl nicht genau im Kopf – der Landesregierung. Mir ist jetzt nicht bekannt, dass die Landesregierung oder der Ministerpräsident oder der Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang ihre Position verändert hätten.

(Zurufe von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE,
und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Suhr, lassen Sie mich doch ausreden!

Nach meinem Kenntnisstand ist ab dem Moment, da haben Ihre Kollegen im Wirtschaftsausschuss mit dabei gesessen, wo die Diskussion im Ausschuss darüber kam, dass diese Transporte durchgeführt werden, und im Ausschuss, das ist Ihnen sicherlich auch noch bekannt, erst geäußert worden, dass es einen Vertrag gebe. Das muss man auch mal vor dem Hintergrund sehen, dass ab diesem Zeitpunkt die Landesregierung überlegt hat – und

das hat dann auch dazu geführt –, was kann hier gemacht werden, damit eine entsprechende rechtliche Bewertung dieses Ergebnisses erfolgen kann. Ich habe den Minister eben auch nicht so verstanden, dass er damals auf dem Standpunkt gestanden hat, wir nehmen alles so entgegen, wie es kommt, und heute sind wir anderer Meinung,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau, völlig richtig verstanden, Herr Schulte.)

sondern dass heute tatsächlich hier aufgrund des Gutachtens, das in Auftrag gegeben worden ist, der Kenntnisstand so ist, wir haben keinen Vertrag und wir haben vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel bestimmte Anforderungen vor dem Transport und für die Deponierung bestehen – das ist eine politische Entscheidung, Herr Kollege –, kein Interesse, dass diese Abfallstoffe auf dem Ihlenberg eingelagert werden. Das ist doch völlig legitim. Oder wollen Sie das jetzt absprechen?

Wenn man das einfach so sieht, dann kann ich das nur begrüßen, dass die Landesregierung dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat. Was wäre denn passiert, wenn das Gutachten nicht erstellt worden wäre? Dann wäre vor der Frage, dass wir gar nicht wüssten, ob eine Aufnahme genehmigung durch die niedersächsische Landesregierung erteilt worden ist, dann wären möglicherweise diese Transporte gekommen und wir hätten es den Landräten vor Ort „überlassen“, sich mit den niedersächsischen Behörden auseinandersetzen zu müssen. Ich denke, allein vor dem Hintergrund – und da wird mir der Wirtschaftsminister sicherlich recht geben – ist es schon nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich wertvoll, dass dieses Gutachten vorliegt, weil es für die Rechtsposition auch der dann betroffenen Behörden Klarheit schafft, wie sie damit umgehen können.

Das Problem an der ganzen Sache – und deswegen komme ich jetzt noch mal auf die Pressemitteilung zurück, die Sie gemacht haben – ist doch ein anderes. Wir sind – und das muss man zugeben, das ist auch bedauerlich und das ist durch den Minister im Ausschuss eingeräumt worden –, was die Informationszugänglichkeit, was das Vertragsverhalten der IAG angeht, nicht unbedingt optimal informiert worden. Das ist kein Vorwurf – und das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt –, den man an den Minister richten kann, das ist auch kein Vorwurf, den man in dem Zusammenhang an seinen Staatssekretär richten kann, es ist offensichtlich ein Vorwurf, den man an den Geschäftsführer der IAG richten muss, weil alle Kollegen, die bei dieser Ausschusssitzung dabei waren, werden es bestätigen können, der Geschäftsführer der IAG hat zum damaligen Zeitpunkt, als wir uns das erste Mal mit dem Thema beschäftigt haben, klipp und klar gesagt, dass es eine vertragliche Bindung der IAG für die Anlieferung dieser Gefahrstoffe geben würde. Das ist eine andere Voraussetzung und auf Grundlage dieser Voraussetzung haben wir die Landtagsdebatte hier geführt. Auch Sie haben aufgrund dieser Aussage die Landtagsdebatte hier in diesem Haus geführt. Das ist nämlich eine ganz andere Frage, ob wir zu dem Zeitpunkt noch hätten sagen können, wir wollen diesen Vertrag gar nicht abschließen oder ob wir fragen müssen: Wie gehen wir mit einem Vertrag um? Und wollen wir diese Abfallstoffe eventuell überhaupt nicht haben und unter welchen Voraussetzungen werden sie transportiert oder angenommen?

Jetzt sind wir alle zusammen klüger und das ist gut so. Und auch da – da beziehe ich den Minister mit ein – ist der Minister klüger, weil er inzwischen weiß, dass es diese Vertragsbeziehungen nicht gibt. Auch ich bin, was das angeht, klüger. Das sind Informationen, die uns allen zusammen vorher nicht vorgelegen haben. Jetzt wissen wir das, wir haben keinen Vertrag, und ich finde es sehr positiv, dass die Landesregierung die politische Entscheidung getroffen hat, dass diese Stoffe hier nicht angenommen werden. Das ist eine klare Aussage und die hat der Ministerpräsident von Anfang an getroffen.

Jetzt kommen wir zu Ihrem Antrag und zu Ihrer Pressemitteilung. Da sage ich in aller Deutlichkeit: Jetzt im Nachhinein zu versuchen, daraus noch Honig zu saugen und hier zu unterstellen, dass, wenn denn Transporte stattgefunden hätten, möglicherweise staatliche Stellen dieses Landes sich eventuell nicht ordnungsgemäß verhalten hätten,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das sind drei Konjunktive zu viel. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

das ist schon, ich hätte jetzt beinahe gesagt, schäbig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was hätten Sie beinahe gesagt? – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen hätte ich das auch nur beinahe gesagt, Herr Kollege Suhr. Ich will ja keinen Ordnungsruf kassieren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das habe ich jetzt nicht verstanden. Was hätten Sie beinahe gesagt? – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das schäbig ist.

Wenn ich dann Ihre Pressemitteilung dazu lese und damit die Kritik – und ich hoffe, dass die OZ Sie am 20.01. richtig zitiert hat, Herr Kollege Suhr, wenn ich Sie dann richtig verstanden habe mit Ihrem Zitat: „Hochgiftige Stoffe können nicht einfach ohne ausreichende Vorsorgemaßnahmen an Spiel- und Sportplätzen vorbei durch Städte und Gemeinden gefahren werden.“ –

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an Frau Ministerin Schwesig verbinde, die zu diesem Zeitpunkt mit dem Transport dieser Stoffe, die noch gar nicht auf dem Weg hierhin waren, gar nichts zu tun hatte,

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann frage ich mich doch, was diese Kritik eigentlich soll. Das kann doch nur eins bedeuten: Sie wollen jetzt ein Thema, auf dem Sie drei Monate lang geritten sind – zugegebenermaßen aufgrund eines Umstandes, dass die Information am Anfang nicht zutreffend war –, noch einmal nachkarten, obwohl Sie eigentlich sehen, dass dieses Thema zu Ende ist, weil, klare Aussage der Landesregierung, es keine Abfalltransporte nach dem Ihlenberg gibt. Damit ist für die Leute vor Ort das Thema zu Ende und eigentlich sollte es für Sie auch damit zu Ende sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn es nach Ihnen gegangen wäre,
dann wäre das Thema bereits im
November beendet gewesen.)

Ja gut, das Thema wäre auch im November beendet gewesen, wenn wir zu diesem Zeitpunkt, Frau Kollegin, gewusst hätten, dass es keinen Vertrag zwischen dem Ihlenberg und der Deponie beziehungsweise dem Transportunternehmen gibt. Wenn Sie damals so klug gewesen wären, Frau Kollegin, dann hätten Sie sich hier nur hinzustellen brauchen und sagen müssen, ich weiß, dass es keinen Vertrag gibt. Ich gebe das zu, ich habe das damals nicht gewusst, ich habe mich auf die Aussage des Geschäftsführers der IAG verlassen und normalerweise gehe ich davon aus, dass ein Geschäftsführer eines Unternehmens, egal wer der Gesellschafter ist, weiß, welche Verträge er hat oder nicht hat. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Man hätte ihn auch mal anfordern können.)

Ja, das ist geschehen im Nachhinein, Frau Kollegin. Sie wissen es doch selber,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was lehrt uns das Ganze?)

Sie sind doch auch mit dabei gewesen in den Ausschusssitzungen. Sie wissen doch selber, Sie sind entsprechend informiert, dass das geschehen ist.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich war nicht in der Ausschusssitzung,
aber das ist auch ganz egal.)

Und dann ist es im Nachhinein immer wieder dazu gekommen, dass das Ministerium eingeräumt hat, dass diese Unterlagen offensichtlich nicht vorliegen. Und auch das Gutachten geht davon aus – Sie führen es gleich am Anfang aus –, dass entsprechende Unterlagen offensichtlich nicht vorliegen. Also tun wir doch bitte alle miteinander nicht so, als ob wir vor drei oder vier Monaten den gleichen Kenntnisstand gehabt hätten, den wir heute haben.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber dann muss man sich mit vehementen
Meinungsäußerungen zurückhalten,
bis die Informationen vorliegen.)

Entschuldigen Sie mal bitte, das gilt doch dann im gleichen Moment auch für Sie. Da hätten Sie sich doch auch zurückhalten müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Jetzt kommen wir mal zu Ihrem Antrag.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Entschuldigen Sie bitte, Herr Suhr, nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich das so deutlich sage: Bei allem Respekt vor der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber ich glaube, das Verhalten der Landesregierung ist jetzt nicht abhängig davon, was die Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN entweder durch Pressemitteilung oder durch Anträge macht. Ich glaube, diese Landesregierung ist selbstbewusst genug, ihre Entscheidungen so zu treffen, wie sie das für richtig hält,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die Aufregung ist groß genug.)

unabhängig davon, was sie tut.

Aber jetzt lassen Sie mich doch noch mal auf Ihren Antrag eingehen: „Der Landtag stellt fest, dass sich die Landesregierung zu sehr auf die Genehmigungslage der niedersächsischen Behörden verlassen hat, obwohl ihr selbst oder untergeordneten Behörden Zuständigkeiten in der Genehmigungskette zufielen.“

Ich habe eben aus Ihren Ausführungen immer noch nicht gehört, welche Zuständigkeiten in der Genehmigungskette den Landesbehörden hier zugefallen sind. Dann zeigen Sie mir das mal, wo das für die Transportgenehmigung ist! Wir reden von dem Transport, nicht von der Deponierung, Herr Kollege Suhr. Und da können Sie dieses Gutachten durchblättern, da werden Sie das auch nicht finden. Deswegen – das habe ich eben schon ausgeführt – ist dieses Gutachten gerade so wichtig gewesen, weil erst vor dem Hintergrund dieses Gutachtens wären die Ordnungsbehörden überhaupt in der Lage gewesen, eventuell mangelhafte Transportgenehmigungen zu überprüfen. Das muss man dann auch zur Kenntnis nehmen.

Zum nächsten Punkt, dass der Landtag feststellt, dass das LAGuS beziehungsweise damit das Ministerium für Arbeit und Gesundheit seinen Kontroll- und Sorgfaltspflichten nicht nachgekommen ist. Ich habe mich eben schon dazu geäußert, was ich davon halte. Ich kann wirklich nicht erkennen, wo an dieser Stelle das LAGuS, geschweige denn das Ministerium, entsprechenden Kontroll- und Sorgfaltspflichten nicht nachgekommen ist. Das wird in Ihrem Antrag deutlich. Sie schreiben nämlich in Ihrem Antragstext, das Unternehmen IAG hätte die lose Schüttung des Asbests beantragen und die unverhältnismäßige Härte für das Unternehmen gemäß Paragraf 16 Gefahrstoffordnung begründen müssen. Mir ist nicht bekannt, dass ein entsprechender Antrag gestellt worden ist. Ist denn das Sozialministerium dafür zuständig?

Frau Ministerin Schwesig, jetzt nicken Sie einfach mal oder schütteln Sie mit dem Kopf, weil Sie nicht von der Ministerbank reden dürfen. Sagen Sie mir doch mal, ob Sie für die Antragstellung der IAG zuständig sind. Das halte ich für ein Gerücht. Sie hat, glaube ich, nicht genickt. Also wir nehmen das zu Protokoll, Frau Ministerin Schwesig hat mit dem Kopf geschüttelt. Das ist doch auch logisch.

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Und da müssen Sie sich doch wirklich überlegen, was Sie dort in Ihren Anträgen tatsächlich formulieren, und in dem Zusammenhang zu folgern, dass die Landesregierung leichtfertig mit der Gefährdung durch Asbestexpositionen ausgeht, das ist wirklich dreist.

(Torsten Renz, CDU: Hanebüchen!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund kommen wir dann zu dem letzten inhaltlichen

Punkt, wenn man da von inhaltlichen Punkten sprechen kann, das sogenannte Vorsorgeprinzip wäre nicht eingehalten worden. Was erwarten Sie denn jetzt von der Landesregierung? Die Landesregierung hat zu einem Zeitpunkt, wo Sie davon ausgegangen sind, dass es einen Vertrag zwischen der IAG über die Anlieferung dieser Asbeststoffe gegeben hat, ein Gutachten beauftragt. Dieses Gutachten kann nur einen Zweck gehabt haben und hat nur einen Zweck gehabt, Möglichkeiten zu eruieren, unter welchen Voraussetzungen sollte es denn einen Vertrag geben, tatsächlich diese Asbestlieferung zu verhindern. Jetzt hat sich im Nachhinein herausgestellt, wir haben nicht mal einen Vertrag, umso besser, weil die rechtlichen Möglichkeiten dann auch weiter gehen.

Was für Möglichkeiten der Vorsorge hätten denn ansonsten getroffen werden können? Eine Vorsorgemaßnahme hätte die Landesregierung treffen können. Da gebe ich Ihnen möglicherweise recht, wenn Sie das meinen, es hätte einen grundsätzlichen Beschluss geben können innerhalb des Aufsichtsrates, innerhalb der Gesellschaft, dass entsprechende Asbestanlieferungen dort nicht angenommen werden sollen. Darüber kann man politisch diskutieren. Ich habe dazu meine Meinung gesagt, schon in den letzten Landtagsdebatten, weil das ist nicht nur eine Frage der Asbestanlieferung aus anderen Bundesländern, sondern das ist auch eine Frage der Asbestanlieferung aus dem eigenen Bundesland. Da kann man über die Frage eines Vorsorgeprinzips diskutieren.

Ansonsten komme ich jetzt auf das Zitat zurück, das Sie auf einer der letzten Landtagssitzungen vorgebracht haben, als Sie mich zitiert haben, als ich gesagt habe, ich erwarte von den niedersächsischen Behörden, dass sie mit der gleichen Sorgfalt die entsprechenden Genehmigungen et cetera erteilen, wie ich das von der eigenen Landesregierung erwarten würde. Ich hoffe, ich habe mich jetzt richtig zitiert. Sie wissen das besser, Sie haben es vorliegen.

Mehr kann man doch nicht erwarten, weil das ist doch das, was wir innerhalb eines Rechtsstaates, innerhalb eines verantwortungsbewussten Umgangs mit solchen Stoffen von allen Beteiligten erwarten können, dass die Gesetze, die vorgegeben sind, auch tatsächlich eingehalten werden müssen. Das Einzige, was man dann zum Beispiel als Deponiebetreiber machen kann, ist, zu sagen, wir wollen das grundsätzlich nicht, dann müssen wir das nicht als Sondermülldeponie führen, als Deponie der Deponieklasse III, dann müssen wir das anders einstufen. Dann müssen wir auch überlegen, wie wir mit unseren eigenen Abfallstoffen umgehen, oder aber wir müssen, wenn wir das nicht machen wollen, damit so umgehen, dass wir dann, wenn es tatsächlich einschlägig ist und die Situation eintritt, das Maximum an Vorsorge und Gesundheitsschutz auch für die Beschäftigten auf der Deponie durchführen können.

Also, Herr Kollege Suhr, bei allem Respekt – und das muss man den GRÜNEN auch zubilligen –, Sie haben sicherlich durch die Arbeit oder den Umgang mit diesem Thema die Fragestellung ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das war großzügig.)

Nein, nein, nein, Frau Kollegin, wo Sie recht haben, haben Sie auch recht! Darum geht es mir doch gar nicht. Sie haben sicherlich im Ausschuss durch Ihre Fragestel-

lung, auch hier im Landtag dazu beigetragen, dass man es hinterher gegenüber der Geschäftsführung der IAG konkreter nachgefragt hat. Das ist ein Defizit, das man gar nicht schönreden kann. Es ist so – und das erwarte ich auch von der Landesregierung –, dass in den Aufsichtsräten von Landesbeteiligungsgesellschaften auch die Aufsichtsräte entsprechende Kontrollpflichten ausüben. Das ist doch überhaupt nicht das Thema. Wir sind alle zusammen im Rahmen dieses Prozesses etwas klüger geworden, was den Sachverhalt angeht. Aber das ändert doch nichts daran, dass man nicht aus falschen Voraussetzungen hinterher zu richtigen Ergebnissen kommt. Das funktioniert nicht. Jetzt sind wir alle zusammen klüger, dass die Voraussetzungen, die wir ursprünglich zugrunde gelegt haben, eben nicht richtig waren. Gut, und jetzt haben wir ein Ergebnis, mit dem die Bevölkerung um den Ihlenberg – und ich hoffe, auch Sie – dann entsprechend zufrieden sein wird.

Nur, diesen Antrag heute noch mal zu stellen, so nach dem Motto, ihr seid alle unverantwortlich im Umgang mit den Materialien gewesen, das ist dann doch etwas heftig. Ich glaube, den Respekt, den Sie sich möglicherweise auch bei der Bevölkerung oder bei den Betroffenen mit Ihrem Engagement zu dem Thema verschafft haben, werden Sie sicherlich mit dieser Art von Antrag dann entsprechend nicht weiter untersetzen können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Schulte, Sie sind ganz offensichtlich ein sehr redigewandter, juristisch gebildeter Mensch.

(Jochen Schulte, SPD: Das machen
Sie mir jetzt aber nicht zum Vorwurf.)

Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf. Trotzdem muss ich Ihnen sagen, was Sie hier als dreist bezeichnen, das empfinde ich nicht als dreist, eher wie Sie darauf reagiert haben. Das muss ich so sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Als meine Kollegen vor zwei Wochen – ich war nämlich nicht selbst mit im Wirtschaftsausschuss – aus dem Wirtschaftsausschuss kamen und berichteten, was dort Herr Staatssekretär Rudolph auf die von meiner Fraktion gestellten Fragen geantwortet hat, konnte ich nur mit dem Kopf schütteln.

(Jochen Schulte, SPD:
Das kann ich verstehen.)

Ich habe mich gefragt, ob uns die Landesregierung auf den Arm nehmen will. Seit Monaten erhitzt die beabsichtigte Überführung von Asbestschlämmen und Asbestscherben aus Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die Gemüter. Im No-

vember hat uns die Landesregierung noch suggeriert, die Abnahme sei unabweisbar. Ein Testlauf wurde durch den TÜV Nord veranstaltet. Fast zweimal gab es Termine, an denen mit den Transporten begonnen werden sollte. Und was erfahren wir jetzt? Es gibt gar keinen Vertrag.

(Jochen Schulte, SPD: Da bin ich völlig mit Ihnen einer Meinung.)

Das ist ja schon mal eine Basis.

(Jochen Schulte, SPD: Wenn Sie mir eben zugehört hätten, dann hätten Sie das eben schon mitgenommen. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Es ist aber völlig unerheblich, ob der Geschäftsführer gesagt hat, es gibt einen Vertrag. Das aufsichtsführende Gremium, das Wirtschaftsministerium, hätte diesen Vertrag anfordern müssen.

(Jochen Schulte, SPD: Das haben sie ja getan, das wollten sie doch.)

Ja, aber doch zu einem Zeitpunkt, als es gar nicht mehr anders ging. Am Anfang war alles in Ordnung. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man sich eigentlich darüber totlachen. Welch ein Dilettantismus! Oder sind Öffentlichkeit und Parlament bewusst im Unklaren gelassen oder sogar getäuscht worden?

Eine ganze Asbestfabrikhalde, Tausende von Tonnen sollten umgelagert werden mit einem Verfahren, das faktisch seit Längerem verboten ist, weil gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung und das Deponiepersonal nicht ausgeschlossen werden können. Ein Rechtsgutachten wurde in Auftrag gegeben. Warum eigentlich? Es gab gar keinen Vertrag und in dem Vertragsentwurf gab es außerdem noch eine Ausstiegsklausel. Alle gemeinsam, auch die Koalitionsfraktionen, auch die Landesregierung haben immer wieder betont, gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung und die Deponiebeschäftigten müssen ausgeschlossen werden. Das stehe vor wirtschaftlichen Interessen. Aber, meine Damen und Herren, ohne die Proteste der Bevölkerung und die Schlagzeilen in den Medien, die Diskussionen hier im Landtag wäre das Zeug schon auf dem Weg zu uns.

Sie haben recht, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, die Notbremse hätte eigentlich die Gesundheitsministerin ziehen müssen. Aber sie hat aus unserer Sicht genauso geschlafen wie der Wirtschaftsminister.

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Minister Harry Glawe)

Ich frage mich ernsthaft, wie oft der Ministerpräsident noch Stopp sagen muss, weil seine Minister unverantwortlich agieren. Warum braucht es ein Rechtsgutachten, das einen Tatbestand feststellt, der bereits im Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg aus dem Jahr 2009 enthalten war? Und jetzt kriegen wir auch noch heute über das Interview des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, dass die Deponie seit Längerem schon geplant ist, auslaufen zu lassen.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist bei allen Deponien so.)

Ist das keine Information, die im Laufe dieses Prozesses hätte uns mal zur Kenntnis gegeben werden können?

(Regine Lück, DIE LINKE: Die Information gab es im Wirtschaftsausschuss nicht. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ich bin jetzt auch daran interessiert, meine Rede hier fortführen zu können.

Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion wollen, dass die Landesregierung die Zuständigkeiten klärt und ihre Verantwortung wahrnimmt. Selbstverständlich unterstützt das meine Fraktion. Allerdings frage ich mich: Warum so zaghaft? Die Zuständigkeiten sind völlig klar. Aus meiner Sicht wurde, wie in Ihren Pressemitteilungen festgestellt, nur fahrlässig gehandelt.

Jeder der Punkte 1 bis 4 ihres Beschlussantrages trifft zu, man könnte es auch noch drastischer formulieren. Die Schlussfolgerungen in den Punkten 5 und 6 sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, eigentlich und normalerweise, aber dann doch nicht selbstverständlich, wie wir erleben mussten.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich hoffe, dass in Niedersachsen, insbesondere in der Region Hannover, jetzt alles getan wird, um die Halde vor Ort zu sichern.

Deshalb zum Schluss noch eine Bitte an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN: Auch Ihre Parteikollegen müssen dem zustimmen, denn das haben sie bisher nicht getan. Aber wir stimmen Ihrem Antrag zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde ja schon viel gesagt von meinem Kollegen Schulte. Ich möchte bloß aus dem Protokoll des Wirtschaftsausschusses vom 10. November zitieren. Da wurde Herr Glawe gefragt und er antwortete, für den Transport sei der TÜV Nord mit der Prüfung beauftragt worden, ob eine Asbestbelastung entstehe. Nach einer mündlichen Aussage habe die Prüfung bei einer Probefahrt ergeben, dass der Transport in der vorgesehenen Form unbedenklich sei, weil keine Fasern freigesetzt werden. Jetzt sei der schriftliche Bericht abzuwarten. Schon damals hat er gesagt, es werden keine Transporte durchgeführt, bis der schriftliche Bericht da ist.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man jetzt ein Gutachten erstellen lassen will, dann kann man sich natürlich auf diesen schriftlichen Bericht beziehen. Ich glaube, das war richtig so. Dann hat man nämlich die Punkte gesehen, die nicht ordnungsgemäß geklärt worden sind. Und das zweite Gutachten hat dann noch mal die Landesregierung bestärkt, nein, es gab

damals schon Zweifel, nachdem das schriftliche Gutachten vorgelegt worden ist, und diese Zweifel wurden durch dieses Rechtsgutachten ausgeräumt. Die Entscheidung ist dabei geblieben, es werden keine Transporte durchgeführt. Und das ist das Ergebnis.

Insofern, glaube ich, braucht man dazu auch nicht weiter was zu sagen. Es wurden keine Transporte durchgeführt und es werden keine durchgeführt. Damit ist auch die Debatte eigentlich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beendet. Aber sie wollen dieses Thema weiterhin begleiten, damit sie, genau wie die LINKEN, ein Thema besetzen können, wo sie in den nächsten Wochen und Monaten Unsicherheit bei der Bevölkerung schüren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sache ist, glaube ich, jetzt ausdiskutiert. Ich möchte nur zwei Punkte noch mal ins Gedächtnis zurückrufen.

Erstens. Die Mülldeponie Ihlenburg ...

(Zurufe aus dem Plenum: Ihlenberg!)

Ihlenberg, Entschuldigung.

... kann nach wie vor Schadstoffe der Schadstoffklasse III aufnehmen. Das beinhaltet auch Asbest. Und sie kann das auch nach wie vor aus anderen Bundesländern tun, wenn der Transport gesichert ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Zweitens. Die Frage ist: Wäre es auch zum damaligen Zeitpunkt, wo das noch nicht in der Diskussion war, zu einem Gutachten gekommen, von der Landesregierung beauftragt, die sich erst dann eingeschaltet hat, als wir ja auf Empfehlung der NPD uns zum ersten Mal im Ausschuss damit beschäftigten, wäre dann auch dieses Gutachten erfolgt oder wäre es nicht erfolgt?

Wir haben im Ausschuss und nachher auch hier in der ersten Debatte den Eindruck gewonnen, Herr Wirtschaftsminister, dass es eben dieses Gutachten dann gar nicht gegeben hätte, wenn nicht im Wirtschaftsausschuss Druck gemacht worden wäre und wenn nicht die Bürger vor Ort lautstark auf dieses Problem hingewiesen hätten. Heute sich hier hinzustellen, wie das der Herr Schulte tut, was wollt ihr eigentlich, es ist doch alles in Ordnung, wir haben doch alles getan und das Ergebnis ist eindeutig, da muss ich sagen ...

(Jochen Schulte, SPD:
Ja, ist es doch auch.)

Das Ergebnis ist eindeutig, Herr Schulte, nur der Weg dorthin ist eben nicht der gewesen, den Sie hier versucht haben aufzuzeichnen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wir haben seinerzeit schon hier – an dieser Stelle habe ich das getan – deutlich gesagt: Wir präferieren, dass der Asbest, dass die Schadstoffe dort bleiben, wo sie jetzt

gelagert sind. Und wie das im Moment aussieht, wird das dann ja auch dazu kommen.

Wir begrüßen nicht nur den Antrag der GRÜNEN zu diesem Thema heute hier noch einmal, sondern Sie werden sich vielleicht wundern, wir werden dem sogar zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war gerade ...

(Der Abgeordnete Jochen Schulte
tritt an das Präsidium heran.)

Herr Schulte?

(Jochen Schulte, SPD:
Ich höre Ihnen zu, kein Thema.)

Ja.

Es war gerade, glaube ich, der untaugliche Versuch, die Debatte heute – Herr Schubert hat sich auch auf dieses Pferd gesetzt oder setzen lassen – so abzuqualifizieren nach dem Motto: Das machen die GRÜNEN nur, damit sie Honig saugen und damit sie populistisch ein Thema weiter besetzt halten, was ihnen möglicherweise ins Portfolio passt. So habe ich Sie zumindest verstanden.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Und ich will an dieser Stelle einmal sehr deutlich sagen: Dieses Parlament würde seiner Aufgabe nicht gerecht werden, wenn es nicht dazu kommen würde, ein Agieren der Landesregierung in einer so relevanten Frage noch mal zu würdigen, und wenn es sich nicht herausnehmen würde, dazu Feststellungen zu treffen – darauf zielt der Antrag –, und wenn es nicht konstruktiv darauf ausgerichtet wäre, aus den Erfahrungen, die man gemacht hat, Sie haben ja beide, glaube ich, gesagt, wir haben daraus gelernt, die entsprechenden Rückschlüsse zu ziehen.

Und da reicht es übrigens, Herr Glawe, dann auch nicht, zu sagen: Das Gutachten oder die Feststellungen im Gutachten werden jetzt zum Maßstab des politischen Handelns der Landesregierung. Ich habe beim letzten Mal ja bereits an anderer Stelle ausgeführt: Dieses Landesparlament darf sich durchaus völlig unabhängig von der Landesregierung herausnehmen können, zu definieren, was sie für die Maßstäbe politischen Handelns auch in einer solchen Frage hält.

Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied. Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Vortrag, den Herr Glawe hier gehalten hat, und dem, was Herr Schulte hier ausgeführt hat.

(Jochen Schulte, SPD: Das wäre ja auch
schlimm, wenn wir das Gleiche sagen.)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie da eher in der Richtung Glawe operiert hätten, ehrlich gesagt,

(Jochen Schulte, SPD:
Das wird schwer bei mir.)

weil dann wäre auch deutlich geworden, zumindest in einem Ansatz, Herr Schulte, wir haben Fehler erkannt, wir haben daraus gelernt und wir setzen das um. Das gehört, finde ich, zur Politik dazu, dass man das an der Stelle tut, und davor habe ich große Achtung. Ich bedauere sehr, dass das von Ihrer Seite nicht gekommen ist, sondern Sie versuchen sich hier einfach rauszustehlen – und ich mache das jetzt mal sehr kurz –, indem Sie auf der einen Seite hergehen und Ihre eigene Aussage in der Landtagssitzung versuchen, noch mal wiederzugeben. Deshalb möchte ich Sie gern noch mal zitieren, Herr Schulte. Sie haben damals gesagt: „... selbstverständlich können wir von den dortigen Behörden die gleiche Umsicht und die gleiche Verantwortung im Umgang mit solchen Stoffen erwarten“

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

„wie von unseren eigenen Landesbehörden.“

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

Auf der einen Seite mehr Erwartungen, auf der anderen Seite aber auch die Unterstellungen. Genau an der Linie lief die Diskussion im November. Wir können auf eine eigene Prüfung verzichten. Das war der Kern der Auseinandersetzung in der Landtagssitzung im November,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Jochen Schulte, SPD: Nein, nein,
das ist eine völlige Fehlinterpretation.)

und nicht die Frage, dass wir ein Rechtsgutachten fordern, und nicht die Frage, gibt es hier schon Verträge oder gibt es sie nicht. Ich interpretiere, gestehen Sie mir das zu, Sie versuchen, sich hier aus der Verantwortung herauszustehlen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Wir haben den Antrag gestellt, zu einer eigenen Einschätzung zu kommen, Sie haben den hier abgelehnt. Wir haben in der Folgesitzung den Antrag gestellt, die Asbesttransporte zu stoppen, nicht weiter stattfinden zu lassen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Inhaltsstoffe der Deponie möglicherweise nicht vollständig erfasst worden sind. Sie haben das abgelehnt. Dass wir zu einem anderen Ergebnis kommen, ist im Ergebnis positiv, der Prozess als solcher ist zu kritisieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn man – vielleicht erleben wir das ja noch in den nächsten viereinhalb Jahren hier in diesem Haus – dann wie Herr Glawe zu dem Ergebnis kommt, in Abänderung zur Vergangenheit wolle man in der Tat das, was im Gutachten an Forderungen heraus zu interpretieren ist, zur Grundlage des politischen Handelns machen, dann wäre es wirklich konsequent, Herr Glawe, das einzufordern und zu sagen, das kann der Landtag hier in der Tat nur unterstützen. Also folgen Sie unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Suhr, nur, damit es nicht zu Fehlinterpretationen kommt: Natürlich erwarte ich von einer Landesregierung in Niedersachsen das gleiche Maß an verantwortungsvollem Umgang.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben es unterstellt.)

Und da unterstelle ich das und ich erwarte es auch, beides.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben auf eine eigene Einschätzung
verzichtet. – Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt mal ausreden, auch wenn ich das eben bei Ihnen vielleicht nicht getan habe, Herr Kollege.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, ich erwarte es, ich unterstelle es – das gleiche Maß an Verantwortung bei einer niedersächsischen, hessischen, hamburgischen oder sonst einer Landesregierung, wie ich das bei der eigenen Landesregierung erwarte, weil ich die Erwartung habe, dass meine Landesregierung verantwortungsvoll mit solchen Geschehnissen umgeht. Deswegen erwarte ich das von anderen auch, und nicht so, wie Sie das interpretieren. Das ist nämlich eine Missinterpretation. Sie unterstellen mir ja gerade, dass ich von meiner eigenen Landesregierung relativ wenig erwarte, weil ich mich auf Dritte verlasse.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist Ihre Missinterpretation.)

Nee, Herr Kollege, also diese Wortklauberei lass ich mir von Ihnen nicht in den Mund legen! Und wenn Sie sagen, dass Sie die Arbeit der Landesregierung würdigen, zumindest in dem Punkt sind wir ja dann einer Meinung,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich würdige auch die Landesregierung. Ich würdige Sie nur vielleicht positiver, als Sie das als Oppositionsfraktion tun.

Und deswegen komme ich noch mal zu dem, was ich eben gesagt habe, dass diese Landesregierung dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat. Völlig unabhängig – und da haben Sie recht, das habe ich ja eben schon mal gesagt – von der Ausgangssituation, dass wir am Anfang von einer Fehleinschätzung der Tatsachen ausgegangen sind, nämlich dass es einen Vertrag über die Annahme von Deponiestoffen auf der Deponie gegeben hat, halte ich dieses Gutachten für sinnvoll. Ich halte es übrigens auch dann für sinnvoll oder ich würde es auch dann für sinnvoll halten, wenn es einen Vertrag gegeben hätte.

Weil wir haben uns ja, ich erinnere auch die Kollegin Schwenke daran, unter anderem in diesem Haus die Frage gestellt, Sie haben die Frage gestellt: Was kann denn in diesem Land gemacht werden? Und aus diesem Gutachten geht ja nun hervor – wenn Sie es gelesen haben, und Sie haben gesagt, Sie haben es sogar aufmerksam gelesen –,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben es abgelehnt seinerzeit.)

dass hier tatsächlich die Ordnungsbehörden hätten einschreiten können oder vielleicht sogar müssen. Das lässt der Gutachter ja offen, wenn es keine Ausnahmegenehmigung für einen entsprechenden nicht verpackten Transport gibt. Das ergibt sich aus dem Gutachten. Deswegen finde ich es sinnvoll, dass die Landesregierung dieses Gutachten hat machen lassen, weil – unterstellen wir jetzt mal, es wäre tatsächlich ein Vertrag – dann wäre das tatsächlich eine Möglichkeit gewesen, wie wir mit den Gefahrstoffen umgehen, sinnvoll umgehen. Das ist eine Sache der Bewertung. Und ich gebe Ihnen völlig recht, wenn Sie hier eben noch mal ausgeführt haben, dass es auch ein Mangel an Informationen war, der dazu geführt hat, dass wir alle zusammen erstaunt waren – Frau Kollegin Schwenke hat ja ihr eigenes Erstaunen und das Erstaunen ihrer Kollegen geäußert, und wenn Sie den Kollegen Holter fragen, der wird Ihnen das bestätigen, mir ist es in der Ausschusssitzung genauso gegangen – über die Tatsache oder über den Umstand, dass es keinen Vertrag gegeben hat. Nur, das ist jetzt der Tatsachenstand, den wir heute haben, und ich begrüße das, dass wir den heute haben.

Das, was Sie allerdings heute mit Ihrem Antrag machen – und davon gehe ich auch nicht runter –, hat ja mit der eigentlichen Thematik überhaupt nichts mehr zu tun, weil Sie der Landesregierung eine Vorgehensweise unterstellen, die es gar nicht gibt, weil es diese Transporte auf den Ihlenberg nicht gibt. Und wenn man das jetzt tatsächlich mal hätte diskutieren wollen auch vor diesem Hintergrund, dann hätten wir nicht darüber diskutieren müssen, wie diese Landesregierung im Konjunktiv mit irgendwelchen Transporten umgeht, sondern dann hätten wir darüber diskutieren müssen, wie vielleicht in der Vergangenheit von Landesregierungen dieses Landes, Frau Kollegin Schwenke, mit Transporten von Asbeststoffen auf den Ihlenberg umgegangen worden ist. Und dann hätten wir vielleicht nicht, ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber gucken wir doch jetzt mal
konstruktiv in die Zukunft, Herr Schulte!)

Ja gut. Sie sagen doch immer: Aus der Vergangenheit lernen.

... und dann hätten wir vielleicht nicht darüber diskutiert, welche potenziellen Fehlversäumnisse eventuell Frau Sozialministerin Schwesig hätte machen können, sondern dann hätten wir vielleicht darüber diskutiert, welcher Umweltminister dafür zuständig war, als hier auf dem Ihlenberg Asbeststoffe angenommen worden sind. Also wenn wir dann tatsächlich mal das alles aufrollen wollen, dann rollen wir das richtig auf und dann machen wir das nicht über irgendwelche Möglichkeiten, die in der Zukunft, die in der Ungewissheit liegen, sondern reden wir über die Tatsachen, die heute bekannt sind. Und das ist dann vielleicht auch eine Grundlage für eine entsprechende Diskussion.

(Die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ja, Frau Kollegin.

Vizepräsidentin Regine Lück: Gestatten Sie die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich hatte ja schon gesagt, dass ich eine Kleine Anfrage gemacht habe zu den Transporten von 1990 bis heute. Ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort auch gelesen haben, die vom LAGuS gekommen ist. Stimmen Sie mir dann zu, dass in der Zeit von 1990 bis 2011 keine Transporte in offener Weise auf den Ihlenberg gekommen sind und insofern wir eine völlig andere Situation heute haben?

Jochen Schulte, SPD: Da ich jetzt mal unterstelle, dass die Beantwortung der Kleinen Anfrage so richtig sein soll, gehe ich davon aus, dass das zutreffend ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Kollegin Schwenke, das ist aber nicht der Punkt, um den es hier geht, weil wenn wir nämlich über die Annahme von Deponiestoffen sprechen, und die Annahme ist ja dann das, wofür das LAGuS zuständig ist, dann wird hier der Einwand gebracht, darüber kann man auch diskutieren, ob verpackte Stoffe überhaupt noch angenommen werden müssen. Also geht es gar nicht darum, ob die Transportstoffe verpackt sind oder offen, weil spätestens bei der Annahme könnten ja rein theoretisch – Konjunktiv, nehmen Sie mir es nicht übel – Gefährdungen der Mitarbeiter bestehen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen spielt das dann gar keine Rolle mehr. Dann diskutieren wir wirklich nur noch über die Frage: Wollen wir Asbeststoffe auf einer Sondermülldeponie annehmen oder nicht? Deswegen tut mir das leid, dass ich Ihre Frage so zwar beantworten muss, aber Ihnen dann trotzdem vielleicht in der Sache nicht recht gebe.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/247. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deswegen war die Regierung gerade
komplett da. Jetzt verstehe ich erst. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/247 mit den Stimmen der SPD und der CDU, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Gegen Korruption und Heuchelei – Präsidentenanklage gegen Bundespräsident Christian Wulff erheben, Drucksache 6/256.

**Antrag der Fraktion der NPD
Gegen Korruption und Heuchelei –
Präsidentenanklage gegen Bundespräsident
Christian Wulff erheben
– Drucksache 6/256 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Pastörs von der NPD-Fraktion.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schlammschlacht um den Bundespräsidenten Christian Wulff in den letzten Wochen scheint in ihre Endphase zu treten. Noch nie in der bundesrepublikanischen Geschichte hat es ein so unsägliches Schmierentheater um die Person des Bundespräsidenten gegeben. Der Christdemokrat Wulff – noch vor wenigen Monaten hochgelobt – darf heute offiziell als Lügner bezeichnet werden.

Meine Damen und Herren, aber schauen wir uns einmal an, welcher Qualifikation es bedarf, das höchste Staatsamt in diesem Lande bekleiden zu können. Um es vorwegzusagen: Unabdingbar für eine Kandidatur ist natürlich immer gewesen, dass man einer mithilfe der Siegermächte geschaffenen Nachkriegspartei angehören muss. Das ist so in diesem Parteienstaat und wird sich auch wohl bis zum Niedergang dieses BRD-Konstrukts nicht ändern lassen.

Nehmen wir Theodor Heuss, der erste Präsident der BRD. Er war FDP-Mitglied und seine Qualifikation bestand neben der Tatsache, dass er FDP-Parteimitglied war, darin, dass er das Deutschlandlied abschaffen lassen wollte, weil dieses, so Heuss, von den Nationalsozialisten missbraucht worden sei. Und die zweite Qualifikation, die er aufzuweisen hatte, war seine Toleranz. Ihn störte nicht, dass sein Parteifreund und Chef des Amtes für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, auf Staatsempfangen mit dem Ritterkreuz erschien, jener höchsten Tapferkeitsauszeichnung, die er noch am 28. Februar 1945 von Adolf Hitler persönlich zuerkannt bekam. Das sind Qualifikationen. Kein Mediengeschrei, kein Aufjaulen der SPD oder der CDU damals.

Dann kam Heinrich Lübke. Er hatte sich bewährt als Vermessungsingenieur und Bauleiter beim Errichten von Konzentrationslagern. In Peenemünde stand unter seiner Führung mindestens ein KZ-Häftlingskommando. Auch das sind Qualifikationen, meine Demokratinnen und Demokraten dieses Hohen Hauses.

Mit Gustav Heinemann kam dann am 1. Juli 1969 endlich die SPD zum Zuge. Es soll ja aus jeder Partei der Reihe nach jeder mal sein Präsidentenfett abbekommen. Seine Qualifikation bestand offensichtlich darin, auf die Frage eines Reporters, ob er Deutschland liebe, zu antworten, Zitat: „Ich liebe meine Frau.“

Dem folgte dann 1974 Walter Scheel und der kannte sich genau wie der jetzige Noch-Bundespräsident Christian Wulff mit Geld aus. Seine Quelle war nicht Geerkens,

sondern der Flick-Konzern. Gleich kofferweise wurde das Geld an den feinen Herren Walter Scheel und an andere weitergegeben. Der Flick-Skandal rückte erstmals die Bestechlichkeit von Politikern der BRD ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Ganz nebenbei bemerkt war Scheel natürlich auch Mitglied der NSDAP gewesen. Das schien bis Anfang der 80er-Jahre Grundvoraussetzung zu sein, um überhaupt als Kandidat des Bundespräsidenten kandidieren zu können.

Merken Sie eigentlich nicht, wie heuchlerisch vor dem Hintergrund der allgemein üblichen Vorteilsnahme, Kumpanei bis hin zur Bestechlichkeit im gesamten Parteienfilz dieser Republik Ihre Rücktrittsforderungen gegenüber Christian Wulff sind? Und Sie fordern doch auch den Rücktritt, mit Ausnahme der CDU, oder? Sie versuchen, nach außen hin eine Sauberkeit der Staatsführung aufrechtzuerhalten, wo doch jeder kleine Mann auf der Straße weiß, dass nicht nur der Bundespräsident Wulff lügt, sondern die gesamte politische Klasse an Verkommenheit nicht mehr zu überbieten ist in diesem Lande.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Dies findet auch seinen Ausdruck, dass bei Meinungsumfragen das Ansehen der Politiker und Journalisten dieser Republik auf den letzten Plätzen rangiert. Auch die Wahlbeteiligung an Parlamentswahlen ist Ausdruck dieser Verachtungshaltung durch das Staatsvolk.

Aber gehen wir zunächst weiter in der Liste der Bundespräsidenten dieses BRD-Parteienstaates:

Selbstverständlich war auch Karl Carstens von der CDU nicht nur NSDAP-Mitglied gewesen, sondern auch Mitglied der SA im Sturm 5/75, was ihn ehrt. Aber leider war auch er ein Lügner, als er in der Guillaume-Spion-Affäre aus sagte, er habe nichts von Verbindungen des Bundesnachrichtendienstes zu internationalen Kriegswaffenschiebern gewusst. Später tauchten dann von Carstens unterzeichnete Akten auf, die solche Verbindungen belegten. Er wurde trotzdem im Juli 1979 ob seiner Qualifikationen zum Bundespräsidenten dieser Republik gewählt.

Meine Damen und Herren, der jetzige Bundespräsident Christian Wulff passt zur Ahnenreihe von Opportunisten in diesem Amt. Ich denke, dass es die Pflicht einer Oppositionspartei ist, wie der NPD, aufgrund der ungeheuerlichen Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat für die Einleitung eines Präsidentenanklageverfahrens

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das sagt einer, für den wir gerade die Immunität aufgehoben haben.)

nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch wohl ein Witz, oder?!)

in Verbindung mit Paragraph 49 Bundes-Verfassungsgesetz

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott!)

am Bundesverfassungsgericht einzusetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja wirklich großspurig.)

Es ist unabdingbar – auch aus Gründen der Staatsraison –, dass die Staatsanwaltschaft nun endlich ihre Ermittlungen aufnimmt, um Licht in die dunklen Machenschaften einer Politikklücke zu bringen, an deren Spitze womöglich der Präsident der Bundesrepublik Deutschland Christian Wulff von der CDU stehen könnte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erst einmal bringt ein Staatsanwalt Licht in Ihr Dunkel, Herr Pastörs.)

Es ist auch ein einmaliger Vorgang in dieser Republik, dass die Büroräume des ehemaligen Sprechers von Wulff – Glaeseker – im Bundespräsidialamt von der Staatsanwaltschaft durchsucht werden, um Beweise zu sichern, die die Bestechlichkeit von Glaeseker, Wulff und Konsorten nachweisen könnten. Es ist ein einmaliger Vorgang, dass ein amtierender Bundespräsident offen Drohungen gegen Redakteure der Presse ausspricht, um einen Artikel über dubiose Machenschaften während seiner Zeit als Ministerpräsident zu unterdrücken, ganz zu schweigen von den unappetitlichen Kolportagen in Bezug auf stattgefundene Partys jenseits von den viel zitierten Lobbyveranstaltungen eines sogenannten Nord-Süd-Dialogs, ebenfalls organisiert vom Duzfreund des Herrn Bundespräsidenten, Herrn Manfred Schmidt.

Meine Damen und Herren, der Sumpf um den CDU-Bundespräsidenten muss trockengelegt werden. Ein Gericht hat zu klären, ob Herr Wulff den Tatbestand der Vorteilsnahme nach Paragraph 331 Absatz 1 StGB erfüllt hat. Es muss geklärt werden, inwieweit gegen den Bundespräsidenten der Anwurf der Bestechlichkeit gemäß Paragraph 332 Absatz 1 und der zweifachen versuchten Nötigung in besonders schweren Fällen gemäß Paragraph 240 Absatz 1, 3, 4 Satz Nummer 2 und 3 sowie Paragraph 22, 23 und 53 des Strafgesetzbuches aufrechterhalten werden kann.

Natürlich verlangen wir von der NPD-Fraktion, dass auch gegen Frau Edith und Herrn Egon Geerkens, wohnhaft in Luzern in der Schweiz, wegen des Verdachts der gemeinschaftlichen Vorteilsvermittlung, der gemeinschaftlichen Bestechung sowie aller weiteren infrage kommenden Tatbestände ermittelt wird.

Unserem Antrag liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Ausweislich der jüngsten medialen Berichterstattung gewährte das Unternehmerehepaar Egon und Edith Geerkens dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten und heutigen Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU) einen Kredit über eine halbe Million Euro, ohne dass eine dingliche Absicherung des Kredits erfolgte. Der effektive Jahreszins sollte nur vier Prozent per annum betragen bei einer Laufzeit von fünf Jahren. Nach Einschätzung von Fachleuten erlangte er hierdurch einen finanziellen Vorteil von schätzungsweise mindestens 20.000 Euro. In unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Kreditfinanzierung lud Herr Wulff persönlich den Unternehmer Herrn Geerkens zu einer dienstlichen Auslandsreise ein, die vom 2. Oktober bis zum 11. Oktober 2008 andauerte. Danach folgten noch gemeinsame Reisen nach Japan und in die Vereinigten Staaten. Geerkens selbst war damals nicht mehr unternehmerisch tätig.

Meine Damen und Herren, leider lässt es meine Zeit nicht zu, hier auch noch über die diversen kostenlosen Urlaubsreisen mit Aufhalten in Luxusvillen seiner

Freunde Maschmeyer und Co näher einzugehen. Ich ziehe es daher vor, Ihnen Passagen eines Aufsatzes des bekannten Juristen Professor Dr. Hans Herbert von Arnim,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Beim nächsten Mal vielleicht.)

veröffentlicht in der Zeitschrift „Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Extra“ Nummer 3 von 2012 näherzubringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Beim nächsten Mal.)

Bitte haben Sie auf diese Zeilen noch etwas Geduld.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort erhält der Abgeordnete Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Stefan Köster, NPD: Verteidigen Sie mal Herrn Wulff!)

Die Fraktion der NPD begehrt mit ihrem Antrag, eine Präsidentenanklage gegen den Bundespräsidenten Christian Wulff zu erheben.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht zu erheben, sondern sich dafür einzusetzen, dass sie erhoben wird.)

Sie begründet dies damit, dass es in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar sei, dass gegen das Staatsoberhaupt gravierende und erdrückende Verdachtsmomente vorlägen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen alle, dass die Vorgänge um den Bundespräsidenten derzeit in aller Öffentlichkeit kritisch hinterfragt werden, und das ist aus meiner Sicht auch absolut richtig so. Und wir wissen, dass insbesondere der Versuch der Beeinflussung der Medien durchaus kritisch gesehen werden kann. Der Bundespräsident hat die Berechtigung dieser Kritik ja bereits eingeräumt. Und wir stehen auch in einem demokratischen Rechtsstaat für eine uneingeschränkte Aufklärung und Transparenz,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

auch was diese Vorgänge angeht.

(Stefan Köster, NPD: Aber? Aber?)

Aus diesen Vorgängen, sehr geehrte Damen und Herren, leitet die NPD nun die Begründung für die Einleitung eines sogenannten Präsidentenanklageverfahrens ab. Und dafür fehlt mir allerdings jegliches Verständnis,

(Stefan Köster, NPD: Oooh!)

denn die Antragsteller – es sind Vertreter der demokratiefeindlichen NPD – beziehen sich hierbei auf das Grundgesetz.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Und es ist eben jenes Grundgesetz, das die NPD vehement bekämpft.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Tatsächlich wollen Sie dieses Grundgesetz und damit die Gültigkeit grundlegender Menschenrechte abschaffen

(Michael Andrejewski, NPD: Das fantasieren Sie sich zusammen.)

und an seine Stelle eine Verfassung setzen, in der die Meinungsvielfalt beschnitten würde,

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

ganze Bevölkerungsgruppen entrechtet und ausgeschlossen

(Stefan Köster, NPD: Was haben Sie denn getrunken? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sowie autoritäre Strukturen etabliert würden.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Sie missachten, dass unser Grundgesetz die menschenrechtlichen Standards gleich an den Anfang setzt.

(Michael Andrejewski, NPD:
Haben Sie das überhaupt gelesen?)

Und ich zitiere,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

damit Sie sich das noch mal auf der Zunge zergehen lassen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen“

(Udo Pastörs, NPD:
Das kennen wir doch. Ja.)

„ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk ...“

(Michael Andrejewski, NPD:
Nehmen Sie mal Bibelstunden!)

Dass Ihnen das nicht passt, was da drinsteht, das kann ich mir gut vorstellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Sie müssen es sich trotzdem anhören.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt hören Sie gut zu: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Und, meine Herren, die Menschenwürde und die Menschenrechte

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sind im Grundgesetz also nicht so, wie Sie das gerne hätten, an Bedingungen oder an Voraussetzungen gebunden, sondern sie gelten ausnahmslos für jeden Menschen jeder Kultur und jeder Nationalität.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Für Sie ist die Menschenwürde jedoch an die ethnische Abstammung gekoppelt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wichtiger als die unteilbaren Menschenrechte sind für die NPD und die NPD-Fraktion das eigene Volk und die sogenannte eigene Rasse.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie beziehen sich in Ihrem Antrag auf die demokratischen Rechte

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und gleichzeitig lehnt die NPD die Prinzipien der Demokratie grundsätzlich ab.

(Udo Pastörs, NPD: Wo steht das?)

Noch vor wenigen Tagen, vor wenigen Jahren ...

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich erläutere Ihnen das.

Noch vor wenigen Jahren erläuterte Ihr damaliger Parteichef Udo Voigt

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

in einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“: „Es ist unser Ziel“, Zitat, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk ... die DDR abgewickelt hat.“ Da offenbart sich der wahre Geist der NPD und der NPD-Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ihr Anliegen ist es, die Möglichkeiten der Demokratie zu nutzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um die Demokratie zu unterlaufen und letztendlich abzuschaffen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und genau das, meine Herren, macht dieser Landtag nicht mit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Udo Pastörs, NPD: Nicht mit, jawoll!)

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD: Bleiben
Sie doch mal ruhig stehen! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

es ist gut und richtig,

(Stefan Köster, NPD: Oder waren
Sie in einem Drogenfachgeschäft?)

dass eine Aufarbeitung der Vorgänge um den Ministerpräsidenten Christian Wulff im Niedersächsischen Landtag erfolgt. Und es ist ebenfalls gut und richtig, dass die Medien ihren Informations-, Aufklärungs- und Transparenzauftrag ernst nehmen und umsetzen. Aber unabhängig davon ist es auch gut und richtig und von zentraler Bedeutung,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir Demokraten der NPD nicht auf den Leim gehen und über jedes populistische Stöckchen springen, was uns hingehalten wird. Wir Demokraten werden unseren Schweriner Weg fortsetzen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und das gilt selbstverständlich auch für die Ablehnung dieses Antrages. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Suhr!

Frau Präsidentin, Entschuldigung. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Suhr, Sie sind doch für die Freigabe von Drogen. Also man könnte den Eindruck gewonnen haben, dass Sie vorhin, vorher, bevor Sie hingegangen sind, sich so einen Kleinen reingeworfen haben.

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Helmut Holter, DIE LINKE: Pfui! –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zur Sache!)

Herr Suhr, es ist bei Ihnen zum billigen Ritual verkommen, immer dann, wenn Sie nicht weiter wissen

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder sich in Ihrem eigenen Politsumpf nicht mehr zu rechtfertigen, die NPD pauschal zu beschimpfen als Nationalsozialisten, Neonazis oder was Ihnen sonst noch so Linderung verschafft in Ihrer blinden Wut über die Anwesenheit der NPD in diesem Hause.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist keine blinde Wut, sondern
eine fundierte Einschätzung.)

Das haben Sie gerade beispielhaft wieder dokumentiert. Und weil es auch gerade hier,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und weil es auch gerade eben hier wieder so vorgeführt wurde von Ihnen, Herr Suhr, möchte ich an meinen Redebeitrag von vorhin nahtlos anknüpfen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Erinnern
Sie uns doch nicht an so was!)

Der Bochumer Strafprozessrechtler Bernsmann scheint auch noch ein freier Geist zu sein, mutig und vor allen Dingen nicht einer Partei verpflichtet, wenn er ausführt – und jetzt sind wir wieder beim Thema, nicht bei Ihren Nazis –,

(allgemeine Unruhe)

dass bei gleichem Anfangsverdacht, wie beim Bundespräsidenten gegeben, auch kaum ein Staatsanwalt Probleme hätte, wegen Korruption gegen kleine Beamte vorzugehen, wenn man ihnen Ähnliches vorwerfen würde. Und er äußerte sich weiter süffisant, und jetzt zitiere ich ihn mal wörtlich: „Der Grund für die ungewöhnliche Zurückhaltung der Staatsanwaltschaften scheint eine Art feudalistischer Respekt vor dem Bundespräsidentenamt zu sein.“

Meine Damen und Herren, um Ihren Entgleisungen von vorhin in Bezug auf die Beschimpfungen meiner Fraktion als Nazis entgegenzutreten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist eine Tatsache. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hören Sie doch gerne.
Das hören Sie doch gerne.)

erlaube ich mir die Feststellung, erstens,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass der Aufbau aller Altparteien der BRD sich wesentlich unter Leitung ehemaliger Mitglieder der NSDAP vollzogen hat,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

zweitens, dass alle Bundespräsidenten – mit Ausnahme von Theodor Heuss, der jedoch für das Ermächtigungsgesetz stimmte – bis Richard von Weizsäcker Mitglied der NSDAP gewesen sind und meist glühende Anhänger von Adolf Hitler waren. Nicht unsere Partei, die erst 1964 gegründet wurde, sondern Ihre personelle Ausstattung nach dem Zweiten Weltkrieg war ausnahmslos, bis in die Spitze hinein

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Erzählen Sie hier doch nicht
so einen bodenlosen Quatsch!)

waren das glühende Verfechter eines nationalsozialistischen Deutschlands,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mein Gott!)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die haben ja ihre
Fehler eingesehen, im Gegensatz
zu Ihnen, Herr Pastörs.)

Ich hatte in meiner Einbringungsrede das NSDAP-Mitglied und den späteren Bundespräsidenten Carstens erwähnt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dieser wurde beerbt – und hören Sie sich das doch bitte einmal in Ruhe an, meine sehr verehrten Demokratinnen und Demokraten –

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das wollen wir nicht.)

von dem Adligen aus gutem Hause. Sein Vater war natürlich NSDAP-Mitglied

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und bekleidete den Rang eines SS-Brigadeführers.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer war das?)

Dieser wurde in Nürnberg vor einem Gericht der Feindmächte als sogenannter Kriegsverbrecher wegen der Mitwirkung an der Deportation französischer Juden verurteilt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und was kann
Herr von Weizsäcker für seinen Vater?)

Hören Sie zu! Sein Sohn, der allseits geschätzte ehemalige Bundespräsident dieser Republik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war
Wehrmachtsoffizier, das stimmt.)

Richard von Weizsäcker, verteidigte ihn seinerzeit. Das sind Qualifikationen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Würden Sie
Ihren Vater nicht verteidigen, oder was?)

Aber nicht nur das, meine Demokratinnen und meine Demokraten der Nachfolgeorganisationen der SED und womöglich auch der NSDAP. Richard von Weizsäcker jedenfalls war schon früh bei den Nationalsozialisten als Fähnleinführer der Hitlerjugend aktiv.

(Dietmar Eifler, CDU: Aufhören!)

Ich nicht.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie bitten, doch zum Antrag zu reden.

Udo Pastörs, NPD: Das war eben auch zum Antrag, was der Herr dort drüben losgelassen hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja genau, absolut. – Zuruf von
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er erfüllte sogar die Kriterien nationalsozialistischer Begabtenförderung, und er bekam das Eiserne Kreuz im Zweiten Weltkrieg 1. und 2. Klasse verliehen, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber
als Wehrmachtsoffizier, oder?)

Das ist das Personal, das in Ihren Reihen zu Hause ist, und nicht in unseren Reihen.

(Dietmar Eifler, CDU: Zum Thema bitte!)

Ich möchte aber natürlich zum Thema zurückkommen,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

und zwar auf das Zitat, was ich Ihnen versprochen habe, von dem hoch geschätzten Juristen Professor Dr. von Armin, Arnim.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wie heißt der jetzt genau?)

Ich zitiere. „Die juristische Analyse ist besonders angezeigt, wenn der Anschein entsteht, Staatsanwaltschaften und Gerichte könnten kaltgestellt werden, und deshalb die Behauptung des Bundespräsidenten,“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„er habe als niedersächsischer Ministerpräsident stets legal gehandelt, einer gerichtlichen Klärung entzogen zu werden droht. Entscheidet die politische Macht ...“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, was denn nun?)

„Entscheidet die politische Macht in eigener Sache, ist eine Kontrolle durch Öffentlichkeit, parlamentarische Opposition und Wissenschaft umso wichtiger. Vielleicht können auch nur sie einer Staatsanwaltschaft, die bis hinauf zum Justizminister weisungsgebunden ist,“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verstehen
Sie eigentlich, was Sie da vorlesen?)

„Beine machen und sie sozusagen zum Jagen tragen.“ So Professor von Arnim, Zitatende.

Herr von Arnim äußert hier zumindest indirekt die berechnete Furcht, dass ein tatwidriger,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Rote Lampe!)

ein tatwidriger Sachverhalt beim Bundespräsidenten

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommen Sie zum Ende, Herr Pastörs!)

und eine Nichtverfehlung nicht zu vermuten ist,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommen Sie zum Ende, Herr Pastörs!)

sondern das Gegenteil,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Kommen Sie zum Ende!)

dass Herr Wulff sich schuldig gemacht hat im Sinne dessen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Von Arnim ist doch kein Richter, oder?)

was ich in meiner Einleitungsrede vorgetragen habe.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie haben schon mit einer Minute überzogen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das reicht jetzt auch.)

Ich möchte Sie bitten, dass Sie sich hinsetzen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
allgemeine Unruhe)

Da Sie meiner Aufforderung nicht Folge geleistet haben, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf für Ihre Unterstellungen, die Sie gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getätigt haben während Ihrer Rede. Bitte setzen Sie sich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/256. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/256 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 2. Februar 2012, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.40 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jacqueline Bernhardt, Ingulf Donig und Dr. Margret Seemann.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg- Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V teilgenommen haben

– Drucksachen 6/244 und 6/267 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	35. Lück, Regine	DIE LINKE
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	36. Mucha, Ralf	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	37. Müller, Detlef	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	38. Müller, Heinz	SPD
5. Barlen, Julian	SPD	39. Müller, Tino	NPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	40. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
7. Borhardt, Barbara	DIE LINKE	41. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
8. Borchert, Rudolf	SPD	42. Pastörs, Udo	NPD
9. Bretschneider, Sylvia	SPD	43. Polzin, Heike	SPD
10. Dr. Brie, André	DIE LINKE	44. Reinhardt, Marc	CDU
11. Brodkorb, Mathias	SPD	45. Renz, Torsten	CDU
12. Butzki, Andreas	SPD	46. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Caffier, Lorenz	CDU	47. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Dachner, Manfred	SPD	48. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Drese, Stefanie	SPD	49. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
16. Eifler, Dietmar	CDU	50. Saemann, Nils	SPD
17. Feike, Katharina	SPD	51. Schlotmann, Volker	SPD
18. Foerster, Henning	DIE LINKE	52. Schlupp, Beate	CDU
19. Friemann-Jennert, Maika	CDU	53. Schubert, Bernd	CDU
20. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	54. Schulte, Jochen	SPD
21. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	55. Schütt, Heino	CDU
22. Glawe, Harry	CDU	56. Schwarz, Thomas	SPD
23. Gundlack, Tilo	SPD	57. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
24. Heydorn, Jörg	SPD	58. Schwesig, Manuela	SPD
25. Holter, Helmut	DIE LINKE	59. Seidel, Jürgen	CDU
26. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	60. SELLERING, Erwin	SPD
27. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	61. Silkeit, Michael	CDU
28. Kokert, Vincent	CDU	62. Stramm, Karen	DIE LINKE
29. Koplin, Torsten	DIE LINKE	63. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
30. Köster, Stefan	NPD	64. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
31. Krüger, Thomas	SPD	65. Tegtmeier, Martina	SPD
32. Lenz, Burkhard	CDU	66. Texter, Andreas	CDU
33. Lindner, Detlef	CDU	67. Waldmüller, Wolfgang	CDU
34. Liskow, Egbert	CDU		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl von Mitgliedern in den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern für die fünfte Amtszeit teilgenommen haben

– Drucksachen 6/225 und 6/282 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	33. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	34. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	35. Müller, Heinz	SPD
4. Barlen, Julian	SPD	36. Müller, Tino	NPD
5. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	37. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	38. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Borchert, Rudolf	SPD	39. Pastörs, Udo	NPD
8. Bretschneider, Sylvia	SPD	40. Polzin, Heike	SPD
9. Dr. Brie, André	DIE LINKE	41. Reinhardt, Marc	CDU
10. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Renz, Torsten	CDU
11. Butzki, Andreas	SPD	43. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
12. Caffier, Lorenz	CDU	44. Ritter, Peter	DIE LINKE
13. Dachner, Manfred	SPD	45. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
14. Drese, Stefanie	SPD	46. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
15. Eifler, Dietmar	CDU	47. Saemann, Nils	SPD
16. Feike, Katharina	SPD	48. Schlotmann, Volker	SPD
17. Foerster, Henning	DIE LINKE	49. Schlupp, Beate	CDU
18. Friemann-Jennert, Maika	CDU	50. Schubert, Bernd	CDU
19. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	51. Schulte, Jochen	SPD
20. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	52. Schütt, Heino	CDU
21. Glawe, Harry	CDU	53. Schwarz, Thomas	SPD
22. Gundlack, Tilo	SPD	54. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
23. Heydorn, Jörg	SPD	55. Schwesig, Manuela	SPD
24. Holter, Helmut	DIE LINKE	56. Seidel, Jürgen	CDU
25. Kokert, Vincent	CDU	57. SELLERING, Erwin	SPD
26. Koplín, Torsten	DIE LINKE	58. Silkeit, Michael	CDU
27. Köster, Stefan	NPD	59. Stramm, Karen	DIE LINKE
28. Krüger, Thomas	SPD	60. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
29. Lenz, Burkhard	CDU	61. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
30. Lindner, Detlef	CDU	62. Tegtmeyer, Martina	SPD
31. Liskow, Egbert	CDU	63. Texter, Andreas	CDU
32. Lück, Regine	DIE LINKE	64. Waldmüller, Wolfgang	CDU